



# Zeitschrift für Diskursforschung

## Journal for Discourse Studies

- **Kevin Howley**  
Violence, Intimidation and Incarceration:  
America's War on Whistleblowers
- **Robert Feustel und Florian Spissinger**  
»Selbsterhalt ist kein Rassismus«  
Zur neurechten Politik der Entpolitisierung
- **Thomas Scheffer**  
Normalpolitik, Radikalpolitik und die Unwahrscheinlichkeit  
existentieller Probleme  
Eine trans-sequentielle Rekonstruktion parlamentarischer  
Diskursarbeit
- **Michael Brandmayr**  
Die diskursive Formierung von Unterrichtspraktiken durch  
Kompetenzorientierung und Bildungsstandards und die  
Neuordnung von Machtverhältnissen in österreichischen Schulen



Ronald Hitzler / Jo Reichertz / Norbert Schrüfer (Hrsg.)

## **Kritik der Hermeneutischen Wissenssoziologie**

Mit **E-Book inside**, 2019, 535 Seiten, broschiert, € 39,95 (44-3957)  
Auch als **E-Book** erhältlich

In diesem Band positionieren sich Befürworter\_innen als auch Kritiker\_innen und so wird deutlich, wie sich diese Art der Wissenssoziologie in Auseinandersetzung mit anderen Methodologien, etwa der Grounded Theory, der Ethnomethodologie und der Ethnographie, aber auch in Auseinandersetzung mit anderen sozialtheoretischen Ansätzen wie der Diskursanalyse, der Praxistheorie und der Akteur-Netzwerk-Theorie weiterentwickelt und ausdifferenziert hat.



Ronald Hitzler / Paul Eisewicht

## **Lebensweltanalytische Ethnographie**

Im Anschluss an Anne Honer

Standards standardisierter und nichtstandardisierter Sozialforschung 2., überarbeitete Auflage 2019, 159 Seiten, broschiert,  
€ 16,95 (446039)

In diesem Buch werden die Standards lebensweltanalytischer Ethnographie im Anschluss an Anne Honer vorgestellt. Neben der Methodologie (Lebensweltanalyse, Ethnographie, Existenzielles Engagement) werden die Methodik (Beobachtung und Teilnahme, Passing, Interpretation und Phänomenologie) vorgestellt und bestimmte Anwendungsfelder beschrieben.



Ulrich Bröckling / Axel Paul (Hrsg.)

## **Aufklärung als Aufgabe der Geistes- und Sozialwissenschaften**

Interventionen, 2019, 160 Seiten, broschiert, € 16,95 (44-6118)  
Auch als **E-Book** erhältlich

Günter Dux ist Begründer der historisch-genetischen Theorie der Gesellschaft – ein Forschungsprogramm, das darauf abzielt, die kulturellen Grundlagen menschlicher Lebensformen aus der biologischen Verfasstheit des Homo sapiens und der historischen Entwicklung menschlicher Handlungskompetenzen und Denkstrukturen zu erklären. Der Band versammelt die Beiträge eines Kolloquiums, das aus Anlass seines 85. Geburtstags stattgefunden hat.

# Inhaltsverzeichnis

*Reiner Keller / Werner Schneider / Willy Viehöver*

Editorial ..... 259

## Themenbeiträge

*Kevin Howley*

Violence, Intimidation and Incarceration: America's War on Whistleblowers ..... 265

*Robert Feustel und Florian Spissinger*

»Selbsterhalt ist kein Rassismus«

Zur neurechten Politik der Entpolitisierung ..... 285

*Thomas Scheffer*

Normalpolitik, Radikalpolitik und die Unwahrscheinlichkeit existentieller Probleme

Eine trans-sequentielle Rekonstruktion parlamentarischer Diskursarbeit ..... 305

*Michael Brandmayr*

Die diskursive Formierung von Unterrichtspraktiken durch

Kompetenzorientierung und Bildungsstandards und die

Neuordnung von Machtverhältnissen in österreichischen Schulen ..... 348

## Reviews

*Alexander Hamedinger*

Barbehön, Marlon (2015): Die Europäisierung von Städten als diskursiver Prozess.

Urbane Konstruktionen des Mehrebenensystems und die lokale

Umsetzung europäischer Politik ..... 368

*Heike Kahlert*

Messerschmidt, Reinhard (2018): Aussterben vertagt? Demografischer

Wandel in der öffentlichen und wissenschaftlichen Diskussion ..... 372

*Britta Schneider*

Rheindorf, Markus & Wodak, Ruth (2020): Sociolinguistic Perspectives

in Migration Control. Language Policy, Identity and Belonging ..... 379

Internationale Diskursnetzwerke stellen sich vor

*Eva Codó / Miguel Pérez-Milans*

2019 – 2022 EDiSo Presidency

Asociación de Estudios sobre Discurso y Sociedad (EDiSo) ..... 386

Service

Spring School

Wissenssoziologische Diskursanalyse ..... 390

Tagung

Die Diskursive Konstruktion von Wirklichkeit V –

Interdisziplinäre Perspektiven einer wissenssoziologischen Diskursforschung ..... 392

# Editorial

Sehr geehrte Leser\*innen,

das vorliegende Heft entstand in den Hochzeiten der Corona-Pandemie in Europa. Es erscheint zu einem Zeitpunkt, wo es danach aussieht, als habe dieser Kontinent die schlimmsten Phasen überstanden, während in anderen Teilen der Erde die Zahlen der Infizierten und Gestorbenen nach wie vor und z.T. dramatisch in die Höhe gehen. Corona bzw. Covid-19 hat mit großer Wucht in die Existenz von Menschen und Gesellschaften eingeschlagen. Es hat zudem in erstaunlicher Deutlichkeit die Handlungsfähigkeit politischer Systeme unter Beweis gestellt, gleichzeitig aber auch die Grenzen, Unwägbarkeiten und Nebenfolgen politischen Handelns. Corona hat in den verschiedenen Ländern in unterschiedlicher Weise und in Abhängigkeit vom politischen Geschehen sowie von den Funktionsbedingungen und Prozessen der öffentlichen Sphären eine Art Crashkurs im Verständnis wissenschaftlichen Arbeitens in die Gesellschaften getragen – zumindest dort, wo bspw. virologische Expertise Gehör fand und in ihrer Reichweite sachlich diskutiert werden konnte. Corona funktionierte gleichzeitig als Diskursgenerator, der einerseits eine Vielzahl von Publikationen (einschließlich von Diskursanalysen und Verschwörungstheorien) hervorbrachte und noch bringen wird, und der andererseits weite Bereiche des Journalismus, des Kulturbetriebes, aber auch des wissenschaftlichen Arbeitens in einen verlangsamten Modus zwang oder gar zum Stillstand brachte. Wir gehen davon aus, dass sich das in absehbarer Zeit auch in einer Vielzahl von Diskursanalysen niederschlagen wird.

Im Ihnen vorliegenden Heft ist das noch nicht der Fall. Die Prozesse des Einreichens, des Reviewing, der Überarbeitung, der Editierung usw. wirken als ›Aktualitätsbremse‹. Doch Tagesaktualität ist gewiss nicht das, worauf sich unserer Zeitschrift konzentrieren will. Substantielle Beiträge zu Diskurstheorie und Diskursforschung regen dennoch an, auch über die jeweils verhandelten Fälle und Anlässe hinaus über vergleichbare Sachlagen nachzudenken. Dies gilt im vorliegenden Heft sicherlich für den ersten Beitrag von *Kevin Howley* über »Violence, Intimidation and Incarceration: America's War on Whistleblowers«. Der Autor beschäftigt sich darin mit einer spezifischen Form der Diskurskontrolle und Diskursdisziplinierung in den USA – der Verfolgung sogenannter »Whistleblower«. Dabei handelt es sich um Personen/Akteur\*innen, die politisch bzw. militärisch als ›geheim‹ eingestufte Informationen in gesellschaftliche Öffentlichkeiten hinein weitergeben und Diskussionsprozesse anregen wollen. Howley diskutiert mit diskursanalytischen Mitteln drei solcher Fälle und arbeitet die Logik entsprechender Diskursdisziplinierung

gen heraus, wie sie in den vergangenen Jahren wieder zunehmend weltweit beobachtet werden können. Hervorgegangen ist der Beitrag im Übrigen aus einer von Reiner Keller auf dem International Congress of Qualitative Inquiry 2019 organisierten Session zum Thema »Gewalt in Diskursordnungen«. Ursprünglich war dazu ein Schwerpunktheft unserer Zeitschrift geplant. Das ließ sich aus verschiedenen Gründen (noch) nicht realisieren. Allerdings werden wir das Thema in einem der kommenden Heft noch einmal aufgreifen.

Der anschließende Beitrag von *Robert Feustel* und *Florian Spissinger* widmet sich unter dem Titel »Selbsterhalt ist kein Rassismus. Zur neurechten Politik der Entpolitisierung« Diskursstrategien der Neuen Rechten, die im Rückgriff auf physikalische und rechtliche Diskurse eine scheinbar sachliche Rahmung von Forderungen nach Abgrenzung und Ausschluss Anderer vortragen. Dabei kommen Kategorien kultureller »Besonderung« und Essentialisierung zum Einsatz, die das Zusammentreffen von so geschiedenen Kulturen mit physikalischen Metaphern der Gefährdung beschreiben und damit einem Duktus der »Entpolitisierung« Vorschub leisten.

*Thomas Scheffer* stellt in seinem Beitrag unter dem Titel »Normalpolitik, Radikalpolitik und die Unwahrscheinlichkeit existentieller Probleme« eine trans-sequentielle, ethnographische Diskursanalyse von Arbeitsprozessen in einem Abgeordnetenbüro vor, die der parlamentarischen Produktion eines Textdokumentes zugrunde liegt. Ganz ähnlich wie die Wissenschaftsforschung vor langer Zeit die wissenschaftliche »Fabrikation von Erkenntnis« (Karin Knorr Cetina) rekonstruierte, wird hier in präziser Weise nachgezeichnet, wie sukzessive existentielle Fragen und Probleme im Prozess der Erstellung von Textversionen ins Hintertreffen geraten und stattdessen »normalpolitische« Dokumente entstehen.

Im vierten Beitrag des vorliegenden Heftes diskutiert *Michael Brandmayr* die »Diskursive Formierung von Unterrichtspraktiken durch Kompetenzorientierung und Bildungsstandards und die Neuordnung von Machtverhältnissen in österreichischen Schulen«. Er zeigt darin, wie über verschiedene Instrumente der aktuellen Bildungspolitik frühere sichtbare repressive Mechanismen in Schulen durch schulextern generierte Wissensbestände und Eingriffsformen ersetzt werden. Dabei entstehen ambivalente Lagen und Lernbedingungen, in denen Öffnungen und Entgrenzungen des Unterrichts mit Intensivierungen des Leistungsprinzips einhergehen.

Die erwähnten vier Artikel nutzen ganz unterschiedliche diskursanalytische Perspektiven und Vorgehensweisen und verdeutlichen eindrucksvoll die tatsächliche Breite der Diskursforschung. Das setzt sich in den weiteren Beiträgen unmittelbar fort. In den Literaturbesprechungen diskutiert zunächst *Alexander Hamedinger* das Buch »Die Europäisierung von Städten als diskursiver Prozess. Urbane Konstruktionen des Mehrebenensystems und die lokale Umsetzung europäischer Politik« von Marlon Barbehön. Es folgt eine von *Heike Kahlert* unternommene Besprechung des Buches von Reinhard Messerschmidt mit dem Titel »Aussterben vertagt? Demografischer Wandel in der öffentlichen und wissenschaftlichen Diskussion«. Die letzte Buchbesprechung im vorliegenden Heft liefert *Britta Schneider* zum Buch »Sociolinguistic Perspectives in Migration Control. Language Policy, Identity and Belonging« von Markus Rheindorf und Ruth Wodak.

Wir freuen uns, dass im Anschluss daran *Eva Codó* und *Miguel Pérez-Milans* das seit 2012 bestehende internationale spanisch-katalanisch-portugiesische Diskursnetzwerk Asociación de Estudios sobre Discurso y Sociedad (EDiSo) vorstellen. Hinweise auf die nächste Spring School »Wissenssoziologische Diskursanalyse« und die fünfte Tagung zur »Diskursiven Konstruktion der Wirklichkeit« an der Universität Augsburg im März 2021 beschließen das Heft.

Wir wünschen Ihnen ein anregendes Lesen.  
Reiner Keller, Werner Schneider, Willy Viehöver

## Editorial

Dear readers,

The issue at hand was written during the heyday of the Corona pandemic in Europe. It is thus released at a time when it looks as if this continent has managed to weather the worst phases of the pandemic, while in other parts of the world the numbers of infected and dead are still rising, sometimes dramatically. Corona, or Covid-19, has affected the existence of people and societies in many ways and with great force. It has also demonstrated with astonishing clarity the ability of political systems to act, while at the same time showing the limits, imponderables and secondary consequences of political action. In different ways and depending on political events and the functional conditions and processes of the respective public spheres, Corona has brought a kind of crash course in the understanding of scientific work into societies in different countries – at least where, for example, virological expertise was heard and could be objectively discussed within its scope. At the same time, Corona functioned as a discourse generator, which on the one hand produced and will continue to produce a large number of publications (including discourse analysis as well as conspiracy theories), and on the other hand forced whole areas of journalism, the cultural industries, but also of scientific work into a slowed-down mode or even brought them to a standstill. We assume that in the foreseeable future this will also be reflected in a multitude of discourse analyses.

This is not yet the case in this issue. The processes of submission, reviewing, revision, editing, etc. at times act as a ›brake on topicality‹. However, such a day-by-day topicality is certainly not what our journal wants to focus on. Substantial contributions to discourse theory and discourse research nevertheless encourage us to think broadly about comparable situations beyond the cases and occasions dealt with in each individual article. This certainly applies to the first article in this issue, *Kevin Howley's* deliberations on »Violence, Intimidation and Incarceration: America's War on Whistleblowers«. In the respective article, the author deals with a specific form of discourse control and discourse discipline in the USA – the persecution of so-called »whistleblowers«. Whistleblowers are persons/actors who pass on information classified as ›secret‹, either due to political or military reasons, into social public spheres and thereby stimulate discussion processes. Using discourse analytical means Howley discusses three such cases and reconstructs the logic of corresponding mechanisms of disciplining discourse, as they have again been increasingly observed worldwide in recent years. The contribution emerged from a session organized by Reiner Keller at the International Congress of Qualitative Inquiry 2019 on

»Violence in Discourse Orders«. Originally, a special issue of our journal was planned on such a topic. For various reasons this could not (yet) be realized. However, we will take it up again in one of our upcoming issues.

The following article by *Robert Feustel* and *Florian Spissinger* is dedicated to »Selbsterhalt ist kein Rassismus. Zur neurechten Politik der Entpolitisierung« (Self-Preservation is not Racism. On the New Right's Politics of Depoliticization). The discursive strategies of the New Right, with recourse to physical and legal discourses, present an apparently factual framework of demands for the demarcation and exclusion of others. In doing so, categories of cultural »differences« and essentialization are used, which describe the encounter of such »different« cultures by physical metaphors of endangerment and thereby promote a characteristic of »depoliticization«.

In his contribution entitled »Normalpolitik, Radikalpolitik und die Unwahrscheinlichkeit exentieller Probleme« (Normal Politics, Radical Politics and the Improbability of Existential Problems), *Thomas Scheffer* presents a trans-sequential, ethnographic discourse analysis of work processes in a parliamentary office, which constitute the basis of parliamentary text and/or document production. In a similar way as science studies reconstructed the scientific »manufacturing of knowledge« (Karin Knorr Cetina), this work traces in a precise manner how existential questions and problems are successively pushed into the background in the process of producing text versions and how thereby »normal political« documents emerge instead.

In the fourth article in this issue, *Michael Brandmayr* discusses the »Discursive formation of teaching practices through competence orientation and educational standards and the reorganisation of power relations in Austrian schools«. He shows how various instruments of current educational policies, which are structured by forms of knowledge and intervention strategies generated outside of school contexts, are used to replace earlier visible repressive mechanisms in schools. This results in ambivalent situations and learning conditions in which the opening and dissolution of boundaries in teaching is accompanied by an intensification of the merit principle.

The four articles mentioned above use very different discourse-analytical perspectives and approaches and impressively illustrate the actual breadth of discourse research. This continues in the further contributions. In the literature reviews, *Alexander Hamendinger* first discusses the book »The Europeanization of Cities as discursive process. Urban constructions of the multi-level system and the local implementation of European politics« by Marlon Barbehön. This is followed by a review by *Heike Kahlert* of the book by Reinhard Messerschmidt entitled »Extinction Postponed? Demographic Change in the Public and Scientific Discussion«. The last review in this issue is by *Britta Schneider* on the book »Sociolinguistic Perspectives in Migration Control. Language Policy, Identity and Belonging« by Markus Rheindorf and Ruth Wodak.

Furthermore, we are very pleased that *Eva Codé* and *Miguel Pérez-Milans* will subsequently present the international Spanish-Catalan-Portuguese discourse network Asociación de Estudios sobre Discurso y Sociedad (EDiSo), which was founded in 2012. References to the next Spring School »Sociology of Knowledge Approach to Discourse« (SKAD) and the fifth conference on the »Discursive Construction of Reality«

(with sessions in English) at the University of Augsburg in March 2021 conclude the current issue.

We wish you an inspiring reading.  
Reiner Keller, Werner Schneider, Willy Viehöver

*Anschriften:*

Prof. Dr. Reiner Keller  
Lehrstuhl für Soziologie  
Universität Augsburg  
Universitätsstraße 10  
86159 Augsburg  
reiner.keller@phil.uni-augsburg.de

Prof. Dr. Werner Schneider  
Lehrstuhl für Soziologie/Sozialkunde  
Universität Augsburg  
Universitätsstraße 10  
86159 Augsburg  
werner.schneider@phil.uni-augsburg.de

Dr. Willy Viehöver  
RWTH Aachen  
Theaterplatz 14  
52062 Aachen  
wilhelm.viehoever@humtec.rwth-aachen.de

Kevin Howley

# Violence, Intimidation and Incarceration: America's War on Whistleblowers

**Zusammenfassung:** Viel wurde bereits über die autoritären Tendenzen von US-Präsident Donald Trump gesagt. Trumps hetzerische Rhetorik und drakonische Politik enthüllen die Gewalt, welche in dem aktuellen politischen Diskurs und in den gegenwärtigen Machtverhältnissen eingebettet ist. Während Trumps verbale Übergriffe auf Journalist\*innen gut dokumentiert sind und weithin diskutiert werden, werden seine Bemühungen – und auch die seines unmittelbaren Vorgängers Barack Obama – Whistleblower\*innen zum Schweigen zu bringen, weitaus weniger untersucht. Ausgehend von Diskurstheorie und Diskursanalyse untersucht dieser Beitrag die Erfahrung von drei prominenten Leaker\*innen sowie die epistemische Gewalt, die Amerikas Krieg gegen Whistleblower untermauert.

Stichworte: Espionage Act, Diskursanalyse, Securitization, Whistleblower\*innen

**Abstract:** Much has been made of US President Donald Trump's authoritarian tendencies. Trump's inflammatory rhetoric and draconian policies lay bare the violence embedded in contemporary political discourse and power relations. While Trump's verbal assaults on news workers are well documented and widely discussed, his efforts – and those of his immediate predecessor Barack Obama – to silence government whistleblowers receive far less scrutiny. Drawing on discourse theory and analysis, this paper explores the experience of three prominent leakers and the epistemic violence underpinning America's war on whistleblowers.

Keywords: Espionage Act, discourse analysis, securitization, whistleblowers

## 1 Introduction

On May 9, 2019, the US Department of Justice (DOJ) arrested Air Force veteran Daniel Hale for leaking classified documents about the drone assassination program to a reporter. The former intelligence analyst was charged with five counts under the Espionage Act: the World War I-era law prohibiting distribution of national defense information to unauthorized parties (Weiner 2019). It was the latest in a series of increasingly aggressive measures taken by the Trump administration to prosecute whistleblowers and journalists for exposing US war crimes and revealing state secrets (Goodman 2019a).

Donald Trump's animosity toward the Fourth Estate is, of course, no secret. Leading a chorus of demagogues the world over, Trump vilifies journalists as »enemies of the people,« and dismisses critical reporting as »fake news« (Remnick 2018). But for all of his authoritarian tendencies, Trump did not start America's war on whistleblowers. Rather, it was his immediate predecessor, Barack Obama, the self-proclaimed constitutional scholar, who set disturbing new precedents for criminalizing journalism under The Espi-

onage Act of 1917 (Downie, Jr./Rafsky 2013; Goldenberg 2013). Doing so, Obama turned an antiquated legal statute into a virulent form of authoritarianism – one with profound implications for press freedom and the rule of law.

Following Spivak (1988), this paper examines the exercise of »epistemic violence« – specifically the classification and denunciation of official enemies – underpinning recent use of the Espionage Act to not only prosecute, but persecute whistleblowers. Throughout, I analyze the operation of epistemic violence in two respects. First, in terms of the discursive strategies and practices government authorities employ to discipline whistleblowers for producing knowledge claims that challenge US national security orthodoxy. Labeling whistleblowers as traitorous or un-America, the security state stigmatizes opponents, effectively »Othering« critics and dissidents. Thus epistemic violence works to marginalize voices critical of a sprawling security apparatus – and the authoritarian rule it serves. Second, in relation to the decisive role whistleblowers play in revealing, often in exquisite detail, how the national security state exerts violence within and through knowledge production. In this way, whistleblowers expose the institutional structures and practices that facilitate all manner of state-sanctioned violence – physical, psychological as well as epistemic violence – conducted in the public's name, but routinely concealed from public view.

The paper proceeds with a discussion of the relationship between discursive and material practice in what I refer to as the discourse of securitization – a discursive formation manifest in the adoption, interpretation and deployment of the Espionage Act over the past century. Following this, I present three case studies in the violent »orders of discourse« (Foucault 1971) at work in the war on whistleblowers. Understood here as »the discursive practices of a community – its normal ways of using language« (Fairclough 1995, p. 55) the discursive orders of the national security state – articulated through legal statutes, institutional arrangements, classified reports and official statements – rely upon tightly circumscribed language to legitimate pervasive forms of social control, rationalize a regime of over-classification, and sanction the use of state violence. As we shall see, these violent orders of discourse have irrevocably marked the lived experience of three prominent whistleblowers: convicted Army PFC, Chelsea Manning; former NSA contractor, Edward Snowden; and imprisoned intelligence analyst, Reality Winner.

Based on empirical analysis of official statements and press accounts in corporate and independent news media, the balance of the paper considers the discursive structures and practices employed by the US national security to undermine whistleblowers' credibility and deny their rights to free expression and fair trials. Each case underscores the value and significance of dissident knowledge in exposing war crimes, government malfeasance, and other »truths of political importance« (Lynch 2018, p. 129). Together, they lay bare the raw exercise of state power to smear opponents and silence critics. Throughout, I contend the national security state punishes whistleblowers for individual acts of conscience – with the broader aim of stifling dissent and inhibiting press scrutiny – through a disciplinary regime predicated on violence, intimidation and incarceration. The paper concludes with some thoughts on the implications of the Trump administration's escalation of the war on whistleblowers for national security reporting at home and abroad.

## 2 The Discourse of Securitization

Apropos this essay's concern with violence in orders of discourse, I use the phrase securitization – with its emphasis on the *socially constructed* character of threats to national or international security – to highlight the discursive dimensions of the Espionage Act and assess its material effects in the war on whistleblowers. Introduced by the Copenhagen School of security studies, the concept of securitization overcomes an impasse in the field that understands threats as either objective and verifiable, or as subjective and indeterminate (van Munster 2012). The Copenhagen School's innovation foregrounds the »speech act« in defining and establishing an existential threat (Buzan/Waever/de Wilde 1998; Waever 1995).

In this way, the securitization model avoids altogether the question of whether or not a threat is real. Instead, the analytical focus is on the process of naming or labeling someone or something a threat. Accordingly, van Munster defines securitization as

»a discursive process by which an actor (1) claims that a referent object is existentially threatened, (2) demands the right to take extraordinary countermeasures to deal with the threat, and (3) convinces an audience that rule breaking behavior to counter the threat is justified.«

Understood in these terms, critical discourse analysis (CDA) is well suited to interrogate securitization discourse and practice (Jensen 2012; Vezovnik 2018). Employing CDA, analysts reveal how proponents activate and mobilize increasingly expansive notions of »security« to achieve discrete policy objectives.

We can see this process at work in the manufactured crisis on the US southern border in recent years. Labeling so-called migrant caravans an »invasion,« Donald Trump claims asylum seekers fleeing poverty and persecution in their home countries of Honduras, Guatemala and El Salvador represent an existential threat to the United States' national security and territorial integrity (Fabian 2018). Under the Trump administration's xenophobic immigration policies, the Department of Homeland Security, Customs and Border Protection, and Immigration and Customs Enforcement, violate domestic and international law by turning away, separating, and detaining migrant families en masse (Fullerton 2018). Meanwhile, Trump's deployment of thousands of National Guard and active-duty troops intensifies the post-9/11 militarization of the Mexico-US border (Browne/Starr 2019). On February 15, 2019, the President formally declared a state of emergency on the southern border. With considerable success, then, Donald Trump has effectively taken a political issue, US immigration policy, and turned it into a security issue.

Conceived in the aftermath of the Cold War, securitization was an attempt to »reconceptualize the notion of security and to redefine the agenda for security studies« in the twenty-first century (Emmers 2013, p. 132). For present purposes, I employ the concept of securitization retrospectively in order to examine the Espionage Act's role in laying the foundation for an emergent national security state. Throughout, I identify orders of dis-

course at work in its deployment against labor organizers, dissidents and others a century ago. Today, in an era of perpetual war, the Espionage Act's sweeping power asserts and enforces »America's creeping authoritarianism« (Walt 2017).

### 3 Policing Dissent: The Espionage & Sedition Acts

In June, 1917, soon after the United States entered World War I, Congress passed the Espionage Act aimed at banning the transmission of defense information to aid foreign adversaries or otherwise undermine the war effort. Although lawmakers removed controversial press censorship provisions from the final bill, the Espionage Act empowered the Postmaster General to refuse, intercept or destroy any material deemed in violation of the law.

»Apparently the Postmaster General was to use his own judgment as to what constituted ›willful obstruction‹ [of the war effort] and he could exclude such matter from the mail without court approval« (Johnson 1962, p. 47).

Thus Congress granted Postmaster General Albert S. Burleson unprecedented authority to regulate speakers and content throughout the postal system. In the absence of meaningful administrative and judicial oversight, Burleson »assumed the task with zealous dedication, withholding from the mails dozens of periodicals, books and other matter considered in violation of the Espionage Act« (Glende 2008, p. 5). Chief among them socialist periodicals, including the widely-circulated *Appeal to Reason* and *The Masses*, publications critical of imperialism, conscription, and war profiteering. Under the guise of national security, Burleson denied publishers second class mailing privileges, effectively delivering a deathblow to the once lively socialist press in America. Burleson's inspection regime did more than suppress socialist publications; it had a chilling effect on mainstream publishers fearful that critical reporting of the war effort might provoke government reprisal (Glende). In short, despite lawmakers' reservations about abridging press freedom, under the Espionage Act an unelected government official single-handedly established limits on what could, and could not, be distributed through the US mail.

Notwithstanding this unprecedented infringement on civil liberties, the following year Congress passed an even more restrictive law: the Sedition Act of 1918. The new legislation amended the Espionage Act by significantly broadening the scope of punishable offenses. Among them: insulting the US government, the flag or the constitution; speaking out against the war effort; and speech critical of arms manufacturers, the troops, and the draft. Effectively regulating citizens' ability to criticize their government, the Espionage and Sedition Acts constituted orders of discourse that dramatically curtailed freedom of expression – and in so doing, insinuated the federal government into the everyday lives of Americans as never before (DeWitt 2016).

Ostensibly designed to secure the war effort against spies and saboteurs, in practice the Espionage Act targeted pacifists, immigrants, and trade unionists opposed to US in-

volvement in the European conflict. Although hundreds were convicted of violating the Espionage Act, not one case involved spying or sabotage. Rather, allegations of »disloyal speech,« typically in the form of anti-war rhetoric, newspaper editorials, and labor organizing, accounted for over 2000 indictments during the war years (DeWitt). Punishable with fines of up to \$10,000, imprisonment for up to 20 years and, in some cases, the death penalty, the Espionage Act circumscribes permissible speech about the government, the military, and the war effort; in Foucauldian terms, establishing orders of discourse surrounding issues of national security.

After the war, the government continued mobilizing securitization discourse to suppress dissent and neutralize opponents. Most infamously, between 1919 and 1920 Attorney General A. Mitchell Palmer invoked the Espionage Act to justify his anti-Bolshevik campaign, the so-called Palmer Raids, targeting trade unionists, communists, and anarchists, primarily immigrants from Southern and Eastern Europe (Pusey 2015). Palmer's flagrant assault on civil liberties was roundly condemned at the time, and by 1921 lawmakers repealed the Sedition Act. Nevertheless, significant provisions of the Espionage Act remain on the books to this day.

Over time, increasingly expansive definitions of national security »would transform the act into a long-term tool for the national government to suppress dissent and protect the country's secrets« (DeWitt 2016, p. 121). Thus orders of discourse established under the Espionage Act – limits on free speech rights subsequently upheld by the Justice Department and the federal judiciary – were instrumental to the establishment of a nascent security state. An emerging military-industrial regime predicated on the state's authority to keep official secrets, limit government accountability, and operate outside the law.

#### 4 Information Freedom Fighters

If the Espionage and Sedition Acts can be understood in terms of securitization discourse and practice, the whistleblowers discussed here operate at the vanguard of a militant project of *desecuritization*: the unauthorized disclosure of classified information designed to initiate and inform public debate over US national security policy. In their efforts to call critical attention to the perils and abuses of securitization these »information freedom fighters« (Schell 2014, pp. 7-14) expose the security state for what it is: a global network of paramilitary units and intelligence agencies operating with radical impunity beyond public view. Doing so, whistleblowers open discursive space for publics to consider the legal, ethical, and political implications of securitization in both public and private life – an alternative order of discourse concerned with government transparency and accountability.

The cases are organized as follows. First, I introduce each subject and detail their respective disclosures. Following this, I examine the official response to these revelations. Given my concern with epistemic violence, I highlight the enormous price these whistleblowers – de facto political prisoners – continue to pay for their acts of conscience. Throughout, I underscore the role commercial and corporate media play as »adjuncts of

government,« to borrow Noam Chomsky's (1989) useful phrase, in policing orders of discourse surrounding national security.

## 5 Chelsea Manning

A transwoman, Chelsea Elizabeth Manning was born Bradley Edward Manning on December 17, 1987, in Crescent, Oklahoma. She enlisted in the US Army in late 2007. During her enlistment, Manning honed her expertise as an intelligence analyst; a skill set the Army was eager to cultivate in the increasingly information-rich battlespace of America's war on terror. With access to classified databases, Manning witnessed the brutality of US counterinsurgency operations in Afghanistan and Iraq. Troubled by what she had seen and been a part of, Manning contacted the *New York Times* and the *Washington Post*, but neither paper responded to her offer of secret information on the war effort. Rebuffed by legacy news outlets, Manning approached the radical transparency organization WikiLeaks. Throughout early 2010, she uploaded a trove of classified material to the site. Actions that would make both Manning and WikiLeaks household names.

### 5.1 The Revelations

The most dramatic of Manning's leaks came in the form of a video documenting a 2007 Apache helicopter assault in suburban Baghdad. Edited under WikiLeaks founder Julian Assange's direct supervision, the video, published in April 2010, provides an unnerving perspective of an attack that claimed over a dozen lives, including two Reuters journalists (Khatchadourian 2010). Opening graphics indicate Reuters demanded an investigation into the attack, but the Pentagon determined the action was legal under its Rules of Engagement. Reuters' subsequent Freedom of Information Act request for a copy of the video was denied. The text reads, »The video has not been released ... Until now.« Dubbed »Collateral Murder« (WikiLeaks 2010) the grainy black and white footage and the accompanying soundtrack – featuring profanity laden exchanges between the helicopter crew and command personnel – captures American forces' reckless indifference for human life. For some observers, the video offers compelling evidence of US war crimes (Morris 2012). Other revelations soon followed.

Marking a turning point in its relationship with legacy news organizations, WikiLeaks made over 90,000 classified documents, the so-called Afghan War Logs, available to three news outlets, the *Guardian*, the *New York Times*, and *Der Spiegel*, weeks ahead of their full publication to the website on July 25, 2010. The documents belie official accounts of the war effort under two US administrations, including the toll counterinsurgency operations have on the civilian population and the growing influence of Iran and Pakistan in the conflict. In October 2010, WikiLeaks again partnered with traditional news outlets to bring the Iraq War Logs to light. Among other revelations, the leaks revealed widespread prisoner abuse and routine classification of civilian casualties as enemy combatants killed

in action; a practice used in official accounts of the aforementioned helicopter assault (Davies/Steele/Leigh 2010).

Finally, throughout late 2010, a growing list of WikiLeaks' media partners published stories based on over 250,000 State Department cables. Among a host of revelations, the cables exposed the Obama administration's efforts to induce third countries to take in Guantanamo detainees; Secretary of State Hillary Clinton's spying on UN representatives; and the secret US drone campaign in Yemen. Collectively known as »Cablegate« the diplomatic exchanges leaked by Manning proved a major source of embarrassment and consternation, not only for the US, but for much of the global diplomatic community.

## 5.2 The Response

On November 1, 2010, Nils Melzer, the UN Special Rapporteur on torture, sent an official letter to the US government condemning its treatment of Chelsea Manning. Six months earlier, US District Judge Anthony Trenga imprisoned Manning for refusing to answer grand jury questions about WikiLeaks. Charging Manning with civil contempt, Trenga also imposed fines for each day she refused to testify. US authorities made Melzer's letter public just ahead of the New Year's holiday, all but ensuring limited news coverage of allegations that Manning's detention amounts to torture. »Such deprivation of liberty,« Melzer argued, »does not constitute a circumscribed sanction for specific offense, but an open-ended, progressively severe measure of coercion« (Lennard 2010).

This was not the first time UN officials leveled such accusations at American authorities over Manning's treatment. In April 2011, human rights lawyer Juan Mendez reprimanded the US government for prohibiting her from visiting Manning and assessing the conditions of her imprisonment for passing information along to WikiLeaks (MacAskill 2011). Frequently held in solitary confinement while awaiting trial, Manning's treatment drew criticism from human rights groups. Amnesty International (2011) accused the government of punishing Manning before she was convicted of any crime: »This undermines the United States' commitment to the principle of the presumption of innocence.« Manning's long ordeal at the hands of both the military and civilian justice systems reveals the epistemic violence underpinning the national security state.

First arrested in May 2010 under suspicion of transmitting classified information to unauthorized parties, Manning was held in solitary confinement for two months in a Kuwaiti jail before being transferred to the military detention facility at Quantico, VA. There she endured another nine months in isolation. Government authorities claimed Manning was held under a prevention of injury order. But in a letter released by her lawyer, Manning claimed she was placed on suicide watch after protesting her detention under abusive conditions. »I was stripped of all clothing with the exception of my underwear. My prescription eyeglasses were taken away from me and I was forced to sit in essential blindness« (Pilkington 2011). Manning's mistreatment drew more press scrutiny when P.J. Crowley, a career State Department official, resigned over the government's handling of the whistleblower. In April, 2011 amid growing concerns over abuse allegations, Man-

ning was transferred to a prison facility at Fort Leavenworth, Kansas. It would be another 22 months before she would see the inside of a court room.

At a February 28, 2013 military pretrial hearing, Manning admitted leaking classified material to WikiLeaks. In a 35-page statement – roundly ignored in US corporate and commercial media – Manning explained her actions and expressed concern over the mistreatment of Iraqi prisoners and the »seemingly delightful bloodlust« of the helicopter crew documented in the collateral murder video (Pilger 2013). Doing so, Manning took the unusual step of pleading guilty to 10 charges related to transmission of classified information and improper storage of such material under the Espionage Act and the Computer Fraud and Abuse Act respectively. She pled not guilty to another 12 charges, including the most serious allegation, aiding the enemy, which carries a sentence of life in prison.

In response to a pattern of abuse, Manning's defense team requested that those charges be thrown out. Instead, presiding judge Colonel Denise Lind reduced a possible sentence by a mere 112 days. Manning was acquitted of aiding the enemy in July 2013, but the following month Lind sentenced Manning to 35 years for passing classified material to WikiLeaks. Despite Manning's gender nonconformity, she was ordered to serve time in an all-male facility. The unprecedented sentence not only punished Manning for revealing the character and conduct of America's war on terror; in the wake of Edward Snowden's NSA revelations, it signaled the national security state's intolerance for unauthorized leaks – and served as a stark reminder of its ongoing pursuit of Julian Assange.

Her emotional and psychological health deteriorating, Manning attempted suicide in July 2016. The Army's callous response further exacerbated Manning's condition, prompting the American Civil Liberties Union (ACLU) to issue a statement condemning her confinement and claiming the whistleblower was »subjected to long stretches of solitary confinement and denied medical treatment related to her gender dysphoria« (ACLU 2016). In November, Manning petitioned President Obama for clemency. Just before leaving office, Obama commuted her sentence. On May 17, 2017, Chelsea Manning walked free after seven years imprisonment: the longest sentence ever served for disclosing classified information to the media. For Manning, it was a short lived reprieve from the government's relentless efforts to intimidate and incarcerate whistleblowers.

In March 2019, Manning was jailed for refusing to testify before a grand jury investigation of Julian Assange. Weeks later Manning was released, only to be imprisoned once again, and held in solitary confinement (Conley 2019). The Army whistleblower was finally released in March 2020. Speaking at the time of Manning's incarceration for civil contempt, Daniel Ellsberg, the Vietnam-era whistleblower indicted under the Espionage Act for leaking the Pentagon Papers – documents published by the *New York Times* and *Washington Post* – expressed outrage over Manning's ongoing persecution.

»This is a continuation of seven-and-a-half years of torture of Chelsea Manning, in an effort to get her to contribute to incriminating WikiLeaks, so they can bring Julian Assange or WikiLeaks to trial on charges that would not apply to the *New York Times*.« (Goodman 2019b).

Underscoring complicity between the security state, the federal judiciary and US corporate media – imprisonment for whistleblowers who leak classified documents; impunity for the establishment press that disseminates, and profits handsomely from, the publication of this material – Ellsberg's observation exposes the process of inclusion and exclusion, of regulating speakers and contents at work in America's war on whistleblowers.

## **6 Edward Snowden**

Born on June 21, 1983, in Elizabeth City, North Carolina, Edward Snowden's formative years were spent in suburban Maryland, not far from the National Security Administration (NSA) headquarters at Fort Meade. After a brief stint in the US Army Special Forces, Snowden turned to a career in computer security. His first position was at the University of Maryland Center for Advanced Study of Language, a research facility with close ties to the intelligence community. Soon thereafter, he was hired as an IT specialist with a CIA contractor. Snowden resigned from the CIA in 2009 and began working as an NSA contractor; first, for the tech giant Dell and then with the IT consulting firm, Booz Allen Hamilton. As an infrastructure analyst, Snowden's access to classified information grew exponentially; and with it, his resolve to alert the public of the US government's global surveillance regime. On May 20, 2013, he flew Hong Kong to meet journalists Laura Poitras, Glenn Greenwald and Ewen MacAskill, where they began publishing news reports based on the largest leak of classified information in US history.

### **6.1 The Revelations**

The trove of classified material Snowden leaked to the press revealed the scale and scope of electronic surveillance conducted by the United States and its Anglophone intelligence partners. Initial reporting centered on a secret court order requiring Verizon, one of the nation's leading telecommunication companies, to provide the NSA with telephone records of US customers on a daily basis. The blanket order issued by the Foreign Intelligence Surveillance Court compels the phone company to provide the NSA with user and location information, as well as call time duration, for every call to and from the United States over a three month period.

Another disclosure details PRISM, a program that allows both the NSA and the FBI to access the central servers of Google, Facebook, Yahoo, Apple, and Microsoft. Ostensibly targeting foreign internet traffic, PRISM routinely sweeps up information on an unspecified number of American citizens. A related datamining tool, code-named Boundless Informant, uses metadata from telephone records, email and instant messages obtained through NSA surveillance programs to record and analyze worldwide electronic communication – in apparent violation of the intelligence agency's repeated assurances to lawmakers and journalists that NSA does not store surveillance information (Lawson 2013).

On June 9, 2013, Edward Snowden revealed his identity in an exclusive video for the *Guardian*. During the interview, Snowden makes an astonishing claim: that in the course of his duties as an NSA contractor, he could »sitting at my desk, wiretap anyone, from you or your accountant, to a federal judge or even the president, if I had a personal email« (Poitras/Greenwald 2013). The intelligence community vehemently denied Snowden's assertion. Weeks later, the *Guardian* published a story detailing precisely such a tool: XKeyscore. The top-secret program allows intelligence analysts to search a massive database containing email and chat messages, as well as the internet browser histories, of millions of unsuspecting computer users. All without a search warrant. Subsequent revelations exposed the NSA's »black budget,« totaling over \$52 billion in 2013, used by the spy agency to compensate tech firms for access to their networks (Gellman/Miller 2013); and embarrassing disclosures of US surveillance on close allies, including German Chancellor Angela Merkel (Ball 2013). Like Cablegate before it, the leak strained relationships between the Obama administration and world leaders.

## 6.2 The Response

Fearful US authorities were nearing an extradition agreement with Hong Kong, Snowden made his escape. His destination: Moscow's Sheremetyevo Airport en route to Latin America where he sought political asylum. Back in Washington, FBI Director Robert Mueller and US Attorney General Eric Holder told Congress that Snowden's leaks caused »significant harm« to US national security (Finn/Horwitz 2013). Mueller assured lawmakers that the surveillance programs Snowden revealed struck the appropriate balance between protecting national security and preserving Americans' civil liberties.

Thus began a litany of unsupported claims from intelligence chiefs in the United States and United Kingdom about the damage Snowden had done to counterterrorism operations. In widely reported Congressional hearings, NSA director Keith Alexander told lawmakers US surveillance programs thwarted over 50 terror plots – an assertion he later walked back, albeit without the equivalent news coverage (McLaughlin 2015). Months later, the heads of British intelligence took the unprecedented step of appearing together before a Parliamentary commission to discuss surveillance operations (Bryan-Low 2013). These disclosures marked the emergence of a modest, but not insignificant alternative order of discourse based on a radical project of desecuritization. The security state's response was swift and decisive.

On June 22, 2013, the DOJ unsealed charges against Snowden: two counts under the Espionage Act and a single count for theft of government property. The same day, the State Department rescinded Snowden's passport. Effectively rendered stateless, the fugitive spent five weeks in a transit zone of Sheremetyevo airport as American authorities sought to cut off his travel options. Posting to WikiLeaks, Snowden (2013) denounced the White House's use of »tools of political aggression« to deny his asylum rights. But Obama's pressure campaign extended far beyond Moscow's international airport. During Snowden's five week stay in legal limbo, Secretary of State John Kerry petitioned his col-

leagues to turn over the whistleblower, lest the United States withdraw assistance from Russian counterterrorism efforts. And when the administration learned Ecuador was Snowden's preferred destination, Vice President Joe Biden threatened to withhold economic assistance if President Rafael Correa granted Snowden's request (Te-Ping/Brown 2013).

More dramatically, an international controversy erupted when Bolivian President Evo Morales' private plane was grounded, at the behest of the US government, on suspicion that Snowden was on board. Amid conflicting reports, several European countries were implicated in the US plot when they denied Morales' plane entry to their airspace (Lally/Forero 2013). Days earlier, Morales said he would consider Snowden's asylum request. His remarks were sufficient cause for the US to pressure European allies to impede Morales' return home and, upon landing in Vienna, compel local authorities to search the plane for the former NSA contractor turned international fugitive.

With few options remaining, Snowden formally requested asylum in Russia. Anxious to stave off such a move, and quell Kremlin concerns over Snowden's fate should Moscow agree to turn him over to US authorities, Attorney General Eric Holder sent an extraordinary letter to the Russian Justice Ministry (Horwitz/Birnbaum 2013). Holder assured Russian officials that the United States would not seek the death penalty – in 1953 the US government executed Julius and Ethel Rosenberg under the Espionage Act for allegedly turning over nuclear secrets to the Soviet Union. Holder further promised that Snowden would not be tortured: a subtle but unmistakable acknowledgment of the use of »enhanced interrogation« in America's war on terror. Holder's tacit admission of violent orders of discourse underwriting the US national security establishment failed to persuade the Russian Justice Ministry

On August 1, 2013, the Kremlin granted Snowden political asylum for one year. His asylum has since been extended to 2020. In the wake of his disclosures, Snowden is alternatively lionized for his patriotism or demonized for his disloyalty. The recipient of numerous prizes, including the Sam Adams and Right Livelihood Awards, he lives with his wife, Lindsay Mills, in Moscow, where he continues to speak out against the state-corporate surveillance nexus that threatens individual privacy and undermines civil liberties. For detractors, Snowden's flight to Russia is proof of his treachery; a media narrative with bi-partisan support – and unmistakable Cold War overtones – that willfully ignores the role the State Department played in stranding the former intelligence analyst in Russia (Mayer 2014).

Despite the Obama administration's best efforts to apprehend Snowden, including making him eligible for a »limited validity passport« – essentially a one way ticket from Russia to the United States – the White House began considering other options. In January 2014, journalists seized on reports that clemency or a plea deal was in the works. Praising Snowden's public service, the *New York Times* noted »the enormous value of the information he has revealed, and the abuses he has exposed,« adding, »he deserves better than a life of permanent exile, fear and flight« (Editorial Board 2014). All the same, the *Times* concluded that Snowden should return home to face trial. A rather disingenuous sentiment expressed in newsrooms that benefited from Snowden's blockbuster revelations.

Such talk provoked outrage and contempt from intelligence officials. Reflecting on Snowden's nomination for a European human rights award, former NSA Director Michael Hayden joked, »I must admit, in my darker moments ... I'd also thought of nominating Mr. Snowden, but for a different list.« The veiled allusion to the government's secretive kill list was not lost on attendees of a cybersecurity sponsored by the *Washington Post*. »I can help you with that,« replied House Intelligence Committee Chair Mike Rogers (Sasso 2013). More ominously, published reports reveal widespread animus toward Snowden within the intelligence community. A former Special Operations officer told *BuzzFeed*, »I'd love to put a bullet in his head. ... he is single-handedly the greatest traitor in American history« (Johnson 2014).

As the Snowden saga continued, Obama reminded government transparency groups and press freedom advocates of his Executive Order assuring whistleblowers protection from reprisal or imprisonment. But the President studiously avoided an inconvenient truth: the order applied only to government employees, not contractors like Ed Snowden. The administration's pledge that Snowden would receive a fair trial – echoed and amplified in US news coverage – were equally disingenuous. Jesselyn Radack (2014), director of the Whistleblower and Source Protection Program, argues that such claims are »a fantasy.« In the orders of discourse surrounding the Espionage Act, defendants are prohibited from challenging the legitimacy of government classification. Likewise, they are barred from discussing their motives and intentions, regardless of the public interest value of their revelations. Nowhere are these violent orders of discourse more apparent than in the trial of another NSA contractor turned whistleblower.

## 7 Reality Winner

Reality Leigh Winner was born on December 4, 1991, in Alice, Texas. In 2010, Winner began training as an Air Force linguist specializing in Dari, Farsi, and Pashto – languages targeted for American mass surveillance across the Muslim world. Following another year of intelligence training, Winner reported for duty with the 94<sup>th</sup> Intelligence Squadron at Fort Meade. In 2016, Winner received the Air Force Commendation Medal for meritorious service as a cryptolinguist in the drone assassination program. Later that year, Winner secured an honorable discharge and took a position with Pluribus International, an NSA contractor. It was at Pluribus, where she spent her time translating material on the Iranian aerospace industry, that she gained access to a secret NSA report detailing Russian efforts to hack the US election system. According to the Justice Department, Winner smuggled the document out of her secure workspace before sending the classified material to an unnamed news outlet.

## 7.1 The Revelations

Unlike the trove of classified material leaked by Manning and Snowden, Winner's disclosures stem from a single five-page document. As first reported by *The Intercept*, a news outlet specializing in national security, the NSA determined Russian military intelligence was responsible for cyberattacks targeting local and state voting systems ahead of the 2016 election. *The Intercept* maintains the leak came from an anonymous source, nonetheless, the news site's parent company, First Look Media, contributes to Reality Winner's legal defense fund.

Dated May 5, 2018, the secret report details two operations. The first, launched in August 2016, targeted VR Systems, a Florida-based software vendor. Although the NSA does not mention the vendor by name, the analysis makes reference to voter registration software sold by VR Systems in nine states. In late October and early November, a second operation used a bogus VR Systems account to launch a spear phishing attack that sent email attachments »invisibly tainted with potent malware« to upwards of 100 unsuspecting election officials (Cole et al., 2017). Once opened, attachments purportedly containing software updates instead activated malware giving Russian hackers control over the infected computers.

The NSA report failed to draw definitive conclusions as to whether and to what extent the hacking operation affected the election outcome – registration software is not used to tabulate votes. Nonetheless, the report identified for the first time the Russian General Staff Main Intelligence Division (GRU), as the source of cyberattacks targeting the US election infrastructure: a major development in ongoing investigations into the so-called Russiagate scandal. Prior to this disclosure, legal inquires and investigative reporting focused primarily on alleged collusion between Russian operatives and the Trump campaign to undermine Hillary Clinton's presidential bid.

## 7.2 The Response

Within hours of *The Intercept* posting its story on the leaked NSA document, the DOJ announced Reality Winner's arrest. Charged with violating the Espionage Act for sending classified material to a news outlet, Winner's arrest marked the first leak case pursued by the Trump administration (Savage 2017). From the start, the Justice Department's handling of the case made clear the administration's dual aim: prosecute Winner to the full extent of the law and intimidate would-be whistleblowers who might take inspiration from her actions.

Winner returned home from shopping one day to find a dozen FBI agents at her door. The agents informed Winner they wanted to question her about possible »mishandling of classified information.« At no time during what investigators described as a »noncustodial interrogation« did they mention the Espionage Act, let alone the possibility of a ten year prison sentence (Maass 2017). Moreover, agents failed to read Winner her Miranda Rights, an official notification detailing a suspect's right to remain silent and secure legal

representation before answering any questions. The FBI claims she was never detained, but in court Winner testified she felt she was not free to leave or end the interview at any time.

Noncustodial interrogations are not unique to the FBI; law enforcement frequently use this technique to cajole suspects into making self-incriminating statements. What makes Winner's case distinct are the extraordinary measures taken by the government to preclude a fair trial. Days ahead of Winner's pretrial hearing, the FBI uncharacteristically released a transcript of the interrogation.

»It provides a verbatim example – and a rare example – of how FBI agents ingratiate themselves with unsuspecting suspects and intimidate them into saying things that bring doom upon them« (Maass).

Not only were Winner's statements used as an admission of guilt, they had significant repercussions during bail hearings when prosecutors argued Winner remained a threat to national security. Despite the government's admission that it made misleading statements during the initial pretrial release hearing, the court twice denied Winner bail (Timm 2017).

Coupled with release of an FBI affidavit detailing the charges against her, publication of the interrogation transcript was part of a broader strategy to malign Winner's character. Painting a damning portrait of the whistleblower, the prosecution convinced a district court judge to impose extreme secrecy rules, effectively barring Winner's attorneys from challenging the government narrative in and outside of court. Turning her intelligence expertise into a liability, prosecutors highlighted Winner's internet security habits, intimating that she was knowingly engaged in espionage (Timm 2017). Likewise, prosecutors weaponized Winner's social media activity, arguing Winner's posts critical of Donald Trump, and those in support of Edward Snowden and Julian Assange, made her a flight risk.

The DOJ's handling of Winner's case offers a stark contrast to that of more high profile figures (Risen 2019). Consider the leniency afforded General David Petraeus, the onetime CIA director, who shared classified material with his biographer and lover, and then lied about it to the FBI. Petraeus received a suspended sentence and paid a \$100,000 fine. Likewise, former Trump campaign chief Paul Manafort, a central figure in Special Counsel Robert Mueller's investigation into Russian election interference, was released on bail, despite facing multiple felonies allegations (Winner-Davis 2018). Meanwhile, with her trial date pushed back repeatedly, the government detained Winner for more than a year.

Throughout the proceedings, the government erected formidable obstacles to Winner's defense. As noted above, espionage defendants are prohibited from mounting a public interest defense. Winner's intention to alert the American people of Russian cyberattacks on US election systems was inadmissible (Timm 2017). Invoking the Classified Information Protection Act, prosecutors further hampered the defense's ability to introduce evidence – including published accounts of the leaked report in both the *New York Times*

and the *Washington Post*. Winner was also prohibited from meeting with defense attorneys to review the prosecution's evidence. When she was permitted to meet with lawyers, Winner was shackled about the waist; part of a larger pattern of abuse including gratuitous strip searches, denial of nutritional and mental health needs, and severe visitor restrictions (Gosztola 2018).

At trial, the DOJ continued to coerce and intimidate the defendant. When prosecutors introduced the interrogation transcript into evidence, government information was carefully redacted. Conversely, the transcript contained Winner's personal information, including her date of birth, social security number, and computer password. Only after journalists questioned prosecutors about this discrepancy was the transcript redacted and resubmitted (Gerstein 2017). In short, from the moment she was arrested to the day she was convicted on a single felony count, the US government imposed violent orders of discourse that denied Reality Winner a fair trial.

On June 26, 2018, the campaign to silence and discredit Winner succeeded when she accepted a plea deal. Later that month, she was sentenced to five years and three months in prison: one of the longest sentences ever imposed for transmitting classified information to the news media. At the sentencing hearing, US Attorney Bobby Christine claimed Winner »caused grave damage to US national security« and described the former intelligence analyst as »the quintessential example of an insider threat« (Philipps 2018). Widely circulated in US news media, Christine's comments were meant to intimidate government employees and contractors who, like Winner, might be compelled disclose classified information in the public interest. Increasingly, this sort of government intimidation is directed at journalists as well as whistleblowers. The media blackout of Winner's case is an object lesson in stifling dissent and deterring press scrutiny: a primer on violence in orders of discourse surrounding US national security.

Of the many ironies in Winner's case is the one dimensional character of news coverage about Russian election meddling. Amid years of media hysteria over allegations the Trump campaign colluded with Russian operatives, Winner's role in exposing election system vulnerabilities barely gets a mention, despite subsequent investigations corroborating *The Intercept's* reporting and contradicting prosecutors' claims that Winner revealed intelligence gathering sources and methods (Risen 2018; Timm 2018). Likewise, allegations that prison officials routinely deny Winner media interviews fail to gain traction in commercial and corporate news outlets – despite the relevance of her case to the national interest and the Fourth Estate (McDonald 2019).

## 8. Conclusion: The Assange Effect

On April 11, 2019, London Metropolitan Police forcibly removed Julian Assange from the Ecuadorean Embassy, where he had been living since 2012, in a bid to avoid extradition to Sweden on sexual misconduct charges. Accusations, since discredited, designed to smear his character, undermine his credibility, and expedite his extradition to the United States for violating the Espionage Act (Johnstone 2019a; Grenfell 2019; McGovern 2020).

Following a visit to Assange at London's high-security Belmarsh prison – popularly known as the UK's Guantanamo – Nils Melzer, the UN Special Rapporteur on torture, expressed alarm over the »concerted and sustained« abuse Assange endures. Melzer went on to denounce British and American authorities for »the collective persecution« of the WikiLeaks publisher (OHCHR 2019).

A central figure in the radical project of desecuritization discussed throughout this paper, Assange inspired figures like Manning, Snowden and Winner to act on their conscience and expose a system of over-classification meant to conceal state crimes and government malfeasance. Official misconduct frequently conducted by, and at the behest of, a secretive and unaccountable security apparatus operating with radical impunity. In theoretical terms, the whistleblowers profiled here exposed, and were subsequently disciplined through, the violent orders of discourse surrounding the national security state. A discursive formation legitimated by antiquated legal statutes, policed by global surveillance programs, and predicated on the maintenance of US imperial hegemony.

All of which underscores this paper's main contention: that whistleblowers operate on the frontlines of a discursive struggle over the meanings – and the consequences – of securitization. A struggle which, as Emmers contends, is »especially relevant in a post-9/11 context and the growing articulation of issues as existential threats« (p. 43). Viewed in this light, the implications of this struggle between orders of discourse surrounding national security and discursive orders associated with government transparency and accountability come into sharp relief: the eclipse of the rule of law and the ascent of authoritarian rule. As we have seen, this tendency is most pronounced in the United States, where then-Central Intelligence Director Mike Pompeo referred to WikiLeaks as »non-state hostile intelligence service« (CIA 2017). Nevertheless, with growing fervor and intensity, other so-called democratic states have identified national security reporting as such a threat.

In the wake of Assange's espionage indictment, law enforcement and intelligence services around the world stepped up their attacks on investigative journalism and press freedom more generally (Lauria 2019). Most dramatically, in June 2019, the Australian Federal Police (AFP) searched the offices of the Australian public broadcasting service. Authorized to seize electronic equipment and copy, alter and delete any digital content they might find, the AFP targeted journalists for reporting based on leaked documents exposing potential war crimes committed by Australian special forces in Afghanistan. The unprecedented raid prompted WikiLeaks to issue a statement which read, in part, »The criminalization and crack down on national security journalism is spreading like a virus. The Assange precedent is already having effect« (Johnstone 2019b). The case studies presented here reveal the discursive strategies and practices underpinning the Assange Effect: a virulent strain of epistemic violence targeting journalists, whistleblowers and dissidents for resisting an authoritarian surveillance state that makes a mockery of the freedom and security it purports to defend.

## References

- ACLU. (2016, July 28): Government Continues to Deny Manning Access to Health Care. [www.aclu.org/press-releases/chelsea-manning-faces-new-charges-indefinite-solitary-confinement-related-suicide](http://www.aclu.org/press-releases/chelsea-manning-faces-new-charges-indefinite-solitary-confinement-related-suicide) (retrieved 22.06.20).
- Amnesty International. (2011, March 27): US Accused of Inhumane Treatment Over WikiLeaks Soldier Case. [www.amnesty.org/en/press-releases/2011/01/us-accused-inhumane-treatment-over-wikileaks-soldier-case](http://www.amnesty.org/en/press-releases/2011/01/us-accused-inhumane-treatment-over-wikileaks-soldier-case) (retrieved 22.06.20).
- Ball, J. (2013, October 25): NSA Monitored Calls of 35 World Leaders After US Official Handed Over Contacts. *Guardian*. [www.theguardian.com/world/2013/oct/24/nsa-surveillance-world-leaders-calls](http://www.theguardian.com/world/2013/oct/24/nsa-surveillance-world-leaders-calls) (retrieved 22.06.20).
- Browne, R./Starr, B. (2019, January 31): Over 3000 More Troops Headed to Southern Border. *CNN*. [www.cnn.com/2019/01/31/politics/troops-southern-border/index.html](http://www.cnn.com/2019/01/31/politics/troops-southern-border/index.html) (retrieved 22.06.20).
- Bryan-Low, C. (2013, November 7): UK Intelligence Officials Call Snowden Leaks Damaging. *Wall Street Journal*. [www.wsj.com/articles/uk-intelligence-officials-call-snowden-leaks-damaging-1383846399](http://www.wsj.com/articles/uk-intelligence-officials-call-snowden-leaks-damaging-1383846399) (retrieved 22.06.20).
- Buzan, B./Waever, O./de Wilde, J. (1998): *Security: A New Framework for Analysis*. Boulder: Lynne Rienner Publishers.
- CIA. (2017, April 13): Director Pompeo Delivers Remarks at CSIS. [www.cia.gov/news-information/speeches-testimony/2017-speeches-testimony/pompeo-delivers-remarks-at-csis.html](http://www.cia.gov/news-information/speeches-testimony/2017-speeches-testimony/pompeo-delivers-remarks-at-csis.html) (retrieved 22.06.20).
- Chomsky, N. (1989): *Necessary Illusions: Thought Control in Democratic Societies*. Cambridge: South End Press.
- Cole, M./Esposito, R./Biddle, S./Grim, R. (2017, June 7): Top-Secret NSA Report Details Russian Hacking Effort Days Before 2016 Election. *The Intercept*. [theintercept.com/2017/06/05/top-secret-nsa-report-details-russian-hacking-effort-days-before-2016-election/](http://theintercept.com/2017/06/05/top-secret-nsa-report-details-russian-hacking-effort-days-before-2016-election/) (retrieved 22.06.20).
- Conley, J. (2019, March 25): »Torture Plain and Simple«: Chelsea Manning Supporters Demand Her Release from Solitary Confinement. *Common Dreams*. [www.commondreams.org/news/2019/03/25/torture-plain-and-simple-chelsea-mannings-supporters-demand-her-release-solitary](http://www.commondreams.org/news/2019/03/25/torture-plain-and-simple-chelsea-mannings-supporters-demand-her-release-solitary) (retrieved 22.06.20).
- Davies, N./Steele, J./Leigh, D. (2010, October 22): Iraq War Logs: Secret Files Show How US Ignored Torture. *Guardian*. [www.theguardian.com/world/2010/oct/22/iraq-war-logs-military-leaks](http://www.theguardian.com/world/2010/oct/22/iraq-war-logs-military-leaks) (retrieved 22.06.20).
- DeWitt, P. (2016): »Clear and Present Danger«: The Legacy of the 1917 Espionage Act in the United States. In: *Historical Reflections* 42(2), pp. 115–133.
- Downie, Jr. L./Rafsky, S. (2013, October 10): The Obama Administration and the Press. *Committee to Protect Journalists*. [cpj.org/reports/2013/10/obama-and-the-press-us-leaks-surveillance-post-911/](http://cpj.org/reports/2013/10/obama-and-the-press-us-leaks-surveillance-post-911/) (retrieved 22.06.20).
- Editorial Board. (2014, January 2): Edward Snowden, Whistle-blower. *New York Times*. [www.nytimes.com/2014/01/02/opinion/edward-snowden-whistle-blower.html](http://www.nytimes.com/2014/01/02/opinion/edward-snowden-whistle-blower.html) (retrieved 22.06.20).
- Emmers, R. (2013): *Securitization*. In: A. Collins (ed.): *Contemporary Security Studies*. Oxford: Oxford University Press, pp. 131–144.
- Fabian, J. (2018, October 29): Trump: Migrant Caravan »Is an Invasion.« *The Hill*. [thehill.com/home-news/administration/413624-trump-calls-migrant-caravan-an-invasion](http://thehill.com/home-news/administration/413624-trump-calls-migrant-caravan-an-invasion) (retrieved 22.06.20).
- Fairclough, N. (1995): *Media Discourse*. London: Edward Arnold.
- Finn, P./Horwitz, S. (2013, June 22): US Charges Snowden with Espionage. *Washington Post*. [www.washingtonpost.com/world/national-security/us-charges-snowden-with-espionage/2013/06/21/507497d8-dab1-11e2-a016-92547bf094cc\\_story.html](http://www.washingtonpost.com/world/national-security/us-charges-snowden-with-espionage/2013/06/21/507497d8-dab1-11e2-a016-92547bf094cc_story.html) (retrieved 22.06.20).
- Foucault, M. (1971): *The Order of Discourse*. In: R. Young (ed.): *Untying the Text*. New York: Routledge, pp. 52–64.

- Fullerton, M. (2018, June 28): Criminal Prosecutions at the Border Violate International Law. *The Hill*. [thehill.com/opinion/civil-rights/394634-criminal-prosecutions-at-the-border-violate-international-law](http://thehill.com/opinion/civil-rights/394634-criminal-prosecutions-at-the-border-violate-international-law) (retrieved 22.06.20).
- Gellman, B./Miller, G. (2013, August 29): »Black Budget« Summary Details US Spy Network's Success, Failures and Objectives. *Washington Post*. [www.washingtonpost.com/world/national-security/black-budget-summary-details-us-spy-networks-successes-failures-and-objectives/2013/08/29/7e57bb78-10ab-11e3-8cdd-bcdc09410972\\_story.html](http://www.washingtonpost.com/world/national-security/black-budget-summary-details-us-spy-networks-successes-failures-and-objectives/2013/08/29/7e57bb78-10ab-11e3-8cdd-bcdc09410972_story.html) (retrieved 22.06.20).
- Gerstein, J. (2017, September 27): Alleged Leaker Reality Winner Said She Stuffed NSA Report in Her Pantyhose. *Politico*. [www.politico.com/story/2017/09/27/reality-winner-nsa-document-pantyhose-243236](http://www.politico.com/story/2017/09/27/reality-winner-nsa-document-pantyhose-243236) (retrieved 22.06.20).
- Glende, P. M. (2008): Victor Berger's Dangerous Ideas: Censoring the Mail to Preserve National Security During World War I. In: *Essays in Economics & Business History* 26, pp. 5–20.
- Goldenberg, K. (2013, October 10): Obama's Broken Promises on Transparency. *Columbia Journalism Review*. [archives.cjr.org/behind\\_the\\_news/cjp\\_report\\_on\\_us\\_press\\_freedom.php](http://archives.cjr.org/behind_the_news/cjp_report_on_us_press_freedom.php) (retrieved 22.06.20).
- Goodman, A. (2019a, May 10): Trump Steps Up War on Whistleblowers: Air Force Vet Daniel Hale Arrested for Leaking Drone War Info. *Democracy Now!* [www.democracynow.org/2019/5/10/trump\\_steps\\_up\\_war\\_on\\_whistleblowers](http://www.democracynow.org/2019/5/10/trump_steps_up_war_on_whistleblowers) (retrieved 22.06.20).
- Goodman, A. (2019b, March 11): »I Know of No One More Patriotic.« Daniel Ellsberg Praises Chelsea Manning After She Is Jailed Again. *Democracy Now!* [www.democracynow.org/2019/3/11/i\\_know\\_no\\_one\\_more\\_patriotic#transcript](http://www.democracynow.org/2019/3/11/i_know_no_one_more_patriotic#transcript) (retrieved 22.06.20).
- Gosztola, K. (2018, August 21): Reality Winner's Sentence: Culmination of an Effort to Break a Whistleblower's Spirit. *Shadowproof*. [shadowproof.com/2018/08/21/reality-winners-sentencing-culmination-effort-break-whistleblowers-spirit](http://shadowproof.com/2018/08/21/reality-winners-sentencing-culmination-effort-break-whistleblowers-spirit) (retrieved 22.06.20).
- Grenfell, O. (2019, November 20): Collapse of Swedish »Sexual Misconduct« Frame-up Exposes Political Conspiracy Against Assange. *World Socialist Website*. [www.wsws.org/en/articles/2019/04/24/assa-a24.html](http://www.wsws.org/en/articles/2019/04/24/assa-a24.html) (retrieved 22.06.20).
- Horwitz, S./Birnbaum, M. (2013, July 26): US Won't Seek Death Penalty for Snowden, Holder says in Letter to Russian Official. *Washington Post*. [www.washingtonpost.com/world/national-security/us-will-not-seek-death-penalty-for-snowden-holder-says-in-letter-to-russians/2013/07/26/5ab3f4daf601-11e2-aa2e-4088616498b4\\_story.html](http://www.washingtonpost.com/world/national-security/us-will-not-seek-death-penalty-for-snowden-holder-says-in-letter-to-russians/2013/07/26/5ab3f4daf601-11e2-aa2e-4088616498b4_story.html) (retrieved 22.06.20).
- Jensen, L. C. (2012): Seduced and Surrounded by Security: A Post-Structuralist Take on Norwegian High North Securitizing Discourses. In: *Cooperation and Conflict* 48(1), pp. 80–99.
- Johnson, B. (2014, January 16): America's Spies Want Snowden Dead. *BuzzFeed*. [www.buzzfeednews.com/article/bennyjohnson/americas-spies-want-edward-snowden-dead](http://www.buzzfeednews.com/article/bennyjohnson/americas-spies-want-edward-snowden-dead) (retrieved 22.06.20).
- Johnson, D. (1962): Wilson, Burleson, and Censorship in the First World War. In: *The Journal of Southern History* 28(1), pp. 46–58.
- Johnstone, C. (2019a, April 20): Debunking All the Assange Smears. *CaitlinJohnston.com*. [caitlinjohnstone.com/2019/04/20/debunking-all-the-assange-smears](http://caitlinjohnstone.com/2019/04/20/debunking-all-the-assange-smears) (retrieved 22.06.20).
- Johnstone, C. (2019b, June 5): More Police Raids as War on Journalism Escalates Worldwide. *Consortium News*. [consortiumnews.com/2019/06/05/more-police-raids-as-war-on-journalism-escalates-worldwide](http://consortiumnews.com/2019/06/05/more-police-raids-as-war-on-journalism-escalates-worldwide) (retrieved 22.06.20).
- Khatchadourian, R. (2010, May 31): No Secrets: Julian Assange's Mission for Total Transparency. *The New Yorker*. [www.newyorker.com/magazine/2010/06/07/no-secrets](http://www.newyorker.com/magazine/2010/06/07/no-secrets) (retrieved 22.06.20).
- Lally, K./Forero, J. (2013, July 3): Bolivian President's Plane Forced to Land in Austria Hunt for Snowden. *Washington Post*. [www.washingtonpost.com/world/bolivian-presidents-plane-forced-to-land-in-austria-in-hunt-for-snowden/2013/07/03/c281c2f4-e3eb-11e2-a11e-c2ea876a8f30\\_story.html](http://www.washingtonpost.com/world/bolivian-presidents-plane-forced-to-land-in-austria-in-hunt-for-snowden/2013/07/03/c281c2f4-e3eb-11e2-a11e-c2ea876a8f30_story.html) (retrieved 22.06.20).
- Lauria, J. (2019, June 5): After Assange's Espionage Act Indictment, Police Move Against More Journalists for Publishing Classified Material. *Consortium News*. [consortiumnews.com/2019/06/05/after-assanges-espionage-act-indictment-police-move-against-more-journalists-for-publishing-classified-material](http://consortiumnews.com/2019/06/05/after-assanges-espionage-act-indictment-police-move-against-more-journalists-for-publishing-classified-material) (retrieved 22.06.20).

- Lawson, S. (2013, June 6): Did Intelligence Officials Lie to Congress About NSA Spying? Forbes. [www.forbes.com/sites/seanlawson/2013/06/06/did-intelligence-officials-lie-to-congress-about-nsa-domestic-spying/#37c47ceb5816](http://www.forbes.com/sites/seanlawson/2013/06/06/did-intelligence-officials-lie-to-congress-about-nsa-domestic-spying/#37c47ceb5816) (retrieved 22.06.20).
- Lennard, N. (2020, January 2): Chelsea Manning Spent Most of the Last Decade in Prison. The Intercept. [theintercept.com/2020/01/02/chelsea-manning-torture-prison-united-nations](http://theintercept.com/2020/01/02/chelsea-manning-torture-prison-united-nations) (retrieved 22.06.20).
- Lynch, M. P. (2018): Epistemic Arrogance and the Value of Political Dissent. In: C. R. Johnson (ed.) *Voicing Dissent: The Ethics and Epistemology of Making Disagreement Public*. New York: Routledge, pp. 129–139.
- Maass, P. (2017, December 28): How the Interrogation of Reality Winner Reveals the Deceptive Tactics of »Exceedingly Friendly» FBI Agents. The Intercept. [theintercept.com/2017/12/28/how-the-interrogation-of-reality-winner-reveals-the-deceptive-tactics-of-exceedingly-friendly-fbi-agents](http://theintercept.com/2017/12/28/how-the-interrogation-of-reality-winner-reveals-the-deceptive-tactics-of-exceedingly-friendly-fbi-agents) (retrieved 22.06.20).
- MacAskill, E. (2011, April 11): Bradley Manning Case Sparks UN Criticism of US Government. Guardian. [www.theguardian.com/world/2011/apr/11/bradley-manning-juan-mendez-torture](http://www.theguardian.com/world/2011/apr/11/bradley-manning-juan-mendez-torture) (retrieved 22.06.20).
- Mayer, J. (2014, January 21): Snowden Calls Russia-spy Story Absurd in »Exclusive Interview.« The New Yorker. [www.newyorker.com/news/news-desk/snowden-calls-russian-spy-story-absurd-in-exclusive-interview](http://www.newyorker.com/news/news-desk/snowden-calls-russian-spy-story-absurd-in-exclusive-interview) (retrieved 22.06.20).
- McDonald, R. R. (2019, May 31): Reporters Committee Protests Ban on Media Interviews with Reality Winner. Daily Reporter. [www.law.com/dailyreportonline/2019/05/31/reporters-committee-protests-ban-on-media-interviews-with-reality-winner/?sreturn=20200522103957](http://www.law.com/dailyreportonline/2019/05/31/reporters-committee-protests-ban-on-media-interviews-with-reality-winner/?sreturn=20200522103957) (retrieved 22.06.20).
- McGovern, R. (2020, February 6): German TV Exposes the Lies that Entrapped Julian Assange. Consortium News. [consortiumnews.com/2020/02/06/german-tv-exposes-the-lies-that-entrapped-julian-assange](http://consortiumnews.com/2020/02/06/german-tv-exposes-the-lies-that-entrapped-julian-assange) (retrieved 22.06.20).
- McLaughlin, J. (2015, November 17): US Mass Surveillance Has No Record of Thwarting Large Terror Attacks, Regardless of Snowden Leaks. The Intercept. [theintercept.com/2015/11/17/u-s-mass-surveillance-has-no-record-of-thwarting-large-terror-attacks-regardless-of-snowden-leaks](http://theintercept.com/2015/11/17/u-s-mass-surveillance-has-no-record-of-thwarting-large-terror-attacks-regardless-of-snowden-leaks) (retrieved 22.06.20).
- Morris, A. (2012, August 30): Permission to Engage: WikiLeaks Collateral Murder Footage Examined. The Bureau of Investigative Reporting. [www.thebureauinvestigates.com/stories/2012-08-30/permission-to-engage-wikileaks-collateral-murder-footage-examined](http://www.thebureauinvestigates.com/stories/2012-08-30/permission-to-engage-wikileaks-collateral-murder-footage-examined) (retrieved 22.06.20).
- van Munster, R. (2012): Securitization. In: Oxford Bibliographies. [www.oxfordbibliographies.com/view/document/obo-9780199743292/obo-9780199743292-0091.xml](http://www.oxfordbibliographies.com/view/document/obo-9780199743292/obo-9780199743292-0091.xml) (retrieved 22.06.20).
- OHCHR. (2019, May 31): UN Expert says »Collective Persecution« of Julian Assange Must End Now. [www.ohchr.org/EN/NewsEvents/Pages/DisplayNews.aspx?NewsID=24665](http://www.ohchr.org/EN/NewsEvents/Pages/DisplayNews.aspx?NewsID=24665) (retrieved 22.06.20).
- Phillips, D. (2018, August 23): Reality Winner, former NSA Translator, Gets More than 5 years in Leak of Russian Hacking Report. New York Times. [www.nytimes.com/2018/08/23/us/reality-winner-nsa-sentence.html](http://www.nytimes.com/2018/08/23/us/reality-winner-nsa-sentence.html) (retrieved 22.06.20).
- Pilger, J. (2013, August 8): Truth in the Crosshairs. CounterPunch. [www.counterpunch.org/2013/08/08/truth-in-the-crosshairs](http://www.counterpunch.org/2013/08/08/truth-in-the-crosshairs) (retrieved 22.06.20).
- Pilkington, E. (2011, March 10): Stripped Naked Every Night, Bradley Manning Tells of Prison Ordeal. Guardian. [www.theguardian.com/world/2011/mar/11/stripped-naked-bradley-manning-prison](http://www.theguardian.com/world/2011/mar/11/stripped-naked-bradley-manning-prison) (retrieved 22.06.20).
- Poitras, L./Greenwald, G. (2013, 9 June): NSA Whistleblower Edward Snowden: »I Don't Want to Live in a Society That Does These Sorts of Things.« Guardian. [www.theguardian.com/world/video/2013/jun/09/nsa-whistleblower-edward-snowden-interview-video](http://www.theguardian.com/world/video/2013/jun/09/nsa-whistleblower-edward-snowden-interview-video) (retrieved 22.06.20).
- Pusey, A. (2015): Precedents: Jan. 2, 1920: Palmer raids target immigrants. In: ABA Journal 101(1), pp. 100–100.
- Radack, J. (2014, January 22): Why Edward Snowden Wouldn't Get a Fair Trial. Wall Street Journal. [whistleblower.org/in-the-news/wsj-op-ed-why-edward-snowden-wouldnt-get-a-fair-trial](http://whistleblower.org/in-the-news/wsj-op-ed-why-edward-snowden-wouldnt-get-a-fair-trial) (retrieved 22.06.20).

- Remnick, D. (2018, April 15): Trump and the Enemies of the People. *The New Yorker*. [www.newyorker.com/news/daily-comment/trump-and-the-enemies-of-the-people](http://www.newyorker.com/news/daily-comment/trump-and-the-enemies-of-the-people) (retrieved 22.06.20).
- Risen, J. (2018, May 9): Senate Report Strongly Implies Russian Hacking Story Was a Public Service – But Whistleblower Reality Winner Remains in Jail. *The Intercept*. [theintercept.com/2018/05/09/russian-hacking-us-election-senate-reality-winner](http://theintercept.com/2018/05/09/russian-hacking-us-election-senate-reality-winner) (retrieved 22.06.20).
- Risen, J. (2019, March 8): Paul Manafort Didn't Get Off Easy – Unless You Compare Him to Whistleblower Reality Winner. *The Intercept*. [theintercept.com/2019/03/08/paul-manafort-sentence-reality-winner](http://theintercept.com/2019/03/08/paul-manafort-sentence-reality-winner) (retrieved 22.06.20).
- Sasso, B. (2013, October 3): Ex-NSA Chief Jokes About Putting Edward Snowden on Kill List. *The Hill*. [thehill.com/policy/technology/326315-former-nsa-chief-jokes-about-putting-snowden-on-kill-list#ixzz2gfXlY7qx](http://thehill.com/policy/technology/326315-former-nsa-chief-jokes-about-putting-snowden-on-kill-list#ixzz2gfXlY7qx) (retrieved 22.06.20).
- Savage, C. (2017, June 5): Intelligence Contractor is Charged With First Leak Case Under Trump. *New York Times*. [www.nytimes.com/2017/06/05/us/politics/reality-winner-contractor-leaking-russia-nsa.html](http://www.nytimes.com/2017/06/05/us/politics/reality-winner-contractor-leaking-russia-nsa.html) (retrieved 22.06.20).
- Schell, B. H. (2014): *Internet Censorship: A Reference Handbook*. Santa Barbara: ABC-CLIO.
- Snowden, E. (2013, July 2): Statement from Edward Snowden in Moscow. *WikiLeaks*. [wikileaks.org/Statement-from-Edward-Snowden-in.html?snow](http://wikileaks.org/Statement-from-Edward-Snowden-in.html?snow) (retrieved 22.06.20).
- Spivak, G. C. (1988): Can the Subaltern Speak? In: C. Nelson and L. Grossberg (eds.): *Marxism and the Interpretation of Culture*. Basingstoke: MacMillan, pp. 271-313.
- Te-Pin, C. & Brown, K. (2013, July 1): Snowden's Options for Refuge Narrow. *Wall Street Journal*. [www.wsj.com/articles/SB10001424127887324436104578577541805987304](http://www.wsj.com/articles/SB10001424127887324436104578577541805987304) (retrieved 22.06.20).
- Timm, T. (2017, October 6): Judge Denies Bail for Reality Winner, Accepting Prosecutor's Dubious Allegations. *The Intercept*. [theintercept.com/2017/10/06/nsa-reality-winner-judge-denies-bail](http://theintercept.com/2017/10/06/nsa-reality-winner-judge-denies-bail) (retrieved 22.06.20).
- Timm, T. (2018, August 23): The Government's Argument that Reality Winner Harmed National Security Doesn't Hold Up. *The Intercept*. [theintercept.com/2018/08/23/reality-winner-sentenced-leak-election-hacking](http://theintercept.com/2018/08/23/reality-winner-sentenced-leak-election-hacking) (retrieved 22.06.20).
- Vezovnik, A. (2018): Securitizing Migration in Slovenia: A Discourse Analysis of the Slovenian Refugee Situation. In: *Journal of Immigration and Refugee Studies* 16(1-2), pp. 39–56.
- Waever, O. (1995): Securitization and Desecuritization. In: R. Lipschutz (ed.): *On Security*. New York: Columbia University Press, pp. 46–86.
- Walt, S. (2017, July 27): Top 10 Signs of Creeping Authoritarianism, Revisited. *Foreign Policy*. [foreignpolicy.com/2017/07/27/top-10-signs-of-creeping-authoritarianism-revisited](http://foreignpolicy.com/2017/07/27/top-10-signs-of-creeping-authoritarianism-revisited) (retrieved 22.06.20).
- Weiner, R. (2019, May 9): Former Intelligence Analyst Charged With Leaking Drone Details to News Outlet. *Washington Post*. [www.washingtonpost.com/local/public-safety/former-intelligence-analyst-charged-with-leaking-drone-details-to-news-outlet/2019/05/09/19eeb9e2-7258-11e9-8be0-ca575670e91c\\_story.html](http://www.washingtonpost.com/local/public-safety/former-intelligence-analyst-charged-with-leaking-drone-details-to-news-outlet/2019/05/09/19eeb9e2-7258-11e9-8be0-ca575670e91c_story.html) (retrieved 22.06.20).
- WikiLeaks. (2010): *Collateral Murder*. [collateralmurder.wikileaks.org](http://collateralmurder.wikileaks.org) (retrieved 22.06.20).
- Winner-Davis, B. (2018): My Daughter Reality Winner Faces Severe Punishment, But Key Figures in the Trump-Russia Scandal Are Getting Off Easy. *The Intercept*. [theintercept.com/2018/12/23/reality-winner-trump-russia](http://theintercept.com/2018/12/23/reality-winner-trump-russia) (retrieved 22.06.20).

*Corresponding Author:*

Kevin Howley, PhD  
 Professor of Media Studies  
 DePauw University  
 600 S. Locust Street  
 Greencastle, Indiana 46135  
 USA  
 Email: [khowley@depauw.edu](mailto:khowley@depauw.edu)

Robert Feustel / Florian Spissinger

## »Selbsterhalt ist kein Rassismus«

### Zur neurechten Politik der Entpolitisierung

**Zusammenfassung:** Der Beitrag untersucht diskursanalytisch, wie neue Rechte mithilfe physikalischer und rechtlicher Diskurse ihre Forderungen nach Ausschluss und Abschottung naturalisieren, sie damit sachlich rahmen und vor ethischen oder politischen Einwänden schützen. Eine politiktheoretisch sensibilisierte Analyse neurechter Diskurse hilft, die selbstsichere Distanzierung neurechter Akteur\*innen vom Rassismus besser zu verstehen. Sie zeigt zudem, dass diese dabei eine Politik der Entpolitisierung betreiben.

**Stichworte:** neue Rechte, Grenzziehungen, Recht, Physik, Entpolitisierung

**Abstract:** Using discourse analysis, the paper argues that the far right naturalises their ongoing insistence on anti-migrant shielding and expulsion based on juridical, and physical patterns. This rhetoric suggests a realistic and objective position and helps repelling political or ethical critique as naive and unworlly. Informed by political theory, an investigation into far-right discourse can enrich our understanding of how far-right actors' distance themselves from racism. Moreover, it reveals far-right politics as a sort of depoliticisation.

**Keywords:** the far right, boundary-work, juridical, physical, depoliticization

## 1 Einleitung

»Die Menschen, die jahrzehntelang durch die Mühlen der sozialistischen Gesinnungspresse, der Erziehungspresse und der Lückenpresse gedreht wurden, sollen wieder lernen, dass sie vollkommen recht haben, wenn sie sagen, dass eins plus eins zwei ist. Dass sie niemandem etwas schuldig sind. Dass das ihr Land ist. Dass niemand sein eigenes Verdrängtwerden begrüßen muss. Dass Selbsterhaltung kein Rassismus ist und Deutschein etwas ganz Normales« (Frauke Petry, ehemals AfD, 3. Oktober 2016 in Stuttgart).

Bei Demonstrationen und öffentlichen Auftritten neurechter<sup>1</sup> Akteur\*innen von Pegida über die AfD bis zu diversen Bürger\*innenbewegungen ist in vorausseilender Abwehr zu

1 Wir sprechen von der neuen Rechten im Sinne einer über Gruppen- und Parteigrenzen hinausgehenden gesellschaftlichen Bewegung der letzten Jahre. Die »Neue Rechte« hingegen ist ein stehender Begriff für ein rechtes Akteurspektrum, das sich seit Ende der 1970er Jahre beobachten lässt, auf Distanz zu einem neonazistischen Selbstverständnis geht und mit dem Konzept des Ethnopluralismus hervortritt (Schellhoh 2018). Die Bezeichnung mit einem kleinen n soll zugleich anzeigen, dass eine klare Trennung zwischen alter Rechter und Neuer Rechter nicht immer möglich ist, weil sich zwar einige Begriffe verschoben haben, aber die grundlegenden Muster essentieller Ausgrenzung geblieben sind.

vernehmen, man sei nicht rechts und schon gar nicht rassistisch. Die Identitäre Bewegung macht dies zu ihrem Leitspruch: »Nicht links, nicht rechts, identitär« und verteilt entsprechende Aufkleber: »100 % identitär – 0 % Rassismus« (Pfeiffer 2018, S. 49). Es gehe um Selbstverteidigung und Selbsterhalt, und das habe nichts mit Rassismus oder rechtem Denken und Handeln zu tun.<sup>2</sup> Als Ende August 2018 eine Menschenmenge durch die Straßen von Chemnitz zog, um Hass und Gewalt gegenüber Nicht-Weißen zu verbreiten und wiederholt mit dem Hitlergruß aufzuwarten, ertönten solche Aussagen unmittelbar neben oder synchron zu rechtsradikalen Parolen wie »Frei, sozial und national«. Es gibt also einen irritierenden Widerspruch zwischen Fremd- und Selbstbild.

Wer neurechten Akteur\*innen aufmerksam zuhört, wird die biologistischen Deutungen, den Rassismus der alten Rechten, schwer überhören können (etwa bei Björn Höcke zitiert in Hurtz 2015). Allerdings werden die alten Grenzziehungen mittlerweile mit kulturellen Merkmalen kombiniert, was es möglich macht, die zugrundeliegenden Denkfikturen von sich zu weisen. Dafür mag es verschiedene Gründe geben. Selbst wenn dieser Tage eine schleichende Normalisierung vormals tabuisierter und mit Scham behafteter Aussagen stattfindet (Wodak 2018, 2019), gilt ein offenes Bekenntnis zu traditionellen rechten bzw. rassistischen Denkmustern und zum Nationalsozialismus als historisch verbrannt und damit öffentlich wenig anschlussfähig (Kalpaka/Räthzel 2000, S. 179; Fredrickson 2004, S. 144 ff.). Wer viele Menschen erreichen und auch die sogenannte bürgerliche Mitte überzeugen will, tritt eher konservativ denn rechtsradikal auf.<sup>3</sup> Ohnehin wirkt der Ausschluss mittels der Rede von einer authentischen und an einen Raum gebundenen Kultur zeitgemäßer – der neurechte Diskurs zum Ethnopluralismus (dazu Schellhöf 2018; Zorn 2018). Man sagt Kultur statt Rasse, aber impliziert das Gleiche (Mühlmann 1996; Kalpaka/Räthzel 2000, S. 179 ff.; Kalpaka 2005).<sup>4</sup>

»Neue Formen des Rassismus argumentieren ›kulturalistisch‹, indem sie unterschiedliche kulturelle Traditionen als inkompatibel ansehen. [...] Der Begriff Kultur ersetzt dabei den Begriff ›Rasse‹: Die ›anderen‹ werden entlang dem Kriterium ›kulturelle Identität‹ erkennbar [...]. Zu schützen gilt nicht mehr die ›rassische Reinheit‹, sondern eine authentische ›kulturelle Identität‹« (Kalpaka 2005, S. 393).<sup>5</sup>

- 2 Diese Haltung hat auch mit dem ethnographischen Befund zu tun, dass ›Nazis‹ in Deutschland systematisch ›die Anderen‹ sind und der Zuschreibung von Rechtsextremismus somit eine Othring-Funktion zukommt (Shoshan 2016).
- 3 Dementsprechend erklärte Alexander Gauland nach den Landtagswahlen 2019 in Sachsen und Brandenburg die AfD zum »Vertreter des Bürgertums« (Spiegel Online 2019).
- 4 Andreas Reckwitz (2018, S. 400) liefert noch eine weitere Erklärung, warum gerade die Rede von Kultur auch in rechten Kreisen zeitgemäß ist: In der Spätmoderne sei Kultur »häufig kein bloß impliziter Hintergrund alltäglicher Praxis mehr, sondern wird zum Gegenstand der Diskursivierung, der Thematisierung oder Kodifizierung, und zwar nach ›innen‹ wie nach ›außen‹«.
- 5 Eine intensive Auseinandersetzung darüber, inwiefern auch anti-muslimischer Rassismus Rassismus ist, liefert Hilary Pilkington (2016, S. 92 ff.) am Fall der English Defence League. Genau wie neurechte Akteur\*innen in Deutschland weist diese Gruppierung das Etikett rassistischer Gewalt von sich: »Not racist, not violent, just no longer silent« (ebd., S. 93).

Jeweils geht es um Essentialismen, die von einem politischen Streitfeld unterschiedlicher Meinungen wegführen, um stattdessen eine unhintergehbare, weil natürliche und zeitlose Beweiskette vorzutragen. Wer mit der Natur bzw. naturalisierter Kultur im Rücken argumentiert, duldet keinen Widerspruch.

Die Kritik, wonach Kulturrassismus auch Rassismus ist (Balibar 1998, S. 28 ff.; Hall 2000), hat schon weite Kreise gezogen. Und dennoch ist rechtes Denken dieser Prägung weder ein gesellschaftliches Randphänomen, noch eine Frage formaler Bildung – wie die breite Zustimmung zur AfD zeigt. Die Frage ist daher, wie es der neuen Rechten gelingt, Grenzziehungen gegenüber Migrant\*innen diskursiv so zu rahmen, dass die neurechten Diskurse von Sympathisant\*innen als nicht-rassistisch gelesen werden bzw. sie für sich selbst die Zuschreibung »rassistisch« ablehnen. Neurechte Abwehrversuche, so unsere These, funktionieren, indem sie ihre Deutungen als selbstverständlich, sachlich und nicht politisch-ideologisch motiviert darstellen. Wir zeigen, dass neurechte Akteur\*innen diskursive Angebote machen, die sie nicht bloß als eine politische Deutung unter vielen präsentieren, sondern damit unerschütterliche Tatsachen behaupten. Neurechte Grenzziehungen werden als Notwendigkeiten, als Selbstverständlichkeiten artikuliert und versuchen sich so dem politischen Dissens zu entziehen.

Vor dem Hintergrund postfundamentalistischer Theorien des Politischen sind die im Beitrag diskutierten neurechten Diskurse insofern entpolitisierend, als dass sie gerade keinen politischen Streit befördern. Sie deuten soziale, kulturelle und politische Phänomene als natürliche Gegebenheiten und sind beständig darum bemüht, Dissens und Kontingenz, Streit und Aushandlung – all das, was das Politische ausmacht – zu negieren und ein für alle Mal zu beenden. Im Rahmen einer seit längerem etablierten Differenzierung von »der Politik« und »dem Politischen« (Marchart 2007; Bedorf/Röttgers 2010; Bröckling/Feustel 2010) entziehen sich rechte Deutungsangebote dieser Art systematisch dem Politischen. Zu einer begrifflichen Schärfung hat etwa Jacques Rancière (2002, 2012) beigetragen, der von Polizei oder Verwaltung – das übliche Verständnis von Politik – auf der einen und Politik – im Sinne von dem Politischen – auf der anderen Seite sprach. Vor diesem politiktheoretischen Hintergrund lesen wir verschiedene neurechte Diskurse als Behauptungen eines unhintergehbaren Fundaments, als naturalistische Fixierungen und damit als Techniken der Entpolitisierung. Dies schärft den Blick dafür, wie neurechte Akteur\*innen ihre politischen Deutungen so rationalisieren, dass sie von Sympathisant\*innen als nicht-ideologische Wahrheiten interpretiert werden können. Während also rechte Deutungen im landläufigen Sinn politisch sind, ist es analytisch erkenntnisreich, gerade dem neurechten Entzug des Politischen im Detail nachzugehen. Wir sprechen deshalb von der *neurechten Politik der Entpolitisierung*: Entsprechende Akteur\*innen betreiben einflussreich Politik, allerdings in einem Modus, der Natürlichkeiten und daher Selbstverständlichkeiten behauptet und damit die politisch-ideologische Grundlage der eigenen Deutung verdeckt. Während neurechte Grenzziehungen aus einer kritischen Außenperspektive ideologisch motiviert sind, können sie für deren Sympathisant\*innen als selbstverständlich und zwingend interpretiert werden. Wir zeigen, inwiefern neurechte Akteur\*innen Deutungsangebote unterbreiten, die eine Politik der Entpolitisierung befördern.

Der Beitrag diskutiert konkret zwei Deutungsrahmen, die verdecken, dass einer Grenzziehung zwischen einem emphatischen Wir und den Anderen ein mit Carl Schmitt (1987 [1932]) gedachter unüberwindbarer Gegensatz zwischen Freund und Feind zugrunde liegt. Es handelt sich einerseits um eine *rechtliche* Rahmung, die darum kreist, Ein- und Ausschluss unter Berufung auf die quasinatürliche Autorität von Gesetzen (vor allem dem Grundgesetz) für legitim, legal und darüber hinaus für dringend geboten zu halten. Das Recht wird umgedeutet und mystifiziert, es dient als selbstverständliche und nicht verhandelbare Begründung zur Abwehr des Anderen. *Physikalische* Bezüge beschreiben andererseits den Ausschluss unter anderem mit Druckmetaphern und damit als naturwissenschaftliche Notwendigkeit. Die verbreitete Metapher »Das Boot ist voll« ist ein Beispiel für diese Deutungsweise, weil politische Entscheidungen als zwingende, physikalisch begründete Notwendigkeiten dargestellt werden.

Diese Begründungsfiguren erhalten Stabilität, indem sie ihre Macht verdecken und politisch gewollte, gewaltvolle Ausschlüsse als notwendig und selbstverständlich darstellen. Der Beitrag zeigt, wie neurechte Grenzziehungen diskursiv so eingekleidet werden, dass sie weder politisch motiviert noch moralisch zweifelhaft erscheinen. Normative Kritik an rassistischen oder anderen Formen von Ausgrenzung verliert ihre Wirkung, wenn es neurechten Akteur\*innen gelingt, sachlogische Notwendigkeiten zu präsentieren. Gerade weil die zwei Deutungsangebote auf stabilen oder ontologischen Setzungen aufbauen, ist die Zuschreibung von Rassismus treffend und kann dennoch als unsachlich und ideologisch motiviert abgewehrt werden.<sup>6</sup> Die Mobilisierung von unideologischer Sachlichkeit ist nicht neu; Rassenlehre und Eugenik kleideten sich ebenfalls sachlich bzw. wissenschaftlich.<sup>7</sup> Die gegenwärtigen Versuche, Ausschlüsse jenseits von Moral und Politik zu begründen, operieren jedoch in anderen, allgemein anerkannten Registern (rechtlich, naturwissenschaftlich). Sie sind unauffälliger, schwerer zu kritisieren und damit anchlussfähig an konservative und bürgerliche Kreise.<sup>8</sup>

Die neurechte Mobilisierung von Nicht-Wähler\*innen, deutlich zuletzt bei den Landtagswahlen in Thüringen 2019, ließe sich jedoch nicht nur als Ausdruck von Rassismus und Ausgrenzung, sondern auch als Inklusion zuvor nicht repräsentierter Wähler\*innen-Gruppen interpretieren. So ist häufig von einer Repräsentationslücke die Rede, auf welche die AfD reagiere (etwa Merkel 2017; Decker 2018, S. 364 f.). Ebenso ließe sich argumentieren, dass mit den Erfolgen der AfD ein Ende der ›Postdemokratie‹ (Crouch 2008)

- 6 Neben den Funktionen der Homogenisierung, Polarisierung und Hierarchisierung ist die *Naturalisierung* – was wir als Entpolitisierung deuten – gesellschaftlicher Verhältnisse im Rassismus zentral (Rommelspacher 2009: 29). Birgit Rommelspacher spricht von rechter Politik als »eine politisierte Form des Rassismus« (ebd.). Unser Beitrag betont die naturalisierenden Effekte, indem wir neurechte Politik als eine politische Form deuten, die die Entpolitisierung gesellschaftlicher Verhältnisse bewirkt.
- 7 Dass die rechte Performanz von Sachlichkeit selbst ideologisch ist, lässt sich etwa an Adolf Eichmann zeigen (dazu Schulze Wessel 2006). Versuche der Versachlichung politischer Prozesse ließen sich daher als Kontinuität rechter Politiken lesen.
- 8 Die Normalisierung und Legitimierung der AfD funktioniert auch über subtile affektive Praktiken, die es ermöglichen nicht mit rassistischer Hasspolitik verknüpft zu werden (Leser/Pates/Spissinger 2019; Leser/Spissinger 2020).

zu beobachten sei, so viel wie die letzten Jahre politisch gestritten werde. Diagnosen zur Repolitisierung von rechts spiegeln sich auch im Selbstverständnis neurechter Akteur\*innen wider. So betonte etwa Björn Höcke nach der Verkündung der vorläufigen Wahlergebnisse für den Thüringer Landtag in der Tagesschau: »Wir haben es geschafft, die meisten Nichtwähler wieder zurück an die Wahlurne zu bekommen. Die AfD wirkt also auch als Demokratie-Beleber« (NDR/ARD-aktuell 2019). Wir argumentieren hingegen, dass die neurechten Mobilisierungen paradoxerweise keine Repolitisierung der Auseinandersetzung bedeuten, sondern vielmehr mit einer Politik im Modus substantieller Entpolitisierung einhergehen. Der Beitrag zeigt, dass die diskursiven Angebote neurechter Akteur\*innen letztlich nicht zum politischen Dissens einladen, sondern dazu, sich diesem vielmehr zu entziehen.

Für den folgenden Beitrag haben wir Aussagen öffentlicher Personen, publizierte Interviews und Pressemitteilungen neurechter Akteur\*innen, Reden, die bei Pegida zwischen 2014 und 2016 gehalten wurden, Partei- und Wahlprogramme der AfD sowie Zeitungsartikel diskursanalytisch ausgewertet.<sup>9</sup> In einer Vorstudie mit öffentlich verfügbaren Interviews haben wir mehrere entpolitisierende Deutungsangebote erschlossen und diese für den Beitrag anhand der genannten Quellen näher untersucht. Während wir bei der Vorstudie von der Hypothese des Wiedererstarkens biologistischer Grenzziehungen ausgegangen sind, zeigte die Analyse der journalistischen Interviews, dass sich neurechte Akteur\*innen genau davon diskursiv zu distanzieren versuchen. Ins Zentrum der Untersuchung rückten Diskurse der Distanzierung und verdichteten sich in den im Beitrag präsentierten physikalischen und rechtlichen Varianten.<sup>10</sup> Die Beobachtung, dass andere Deutungen als die biologistischen im Vordergrund stehen, verhärtete sich im Zuge der umfangreichen Materialanalyse.<sup>11</sup> Um zu veranschaulichen, wie die zwei diskursiven Angebote im Detail funktionieren und ein entpolitisierender Deutungsrahmen entsteht, entfalten wir deren Logiken anhand von exemplarisch ausgewählten Textpassagen. Die im Beitrag diskutierten Aussagen stehen Modell für wirkmächtige Diskurse, die über die Denkfiguren des Natürlichen und Selbstverständlichen in die sogenannte bürgerliche Mitte hineinwirken.

Methodologisch folgt das Vorgehen einer dekonstruktiven Variante der Diskursanalyse (Feustel 2010). Sie fokussiert nicht auf Personen und Intentionen, sondern fragt danach, wie diskursive Deutungsangebote funktionieren bzw. was sie ermöglichen. Die Funktion der physikalischen und rechtlichen Deutungen, jegliche Kritik als ideologisch

9 Der Zeitraum der Datenerhebung schließt die These aus, dass erst die Beobachtung der Identitären Bewegung und von Teilen der AfD durch den Verfassungsschutz zur Vermeidung biologistischer Aussagen geführt hat.

10 Ein weiterer Deutungsrahmen, der essentialisierend wirkt, im Beitrag jedoch keinen Platz mehr findet, ist jener von der naturalistisch gedeuteten Ökonomie – etwa die Rede von ökonomischen Kapazitätsgrenzen.

11 Die dem Beitrag zugrundeliegende Analyse pendelte zwischen induktivem und deduktivem Vorgehen, das entscheidende Überraschungsmoment lässt sich jedoch am besten mit dem Begriff der Abduktion einfangen, wie es besonders ethnografische Forschung prägt (dazu Yanow 2009: 34 f.), aber auch in diskursanalytischer Forschung bedeutsam ist (Reisigl 2014).

von sich zu weisen und selbst ein sachliches Angebot zu artikulieren,<sup>12</sup> kann, aber muss nicht mit den Intentionen der neurechten Akteur\*innen zusammenfallen (diskurstheoretisch bei Sarasin 2003, S. 27 ff.). Das dekonstruktive Moment der Analyse liegt in der besonderen Sensibilität für Naturalisierungen jeglicher Art – der Zusatz ›dekonstruktiv‹ soll die Fokussierung auf entpolitisierte Diskurse hervorheben.<sup>13</sup> Eine derartige Vorgehensweise bedeutet entsprechend eine *dekonstruktive Lesehaltung* einzunehmen, entpolitisierte Momente zu identifizieren, damit die naturalistische Selbstsicherheit rechter Diskurse zu unterlaufen und letztlich zu zeigen, wie sie am Realen scheitern (ebd.: 46 ff.). Eine dekonstruktive Diskursanalyse eignet sich für die Untersuchung neurechter Debatten, weil sie Fixierungen und Stabilisierungen erkennen lässt und sensibel dafür ist, keine Deutung für notwendig zu halten, »nichts als natürlich darzustellen, was nicht auch natürlich ist, nicht so zu tun, als ob das, was durch Geschichte, Technologie, Institutionen und Gesellschaft geprägt wurde, natürlich sei« (Jacques Derrida in Dick/Kofman 2002). Genau das passiert allerdings, wenn politisch motivierte Ausschlüsse als rechtliche oder naturwissenschaftliche Zwangsläufigkeit gedeutet werden. Das exkludierende Reden von Migration operiert als machtvolle Anordnung der Wirklichkeit, und gerade die dabei behauptete unideologische Sachlichkeit rechten Denkens verleiht ihr Kraft. Wie die alltäglichen Herabsetzungen und Ausgrenzungen zeigen, finden die Sprachspiele nicht im luftleeren Raum statt, sondern ermöglichen und legitimieren eine Praxis rassistischer Gewalt. In neurechten Diskursen werden alle anderen politischen Positionen – also alle, die etwa den Ausschluss von Geflüchteten nicht als selbstverständlich deuten – als moralisch überdreht und widernatürlich delegitimiert. Insofern begreifen wir Diskurse nicht als bloßen Text, sondern als Art und Weise wie »die nichtsprachlichen Dinge ihre Bedeutung erlangen« (Sarasin 2003, S. 36). Neurechte Diskurse sind somit eine performative Praxis, die die Wirklichkeit auf entpolitisierte Weise hervorbringen.

## 2 Das mystifizierte Grundgesetz

»Erstmal diskutieren wir Bürger und Deutsche miteinander, so wie es im Grundgesetz steht!«, erklärt Tatjana Festerling am 9. März 2015 den Demonstrant\*innen bei Pegida in Dresden (Festerling 2015). »Ein spezielles Recht auf Dialog«, fährt sie fort, »haben weder Ausländer, Asylsuchende, noch Wirtschaftsflüchtlinge«. Es ist unschwer zu erkennen, dass Festerling Ausschlüsse mit der Autorität des Grundgesetzes auflädt. Obwohl dort nirgends ein Dialogrecht zu finden ist, produziert allein die rechtliche Anrufung den Eindruck von Sachlichkeit und ermöglicht damit Distanz zu jeglicher Ideologie. Man sei,

- 12 Wenn auch mit anderen Prämissen ließen sich derartige Argumente auch mit den Mitteln der Ideologiekritik bewerkstelligen. Beiden – also einer dekonstruktiven Diskursanalyse und einer Ideologiekritik auf der Höhe der Zeit – ist der Charakter einer interventionistischen Haltung eigen (Schmincke 2019; Feustel 2013a).
- 13 Das umfangreiche Geschehen der Dekonstruktion kann hingegen nicht Gegenstand eines solchen Beitrags sein. So widmete sich Jacques Derrida etwa der Dekonstruktion des Rechts in zahlreichen Abhandlungen (vor allem Derrida 2000, 2003, 2014).

hieß es fast wöchentlich, weder links noch rechts, nicht ideologisch, sondern nur um den Selbsterhalt des deutschen Volks bemüht. Die aktuelle Politik leide an »Selbstvernichtungsphantasien« und sei von einem »selbstmörderischen Liberalismus« geprägt, der das Grundgesetz mit Füßen trete (ebd.).

Auch in Pressemitteilungen der AfD wird häufig auf das Grundgesetz verwiesen, womit die politische Kritik an der Partei als unrechtmäßig gedeutet wird.<sup>14</sup> Das 1949 erlassene Gesetz fungiert als Ausdruck einer quasinatürlichen Geschichte mit Vorrechten für ein Wir, das eine kategoriale Abgrenzung von den Anderen impliziert: »Es reicht nicht aus, das Grundgesetz in arabischer Sprache zu verteilen«, heißt es bereits 2015 in einer Mitteilung der sächsischen AfD (AfD 2015). »Wir müssen den Asylbewerbern auch erklären, auf Basis welcher kulturellen Regeln im Abendland dieses Grundgesetz entstanden ist«. Die Verquickung von Natur, Kultur, Geschichte und Recht, die es ermöglicht, (kultur-)rassistische Ausschlüsse zu legitimieren und gleichzeitig Rassismuskritik auszuweichen, wird am neurechten Umgang mit dem Begriff Volk besonders deutlich. Mit dem Aufstieg des Rechtspopulismus geht die Betonung der Volkssouveränität einher. Wie der Historiker Michael Wildt für die AfD zeigt, geht es im Kern um Exklusion bzw. darum, zu bestimmen, wer nicht zum Volk gehören darf.

»Wer nicht deutscher Abstammung ist (was immer darunter zu verstehen ist), nicht der ›deutschen Leitkultur‹ entsprechend lebt, sich nicht dem ›christlichen Abendland‹ verpflichtet fühlt oder sich die Freiheit sexueller Selbstbestimmung nimmt, kann in der Perspektive der AfD nicht zum deutschen Volk dazugehören« (Wildt 2017, S. 115).

Wildt argumentiert, dass es sich um einen kulturellen bzw. ethnischen Volksbegriff handelt,<sup>15</sup> wobei dieses völkische Denken zugleich vom Nationalsozialismus entkoppelt werden soll (ebd., S. 115–121). Die Distanzierung von der alten rassistischen Rechten wird gerade dadurch ermöglicht, dass neurechte Akteur\*innen das deutsche Volk zwar ethnisieren und damit naturalistisch abschließen, die (kultur-)rassistische Schließung jedoch regelmäßig mit rechtlichen Bezügen kombinieren.

Prägnant für die Funktionsweise dieser rechtlichen Rahmung waren etwa die Aussagen der ehemaligen AfD-Politikerin Frauke Petry in einem Streitgespräch mit Katrin Göring-Eckardt von Bündnis90/Die Grünen (Geis/Hildebrandt 2017). Zu Beginn wirft Petry ihrer Kontrahentin ideologische und moralisierende Politik vor und problematisiert »eine völlig überzogene Grenzöffnung, missbrauchtes Asylrecht und eine verfehlte innere Sicherheitspolitik« (ebd.).<sup>16</sup> Daraufhin werden beide Politikerinnen nach dem deut-

14 Exemplarisch: »Gewerkschaft hebt Grundgesetz aus – ›Verdi‹ ein Fall für den Verfassungsschutz!« (AfD 2017a).

15 Die Politiktheoretikerin Margaret Canovan (2005, S. 40 ff.) unterscheidet begrifflich zwischen einem vorpolitischen und damit völkischen Volksbegriff und dem politischen *populus*.

16 Die falsche Erzählung einer illegalen deutschen Grenzöffnung 2015 hat sich mittlerweile tief ins Wissen vieler eingeschrieben und wurde vor allem von neurechten Akteur\*innen verbreitet. Ohnehin verfehlt die Vorstellung von festen offenen/geschlossenen Grenzen die europäische Proble-

schen Volk gefragt: »Wer gehört eigentlich dazu, wenn Sie von den Deutschen reden? Wer ist das Volk?« (ebd.). Während Göring-Eckardt die Zugehörigkeit über den Wohnort definiert, Volk und Bevölkerung gleichsetzt und dessen Diversität betont, modifiziert Petry die Frage:

»Die Frage war: Wie definiert sich ein Staatsvolk? Im Grundgesetz sind die Grundlagen festgelegt. Zu einer Nation gehört die Sprache. Gerade in diesem Jahr erinnern wir uns daran, wie Luthers Bibel-Übersetzung das Zusammengehörigkeitsgefühl gestärkt hat. Wir sind uns offenbar zumindest darin einig, dass Werte dazugehören. Wir sind uns wahrscheinlich uneinig darüber, dass man Werte nicht mal eben so adaptiert. Ich fand es bezeichnend, wie Sie sich um die Frage herumgemogelt haben, ob man ein Deutscher ohne deutschen Pass sein kann. Es gehört eben nicht jeder dazu, der irgendwie hierhergekommen ist« (ebd.).

Petry spannt für das »Staatsvolk« einen Bogen von der Sprache über Kultur und Geschichte zur Staatsangehörigkeit, wobei sie all dies in einem rechtlichen Rahmen – dem Grundgesetz – verankert. Die Autorität des Grundgesetzes bietet ihrer Deutung Schutz vor dem möglichen Einwand, (kultur-)rassistisch zu argumentieren. Petrys rechtliche Rahmung behauptet Rationalität und Sachlichkeit, was dadurch verstärkt wird, dass sie Göring-Eckardts Antwort als Mogelei bezeichnet, welche die unumstößlichen rechtlichen Tatsachen leugne. Damit delegitimiert Petry nicht nur die Position ihres politischen Gegenübers, sondern entzieht die eigene Position zugleich selbst der politischen Auseinandersetzung, weil ihre Aussagen nicht mehr als Ansichtssache, sondern als rechtlich fundierte Tatsache erscheinen.

Das Grundgesetz, dessen Entstehungsgeschichte nach dem Zweiten Weltkrieg allgemein bekannt und in dem weder von der deutschen Sprache, noch von Werten oder Luther die Rede ist, erscheint bei Petry als zwangsläufiger Ausdruck einer gleichsam organischen deutschen Geschichte, die auf ein nicht minder organisches deutsches Volk hinausläuft. Die Überblendung von Grundgesetz, Sprache, Werten, Kultur und dem Staatsvolk schiebt alles ineinander und mystifiziert das Recht. Petry impliziert, dass die natürliche Gemeinschaft der Deutschen mitsamt ihrer authentischen Kultur irgendwann zu jenem Recht (dem Grundgesetz) gefunden hat, das immer schon für sie vorgesehen war. Die dem »Staatsvolk« zugrunde gelegte essentialistische Konzeption wird nicht nur daran deutlich, dass Petry von fixen Werten, von einer unbeweglichen Kultur ausgeht, sondern auch wenn sie darauf hinweist, dass »Luthers Bibel-Übersetzung das Zusammengehörigkeitsgefühl *gestärkt*« habe: Die deutsche Sprache *unterstützt* demnach bloß das, was als Nationalgefühl oder als deutsche Identität am Ursprung liegt. Im Kontrast etwa zur Nation als vorgestellte Gemeinschaft bei Benedict Anderson (2005, S. 14 ff.) deutet Petry die Nation nicht als historisch-kulturelles Produkt, sondern als vorpoliti-

matik. Entgegen einem solch statischen Grenzbegriff müssen Grenzen heute vielmehr als (re-)produziert, entortet und unterschiedlich durchlässig betrachtet werden (dazu Vaughan-Williams 2009; Lorey 2011).

sche, gemeinschaftliche und letztlich natürliche Einheit. Die tatsächlichen Umwege der Geschichte und die »Erfindung der Nation« (Anderson 2005) werden zur bloßen nationalen Selbstfindung umgedeutet.

Petrys Hervorhebung eines staatsbürgerlichen Volksbegriffs und der Bezug auf das Staatsangehörigkeitsrecht verdecken die zugrunde liegende Ethnisierung, die Petry, wie üblich im Rahmen neurechter Diskurse, einer extremen oder »alten« Rechten zuschiebt.<sup>17</sup> Der essentialistischen Fundierung zum Trotz fungiert die rechtliche Rahmung als Gegenzählung zur Rassismuskritik. Die politische Kontur des Rechts, das zeitgebunden und wandelbar ist, wird – gegen den konstituierten Charakter und die Geschichte des Grundgesetzes – als unhintergehbare rechtliche Autorität (dazu Derrida 2014) gedeutet, die bloßer Ausdruck einer kulturellen Identität des Landes ist; eine Schrift, die Ein- und Ausschlüsse wie selbstverständlich erscheinen lässt. Dies wird mit der Distanzierung zu Göring-Eckardt noch verstärkt. Während die Grünen-Politikerin zur Repräsentantin einer unrechtmäßigen und ideologischen Grenzöffnung wird, erscheinen Petrys Aussagen als neutrale, objektive, rationale Wahrheiten – und damit als stabiler und unhintergehbare Bezugspunkt. Der rechtlich gerahmte Volksbegriff fungiert als ideologiefreie und vernünftige Intervention in ein Deutschland, das Petry zufolge durch »völlig enthemmte Migration, die noch dazu gesetzeswidrig [ist]« (Geis/Hildebrandt 2017), unsicher geworden sei. Dabei wird eine rechtlich umhüllte Verbindung von Sprache zu Werten und Geschichte (Luther) erzeugt, zusammen mit einem wie selbstverständlich wirkenden Graben zwischen »echten Deutschen« und Migrant\*innen.

Im Fortgang des Gesprächs betont Petry vor allem sicherheitspolitische Probleme, die sie gleichsam als logische Folge von Migration erscheinen lässt: »massive Kriminalitätszunahme«, »Ladendiebstähle«, »Totschlag« und »Vergewaltigung«.<sup>18</sup> Diese rechtspopulistische Technik der Angstproduktion, die für sich genommen schon effektiv ist (dazu Wodak 2015), macht sich die zuvor entfaltete schroffe Trennung zwischen einem rechtlich abgesicherten Staatsvolk und den »Eindringlingen« zunutze. Wenn Migration an sich bereits einem als vorpolitisch gedeuteten Recht widerspricht, ist es leicht, das eine Unrecht (Migration) mit dem anderen (Kriminalität) in Beziehung zu setzen. Migrant\*innen werden mithilfe der Mobilisierung rechtlicher Autorität als per se illegal und damit kriminell definiert. Wenn Petry das deutsche Volk als Rechtsgemeinschaft hervorhebt, werden die mit Migration verknüpften, elementaren Rechtsverletzungen wie selbstverständlich zur fundamentalen Gefahr für das Staatsvolk. Die Abschiebung gegenüber Migrant\*innen erscheint als folgerichtiger Beitrag zur Sicherheit, während diese als kriminelle Rechtsbrecher\*innen und damit als »kategorial Andere« (Sutterlüty/Neckel/Walter 2008, S. 52 ff.) des deutschen Staatsvolks konzipiert werden. Diesem Deutungsangebot zufolge geht es nicht um Diskriminierung, sondern um die Einhaltung des Rechts und um den Selbsterhalt des Staatsvolks.

17 Petry (2016) distanziert sich an anderer Stelle wörtlich von einem ethnischen Volksbegriff, erklärt ihn zur Vergangenheit und spricht von einem Staatsvolk oder einem Volk von Bürgern.

18 Die Zahlen sehen anders aus. Im Hinblick auf Sicherheitsdebatten lässt sich etwa die Polizeiliche Kriminalstatistik (BMI 2018) anführen, die vielmehr einen Rückgang von Kriminaldelikten verzeichnet.

Die von uns vorgeschlagene Interpretation sensibilisiert für die regelmäßigen rechtlichen Bezüge neurechter Akteur\*innen. So wird nicht nur in Reden, Pressemitteilungen oder Interviews, sondern auch an mehreren Stellen im AfD-Wahlprogramm für die Bundestagswahl 2017 das Staatsvolk ins Zentrum gestellt und die Autorität des Grundgesetzes mobilisiert. Ebenso wie bei Petrys Streitgespräch ist dort von »rechts- und verfassungswidrigen Entscheidungen zur Zuwanderung« die Rede (AfD 2017b, S. 8). Es handle sich gegenwärtig um einen »illegalen Zustand«, den nur das »Staatsvolks der Bundesrepublik Deutschland« beenden könne – durch unmittelbare Demokratie (ebd.). Es gehe vorrangig um den »Erhalt des eigenen Staatsvolks«, wobei neben Migration auch die »Gender-Ideologie«, die schon im Titel als »verfassungsfeindlich« markiert wird, der Zukunft des deutschen Staatsvolkes entgegenstehe (ebd., S. 37). Diese Ideologie wolle

»die klassische Familie als Lebensmodell und Rollenbild abschaffen. Damit steht sie in klarem Widerspruch zum Grundgesetz, das die (klassisch verstandene) Ehe und Familie als staatstragendes Institut schützt, weil nur dieses das Staatsvolk als Träger der Souveränität hervorbringen kann« (ebd.).

Hier ist dieselbe Denkfigur wie bei Petry zu erkennen: Die Verknüpfung einer biologischen Vorstellung mit der Autorität des Grundgesetzes, wobei die AfD ihre politischen Ziele als Verteidigung der Verfassung präsentiert. Für die Wirkmächtigkeit der rechtlich gerahmten Selbstdarstellung eines ideologiefreien »Anti-Genderismus«<sup>19</sup> ist es unwesentlich, dass das Grundgesetz die Familie mit keiner Silbe definiert.

Selbst dort, wo neurechte Akteur\*innen die Konstruiertheit des Grundgesetzes nutzen und damit der Vorstellung vom vorpolitischen Ort des Rechts selbst widersprechen, zielen sie auf den Effekt einer rechtlich legitimierten Schließung. So fordert die AfD in ihrem Wahlprogramm, dass die deutsche Sprache im Grundgesetz festgeschrieben und der Familienbegriff nicht aufgeweicht werden solle. Das Grundgesetz soll, dort, wo es noch unbestimmt wirkt, genau jenes volksdeutsche Grundsatzdokument werden, das weit mehr leistet, als nur einen rechtlichen Rahmen abzustecken. Es soll das imaginierte natürliche Vorrecht der autochthonen Bevölkerung sichern und jene Autorität verkörpern, die an anderer Stelle bereits vorausgesetzt wird. Sowohl die Anrufung des bestehenden Grundgesetzes als auch die eher symbolpolitische Initiative, vermeintliche Lücken zu schließen, verhelfen neurechten Akteur\*innen gegenüber politisch-moralischen Einwänden gelassen und souverän zu bleiben und diese als Verkennung der rechtlichen und damit objektiven Tatsachen einzuordnen.

Die rechtliche Grenzziehung neurechter Akteur\*innen basiert auf vorpolitischen bzw. kulturalistischen Setzungen. Das Recht in Form des Grundgesetzes fungiert als Legitimationsquelle der Ethnisierung, die als Fundament dient und zugleich mithilfe der Autorität des Rechts verdeckt wird. Dem Gesetz wird jene von Jacques Derrida (2014) kritisierte »mystische Kraft« unterstellt, die es der Geschichte enthebt und essentialisiert.

19 Zur neurechten und christlich-fundamentalistischen Ablehnung von Gender siehe Hark/Villa 2015.

### 3 Durchmischung und Einwanderungsdruck

Während das Gesetz vorpolitisch verhandelt und insofern naturalisiert wird, lassen sich gleichzeitig Diskurse beobachten, die gewissermaßen umgekehrt funktionieren, jedoch mit demselben Effekt. Naturwissenschaftliche Denkfiguren sollen Migrationsprozesse beschreiben und überblenden dafür eine natürliche Ordnung der Arten und ihres Lebensraums mit jener von Gesellschaft, Nationen und Kulturen. Diese Version biologistischer Grenzziehung hat eine längere Tradition und kommt etwa in Metaphern wie »Ungeziefer« oder »Parasiten«<sup>20</sup> vor. Hinzu kommt die Verknüpfung von Migration mit Krankheit<sup>21</sup> und Ansteckungsgefahr (etwa Fröhlich 2015). Die naturwissenschaftlich gerahmte Evidenzproduktion hat vermehrt mediale Aufmerksamkeit erfahren als Björn Höcke mit eugenischen Anleihen von der K- und der r-Strategie der »Europäer« und der »Afrikaner« sprach (zitiert in Hurtz 2015). In solchen Fällen ist der biologistische Rassismus offensichtlich, weil die Äußerungen unvermittelt auf nationalsozialistische Begrifflichkeiten und Assoziationen zurückgreifen.

In neurechten und bürgerlichen Migrationsdiskursen breiten sich jedoch noch andere Bildwelten aus, die auf subtilere Weise Kultur und Gesellschaft mit Natur tauschen und rechtes Denken aus dem Raum des Politischen herausführen. Ausgangspunkt dieser Erzählungen, die sich physikalischer Begriffe bedienen, sind starr territorial gedachte »Kulturkreise«, die durch Migration aus ihren Fugen geraten seien. Mit Samuel Huntingtons (2002) *Kampf der Kulturen* etablierte sich die Rede von Kulturkreisen, die stereotyp und vereinfachend Komplexität auf einzelne Merkmale reduziert und damit vielfältige Binnendifferenzierungen (etwa Stadt-Land-Differenzen) tilgt sowie kulturelle Verflechtungen und Wandlungen ignoriert. Diese statische Anordnung folgt zugleich längeren diskursiven Linien und reproduziert die Vorstellung einer zweigeteilten Welt von Okzident und Orient, die Edward Said (1979) als Projektion des Westens decodiert hat (dazu auch Castro Varela/Dhawan 2015, S. 91 ff.). Geradewegs in dieser orientalistischen Tradition finden sich in vielen neurechten Publikationen Bezüge zum »fremden« oder »islamischen Kulturkreis« (Sarrazin 2017). Petry (o. J.) umschreibt diese bipolare Denkweise, die den substantiell Anderen erst erfindet, mit einem unvermeidlichen »Konflikt zwischen westlicher und orientalischer Lebensweise«.

Diese hierarchische Zweiteilung, die wiederum Schmitts (1987 [1932]) ontologischer Freund-Feind-Unterscheidung folgt, wird mit einer ganzen Reihe gegensätzlicher Attribute unterfüttert. Während »wir hier« demokratisch, gleichberechtigt und gut gebildet seien, kämen »von dort« vor allem »Analphabeten« (Petry o. J.), deren »kognitive Kompetenzen« weit unterdurchschnittlich (Sarrazin 2017) und die Alice Weidel zufolge ganz allgemein »kulturfremd« seien (zitiert in Brost/Jäggi/Lau 2017). Derartige Hierarchisierungen mitsamt der postkolonialen Spur eurozentrischer Denkfiguren (zum Überblick

20 So bezeichnete der mittlerweile ausgeschlossene AfD-Politiker Kay Nerstheimer Asylsuchende als »Parasiten, die sich von den Lebenssäften des deutschen Volkes ernähren« (Zeit Online 2016). Er biologisiert nicht nur die imaginierten Anderen, sondern verwendet Körpermetaphern spiegelbildlich zur Konstruktion eines bedrohten Wir.

21 Zu Islam als »Karzinom« siehe Feustel 2016, S. 71.

Kerner 2013; Castro Varela/Dhawan 2015) und dem damit einhergehenden quasinatürlichen Kulturbegriff werden schon seit Langem kritisch betrachtet (etwa Hall 2000; Bali-bar 1998, S. 28 ff.; Kalpaka/Räthzel 2000, S. 179 ff.). Neurechte Akteur\*innen nehmen diese etablierten und wirkmächtigen Diskursbausteine zum *Ausgangspunkt* ihrer Abschlussfiguren.

Weniger Beachtung findet eine pseudonaturwissenschaftliche Argumentationsfigur, die sich *über* die kulturalistischen Ausgrenzungen legt und Sachlichkeit suggeriert. Wenn Migration Thema ist, sind Begriffe wie »Einwanderungsdruck«<sup>22</sup> und »Durchmischung« nicht weit. So festigt etwa Thilo Sarrazin seinen orientalistischen Diskurs damit, dass er Wanderungsbewegungen von Menschen als physikalischen Prozess begreift, wodurch die als Gefäße konzipierten Nationen (dazu Wehling 2016, S. 171ff.) in existentielle Gefahr geraten würden:

»Wir wissen außerdem, dass ausnahmslos alle Krisenländer, von Afghanistan bis Sub-sahara-Afrika, deren wachsenden Einwanderungsdruck wir spüren, dem islamischen Kulturkreis angehören und seit vielen Jahrzehnten wegen anhaltend hoher Geburtenraten eine Bevölkerungsexplosion erfahren. [...] Der Einwanderungsdruck wird also weiter steigen. Es ist für das europäische Modell zu einer Überlebensfrage geworden, diese Einwanderung nicht zuzulassen. Wer das nicht sehen will, ist ein Traumtänzer« (Sarrazin 2017).

Sowohl der Signifikant »-explosion« als auch der davon abgeleitete »-druck« spielen auf eine physikalische Problematik an. Ähnlich wie das Boot, das sinken dürfte, wenn es überfüllt ist (Wehling 2016, S. 168 ff.), droht der Behälter Europa zu platzen oder zu zerbrechen, wenn der Druck durch Einwanderung weiter steigt. »Einwanderung nicht zuzulassen« erscheint so als logische, sachlich unerlässliche Notwendigkeit und nicht als politische oder ideologische Forderung, um die nächste Explosion einer zur Natur umgedeuteten Gesellschaft zu verhindern. Die als unmittelbar und naturgesetzmäßig gerahmte Gefahr bietet Schutz vor Kritik, weil sich Sarrazins Äußerung nicht als politisch streitbare Deutung, sondern als nüchterne und berechenbare Notwendigkeit darstellt. Analog weist Alexander Gauland die Zuschreibung rechtspopulistischer Affektproduktion von sich, wenn er von den existentiellen Folgen für Europa durch einen stärker werdenden »Einwanderungsdruck aus Afrika« spricht und auf eine lawinenartige Druckwelle, die »Europa überrollt«, anspielt: »Mit dem Schüren von Ängsten hat das nichts zu tun« (zitiert in Brandt 2017). Während die Metaphorik vom Einwanderungsdruck bei Gauland im Detail anders funktioniert als bei Sarrazin, sind die Implikationen dieselben. Ausgrenzung wird als notwendige Reaktion auf eine realistische Einschätzung einer offenkundigen Bedrohung impliziert. Wer das nicht sehe, sei ein »Traumtänzer«.

22 Der »sich immer weiter verstärkenden Einwanderungsdruck auf die westlichen Länder«, heißt es bei der AfD (2018, S. 36). An anderer Stelle ist auch von »Migrationsdruck« die Rede, etwa in der *Sezession* (Schmidt 2015, S. 29).

Ein anderer Begriff, der in neurechten Texten um Flucht und Migration teilweise in unmittelbarer Nähe zu »Einwanderungsdruck« aufkommt, verdeutlicht den entpolitisierten Rückgriff auf physikalische, genau genommen thermodynamische Logiken: »Durchmischung«. »Die europäischen Nationalstaaten werden durch diese in Hochgeschwindigkeit stattfindende Durchmischung ihrer Bevölkerung auf eine harte Probe gestellt«, heißt es etwa bei Petry (o. J.), kurz nachdem sie den »Einwanderungsdruck« problematisiert hat. Höcke folgt derselben Logik, auch wenn er Ausgrenzung weniger kulturalistisch als vielmehr biologistisch fundiert. In einem Positionspapier warnt er vor der »Durchmischung der Bevölkerung mit Personengruppen anderer Hautfarbe«. Die Forderung nach Vielfalt »dürfte nicht zuletzt die Verachtung des Eigenen in Form einer Verachtung der eigenen (weißen) Hautfarbe (oder des ›Weißseins‹) zugrunde liegen« (zitiert in Lüdecke 2018). Auch eine Petition gegen den Global Compact for Migration verknüpft Durchmischung direkt mit dem Niedergang von Nationalstaaten und Völkern:

»Mit der vorangetriebenen ›Replacement Migration‹, also dem Bevölkerungsaustausch, entfaltet sich der finale Akt der Entmachtung souveräner Nationalstaaten, die einhergeht mit der Auflösung und Durchmischung der Völker samt Identitätsverlust« (Masson 2018).

Wie beim Einwanderungsdruck baut die Denkfigur der Durchmischung auf eine vorausgesetzte, orientalistische Anordnung, um vor diesem Hintergrund die existentielle Bedrohung durch Migration *naturgesetzmäßig* zu behaupten. Die thermodynamische Durchmischungsmetaphorik bringt die selbstverständliche Ordnung einer Welt in Gefahr, in der Menschen, Religionen, Gebräuche und Sitten an einen Ort gebunden und der Geschichte genauso enthoben werden wie ihrer Komplexität. In dieser Vorstellung trifft das wesenhaft Europäische oder Deutsche (die neurechten Debatten springen zwischen diesen Ebenen häufig taktisch hin und her) auf einen orientalischen, afrikanischen oder muslimischen Anderen, analog zum physikalischen Prozess von zwei »idealen Gasen«, die aufgrund des Naturgesetzes der Dissipation<sup>23</sup> beginnen, sich zu mischen. Das Aufeinandertreffen von ansonsten statischen Kulturen wird als irreversibler physikalischer Prozess umschrieben, an dessen Ende das naturhaft Eigene (das ideale Gas) verschwunden sein wird. Der Kurzschluss von Gesellschaft und Physik provoziert gleichzeitig eine unmittelbare Handlungsaufforderung, weil Prozesse der Durchmischung dann nicht nur eine Veränderung, sondern einen substantiellen Verlust bedeuten. Im Kontext der Thermodynamik bedeutet Ordnung das Gegenteil von Durchmischung: Haben sich die zwei idealen Gase restlos vermischt, herrscht ein Gleichgewicht, also die totale Unordnung der Moleküle. Das bedeutet umgekehrt, dass Ordnung Segregation meint. Was physikalisch zunächst unbedenklich ist, hat als politische Metaphorik schwerwiegende Konsequenzen, weil damit die Separation von Arm und Reich, von »Kulturen« oder »Rassen« mit Ordnung assoziiert wäre (Feustel 2013b). Vermischung bedeutet in dieser Diktion Existenzverlust. Die diskursive Kombination aus Durchmischung (»in Hochgeschwin-

23 Thermodynamischer Fachbegriff für Durchmischung.

digkeit«) und Einwanderungsdruck suggeriert einen massiven Handlungszwang, jegliche Zuwanderung sofort zu beenden. Die geforderte Grenzschießung erscheint in diesem Diskurs nicht mehr als Resultat einer politischen Deutung, sondern als Folge faktischer, beobachtbarer und berechenbarer Einsichten.

Während die Sensibilität für abgründige und gewaltvolle Metaphern wie »Flüchtlingsstrom« oder »-welle« (dazu Theweleit 1987; Olschanski 2017) durch öffentliche Debatten in letzter Zeit gestiegen sein könnte, werden die Effekte thermodynamischer Gesellschaftskonzepte selten reflektiert – und das obwohl die Betonung irreversibler Durchmischung als wichtiger Referenzpunkt des Ethnopluralismus gilt (Münkler/Münkler 2016, S. 246). Die assoziative, naturgesetzliche Absicherung sozialwissenschaftlicher Thesen vom kulturellen und gesellschaftlichen Niedergang mithilfe der Thermodynamik und vor allem mit deren Entropiebegriff ist nicht neu (dazu Feustel 2013b). Sie formte ab der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts ein ganzes kulturpessimistisches Genre und erlebt in neurechten Debatten eine Renaissance – auch wenn der Entropie-Begriff als Gefahr des unaufhörlichen Ordnungsverfalls aus dem Fokus gerückt ist. Zudem sind soziale Rückschlüsse auf thermodynamische Gesetzmäßigkeiten schon aufgrund ihrer Alltäglichkeit naheliegend. Wer ein Zimmer lüftet, braucht keine physikalische Fachkompetenz, um zu wissen, dass sich kalte und warme Luft mischen werden. Neurechte Akteur\*innen schließen mit der Überblendung von Natur und Gesellschaft an gängige Vorstellungen an, die es ihnen ermöglichen, über physikalische Bildwelten den politischen Streit zu naturalisieren.

Migration und kultureller Wandel folgen – diskursiv als physikalische Prozesse überformt – unverrückbaren Eigenlogiken und Automatismen, die naturwissenschaftlich erklärt werden können. Neurechte Perspektiven auf die Themen Flucht und Migration erscheinen so nicht mehr als politisch und damit Streitbar. Vielmehr erscheinen sie als selbsterklärende Übersetzung oder Anwendung physikalischer Tatsachen in Politik. Der eingangs zitierte Slogan der Identitären Bewegung wird so lesbar: Identität ist natürlich gegeben und ihre Verteidigung daher weder links noch rechts, sondern unmittelbar und zwingend geboten.

#### 4 Neurechte Politik der Entpolitisierung

Die neurechte Essentialisierung von Gesellschaft – über das Recht, die Physik oder allgemeiner naturwissenschaftlichen Anleihen –, ist folgenreich. Die Selbstsicherheit neurechter Akteur\*innen dürfte zumindest teilweise damit zu tun haben, dass ihre Diskurse die eigenen politischen Vorstellungen als gegebene Wahrheiten präsentieren (dazu Hentschel 2018, S. 218f.), während sie die der anderen als ideologisch darstellen. »Vernunft Stadt Ideologie« plakatierte die AfD in Dresden anlässlich der sächsischen Landtagswahl 2019. Neurechte Akteur\*innen sehen sich im Widerstand gegenüber allen anderen, die noch nicht »aufgewacht« seien und sich ideologisch der Realität verweigern würden (dazu Leser et al. i.E.). Auch die etwa in Chemnitz 2018 deutlich spürbare Aggressivität hat sicher noch andere Gründe, wer allerdings im Namen einer unhintergehbaren Wahr-

heit agiert, macht politische Gegner\*innen wie selbstverständlich zum substantiellen Feind der Ordnung, zum ›Antagonisten‹ (Laclau/Mouffe 2015). Wenn ein Naturrecht zur Geltung gebracht werden muss, wenn die Segregation der Kulturen als natürliche Ordnung gilt und deren Mischung ihr jeweiliges Ende bedeutet, dann sind alle, die diese ›Wahrheiten‹ ablehnen, Advokat\*innen des Untergangs.

Gleichzeit eröffnen diese Denkfiguren einen Raum, ein Deutungsangebot, das es neurechten Sympathisant\*innen ermöglicht, sich von rassistischen Sichtweisen und historischen Lehren diskursiv zu distanzieren und sich gegen Einwände abzuschotten. Unsere Analyse neurechter Diskurse liefert sowohl Einblicke in die Selbstdarstellungen als auch in das für Unterstützer\*innen attraktive Deutungsangebot gegenüber kritischen Fremdzuschreibungen. Zugleich bleibt offen, inwiefern der Rekurs auf (Natur-)Gesetze und damit auf scheinbar Unstrittiges taktischer Art ist, um sich die Kritik vom Leib zu halten. Oder ob die Akteur\*innen beständig aus tiefer Überzeugung und vor dem Hintergrund eines Geschichts- und Gesellschaftsbildes argumentieren, das statt Hybridität und Übergang, statt der »Unerbittlichkeit der Historizität« (Brieler 1998) vom Essentiellen und Wesenhaften ausgeht. Aus diskursanalytischer Sicht ist diese Frage jedoch unerheblich, weil die eigentliche Intention der Sprecher\*innen unwesentlich für die Implikationen der Diskurse ist.

Bedeutsamer ist, dass Diskurse konkrete Folgen haben. Die neurechten Diskurse positionieren das Auge, strukturieren die Wahrnehmung und bestimmen, wer Mitgefühl verdient und wer nicht (dazu Butler 2010). Das Sterbenlassen im Mittelmeer, die Delegitimierung von Seenotrettung, alltägliche rassistische Ausgrenzungen und die gleichfalls als vernünftig dargestellte Abschiebep Praxis, die »nichts anderes ist als eine symbolische, manchmal aber auch sehr direkte Art des Tötens« (Metz/Seeßlen 2016, S. 21), werden mit den im Beitrag vorgestellten diskursiven Rahmungen als sachliche Notwendigkeiten gerechtfertigt. Politische Debatten oder moralische Einwände erscheinen dann als hinfällig.

Der beständige Rekurs auf quasinatürliche Gesellschaftsprozesse und Sachzwänge zeigt noch etwas anderes. Im Kontext der ausladenden Diskussionen um einen erstarken Rechtspopulismus ist auch das Argument zu vernehmen, es handle sich um eine Rückkehr des Politischen, wenn auch aus der falschen Richtung. Nichtwähler\*innen würden mobilisiert, eine Repräsentationslücke habe sich geschlossen und der politische Streit sei wieder intensiver geworden. Nachdem die »Postdemokratie« (Crouch 2008; grundlegender bei Rancière 2012) mit ihrer alternativlosen Sachzwanglogik, der totalen Dominanz des ökonomischen und dem Slogan vom »Ende der Geschichte« (Fukuyama 1992) bzw. der sogenannten TINA-These von Margaret Thatcher (»there is no alternative«) im Rücken fast drei Jahrzehnte eine Politik des Immergleichen produzieren konnte, sei nun wieder Bewegung in die Sache gekommen (Reitz 2017). Die Krise des Neoliberalismus bringt zweifellos politische Reaktionen hervor (Fraser 2017) und hat die Debatten geweitet. Die neurechten Bewegungen und Regierungen jedoch als Rückkehr des Politischen zu deuten, übersieht in unseren Augen die entpolitisierende Funktionsweise ihrer Diskurse. Mit den beständigen Verweisen auf die angenommene Naturhaftigkeit der Dinge, mit dem Rückgriff auf ontologische Vorstellungen von Nation, Identität oder Kultur, treiben neurechte Akteur\*innen vielmehr eine Entpolitisierung voran, die impliziert,

den politischen Streit ein für alle Mal zu beenden. Neurechte Wahlerfolge bedeuten in dieser Hinsicht kein Ende der Postdemokratie durch das Hereinbrechen des Politischen, sondern vielmehr ihre Fortführung mit Mitteln naturalisierter Alternativlosigkeit – Politik im Modus der Entpolitisierung.<sup>24</sup> Wer den Ausschluss von Geflüchteten als rechtlich *notwendig* und Durchmischung als *irreversiblen* Verlust westlicher Kultur darstellt, liefert keine politischen Alternativen, sondern unterläuft all das, was theoretisch oder analytisch mit dem Begriff des Politischen gefasst werden soll. Derartige Deutungen eröffnen keine politischen Debatten und keine Zukünfte, die es politisch auszuhandeln gilt. Sie behaupten stattdessen Notwendigkeiten und erklären den politischen Widerstreit für beendet. Anstelle von Politik oder Demokratie, verstanden als unabgeschlossene und unabschließbare Aushandlung (Derrida 2003), ist ihr Ziel ein »traditionell geschlossener, organisch strukturierter und homogener gesellschaftlicher Raum, der keine Leere zulässt« (Žižek 2001, S. 259). Dies zeigt sich deutlich an der neurechten Indienstnahme des Grundgesetzes und an den Verweisen auf physikalische Gegebenheiten. Beide Deutungsangebote ermöglichen die Abwehr von Kritik, die dann als realitätsfern oder ideologisch abgetan werden kann. »Die Gruppenexistenz des ›Wir‹ im nationalen und damit auch ethnisch gebundenen Sinn ist unhintergebar, davon bin ich überzeugt«, formuliert Götz Kubitschek als Antwort an Armin Nassehi (zitiert in Grimm 2016), der vergebens versucht hatte, dem neurechten Unternehmer argumentativ beizukommen.

## Zitiertes Material

- AfD (2015) (AfD-Fraktion im sächsischen Landtag 2015): Wir brauchen auch in Sachsen Benimmregeln für Asylbewerber. Pressemitteilung vom 09.10.2015, [www.afd-fraktion-sachsen.de/presse/pressemitteilungen/wir-brauchen-auch-in-sachsen-benimmregeln-fuer-asylbewerber.html](http://www.afd-fraktion-sachsen.de/presse/pressemitteilungen/wir-brauchen-auch-in-sachsen-benimmregeln-fuer-asylbewerber.html) (Abruf 06.02.2019).
- AfD (2017a) (AfD-Fraktion im sächsischen Landtag 2017): Gewerkschaft hebelt Grundgesetz aus – »Verdi« ein Fall für den Verfassungsschutz!. Pressemitteilung vom 24.03.2017, [www.afd-fraktion-sachsen.de/presse/pressemitteilungen/gewerkschaft-hebelt-grundgesetz-aus-verdi-ein-fall-fuer-den-verfassungsschutz.html](http://www.afd-fraktion-sachsen.de/presse/pressemitteilungen/gewerkschaft-hebelt-grundgesetz-aus-verdi-ein-fall-fuer-den-verfassungsschutz.html) (Abruf 06.02.2019).
- AfD (2017b): Programm für Deutschland. Wahlprogramm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum Deutschen Bundestag am 24. September 2017, [www.afd.de/wp-content/uploads/sites/111/2017/06/2017-06-01\\_AfD-Bundestagswahlprogramm\\_Onlinefassung.pdf](http://www.afd.de/wp-content/uploads/sites/111/2017/06/2017-06-01_AfD-Bundestagswahlprogramm_Onlinefassung.pdf) (Abruf 06.02.2019).
- Brandt, H.-U. (2017): Alexander Gauland im Interview. »Die AfD ist nun mal ein besonders gärtiger Haufen«. In: Weser Kurier vom 24.08.2017, [www.weser-kurier.de/deutschland-welt/deutschland-welt-politik\\_artikel,-die-afd-ist-nun-mal-ein-besonders-gaeriger-haufen-\\_arid,1639928.html](http://www.weser-kurier.de/deutschland-welt/deutschland-welt-politik_artikel,-die-afd-ist-nun-mal-ein-besonders-gaeriger-haufen-_arid,1639928.html) (Abruf 06.02.2019).
- Brost, M./Jäggi, S./Lau, M. (2017): Alice Weidel. Himmel, Lille! In: Die Zeit 38, [www.zeit.de/2017/38/alice-weidel-afd-spitzenkandidatin-muslime](http://www.zeit.de/2017/38/alice-weidel-afd-spitzenkandidatin-muslime) (Abruf 06.02.2019).
- Festerling, T. (2015): Rede bei Pegida am 09.03.2015 in Dresden.

24 Für Praktiken und Felder gegenwärtiger Depolitisierungsprozesse jenseits neurechter Politik siehe Fawcett et al. 2017.

- Fröhlich, A. (2015): Bürgermeister bezeichnet Flüchtlinge als ansteckend. In: Der Tagesspiegel vom 08.11.2015, [www.tagesspiegel.de/berlin/jueterbog-in-brandenburg-buergermeister-bezeichnet-fluechtlinge-als-ansteckend/12557320.html](http://www.tagesspiegel.de/berlin/jueterbog-in-brandenburg-buergermeister-bezeichnet-fluechtlinge-als-ansteckend/12557320.html) (Abruf 06.02.2019).
- Geis, M./Hildebrandt, T. (2017): Streitgespräch zwischen Frauke Petry und Katrin Göring-Eckardt. »Es gehört nicht jeder dazu« – »Ein Schreckensgedanke«. In: Die Zeit 5, [www.zeit.de/2017/05/frauke-petry-katrin-goering-eckardt-afd-gruene-streitgespraech](http://www.zeit.de/2017/05/frauke-petry-katrin-goering-eckardt-afd-gruene-streitgespraech) (Abruf 15.12.2017).
- Grimm, R. (2016): Neue Rechte. »Wiewohl ich skeptisch bin, will ich wenigstens in dieser Weise offen sein«. In: Krautreporter vom 29.01.2016, [www.krautreporter.de/1284--wiewohl-ich-skeptisch-bin-will-ich-wenigstens-in-dieser-weise-offen-sein](http://www.krautreporter.de/1284--wiewohl-ich-skeptisch-bin-will-ich-wenigstens-in-dieser-weise-offen-sein) (Abruf 20.02.2019).
- Hurtz, S. (2015): »Blanker Rassismus«: Höcke und die Fortpflanzung der Afrikaner. In: Süddeutsche Zeitung vom 12.12.2015, [www.sueddeutsche.de/politik/afd-thueringen-blanker-rassismus-hoecke-und-die-fortpflanzung-der-afrikaner-1.2780159](http://www.sueddeutsche.de/politik/afd-thueringen-blanker-rassismus-hoecke-und-die-fortpflanzung-der-afrikaner-1.2780159) (Abruf 24.01.2019).
- Lüdecke, U. (2018): Höcke legt 38-Seiten-Papier vor: »Radikale Positionen, in Watte verpackt«. In: Focus Online vom 17.05.2018, [www.focus.de/politik/deutschland/positionspapier-von-hoeckes-landesverband-38-seitiges-afd-papier-gegen-multikulti-kultur-und-durchmischung-der-hautfarbe\\_id\\_8941853.html](http://www.focus.de/politik/deutschland/positionspapier-von-hoeckes-landesverband-38-seitiges-afd-papier-gegen-multikulti-kultur-und-durchmischung-der-hautfarbe_id_8941853.html) (Abruf 24.01.2019).
- Masson, I. N. (2018): So geht Demokratie: Bundestag lehnt Petition gegen Migrationspakt ab. In: Compact Online vom 24.10.2018, [www.compact-online.de/so-geht-demokratie-bundestag-lehnt-petition-gegen-migrationspakt-ab](http://www.compact-online.de/so-geht-demokratie-bundestag-lehnt-petition-gegen-migrationspakt-ab) (Abruf 24.01.2019).
- NDR/ARD-aktuell (2019): Sendung: tagesschau vom 27.10.2019, 20:00 Uhr, [www.tagesschau.de/multimedia/sendung/ts-33917.html](http://www.tagesschau.de/multimedia/sendung/ts-33917.html) (Abruf 09.11.2019).
- Petry, F. (2016): Reden von Dr. Frauke Petry und Marcus Pretzell zum Tag der Deutschen Einheit in Stuttgart, [www.frauke-petry.com/index.php/aktuelles/pressemitteilung/209-reden-von-dr-frauke-petry-und-marcus-pretzell-zum-tag-der-deutschen-einheit-in-stuttgart](http://www.frauke-petry.com/index.php/aktuelles/pressemitteilung/209-reden-von-dr-frauke-petry-und-marcus-pretzell-zum-tag-der-deutschen-einheit-in-stuttgart) (Abruf 09.10.2017).
- Petry, F. (o. J.): Die AfD ist nicht muslimfeindlich. Wir sind bloß nicht naiv, [www.der-blaue-kanal.de/politik/die-afd-vertritt-auch-ihre-politischen-interessen](http://www.der-blaue-kanal.de/politik/die-afd-vertritt-auch-ihre-politischen-interessen) (Abruf 01.12.2017).
- Sarrazin, T. (2017): Der Einwanderungsdruck wird weiter steigen. In: The European. Das Debattenmagazin vom 01.07.2017, [www.theeuropean.de/sarrazin-thilo/12406-wohlstand-ohne-einwanderung](http://www.theeuropean.de/sarrazin-thilo/12406-wohlstand-ohne-einwanderung) (Abruf 24.01.2019).
- Schmidt, T. (2015): Bevölkerungsaustausch in Europa: Ursachen – Stand – Perspektiven. In: Sezession 67, S. 28–33.
- Spiegel Online (2019): Nach Steinmeier Äußerungen. Gauland ärgert sich über den Bundespräsidenten. In: Spiegel Online vom 15.09.2019, [www.spiegel.de/politik/deutschland/afd-chef-alexander-gauland-aergert-sich-ueber-frank-walter-steinmeier-a-1286942.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/afd-chef-alexander-gauland-aergert-sich-ueber-frank-walter-steinmeier-a-1286942.html) (Abruf 09.11.2019).
- Zeit Online (2016): Umstrittener Abgeordneter verzichtet auf Platz in AfD-Fraktion. In: Zeit Online vom 22.09.2016, [www.zeit.de/politik/deutschland/2016-09/afd-berlin-kay-nerstheimer-ageordnetehaus-fraktion](http://www.zeit.de/politik/deutschland/2016-09/afd-berlin-kay-nerstheimer-ageordnetehaus-fraktion) (Abruf 24.01.2019).

## Literatur

- Anderson, B. (2005): Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines folgenreichen Konzepts. 2., um ein Nachwort von Thomas Mergel erweiterte Auflage der Neuausgabe 1996. Frankfurt am Main: Campus.
- Balibar, E. (1998): Gibt es einen »Neo-Rassismus«? In: Balibar, E./Wallerstein, I. (Hrsg.): Rasse, Klasse, Nation. Ambivalente Identitäten. Hamburg: Argument, S. 23–38.
- Bedorf, T./Röttgers, K. (Hrsg.): (2010) Das Politische und die Politik. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Brieler, U. (1998): Die Unerbittlichkeit der Historizität. Foucault als Historiker. Köln: Böhlau.
- Bröckling, U./Feustel, R. (Hrsg.) (2010): Das Politische denken. Zeitgenössische Positionen. Bielefeld: transcript.

- Bundesministerium des Inneren, für Bau und Heimat (BMI) (2018): Bericht zur Polizeilichen Kriminalstatistik 2017. [www.bka.de/SharedDocs/Downloads/DE/Publikationen/PolizeilicheKriminalstatistik/2017/pks2017ImkBericht.pdf](http://www.bka.de/SharedDocs/Downloads/DE/Publikationen/PolizeilicheKriminalstatistik/2017/pks2017ImkBericht.pdf) (Abruf 06.02.2019).
- Butler, J. (2010): Raster des Krieges. Warum wir nicht jedes Leid beklagen. Frankfurt am Main: Campus.
- Canovan, M. (2005): The people. Cambridge: Polity.
- Castro Varela, M. d. M./Dhawan, N. (2015): Postkoloniale Theorie. Eine kritische Einführung. 2. Auflage. Bielefeld: transcript.
- Crouch, C. (2008): Postdemokratie. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Decker, F. (2018): Was ist Rechtspopulismus? In: Politische Vierteljahresschrift 59(2), S. 353–369.
- Derrida, J. (2000): »Unabhängigkeitserklärungen«. In: Derrida, J./ Kittler, F. (Hrsg.): Nietzsche – Politik des Eigennamens: Wie man abschafft, wovon man spricht. Berlin: Merve, S. 9–19.
- Derrida, J. (2003): Schurken – Zwei Essays über die Vernunft. Berlin: Suhrkamp.
- Derrida, J. (2014): Gesetzeskraft. Der »mystische Grund der Autorität«. Berlin: Suhrkamp.
- Dick, K./Kofman, A. Z. (2002): Derrida. DVD.
- Fawcett, P./Flinders, M./Hay, C./Wood, M. (Hrsg.) (2017): Anti-Politics, Depoliticization, and Governance. Oxford: Oxford University Press.
- Feustel, R. (2010): »Off the Record«. Diskursanalyse als die Kraft des Unmöglichen, in: Feustel, R./Schochow, M. (Hrsg.): Zwischen Sprachspiel und Methode. Perspektiven der Diskursanalyse, Bielefeld: transcript 2010, S. 81–99.
- Feustel, R. (2013a): Intervention als Methode. Zum Verhältnis von Diskursanalyse und politischer Ideengeschichte. In: Busen, A./Weiß, A. (Hrsg.): Ansätze und Methoden zur Erforschung politischen Denkens. Schriftenreihe der Sektion Politische Theorien und Ideengeschichte der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft. Baden-Baden: Nomos, S. 149–162.
- Feustel, R. (2013b): »A Measure of Disorder« – Entropie als Metapher für das Andere der Ordnung. In: Behemoth – A Journal on Civilisation 7(1), S. 118–139.
- Feustel, R. (2016): Islam. In: Feustel, R./Grochol, N./Prüwer, T./Reif, F. (Hrsg.): Wörterbuch des besorgten Bürgers. Mainz: Ventil, S. 71–72.
- Fraser, N. (2017): Vom Regen des progressiven Neoliberalismus in die Traufe des reaktionären Populismus. In: Geiselberger, H. (Hrsg.): Die große Regression. Eine internationale Debatte über die geistige Situation der Zeit. Berlin: Suhrkamp, S. 77–91.
- Fredrickson, G. M. (2004): Rassismus. Ein historischer Abriß. Hamburg: Hamburger Edition.
- Fukuyama, F. (1992): Das Ende der Geschichte. Wo stehen wir? München: Kindler.
- Hall, S. (2000): Rassismus als ideologischer Diskurs. In: Rätzkel, N. (Hrsg.): Theorien über Rassismus. Hamburg: Argument, S. 7–16.
- Hark, S./Villa, P.-I. (Hrsg.) (2015): Anti-Genderismus. Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen. Bielefeld: transcript.
- Hentschel, C. (2018): Dark Truths in East German Towns in Times of Islamophobia. In: Bystrom, K./Harris, A./Webber, A. J. (Hrsg.): South and North. Contemporary Urban Orientations. London: Routledge, S. 217–235.
- Huntington, S. (2002): Kampf der Kulturen. Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert. München: Goldmann.
- Kalpaka, A. (2005): Pädagogische Professionalität in der Kulturalisierungsfalle – Über den Umgang mit »Kultur« in Verhältnissen von Differenz und Dominanz. In: Leiprecht, R./Kerber, A. (Hrsg.): Schule in der Einwanderungsgesellschaft. Ein Handbuch. Schwalbach: Wochenschau, S. 387–405.
- Kalpaka, A./Rätzkel, N. (2000): Die Schwierigkeit, nicht rassistisch zu sein. In: Rätzkel, N. (Hrsg.): Theorien über Rassismus. Hamburg: Argument, S. 177–190.
- Kerner, I. (2013): Postkoloniale Theorien zur Einführung. Hamburg: Junius.
- Laclau, E./Mouffe, C. (2015): Hegemonie und radikale Demokratie: Zur Dekonstruktion des Marxismus. Wien: Passagen.

- Leser, J./Pates, R./Spissinger, F. (2019): Befindlichkeiten des Demos. Zur politischen Funktion von Affekten im Zeichen des Rechtspopulismus und einer ›Krise‹ der Demokratie. In: Burzan, N. (Hrsg.): Komplexe Dynamiken globaler und lokaler Entwicklungen. Verhandlungen des 39. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Göttingen 2018.
- Leser, J./Spissinger, F. (2020): The functionality of affects: Conceptualising far-right populist politics beyond negative emotions. In: *Global Discourse. An Interdisciplinary Journal of Current Affairs and Applied Contemporary Thought* 10(2), S. 325–342.
- Leser, J./Spissinger, F./Homeyer, J./Neidel, T. (i.E.): Performing ›resistance‹ – the far right’s master narrative. In: *The Journal of Culture*.
- Lorey, I. (2011): Das Regieren durchlässiger Grenzen. Country Europa – ein Projekt von Marcelo Expósito und Verónica Iglesia. [www.eipcp.net/transversal/0311/lorey/de](http://www.eipcp.net/transversal/0311/lorey/de) (Abruf 08.02.2019).
- Marchart, O. (2007): Post-foundational political thought. Political difference in Nancy, Lefort, Badiou and Laclau. Edinburgh: Edinburgh University Press.
- Merkel, W. (2017): Kosmopolitismus versus Kommunitarismus: Ein neuer Konflikt in der Demokratie. In: Harfst, P./Kubbe, I./Poguntke, T. (Hrsg.): *Parties, Governments and Elites. The Comparative Study of Democracy*. Wiesbaden: Springer VS, S. 9–23.
- Metz, M./Seefßen, G. (2016): Hass und Hoffnung. Deutschland, Europa und die Flüchtlinge. Berlin: Bertz + Fischer.
- Mühlmann, H. (1996): *Die Natur der Kulturen*. Paderborn: Wilhelm Fink.
- Münkler, H./Münkler, M. (2016): *Die neuen Deutschen: Ein Land vor seiner Zukunft*. Berlin: Rowohlt.
- Olschanski, R. (2017): *Der Wille zum Feind. Über populistische Rhetorik*. Paderborn: Wilhelm Fink.
- Pfeiffer, T. (2018): »Wir lieben das Fremde – in der Fremde«. Ethnopluralismus als Diskursmuster und -strategie im Rechtsextremismus. In: Schellhö, J./Reichert, J./Heins, V. M./Flender, A. (Hrsg.): *Großerzählungen des Extremen. Neue Rechte, Populismus, Islamismus, War on Terror*. Bielefeld: transcript, S. 35–55.
- Pilkington, H. (2016): *Loud and proud. Passion and politics in the English Defence League*. Manchester: Manchester University Press.
- Rancière, J. (2002): *Das Unvernehmen. Politik und Philosophie*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Rancière, J. (2012): *Der Hass der Demokratie*. Berlin: August.
- Reckwitz, A. (2018): *Die Gesellschaft der Singularitäten. Zum Strukturwandel der Moderne*. 5. Auflage. Berlin: Suhrkamp.
- Reisigl, M. (2014): Abduktion. In: Wrana, D./Ziem, A./Reisigl, M./Nonhoff, M./Angermüller, J. (Hrsg.): *DiskursNetz. Wörterbuch der interdisziplinären Diskursforschung*. Berlin: Suhrkamp, S. 16–17.
- Reitz, T. (2017): Aufstand der Anteillosen? Autoritärer Protest im digitalen Kapitalismus. In: *Das Argument* 59(3), S. 363–377.
- Rommelspacher, B. (2009): Was ist eigentlich Rassismus? In: Melter, C./Mecheril, P. (Hrsg.): *Rassismuskritik. Band I: Rassismustheorie und -forschung*. Schwalbach: Wochenschau, S. 25–38.
- Said, E. W. (1979): *Orientalism*. New York: Pantheon.
- Sarasin, P. (2003): *Geschichtswissenschaft und Diskursanalyse*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Schellhö, J. (2018): Abgrenzung an allen Fronten. Die Neue Rechte und ihre ethnopluralistische Erzählung. In: Schellhö, J./Reichert, J./Heins, V. M./Flender, A. S. (Hrsg.): *Großerzählungen des Extremen. Neue Rechte, Populismus, Islamismus, War on Terror*. Bielefeld: transcript, S. 15–20.
- Schmincke, I. (2019): Welche Waffe der Kritik? Versuch einer Kombination von Diskursanalyse und Ideologiekritik. In: Langer A./Nonhoff, M./Reisigl, M. (Hrsg.): *Diskursanalyse und Kritik. Interdisziplinäre Diskursforschung*. Wiesbaden: Springer VS, S. 215–235.
- Schmitt, C. (1987 [1932]): *Der Begriff des Politischen. Text von 1932 mit einem Vorwort und drei Collarien*. Berlin: Duncker & Humboldt.
- Schulze Wessel, J. (2006): *Ideologie der Sachlichkeit. Hannah Arendts politische Theorie des Antisemitismus*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

- Shoshan, N. (2016): *The Management of Hate: Nation, Affect, and the Governance of Right-Wing Extremism in Germany*. Princeton: Princeton University Press.
- Sutterlüty, F./Neckel, S./Walter, I. (2008): Klassifikationen im Kampf um Abgrenzung und Zugehörigkeit. In: Neckel, S./Soeffner, H.-G. (Hrsg.): *Mittendrin im Abseits. Ethnische Gruppenbeziehungen im lokalen Kontext*. Wiesbaden: Springer VS, S. 27–89.
- Theweleit, K. (1987): *Männerphantasien. Band 1: Frauen, Fluten, Körper, Geschichte*. Frankfurt am Main: Roter Stern.
- Vaughan-Williams, N. (2009): *Border Politics. The Limits of Sovereign Power*. Edinburgh: Edinburgh University Press.
- Wehling, E. (2016): *Politisches Framing. Wie eine Nation sich ihr Denken einredet – und daraus Politik macht*. Köln: Herbert van Halem.
- Wildt, M. (2017): *Volk, Volksgemeinschaft, AfD*. Hamburg: Hamburger Edition.
- Wodak, R. (2015): *The politics of fear. What right-wing populist discourses mean*. Los Angeles: Sage Publications.
- Wodak, R. (2018): Vom Rand in die Mitte – »Schamlose Normalisierung«. In: *Politische Vierteljahresschrift* 59(2), S. 323–335.
- Wodak, R. (2019): Entering the ›post-shame era‹: the rise of illiberal democracy, populism and neo-authoritarianism in EUrope. In: *Global Discourse. An Interdisciplinary Journal of Current Affairs and Applied Contemporary Thought* 9(1), S. 195–213.
- Yanow, D. (2009): What's Political About Political Ethnography? Abducting Our Way Toward Reason and Meaning. In: *Qualitative & Multi-Method Research. Newsletter of the American Political Science Association Organized Section for Qualitative and Multi-Method Research* 7(2), S. 33–37.
- Žižek, S. (2001): *Die Tücke des Subjekts*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Zorn, D.-P. (2018): Ethnopluralismus als strategische Option. *Der Mensch, ein Tier*. In: Schellhöf, J./Reichertz, J./Heins, V. M./Flender, A. (Hrsg.): *Großerzählungen des Extremen. Neue Rechte, Populismus, Islamismus, War on Terror*. Bielefeld: transcript, S. 21–33.

*Anschriften*

Dr. Robert Feustel,  
Institut für Soziologie an der Friedrich-Schiller-Universität Jena,  
Carl-Zeiß-Str. 3,  
07743 Jena,  
robert.feustel@uni-jena.de

Florian Spissinger,  
Institut für Politikwissenschaft an der Universität Leipzig,  
Beethovenstr. 15,  
04107 Leipzig,  
florian.spissinger@uni-leipzig.de

Thomas Scheffer

# Normalpolitik, Radikalpolitik und die Unwahrscheinlichkeit existentieller Probleme

Eine trans-sequentielle Rekonstruktion parlamentarischer Diskursarbeit

**Zusammenfassung:** Die Einzelfallstudie fragt nach dem Status von existentiellen Problemen (wie den Klimawandel) in der politischen Diskursarbeit. Entlang von Arbeitsepisoden und -prozessen fokussiert die Analyse die wechselnden Problematisierungen in der konzertierten Positionenfertigung, wie sie eine Oppositionsfraktion eines nationalen Parlaments anstrengt. Ins Zentrum der ethnographischen Diskursanalyse rücken die vorläufigen Textversionen sowie deren sukzessive Formierung in den Schreib- und Korrekturrunden der Abgeordnetenbüros. Für diese Fokussierung auf die geteilte Diskursarbeit am »formativen Objekt« spricht: die Serie der Versionen zeigt die Zugkräfte und Tendenzen der internen Programm- und Meinungsbildung; sie zeigt, welcher vollwertige Diskursbeitrag mit welchen Maximen angepeilt wird; sie klärt, was im Zuge dieser Fertigung von den Mitgliedern zu leisten ist und was ihnen Schwierigkeiten bereitet; sie zeigt die gängigen Methoden, diese Schwierigkeiten anzugehen; sie legt die diskurspraktischen An- und auch Überforderungen frei. Die im Ergebnis beobachtete, sukzessive Verdrängung der existentiellen Probleme aus der Positionenfertigung erweist sich in der Orientierung auf den demokratischen Wettbewerb als praktisch naheliegend. Sie ist Ausdruck einer Unwahrscheinlichkeit existentieller Probleme im Modus der angestammten, auf Unterstützung zielenden Normalpolitik. Eine problemzentrierte Radikalpolitik erweist sich dagegen als konträr zum untersuchten, thematisch und personell inklusiven Verfahren der Positionenfertigung.

Schlagwörter: ethnographische Diskursforschung, politischer Diskurs, Meinungsbildung, Diskursarbeit, existentielle Probleme, kritische Ethnomethodologie, trans-sequentielle Analyse

**Abstract:** The single case study asks for the status of existential problems (e.g. climate change) in political discourse work. By relating work episodes and processes, the analysis focuses on the changing problematization in the concerted position making, carried out by an opposition fraction in a national parliament. The study uses, as its main data corpus, the preliminary text versions and the ways the MP-offices' rounds of writing and correction form them. There are several reasons, why this object-centred research strategy is relevant: it shows what the members' practical tasks and obstacles; it shows how they methodically deal with these obstacles; it lays open, also, excessive demands of this discourse work. In light of the democratic competition and its recipient-design, the ultimately diagnosed suppression of existential problems in the position formation turns out to be practically preferable. It articulates the improbability of existential problems in the well-established, support seeking normal politics. The problem-centred radical politics, in contrast, seem to counteract the observed, thematically and personally inclusive procedure of position formation.

Keywords: ethnographic discourse study, political discourse, opinion formation, discourse work, existential problems, critical ethnomethodology, trans-sequential analysis

## 1 Einleitung<sup>1</sup>

In parlamentarischen Demokratien ist es Aufgabe der Parteien und ihrer gewählten Vertretungen, sich an der öffentlichen Meinungs- und Willensbildung zu beteiligen. Mehr noch, sie sind aufgefordert, in Debatten, Gesetzgebungsverfahren und Kampagnen mit ihren Positionen um die Gunst des Publikums zu konkurrieren. Die Positionen sind dabei, so das Ergebnis früherer Analysen (Scheffer 2014), nicht bloß situative Meinungsäußerungen oder Beiträge zur laufenden Argumentation. Es handelt sich vielmehr um kollektiv bindende Festlegungen der Gruppierung, die verlässlich zu erarbeiten und abzustimmen sind. Die Tendenzen einer solchen Diskursarbeit<sup>2</sup> stehen mitsamt ihrer textlichen Zwischenstände im Mittelpunkt der folgenden Einzelfallstudie. Ich frage, wie die relevanten Akteure eine Position fabrizieren. Ich frage weiter, welche sachlichen Kapazitäten ihre Arbeit als kollektiv eingespielte Praxis offeriert. Diese Kapazitäten werden mit Blick auf existentielle, die gesellschaftliche Reproduktion bedrohende Probleme mobilisiert und herausgefordert.

Die hier untersuchte, von einer oppositionellen Parlamentsfraktion eines Mitgliedslandes der Europäischen Union (EU)<sup>3</sup> betriebene Positionenfertigung dreht sich um die Frage des »rural development«. Diese ist jüngst, angestachelt durch Landflucht, agrarische Bodenübernutzung und Stadt-Land-Gefälle (auch im Wahlverhalten) zur kritischen Thematik aufgestiegen. So heißt es in einer frühen, noch internen Version des in dieser Arbeit untersuchten Papiers<sup>4</sup>:

- 1 Ich bedanke mich für die wiederholten kritisch-ermutigenden Diskussionen im Berliner Arbeitskreis Politische Ethnographie. Ein besonderer Dank für Kommentierungen geht außerdem an Alejandro Esguerra, Katharina Hoppe, Martina Kolanoski, Nils Kühl und Luigi Wenzl. Der vorliegende Aufsatz wurde vor der Corona-Pandemie erfasst. Er berührt gleichwohl viele Fragen, die sich im Zuge ihrer gesellschaftlichen Bekämpfung stellen. Die umfassende Radikalpolitik, mit der weltweit nationale Regierungen auf die Corona-Pandemie reagierten, wurde mit der Rahmung als vorläufiger Ausnahmezustand abgesichert. Ähnliche Einhegungen stehen für andere existentielle Fragen, wie den Klimawandel, nicht zur Verfügung.
- 2 Diese abgestimmte Diskurs- und Programmarbeit wäre vom populistischen Politikstil ohne Qualifizierungshürden zu unterscheiden. Die niederschwellige Protest- und Haltungskommunikation löst die Programmarbeit ab und wird hierfür regelmäßig per Aufmerksamkeit und in Wahlen demokratisch belohnt. Auf Meinungsbildung orientierte, aufwendige Programmarbeit wirkt angesichts dieser Erfolge zunehmend anachronistisch.
- 3 Tatsächlich sind die EU-Mitgliedsstaaten aufgerufen, turnusmäßige Berichte zur ländlichen Entwicklung zu veröffentlichen. Damit wird dieselbe zum Gegenstand programmatischer Anstrengungen der verschiedenen nationalen Regierungs- wie Oppositionsfraktionen. Für einen Überblick vgl. [https://europa.eu/european-union/topics/regional-policy\\_en](https://europa.eu/european-union/topics/regional-policy_en).
- 4 Ein zentrales Problem bei der Beforschung nationaler Parlamente ist die Anonymisierung. Der Aufsatz bietet hier eine umfassende Durcharbeit der Daten, um Beforschbarkeit sicherzustellen. Die Anonymisierung gewährleistet Vertrauensschutz bei gleichzeitiger Forschungsfreiheit. Die Art der Nutzung der Diskursdaten inklusive ihrer Auf- und Verschlüsselung folgen diesem Prinzip.

**»Strengthening the regional added value. A political action program**

The BEST answer to the economic, climate, biodiversity, and justice crisis is the BEST New Deal. By this, we aim to provide a foundation for sustainable growth that will create jobs, prosperity, and perspectives for the next generations.« (21.2<sup>+2</sup>).<sup>5</sup>

Die Passage dokumentiert die Ambitionen der beteiligten Abgeordnetenbüros in Bezug auf die ländliche Entwicklung als Querschnittsfrage. Die federführenden Mitarbeiter\*innen versprechen sich viel von dem Papier. Sie wollen weitreichende, teils existentielle Fragen mit einem integrierten Maßnahmenbündel beantworten: »The BEST answer to [...] is the BEST New Deal.« Und mehr als das: Gleich einem Dominoeffekt soll das gewählte Leitbild (»regional added value«) diverse positive Nebeneffekte (»jobs and prosperity«, »perspectives for next generations«) entfalten. Der inhaltliche Wurf erscheint *gesellschaftlich* lohnend.

Die eingangs angeführten »Krisen« spielen hier eine tragende Rolle: sie fordern alle »policies« heraus; sie erfordern neue Ansätze; sie fungieren als Veränderungsmotoren. Sie bedrängen und versammeln die verschiedenen Fachpolitiken. Die Normalpolitik verspricht, mit ihren Mitteln auch diese Prüfungen zu bestehen. Eine Radikalpolitik dagegen stellt Positionen zugunsten der drängenden Problemstellung zur Disposition. Sie sollen sich als problemadäquat erweisen<sup>6</sup>, nicht umgekehrt.

Nur knapp fünf Monate später liest sich der Beginn des nun ausgearbeiteten Positionspapiers weniger apodiktisch. Die Politik zur »rural development« kommt jetzt konventionell daher. Die Position verspricht keine Lösungen der drängenden Probleme, sondern nur dieses:

**»BEST New Deal on the countryside. Action Program for more regional added value**

Whoever travels our republic can witness a green country. Rural regions dominate the picture from North to South, from East to West. A lot of regions are doing well, others struggle. They do so when economic strength is missing that can provide the people with a good living. We from the BEST party focus especially on the rural areas. We want to strengthen them. But what does this mean in practice?« (1.7<sup>+2</sup>)

Wie kommt es zu dieser Wende? Was geschah im Zuge der Fertigung mit den existentiellen Fragen? Ich möchte den empirischen Fall nutzen, um die normalisierenden Kräfte in der Positionenfertigung aufzuspüren. Und dies bezogen auf eine Fraktion, die sich mit ihrer sozialökologischen Ausrichtung gerade der Bearbeitung der wechselwirkenden existentiellen Probleme verschrieben hat. Die Fallstudie ist dabei eine Momentaufnahme

5 Die Dokumente datiere ich in dieser Weise: ein konkretes Datum mitsamt einer relativen Jahresangabe: hier <sup>+2</sup>, also zwei Jahre nachdem das Vorhaben zum allerersten Mal in der Fraktion »aktuell« wurde. Es ist freilich möglich, dass, unterhalb der Schwelle der Protokolle und Mitschriften, Tür-und-Angel-Gespräche das Thema bereits früher auf den Plan riefen.

6 Ein aktuell triftiges Beispiel ist die Hochrechnung von Regierungsplänen und Gesetzesinitiativen in nationalen CO<sub>2</sub>-Bilanzen. Genügen die Reduktionen, um den »point of no return« des »galoppierenden« Klimawandels zu entgehen?

der politischen Kultur, die wiederum etwas über die Wirkmächtigkeit selbstbezoglicher Normalpolitik lehrt. Sie kann Auskunft geben über die Kapazitäten und Bedingtheiten parlamentarischer Demokratie in Zeiten existentieller Krisen.

*Normalpolitik* verstehe ich im Kontext massendemokratischer Konkurrenz um »Macht« (Luhmann 2000) bzw. um generalisierten Einfluss. Die politischen Apparate<sup>7</sup> moderieren Probleme, d.h. sie behandeln sie im Rahmen der Reproduktion des Status Quo bzw. eines konventionellen »way of life«. Letzterer scheint gesetzt, steht selbst nicht in Frage und wird gegen die Probleme in Schutz genommen. Als Gegenmodell fungiert eine *Radikalpolitik*, die im Lichte existentieller Fragen die herrschenden Lebensweisen, Geschäftsmodelle, Rechtsansprüche, etc. zurückweist. Die gesellschaftlichen Normalitäten werden auf die Probe und zur Disposition gestellt. Normalpolitik und Radikalpolitik stellen damit unterschiedliche Kalküle ins Zentrum: zum Maßstab ist mal die Konstitution und mal die Problemlage erkoren.<sup>8</sup> Diese grobe Unterscheidung bietet den allgemeinen Hintergrund für die Analyse der Behandlung existentieller Probleme<sup>9</sup> im Zuge parlamentarischer Diskursarbeit.

Die Fallstudie beobachtet den sich wandelnden Status der Probleme im Zuge einer Positionenfertigung. Ins Zentrum rücken die noch formbaren/zu formenden Textversionen und deren sukzessive Formierung in den Schreib- und Korrekturrunden. Für die Hinwendung zur geteilten Diskursarbeit spricht dieses: die Serie der unfertigen Versionen klärt, welches vollwertige Objekt die Fertigung anpeilt; sie klärt, was im Zuge derselben zu leisten ist und was hier besondere Schwierigkeiten bereitet; sie zeigt die gängigen Methoden, diese anzugehen; sie zeigt praktische An- und auch Überforderungen. Die Verdrängung der existentiellen Probleme kann dann im demokratischen Wettbewerb geradezu geboten sein; als Ausdruck ihrer Unwahrscheinlichkeit im Modus der Normalpolitik.

Existentielle Probleme<sup>10</sup>, wie die oben angeführten Klima- und Biodiversitätskrisen, stellen für die politischen Betriebe und ihre Fachkräfte »Realitätsprüfungen« (Boltanski/

7 Anders als der Begriff der Systeme oder Institutionen, erlaubt der Begriff des Apparats, an den praktischen und damit auch materiellen und infrastrukturellen Voraussetzungen situierter Problemarbeit anzusetzen. Ein Apparat ist definiert als ein Set stabilisierter Methoden und Verfahren dieser Arbeit in seiner jeweiligen Vorläufigkeit. Demgegenüber fokussiert der Systembegriff bei Luhmann auf die »wahrscheinlich gemachte« Verkettung fertiger bzw. vollwertiger Operationen des Selbsterhalts. Der Institutionenbegriff fokussiert auf die Normen, Konzepte und Programme einer Problemarbeit in der gesellschaftlichen Kompetenzverteilung.

8 Damit nehme ich begriffliche Umstellungen gegenüber Latours Leitunterscheidung zwischen Ding- und Realpolitik (2007) vor. Die Dingpolitik kreist um ein »matter of concern«, der seine eigene Öffentlichkeit gruppiert. Die Realpolitik ist bei Latour demgegenüber verfahrenszentriert. Ich beklage hier einen Scheingegensatz, insofern der politische Apparat erst durch Verfahren eine stabilisierte Problembearbeitungskapazität schöpft. Latour verkennt, wie die von ihm angeführten Pragmatist\*innen (vgl. Marres 2005), dass die politische Diskursarbeit immer schon die Kunst darstellt, mit mehreren Problemen zugleich umzugehen.

9 Die Verdrängung weist, in der Konsequenz, Parallelen zur Externalisierung der Probleme auf, wie sie für die »imperiale Lebensweise« (Lessenich 2016) beschrieben wird. Die Verdrängung erfolgt zum Schaden Anderer (Generationen, Bevölkerungen, Milieus, Lebensformen, etc.) und deckt die vielfältigen Externalisierung.

10 Als »existentielle Probleme« (Scheffer 2019) fungieren die soziale Frage (der Armut und Verelen-

Thévenot 2007, vgl. auch Bueno 2015) dar. Sie bedrohen die gesellschaftliche Reproduktion; sie fordern ›unbedingt‹ Lösungen; sie schwächen rekursiv die vorhandenen Kapazitäten der Problembearbeitung (vgl. Seibert 2017). Der beschleunigte Klimawandel kann heute als Paradebeispiel eines existentiellen Problems gelten, so wie die drängende Frage des (Bürger-)Krieges oder die durch Apparate der Wohlfahrtspolitik bedingt eingehetzte soziale Frage. Diese wechselwirkenden Existenzfragen zusammen zu denken, erscheint als die größte Herausforderung zeitgenössischer Politik (Beck 1999; Latour 2018) wie Soziologie (Scheffer/Schmidt 2019). Antworten auf einen Fragenkomplex tangieren immer auch die Möglichkeiten der Bearbeitung der je anderen Fragenkomplexe.

Wie konnten also im Zuge der Positionenfertigung die existentiellen Probleme derart relativiert, ja verdrängt werden? Ich vermute, im Sinne eines analytischen Knappheitsgebots, dass hier zunächst – statt gegenläufiger Motive, Interessen oder Ideologien – praktische Anforderungen ausschlaggebend sind. Diese können solche der internen Mobilisierung ebenso sein, wie solche der öffentlichen Begründbarkeit, der Antizipation von Kritiken oder der Vereinbarkeit mit vorhandenen Sachpositionen. Die ›normale‹ Fertigung der Position, als Beitrag zum politischen Diskurs, hält derart womöglich Anforderungen bereit, die eine adäquate Problematisierung unwahrscheinlich werden lassen. Dies schließt andere Gründe, wie den Zeitgeist oder eine Hegemonie nicht aus, sondern ein, insofern gezeigt werden kann, wie diese im Zuge der Diskursarbeit bedeutsam werden.

## 2 Zur Einzelfallstudie

Die oben zitierten Dokumentversionen habe ich im Zuge meiner Feldforschungen in Abgeordneten-Büros einer Oppositionsfraktion erhoben. Ich ging hier der Frage nach, was professionelle politische Arbeit (vgl. Weber 1980[1919]) gegenwärtig<sup>11</sup> ausmacht. Diese Frage ist nicht einheitlich zu beantworten. Neben den verschiedenen organisierten Ausstattungen hängt sie ab von der politischen Kompetenz der beforschten Büros. Politische Kompetenz meint dabei zweierlei: die fachliche Zuständigkeit und die praktische Fertigkeit, Beiträge zum politischen Diskurs beizusteuern. Entsprechend finden sich Büros am Rande und andere im Zentrum politischer Kämpfe. In meiner Feldforschung habe ich die Arbeit von Abgeordnetenbüros mit verschiedenen Ambitionen begleitet: das Spektrum reicht von heimeliger Wahlkreispolitik bis hin zum Ringen um die Fraktionslinie.

Im vorliegenden Fall einer vorwiegend »bottom up«-organisierten Oppositionsfraktion verfügen die Abgeordneten mit ihren Büros über thematische Zuständigkeiten, fall-

ding), die ökologische Frage (der Naturkatastrophen, wie Tsunamis oder Pandemien), die Gewaltfrage (von Bürger-/Kriegen) oder die Herrschaftsfrage. Im letzten Fall werden Bevölkerungsgruppen selbst zum Problem erklärt. Existentielle Probleme bedrohen die Reproduktion der Gesellschaft. Sie stellen sich immer nur mittelbar anhand bestimmter Indizien, was die Aufgabe der Beobachtung, des Wissens, der Vermittlung und Mobilisierung tangiert. Die Problembearbeitung schließt immer eine Problematisierung ein (vgl. Schetsche 2014).

11 Die Fallstudie entstand im DFG-Projekt »Mediatisierte Fertigung und Verwertung von politischen Positionen« im DFG-Forschungsschwerpunkt »Mediatisierte Welten«.

bezogene Federführungen und eigene Produktionsmittel (Fachkräfte, Archivzugang, technische Ausstattung, etc.). Die MP-Büros sind Teil der fraktionellen Arbeitsteilung. Das hier behandelte Büro<sup>12</sup> ›spricht‹ für die Fraktion zu Fragen der Landwirtschaftspolitik. Für die Arbeit an der Position zur »rural development« steigert die Federführung mitsamt der Leitung der einschlägigen Arbeitsgruppe den Einfluss des Büros. Dieses größere Gewicht ging mit der Abstellung einer zuarbeitenden Fraktionsmitarbeiterin einher.

Meine Ethnographie des Parlamentsbetriebs sah sich einem Feld mit besonderem Zuschnitt ausgesetzt. Platziert wurde ich nicht nur inmitten der beengten Dreiraum-Büros (zusammen mit MP, drei Mitarbeiter\*innen plus Praktikant\*in), sondern auch in einem komplexen Gefüge des Parlaments mit seinen Verfahren, Gremien und Apparaten. Im untersuchten Fall fand ich mich zudem einem Netzwerk von verteilten, apparativ eingesetzten Co-Produzenten\*innen gegenüber. Sie bildeten eine projektförmig zusammengesetzte Fachkompetenz, die im Auftrag der Fraktion eine programmatische Initiative vorantreibt. Doch auch damit ist mein Feld noch nicht hinreichend abgesteckt. Die programmatische Initiative verweist auf verwobene politische Diskurse: meinungsbildende Debatten, mobilisierende Kampagnen, gesetzgebende Verfahren.

Ich bin als Diskursforscher von der untersuchten Diskurspraxis in mehrfacher Weise affiziert: nicht nur als Ethnograph bzw. als »professional stranger« (Agar 1996), sondern auch als Mitglied einer massendemokratisch verfassten »Diskursgemeinschaft« (Habermas 1992) und der irgendwie mitgemeinten »overhearing audience« (Atkinson/Drew 1979). Auch nach der Feldforschung bleibe ich dem Feld verbunden. Nicht nur, wie noch während meiner Aufenthalte vor Ort, als Zeitzeuge der Sitzungen, als Archivar der Fertigungsspuren, als Teilnehmer thematischer Workshops oder als Adressat digitaler Verteiler; nein, auch als Rezipient der fertigen Position in ihrer vielgestaltigen, massenmedialen Zirkulation. Die Analysierbarkeit der Position verweist so auch auf meine kulturell angestammte Subjektposition als ›kompetenter‹ Fernsehzuschauer\*innen, Radiohörer\*innen, Zeitungsleser\*innen, User\*innen, Wähler\*innen, Betroffene\*r, etc.

Als spezifische Datengrundlage der folgenden Fallstudie dienen alle Textdateien, die der zuständige Mitarbeiter aus dem federführenden Abgeordnetenbüro, ich nenne ihn Wim, sowie die zugeordnete Fraktionsmitarbeiterin, ich nenne sie Son, über den Bearbeitungszeitraum auf ihren PCs abgelegt hatten und die sie mir am Ende meiner ›vertrauensbildenden‹ Feldforschung zur Verfügung stellten. Hinzu kommen alle bereits von Wim durchgearbeiteten Textausdrucke, die ich vor Ort aus seinem Papierkorb zusammenklaubte oder später direkt auf meinen Katzentisch serviert bekam. Wim überließ mir gern den Abfall des Schreibprozesses, auch weil er verstand, dass für mich – in indifferenter, verständnisvoller Haltung des Ethnomethodologen (Scheffer 2020) – der Nachvollzug praktischer Anforderungen mitsamt ihrer situierten Abarbeitung und nicht eine entrückte, besserwissende Fehlerkunde oder die Entschlüsselung ideologischer Haltungen das treibende analytische Motiv darstellen.

12 Insgesamt habe ich vier Büros verschiedener Oppositionsfraktionen für je einen Monat besucht.

## 2.1 Die trans-sequentielle Rekonstruktion politischer Diskursarbeit

Die Erfassung politischer Diskursarbeit, hier verstanden als die Anfertigung vollwertiger politischer Diskursbeiträge<sup>13</sup>, stellt die Forschung vor Probleme der Datenerhebung wie der Datenanalyse. Die gängigen Methoden stoßen hier an Grenzen: (1) Sie beschränken den Datenkorpus auf nur eine diskursive Modalität: auf die mündliche Rede (Holly 1990), verkörperte Interakte (Nullmeier/Pitzlaff/Wiesner 2003), journalistisch zusammengeführte Debattenbeiträge (Leudar/Nekvapil 2004), Radio- und TV-Interviews (Clayman/Heritage 2002) oder Rede- und Programmtexte (Wodak 2015). Datenstücke gelten in hermeneutischen, teils auch ethnomethodologischen Studien immer schon als *fertige* bzw. *vollwertige* Beiträge. Untersucht wird die Darstellung, nicht die Herstellung. Mit dem Blick auf die *Diskursarbeit* verschiebt sich der Fokus auf den Aufwand, überhaupt vollwertige Beiträge – hier: politische Positionen – zu bieten. (2) Die ethnographische Neigung, ausgesuchte Akteure an einem Ort ins Zentrum zu stellen und etwa den Büroalltag oder das Selbstverständnis von Funktionsträgern nachzuzeichnen, erweist sich angesichts der raum-zeitlich verteilten Arbeiten als unterkomplex, ja praxisfern.<sup>14</sup> Die Alltagsstudien übergehen zentrale praktische Anforderungen. Sie tilgen zugleich die Möglichkeit des Scheiterns – und damit auch die methodischen Anstrengungen, derlei zu verhindern. (3) Ebenso wenig erscheint es angemessen, gleich weiter Teile der strukturalen, kritischen Diskursanalyse, die politischen Konkurrenzen als vorentschieden zu fassen und von den Beiträgen schon auf eine durchgesetzte Hegemonie zu schließen. Die politischen Diskurse sind mehr als monologische Ideologie-Automaten. Gerungen wird, bei allem Machtstreben, auch um die und mit der Sache. Wir rechnen bei der methodischen Diskursarbeit mit – wenn auch bedingten – Kapazitäten der Problembehandlung.

Um also in dieser Einzelfallstudie dem Rätsel der verdrängten existentiellen Fragen auf den Grund zu gehen, schlage ich den Nachvollzug der politischen Diskursarbeiten vor, die sich auf ein *formatives Objekt*<sup>15</sup> richten: die politische Position. Der Datenkorpus fokussiert auf dieses Objekt-im-Werden sowie die darauf gerichteten Beiträge der Mitarbeiter\*innen. Die Analyse arbeitet sich durch die Runden der Textarbeit, soweit ich diese im Zuge der Feldforschung beobachten konnte oder diese in Einladungen, Proto-

13 Dabei ist wesentlicher Teil der Analyse die Frage, wann denn ein Diskursbeitrag als vollwertig gilt. Gegenwärtig scheinen sich da Standards im Zuge der ›vernetzenden‹ Digitalisierung (Becker 2018) radikal zu verschieben. Die Verschiebungen kombinieren Beschleunigung mit Verflachung der Beiträge. Es gilt zunehmend als verwertbar, was früher noch als unfertig ›geschliffen‹ und ›abgestimmt‹ worden wäre. Prägnanteste Beispiele sind die Tweets hochrangiger Politiker\*innen, die sogar – absichtlich oder nicht – offensichtliche Rechtschreibfehler enthalten.

14 Hier ließe sich auch von *verteilttem Entscheiden* sprechen, dass statt eines Entscheidungspunktes die sukzessiven Vorselektionen und Verengungen von Entscheidungsoptionen in den Blick nimmt. Das verteilte Entscheiden macht es auch für die Beteiligten schwer nachvollziehbar, wer dieses oder jenes jetzt eigentlich entschieden hat. Diese Schwierigkeit ist dabei kein rhetorischer Trick, sondern Ausdruck der apparativen Produktionsweise.

15 Solche Objekte sind aufwendig formiert, formatieren die noch möglichen Arbeiten, formen ein Kollektiv und werden zum Teil in eine Formation von fertigen Objekten gespeist, hier von Positionen als Beiträge zum politischen Diskurs. Vgl. Scheffer 2013.

kollen und zur Abstimmung gestellten Textversionen dokumentiert sind. Ich verteile die Daten trans-sequentiell entlang der Arbeitsepisoden im Prozess der Fertigung (Scheffer 2013). Es zählen die Verrichtungen an der je aktuellen Text-Version mitsamt ihren Niederschlägen in der Folgeversion.

Die Einzelfallstudie folgt nicht einem stabilen Objekt. Der Arbeitsgegenstand ist vielmehr ein ›bewegliches Ziel‹, dass sich im Zuge der Fertigung in Schüben wandelt.<sup>16</sup> Mit dem Objekt-im-Werden ist die Analyse je auf die Höhe des Geschehens verwiesen (vgl. Ingold 2019, S. I): auf das Ringen mit und die Kämpfe um das zum jeweiligen Bearbeitungszeitpunkt Geforderte und Mögliche. Das Objekt entwickelt sich über Versionen hinweg in Form, Inhalt und Status. Je nach Stand der Dinge offeriert und entzieht es sich, fügt sich dem Zugriff und versperrt sich, fordert die Bearbeitenden und überfordert zuweilen. Die Schreibsessions, Bürobesprechungen und Gremiensitzungen zielen auf die je aktuelle, zirkulierte Fassung. Die trans-sequentielle Analyse (TSA) erschließt so

1. die Verfahrensweise der politischen Diskursarbeit,
2. die Ansprüche an diese Arbeit im gesellschaftlichen Wettbewerb,
3. die Herausforderung der so praktizierten Politik durch existentielle Probleme,
4. die gegenwärtig bedingten sachlichen Kapazitäten des politischen Betriebs.

Die TSA umfasst die folgenden Grundbausteine: Aufeinanderfolgende *Züge* der Textbearbeitung etwa in WORD-Kommentaren, Änderungsvorschlägen und Einarbeitungen; verteilte *Arbeitsepisoden* am Text etwa in PC-Sessions, Telefonaten, Sitzungen, etc.; daraus resultierende *Versionen* des Papiers als geteilte Bezugsgrößen der Bearbeitung; *Runden* von Teilnehmenden, die an einer je aktuellen Version schaffen; die *Relevanzkarriere* des Papiers, die mit den Prüfungen an »obligatorischen Passagepunkten« (Callon 1986) voranschreitet.

Die Runden von Teilnehmenden arbeiten in situierten Episoden am spezifischen Objekt (PP »rural development«) in seinem je aktuellen Stand (Version<sup>x</sup>) mithilfe von jetzt schon oder noch zur Verfügung stehenden Text-Zugriffen (Kommentaren, Änderungsvorschlägen, Einarbeitungen). Im Zuge der Fertigung mag sich der Möglichkeitsraum verengen oder weiten. Die Mitglieder beantworten die Vollzugsfrage nach dem »wie weiter?« methodisch im Lichte aktueller Anforderungen und Möglichkeiten. Lassen sich

16 Damit optiere ich weder für die »grounded theory«, wie sie etwa Cambrosio/Limoges/Pronovost (1990) zur Rekonstruktion der Bedeutungen eines Dossiers auf seinem Weg durch ein kanadisches Wissenschaftsministerium nutzt. Deren Fallstudie befasst sich nicht mit dem Text selbst, sondern nur mit den sich wandelnden Zuschreibungen. Ich optiere auch nicht für eine praxeologische Schreibprozessanalyse (Engert/Krey 2013), wie sie die videogestützten »Studies of Work« (Bergmann 2005) anbieten. Diese bleiben den inhaltlichen Formierungen äußerlich. Die ethnomethodologische Dekonstruktion fertiger Texte, wie sie etwa Wolff (1995) an »gelungenen« psychiatrischen Gutachten exerziert, zeichnet durchaus Erfordernisse im Lichte eines Rezipientendesigns nach. Deren Abarbeitung im Schreibprozess bleibt allerdings auch hier aufgrund der Datenlage verstellt. Auch die »institutional ethnography« von Smith (1984, 2002) wird dem Arbeitscharakter nicht gerecht: sie betrachtet (fertige) Dokumente als Machtinstrumente, die etwa auf Patient\*innen wirken. Vgl. auch Harper (1998) zur Rolle von Dokumenten als Produktionsmittel in politischen Apparaten. Auch er findet keinen Zugang zur Fertigung dieser Dokumente. Sie werden lediglich verwendet.

entlang dieser Methoden Antworten auf unsere Frage nach den verdrängten existentiellen Fragen finden? Erweist sich die Verdrängung als praktisch naheliegend?<sup>17</sup> Verharrt die hier aufgeschlüsselte Diskursarbeit – wider aller radikaler Probleme und Vorsätze – in einer »politics as usual« (Latour 2007)?

## 2.2 Die politische Sachposition als basale Diskurseinheit

Was ist eigentlich eine politische Position, wie sie hier als ›objektiver‹ Bezugspunkt der Diskursarbeiten wie ihrer trans-sequentiellen Rekonstruktion dient? Die politische Position ist einerseits Feldbegriff. Sie war in den untersuchten Abgeordnetenbüros in aller Munde: als etwas, was »wir brauchen«, »vielversprechend ist«, »zur Abstimmung steht«, »umstritten ist«. Für den politischen Diskurs, wiederum, bietet sie – mehr als die bloße Meinung oder spontane Einlassung – vielfältige Anschlussmöglichkeiten. Sie repräsentiert eine Gruppierung, wird im Lichte verwandter und konkurrierender Positionen rezipiert und in bestimmten Hinsichten kritisierbar. Politische (Sach-)Positionen (PP) sind *die* Basiseinheiten politischer Diskurse (Scheffer 2014) quer zu den massenmedialen Debatten, mobilisierenden Kampagnen oder Verfahren der Gesetzgebung. Was qualifiziert die PP dazu? Als vollwertige Diskursbeiträge integrieren sie die Trias von Problem-Maßnahme-Grundsatz zur Einheit. Die drei Aspekte begründen sich wechselseitig; sie verleihen der Position Identität und Stabilität über situierte Verwertungen bzw. Positionierungen hinweg. Als stabilisierte Festlegung der Gruppierung erlaubt sie dem Publikum die Zurechnung in der Konkurrenz mit anderen Gruppierungen.

Die Einheit aus *Problem-Maßnahme-Grundsatz* deutet sich bereits in der Einleitung der ersten umfassenden PP-Version (21.2<sup>+2</sup>) an. Für eine Reihe gesellschaftlich etablierter *Problemkomplexe* (»crises«) stellt der Text ein *Policy-übergreifendes Maßnahmenbündel* (»NEW Deal«) in Aussicht, welches zugleich *Grundsätze* der Gruppierung (»BEST«) vorführt. Dies freilich ist mehr Andeutung und Ankündigung, die es für das Schreibkollektiv im Weiteren einzulösen gilt. Eine kritische Rezeption<sup>18</sup> darf von der PP also einiges erwarten: Stimmigkeit der Einzelaspekte, deren Kohärenz sowie ihre Konsistenz in Relation zu bereits vertretenen Positionen. Die Frage, die die folgende Rekonstruktion nun interessiert, ist diese: Wie fertigt das Schreibkollektiv die integrierte Trias der Position und wie sichert sie diese gegen erwartbare Kritik ab?

17 Offe erwähnt solche Verdrängungen in seinem Aufsatz zu »Bewährungsproben« der Demokratie: »Vordringliche Politikthemen wie die [...] transnationale Fragen der militärischen Sicherheit bzw. der Friedenssicherung dann im Geiste entweder eines überparteilichen Einverständnisses abgehandelt – oder im Geist einer überparteilich geteilten Ratlosigkeit (samt der daraus folgenden Neigung zum Verschweigen, Vertagen und Verharmlosen von Problemen)« (2003, S. 143).

18 Die Soziologie der Kritik verkennt diese vorausseilende Einstellung von Beiträgen im Sinne eines »recipient-designs«. Beiträge nehmen, sollen sie sich bewähren und das Publikum überzeugen, immer schon bestimmte Kritiken vorweg. Entsprechend lassen sich politische, wissenschaftliche, juristische, etc. Diskurse entlang legitimer und erwartbarer Kritikmaßstäbe unterscheiden. Vgl. für den Rechtsdiskurs, Scheffer (2010).

Eine weitere, leicht zu übersehene Eigenschaft der Position verdient hier Beachtung, weil sie ihre Beforschbarkeit unmittelbar tangiert. Aus der Perspektive der (kritischen) Rezeption gibt es politische Positionen stets nur und erst als fertige Objekte. Das heißt umgekehrt: alle Äußerungen im Namen der Gruppierung dürfen auch so behandelt werden. Dies bedeutet für die Diskursarbeiter\*innen: ›Unfertiges‹ muss intern bleiben, um nicht unnötig Streit-, Schwach- und Angriffspunkte zu bieten. Es bedarf Schutzzonen für Vorläufiges, abgeschirmte Hinterbühnen für Interna, um Ideen und Vorschläge probieren und folgenlos korrigieren zu können. Es ist diese praktische Vorsicht, die für eine Diskursforschung, wie diese, Probleme des Datenzugangs aufwirft. Es bedarf umfassender Vorkehrungen, um den Einbezug und die Analyse des Unfertigen in einem so sensiblen, weil von kritischen Rezipient\*innen belagerten Diskursfeld überhaupt möglich zu machen. Die vorliegende Einzelfallstudie gewährleistet den Vertrauensschutz gegenüber den Beforschten so:

- alle Beteiligten sind anonymisiert und nur kategorial zuzuordnen;
- der parlamentarische Kontext der Feldforschung ist anonymisiert;
- die Urheberschaft der Diskursdaten ist nicht verlässlich nachvollziehbar.

Die Kosten für diese Schutzmaßnahmen sind hoch, aber notwendig. Es finden sich keine ausgreifenden direkten Zitate aus dem Text, keine Ortsangaben, keine biographischen Hinweise zu den Hauptfiguren, keine Benennung der Gruppierung. Eine hermeneutische Textanalyse entfällt ebenso, wie die Herleitung von Formulierungen aus jüngsten politischen Debatten. Zugleich liefern diese Vorkehrungen aber auch Freiheitsräume. Wo sonst die ›mitspielenden‹ Akteure oder die Gruppierung selbst ins Zentrum rücken, fokussiert die Einzelfallstudie auf das ›Spiel‹ selbst, seine praktischen Erfordernisse und Möglichkeiten. Angepeilt wird ein strukturanalytisches Lehrstück, dass etwas über den existentiell bedrängten politischen Diskurs in der parlamentarischen Demokratie lehrt.

### 2.3 Die Karriere des Dossiers im Überblick

Für Positionspapiere gibt es in der Fraktion eine verfahrensförmige Relevanz- oder Statuskarriere. Die Macher\*innen wissen von Anfang an um die zu absolvierenden Zwischenprüfungen, um die zu adressierenden Instanzen und um wesentliche Maßstäbe, die an so einen Text angelegt werden. Die Relevanzkarriere des PP ist eingespielt, das heißt sie ist vorgezeichnet und abgesichert. Und das auch dort, wo drängendste existentielle Fragen aufgerufen sind. Das fraktionsinterne Vorgehen unterscheidet hier erstmal nicht zwischen verschiedenen Bezugsproblemen; es wird nicht ›existentiell‹ – d.h. beschleunigt oder konzertiert – verfahren.

Das heißt nicht, dass der Arbeitsprozess hier keine Überraschungen bereithielte oder durchgängig geregelt sei. Der Prozess ist voll von inhaltlichen wie formalen Wendungen und Kontingenzen. Im Zuge der Arbeiten verschieben sich die sachlichen (Worum geht es schon/noch in dieser Version?), personellen (Wer arbeitet schon/noch daran mit?) und normativen Parameter (Was darf man hiervon schon/noch erwarten?). In der Ferti-

gung verschiebt sich die Zusammensetzung der Runde und die Rolle der Mitarbeitenden in Bezug auf das formative Objekt. Einige Verschiebungen kündigen sich per Statusmarker am PP<sup>19</sup> an. So zeigt ein »1<sup>st</sup> Draft« an, was von diesem (nicht) Text erwartet werden darf. Wie schreitet die Karriere des PP voran? Hierzu ein vorgegreifender Überblick von Runde zu Runde:

Runde	liefert...	Beiträge zur Integration von Problem-Maßnahmen-Grundsätze
[Netzwerk]	Idee zum Dossier	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Vorbereitend: Schreibwerkstatt/Kompetenzen zusammenstellen/ Publikationsprogramm planen</li> <li>• Thematisches Spektrum zum Leitmotiv abstecken</li> </ul>
[Inoffizielle AG]	Expertenhearings & Maßnahmenpapiere	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Vorbereitend: Hearings, Kontroverse zum Leitmotiv</li> <li>• Erste Maßnahmen-Papiere gesammelt</li> </ul>
AG	Arbeitsversion & ihre Überarbeitung	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Einleitung mit Problemhorizont</li> <li>• Vorliegende Teilpapiere integrieren und standardisieren</li> <li>• Weitere Delegationen von Teilpapieren</li> </ul>
AG	Version zur Verabschiedung	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Diachrone Textkontrollen durch die AG-Mitglieder</li> <li>• Umfassende finanz- und wirtschaftspolitische Kontrolle</li> <li>• Leitmotiv zum durchgehenden Grundsatz ausbauen</li> <li>• Weitere konkrete Maßnahmen sammeln</li> </ul>
AK	eine Hierarchie der Politikfelder	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Den Problemhorizont erweitern</li> <li>• Weitere Konsultationsbedarfe zu integrierten Themen anmelden</li> <li>• Konkretisierung von Maßnahmen</li> </ul>
AK	Verdichtung mit Details	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Fachliche Prüfung einiger Maßnahmen</li> <li>• Verstärkte Integration von Leitmotiv und Maßnahmen</li> </ul>
Fraktion	grundlegende Revision	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Einbettung der Maßnahmen ins Gesamtprogramm der Fraktion</li> </ul>
Verwertung	verwertbare Endversion	<ul style="list-style-type: none"> <li>• »Redaktionelle Änderungen«</li> <li>• Verbreiterung des Maßnahmenkatalogs</li> <li>• Verwässerung einzelner Maßnahmen</li> <li>• Problemhorizont zurückgestellt</li> </ul>

Die Statuspassage vollzieht sich durch eine Reihe absehbarer Gremiensitzungen mit ihren je eigenen Prüfungen. Die mitlaufende Sorge der Macher\*innen bezieht sich auf die Beförderungen der PP. Die erste Phase (*weiß* hinterlegt) zeigt die Vorbereitungen, noch bevor die Runde eine erste Textversion formuliert. Hier ist das PP noch (möglichst

19 Schon der Dateiname des PP trägt hier die jeweilige Statusangabe (z.B. »first draft«) und zeigt so an, wie ein Papier zu handhaben ist (vgl. Laube/Schank/Scheffer 2016).

›einleuchtende‹) Idee und (möglichst ›förderungswürdiges‹) Vorhaben. Es wird in kleiner Runde ins Auge gefasst. Die Statuskarriere ›materialisiert‹ sich mit den ersten Versionen und ihrer Anerkennung in den AG-Sitzungen (*hellgrau*). Im Weiteren greifen für das PP vorgesehene Rezeptions- und Anerkennungsrounden ineinander (*mittelgrau*). Schließlich werden die Maßnahmen umfassend, d.h. am Programm und an eine Art ›Schattenhaushalt‹<sup>20</sup>, rückgebunden (*dunkelgrau*) und auf ihre Vereinbarkeiten hin überprüft. Mit dem Fortgang der Karriere und den getätigten Investitionen erwachsen Zugzwänge, die bisher investierte Sach- und Diskursarbeit nicht aufs Spiel zu setzen. Dies erhöht die Kompromissbereitschaft des engen Zirkels der Urheber\*innen. Das PP entfernt sich so von frühen Versionen, wird geschliffen, enteignet und vergemeinschaftet.

### 3 Von Runde zu Runde zum Positionspapier

Die ethnographischen Daten wie Feldnotizen, Interviewauszüge und Text-Zitate ordne ich trans-sequentiell entlang der Bearbeitungsrounden. Eine Bearbeitungsrunde unterscheidet sich durch die geteilte Textversion, durch den zuerkannten Status dieser Version, den damit praktisch nötigen und möglichen Zugriffen sowie in ihrer personalen Zusammensetzung. In der Abfolge der Rounden, der bearbeiteten Textversionen und den daran angebrachten Beiträgen erweist sich die Positionenfertigung – nicht als kontinuierliche Entfaltung, sondern – als schubweise Entwicklung. Wir finden in den Rounden jeweils neue wie abgelöste Protagonist\*innen, sachliche und normative Ansprüche sowie sich bietende wie wegfallende Handlungsoptionen. Die Textversionen offerieren sich unterschiedlich für eine Bearbeitung. Spezifische Beiträge sind nur zu bestimmten Zeitpunkten in der Statuskarriere angebracht.

In diesem Sinne sind die Textbeiträge der Mitglieder indexikal. Ihre Arbeiten machen Sinn nicht in *einer* fixen inhaltlich-semantischen Matrix, sondern in Bezug auf das hier und jetzt Vorliegende und Mögliche. Dieser trans-sequentielle Grundgedanke erschwert die Versuche, die Bearbeitung zu überblicken und schematisch aufzuarbeiten. Ich habe jeweils je Runde eine Tabelle angelegt, in die das federführende Büro die aktuelle PP-Version einbringt (Textvorlage/erster Zug), auf die sich dann Beiträge beziehen (Änderungsvorschläge/zweite Züge), die dann womöglich Eingang ins Papier finden (Einarbeitung/dritte Züge). Erst im dritten Zug geht ein Vorschlag ins Papier ein und wird, für die nächste Runde, zum Bestandteil des umfassenden ersten Zugs: der Eingabe der neuen Version.

Die PP-Version, mitsamt der zweiten und dritten Züge, konnte ich anhand von Annotationen im Textmanuskript, anhand Wims Sammlungen von Änderungsvorschlägen sowie anhand der AG-Diskussionen und Sitzungsprotokolle nachvollziehen. Die auf dieser Grundlage je erstellte Überblickstabelle umfasst (1) Dateidatum und -name der Textver-

20 Dieser übersetzt das komplette Programm an Maßnahmen in einen provisorischen Haushalt, um die Finanzierbarkeit bzw. Realisierbarkeit darzulegen. Aus dem fraktionsinternen Schattenhaushalt ergeben sich die finanz- und haushaltspolitischen Forderungen der Fraktion.

sion, (2) den Status dieses gespeicherten Dokuments, (3) die Inhalte aller Vorschläge zum PP (inkl. ihrer Annahme/Ablehnung) sowie (4) die Kürzel der beteiligten Büros (vgl. deren Aufschlüsselung im Anhang). Die so erstellten Tabellen verbinden damit inhaltliche und formale Fragen. Ich füge diesen Tabellen jeweils knappe wortwörtliche Beiträge hinzu, um inhaltliche Tendenzen anzuzeigen. Die Tabellen machen die aufwendige verteilte Bearbeitung der jeweiligen PP-Version kenntlich.<sup>21</sup> Sie zeigen die Verschiebungen, die sich von Runde zu Runde ergeben. Als Überblicke bleiben sie allerdings kursorisch. Sie benötigen Erläuterung, um Aussagekraft zu gewinnen. Ich biete also keine Transkripte der Diskursarbeit, sondern – angesichts der raumzeitlichen und personalen Verteilung – verknappte Gesamtaufstellungen zur Rekapitulation der Veränderungen, ihre wechselnden Schwerpunkte und inhaltlichen Setzungen. Die Tabellenform ergänze ich durch Erläuterungen zur Arbeitsweise sowie zur Stellung der existentiellen Probleme je Runde. Die Fallstudie selbst zeigt, inwiefern diese sehr aufwendige Form der – anonymisierenden, überblickenden, kondensierenden – Datenaufbereitung instruktiv für eine Rekonstruktion kollektiver Diskursarbeit ist.

### 3.1 Im Netzwerk: die Installierung einer AG als Schreibzirkel

Wie ging es mit der innerfraktionellen ›Schreibwerkstatt‹ los? Wie hat sie sich konstituiert? Die Schreibrunde ist aus der Workgroup »Rural Development« hervorgegangen, einer AG, die zunächst informellen Charakter hatte und erst im Fortgang ihres Engagements die volle Kompetenz von Seiten des Fraktionsvorstands erhielt. Betrachten wir hierzu die Protokolle der ersten Vernetzungen, Monate bevor ich als Forschungspraktikant das federführende Abgeordnetenbüro aufsuchte. Dokumentiert sind die Teilnehmenden der ersten Treffen. Es sind anfangs neun Büros vertreten: entweder durch Abgeordnete plus Mitarbeiter\*innen, nur durch Abgeordnete oder auch nur durch Mitarbeiter\*innen. Die Anwesenden gaben zum Vorhaben die folgenden Aufgaben zu Protokoll:

»Emphasizing relevance of the theme (›rural development‹); oriented towards election campaign; preparing workgroup-appointment by the faction-board; meeting rhythm every 2 months; thematic foci on small businesses, energy, ecology & agriculture (protocol mentions five more offices that are interested in joining)« (15.5<sup>0</sup>).

Bereits in den ersten Treffen spielt die Produktorientierung eine große Rolle. Die AG ist als Fertigungszirkel angelegt. Die ersten Sitzungen widmen sich der Herstellung von Arbeitsfähigkeit. Wichtig dabei sind von Anfang an die Autorisierung der AG und die

21 Dies schließt ein raumzeitlich und sozial verteiltes Entscheiden ein, inklusive der gestaffelten Entscheidungsrunden, der Vorselektionen von Entscheidungsoptionen, der vorbereitenden Vorentscheidungen, sowie der Neigungen im Rahmen eines ›homöopathischen‹ Entscheidens. Das finale Entscheiden wird in dieser Weise erst herbeigeführt und ermöglicht. Es braut sich zusammen.

Absegnung der Investition der von den Abgeordneten verfügbaren Arbeitsvermögen<sup>22</sup>. Das Vorhaben muss nun gegenüber der Fraktion ›verkauft‹ werden: als etwas, das den Aufwand lohnt. Die professionell-kollegiale Zielstrebigkeit hatte mich beeindruckt. Schon hier wissen die treibenden Kräfte, was sie konkret schaffen können. Das, so mein damaliger Eindruck, »machen die echt nicht zum ersten Mal« (Feldtagebuch 15.5<sup>0</sup>).

Erst acht Monate später folgt auf Einladung von Wim und Son (26.1<sup>+1</sup>) eine zweite offizielle Sitzung (28.1<sup>+1</sup>). Dazwischen traf man sich informell: beim Mittag, zum Kaffee, als Zigarettenpause, zum Feierabendbier. Nun sollen für einen Fraktionsantrag gute Gründe für die Themenstellung gesammelt und die immer noch ausstehende offizielle AG-Gründung angegangen werden. Diskutiert wurde bereits, ob in das PP auch Forderungen zu »public transport, health, education« eingehen sollen. Vertreten sind diesmal drei MPs (B<sup>23</sup>, R, HT) plus MA von acht weiteren Büros (SK, UH, BM, AH, UK, J, H, R). Für die Fraktion nimmt Son an der Sitzung teil. Die Versammlung legt sich auf die folgenden Themen mitsamt zuständiger Fachbüros fest; hinzu kommen Vorschläge von verschiedenen Büros, die damit ihre Bereitschaft zur Mitarbeit wie ihren Willen zur Einflussnahme bekunden. Sie treten als Anwalt\*innen »ihrer« Themen auf:

»Foci for ›rural development‹: small businesses, services for the public, energy, agriculture, public transport, health, education; suggestions by the offices AH (mobility), R (broadband), HT (health, hospitals, care), office H (re-municipalization of infrastructure), office UH (mining law), office SK (energy autarchy), and S (business development)« (28.1<sup>+1</sup>).

Die Fragen der Hierarchisierung der Themen und der AG-Arbeitsweise werden auf eine Folgesitzung vertagt. Ein Arbeitsauftrag ergeht an Wim: Er soll prüfen, wo die alte Position zur ländlichen Entwicklung bereits an verschiedenen Stelle – etwa durch jüngere Gesetzesanträge – programmatisch überholt ist. Ich wundere mich, wie anspruchsvoll es selbst für Insider\*innen ist, hier ›up to date‹ zu bleiben. Insgesamt zeigt sich Wim von der großen Resonanz ermutigt. Das Vorhaben mobilisiert.

Unverkennbar beschleunigt sich nun die Bearbeitung. Fast im wöchentlichen Rhythmus entstehen neue Arbeitspapiere. Wim und Son werden zum treibenden Kraftzentrum.

»Sie treffen sich ›ohne Ansage‹, arbeiten Hand in Hand, Tür an Tür. Sie verständigen sich ›per Standleitung‹ über anstehende Schreib- und Recherchearbeiten. Wim erwartet Sons Zurufe zur Fertigung – und konsultiert sie ohne Umschweife. Die beiden

22 Die Mitglieder des Parlaments leiten die Fachbüros und verfügen in diesem Rahmen über Personalressourcen, die sie entsprechend ›einsetzen‹ können. Der Einsatz entscheidet über inhaltliche Schwerpunkte und möglichen Einfluss. Die MA verlängern den Einfluss ihrer/s MPs in den jeweiligen Arbeitszusammenhang. Hier ist eine »invisible work« konstitutiv, um die Legitimationsbasis des/r Gewählten nicht zu beschädigen. Vgl. Laube/Schank/Scheffer (2020).

23 Abkürzungen mit nur einem Buchstaben sind für Mitglieder der AG reserviert.

treiben die Sache im Pingpong-Verfahren voran. Das ist virtuos und eingespielt« (Analytische Notiz vom 5.3<sup>+2</sup>).

Sons Planungspapier schlägt eine rigorose thematische Beschränkung auf »4 action areas« (21.2<sup>+1</sup>) vor. Die Ziele sollen »radical« (ibid.: 2) sein und anhand »positive and negative examples« (ibid.: 2) veranschaulicht werden. Wim und Son nehmen weitere Setzungen vor, um das Papier inhaltlich wie personell abzustecken. Das PP soll anspruchsvoll sein, aber das breite Wahlvolk nicht durch technische Feinheiten und Fachvokabular abschrecken:

Date	File Name	Content	Offices
21.2 <sup>+1</sup>	Contents Dossier	<ol style="list-style-type: none"> <li>1. Planning of dossier »regional value creation«: 8 pages, concrete suggestions, focus on political conditions;</li> <li>2. outline: intro, radical goals, 4 action areas: economic conditions, business development, labor market, regional marketing – dossier requires positive/negative examples</li> </ol>	W + S
23.2 <sup>+1</sup>	Work program	<ol style="list-style-type: none"> <li>1. Thematic spectrum: Funding-businesses-regional economic circuits-agriculture-landscapes-communes-infrastructure-medicine-mobility</li> </ol>	W + S
5.3 <sup>+1</sup>	Work program	<ol style="list-style-type: none"> <li>1. Reference to factional resolution »future-capable rural regions« (24.4<sup>-3</sup>) + meeting from 28.1<sup>+1</sup></li> <li>2. AG should not discuss each theme!</li> <li>3. broadening theme-spectrum; new: tourism, women, mobility</li> <li>4. planning various publication venues</li> </ol>	W + S

In den vorbereitenden Sitzungen finden sich Vorschläge für ein engeres und weiteres Themenspektrum, für Verengungen ebenso wie für Weiterungen. Die Vorschläge gehen mit inhaltlichen Ambitionen der vertretenen Fachbüros einher. Wim und Son bemühen sich um klare inhaltliche Konturen: Das Papier soll konzise schreibbar und breit vermittelbar sein. Diese beiden Kräfte, hier die thematischen Anwaltschaften und dort die Anwaltschaft des Papiers, ringen um den Rahmen.

Wim und Son füttern die monatlichen AG-Sitzungen mit Textfragmenten, die sie dort allerdings nicht im Detail diskutieren lassen wollen. Es sind eher »Mutmacher«, »Exempel«, »Bausteine«, die anzeigen, dass und wie es »vorwärtsght«. Die AG-Sitzungen sollen sich nicht in Detailfragen verlieren. Die beiden nutzen die Einladungs- und Protokolltexte zur Textregie: etwa zur Festlegung auf vier inhaltliche Kapitel. Die AG soll die konflikträchtigen thematischen Anschlüsse möglichst pragmatisch bereits auf Mitarbeiter\*innenebene vorklären. Der »worst case« wären hier gleich zu Beginn ausufernde, symbolisch aufgeladene Auseinandersetzungen zwischen »machtbewussten« Abgeordneten.

Die regen Vorbereitungen von Wim und Son laufen auf die offizielle Gründungssitzung der AG zu. Am 18.3<sup>+1</sup> findet diese unter breiter Beteiligung der MA (SK, M, Ka, J, H, W, HT, ES, S) sowie weniger Abgeordneten (B, K, G) statt. Die AG verspricht den beteiligten Büros sachlichen Gestaltungsspielraum. Es folgen erste thematische Weichenstellungen über das Positionspapier hinaus. Die AG soll sich mit inhaltlichen Schnittstellen von Kommunen, Infrastruktur und Wirtschaftsförderung befassen. Die Federführung für das erste von drei geplanten PP erhält erwartungsgemäß mein Büro B mit Wim als zuständiger MA.

Die AG will weder Debattierclub noch Infobörse sein. Eher ist sie als verteilter Schreibapparat zusammengestellt und eingestimmt. Dieser Apparat soll eine Serie brauchbarer Texte hervorbringen. Brauchbar bedeutet hier: Texte, die sich für Kampagnen, in Wahlkämpfen, für die Vernetzung mit NGOs oder orientierend für die »talking heads« der Fraktion nutzen lassen. Inhaltlich einschlägige Büros, solche also, die hier fraglos über Kompetenz verfügen, werden frühzeitig interessiert und in den Apparat eingebunden. Dies geschieht wohl auch, um sie für das PP einzunehmen, bzw. eine spätere Ablehnung eher auszuschließen.

Gleichzeitig ist diese Phase geprägt von Euphorie und Tatendrang. »The text will be both, concrete and radical«, schwärmt Wim im Jour Fixe gegenüber Chefin und Kolleg\*innen (inklusive der Praktikantin und mir). Mit dem Text wollen sie vielfältigste und grundlegende Veränderungen ›auf dem Lande‹ anstoßen und zeigen, was da alles möglich ist. Doch wie soll diese Vielheit zusammenkommen? *Eine* Leitformel, so Wim's Hoffnung, kann hier die verschiedenen Vorschläge integrieren und orientieren: die »regional value creation« (21.2<sup>+1</sup>).

Der Schreibzirkel ist mit der AG-Gründungssitzung vom 28.3<sup>+1</sup> autorisiert. Die Fraktion überträgt bis auf weiteres der AG die Positionsarbeit. Mit dieser Anerkennung setzt für Wim und Son ein Produktionsdruck ein. Sie ziehen das Tempo an. Mit häufigeren AG-Treffen wird die kollektive Textproduktion forciert. Fassen wir zusammen: Diese Vor-Runde war der Kompetenzbündelung gewidmet, die mit ›radikalen‹ inhaltlichen Verheißungen Fachbüros wie Fraktionsspitze zu Investitionen in Zeit- und Geldbudgets animiert. Die enge Runde ist nun aufgerufen, zu liefern.

### 3.2 Die Fertigungsrunden im AG-Zirkel

Die Programmarbeit ›von unten‹ ist damit abgesegnet. Wim und Son können die fraktionale Meinungsbildung anschieben. Diese Aufwertung ›von oben‹ will nun mit sichtbaren Arbeitsergebnissen bedient werden: zunächst diesem ersten Positionspapier. Aber wie steigt der enge Zirkel der AG in die eigentliche Formulierung des Papiers ein?

### 3.2.1 Einstiegsrunde: die Arbeit an Motiv und Grundsätze

Wird hier von Wenigen drauflosgeschrieben? Werden zunächst nur Ideen gesammelt? Tatsächlich findet sich beides: (1) eine angeleitete, inhaltliche Auseinandersetzung und (2) erste beispielgebende Textfragmente. Für die Auseinandersetzung um Konzepte regionaler Wertschöpfung gewinnt die AG externe Fachleute *zwischen* Wissenschaft und Politik. Im Zentrum steht dabei nicht etwa ein Politikfeld oder das Maßnahmenpaket, sondern eine vielversprechende ›Lösungsformel‹. Es konkurrieren zwei Ansätze. Hier die ersten Schritte, mit denen die Einstiegsrunde an die Aufgabe herangeht:

15.6 <sup>+1</sup>	Queries	Collection of queries on »regional economic cycles«/ queries concerning products extra to food and energy, structures between rural and urban regions, public purchase by hospitals etc.; failings of cycles, conditions (>30.9 <sup>0</sup> )	W
17.6 <sup>+1</sup>	Protocol-AG	Talk by Prof. HL: »Regional economic circles«: not always more ecological-obstacles for regional certificate-EU law against it-critical reactions by audience (MPs and staff): against globalization – interesting for deprived regions – regional economic circles different to regional value creation. Explanation by W: »Guiding principle was meant to be attacked a <u>little!</u> «	B, G, HT, ES, FO, SK, MT + MA: W, HT, SK, MT, M, K, J, UH, FO,
8.7 <sup>+1</sup>	Protocol – AG	Talk by Prof. UH: »political and economic conditions for regional economic circles«-conditions-reactions- »against growth«-principles: reduction of transport-production/consumption in the region; regional demand: regional markets; regional supply: best practice »wood«-networking-information and trust; innovation: new consumption and production; discussion: tourism, human resources, regional taxes, industrial parks, »Heimat« used differently	B, G, FO, SK, + MA: W, HT, SK, MT, K, J, UH, FO,
20.9 <sup>+1</sup>	Draft Position »Regional business cycles«	Strategy paper as skeleton argument/list of key words: 1. <u>paradigm shift</u> : qualitative growth, ecological turn, de-central, regional culture/communitarism, regional demand & supply, 2. <u>political need for regulation</u> : conditions, ecological price for »transportation«, different taxation, coordinated/efficient subsidies	W
30.9 <sup>+1</sup>	Protocol-AG	Discussion of draft strategy paper: (1) focus on concrete measures; (2) inviting more practitioners (tourism, milk-industry, agriculture); (3) TG in charge of »economic conditions«; (4) focus on »rural development«, (5) reference to BEST principle-»chains of value creation«; (6) more on nature protection, structural conversion, stating ALTERNATIVE principles, value creation chains	B, G, MT, FO + MA: B, M, J, H, FO, SK, MT, K, UH

11.10 <sup>+1</sup>	Regional business cycles 2	2 <sup>nd</sup> draft of strategy paper 1. basics-4 policy fields: economic conditions, subsidies, labor market, trade 2. important: positive and negative examples for regional supply and demand	W
11.11 <sup>+1</sup>	Protocol – AG	Talk by Heiner S. (Regional Movement): starting point: caring for the livelihood, »rural development« – regional economic circles-»Heimat«-goals of Regional Movement: decentralized structures, regional value creation through regional business circles, rural-urban-relations, biodiversity, short distance; measures: dual system of business/NGOs, local agendas »education«; examples for regional supply; discussion on regional certificate	B, FO + MA: B, M, J, SK, MT, FO, K, UH
16.12 <sup>+1</sup>	Protocol – AG	Talk by Andreas K. (Efficiency-agency): »Supporting regional value creation by <u>advise</u> «; regional networking in line with company's problems; activating local potentials; 7 networks started – 5 established; some obstacles: conflicts of interests, fierce competition, costs – »no discussion afterwards«	B, K, FO + MA: J, UH, B, G, FO, IN

Die Einstiegsrunde beginnt mit Recherchen von Wim, der an konkreten Fallbeispielen einer regionalen Wertschöpfung und ihren (un-)günstigen Rahmenbedingungen ansetzt. Er vollführt eine Variante von Garfinkels »documentary method of interpretation« (1967), indem er Exempel und Prinzip aneinander entwickelt. Was uns Soziolog\*innen dabei Monate der Literatursichtung abverlangen würde, erfolgt hier kursorisch anhand »zugetragener« Beispiele: von der lokalen Gurkenverarbeitung, bis zum Breitbandausbau.

Außerdem organisiert Wim eine eher akademische Einstimmung auf die Grundsatzfragen. Es konkurrieren die »chains of value creation« gegen die »regional economic cycles« um den Status einer Leitformel. Die Sitzungen gleichen nun einer Vorlesungsreihe (»Wir haben uns auf den aktuellen Stand gebracht«/Wim), wobei die eingeladenen Fachleute nicht nur mit Neugier und Interesse, sondern auch mit Diskussionsfreude rechnen können. Gleich der erste Vortrag (17.6<sup>+1</sup>) fordert die »regional economic cycles« heraus. Das Protokoll dokumentiert eine Liste von Gegenargumenten.

»Wim geht nochmal die eingereichten Textfragmente, notierten Kommentare und Emails durch. Er will sicherstellen, dass die vielen Kritiken an den Expert\*innen von Seiten der Fraktionsmitglieder nicht als ein Scheitern, sondern als Gewinn ankommen: »Our basic ideas were meant to be challenged by those experts.« Im Rückblick gibt sich Wim erfreut über die engagierten Debatten: »That happens rather rarely in our hasty business.« Diese Debatten bilden eine gute Grundlage, um mit dem Papier fortzufahren. Es habe sich gezeigt, dass die Frage der ländlichen Entwicklung viele Grundsatzfragen berühre, die allerdings – so mein Eindruck – selbst erst am Gegen-

stand herauszuarbeiten sind. Sie hätten nun die Chance, so formuliert es Wim, »to restate our BEST principles« (Ethnographic interview 18.6<sup>+1</sup>).

Die Einstiegsrunde offeriert deliberative Momente. Expert\*innen stellen ihre Konzepte zur Diskussion. Das Leitbild der »regional economic cycles«, das zeigt die große Zahl teilnehmender Büros, mobilisiert über den engen AG-Rahmen hinaus. Unser Büro-Team – auch ich muss ran – dokumentiert die Statements der Expert\*innen inklusive der wesentlichen Vorbehalte ausführlich. Auf diese Weise erwächst nicht nur eine Art qualifiziertes Meinungsbild, sondern auch ein gesteigertes fraktionelles Interesse an den (Grundsatz-)Fragen der »rural development«, eine Art »regional turn«.

Die Grundsatzdiskussion erwirkt allerdings *kein* Moratorium der Textproduktion. Am PP wird weiter gestrickt: mit einem »radikalen« Strategiepapier (20.9<sup>+1</sup>/»paradigm shift«), das entlang erster Kommentare von Son in Richtung eines Handlungsprogramms entwickelt wird (11.10<sup>+1</sup>: 1/2). Seine Radikalität wird hier von den drängenden Problemen abgeleitet. Die versammelten Maßnahmenpakete sollen, ja müssen diesen genügen. Als eine Konsequenz der Diskussionen finden sich, verglichen mit der ersten Version, die Formeln nun in umgekehrter Reihung: »regional economic cycles« vor »chains of value creation«. Beide Formeln bleiben im Spiel. Den Grundsätzen angehängt werden Vorschläge zu inhaltlichen Kapiteln mit »positive and negative examples«.

Auf der folgenden AG-Sitzung (30.9<sup>+1</sup>) werden die nächsten Schritte abgestimmt. Nun sollen Maßnahmen konkretisiert und diese nach Fachpolitiken gruppiert werden. Es ergehen Schreibaufträge an Fachbüros der AG; thematische Lücken begründen die Suche nach weiteren Kooperationen. Die Aufgaben sind im Sitzungsprotokoll dokumentiert (30.9<sup>+1</sup>:6). Die Konkretisierung erstickt nicht alle Grundsatzfragen: Mitglieder äußern – wiederum zu Protokoll genommene – Befürchtungen, sich mit einem Fokus auf die Wirtschaftsfragen vom »mayor motive of environmental politics« zu entfernen. Die Runde bleibt in Grundsatzfragen verstrickt. Blockieren diese den Schreibprozess? Und lässt sich mit der Vorgehensweise der Anspruch einlösen, radikale Antworten auf radikale Probleme zu geben?

### 3.2.2 Anschubrunde: mit Textbeispielen Maßstäbe setzen

Etwa vier Monate nach der letzten Informationsveranstaltung gehen von Seiten der Fachbüros Kapitelentwürfe ein. Einige werden »als wunschgemäß« direkt in die neue Version aufgenommen (siehe Pfeil nach oben: ↗). Andere werden von Wim und Son redigiert. Die Lieferungen geben dem Papier Gestalt. Es gewinnt an Umfang und Gestalt.

10.2 <sup>+2</sup>	Text module »finances«	T (Staff member G): text module over 3 pages; »Improving financial conditions«, here on various taxes to be reworked; »Infrastructure«, here on energy, mobility, broadband; and »supporting entrepreneurship«, here by encouraging innovation, supporting small trade, public procurement law, and backing start-ups.	MA: G (assisted by KA, H)
10.2 <sup>+2</sup>	Regional Trade-mark	Abstract on a regional label showing that »regional potentials are often underused«	J
13.2 <sup>+2</sup>	Section subsidies	3 pages on subsidies with these sections: integration of subsidizing concepts, responsibility and competencies of local actors, cooperation of municipalities, development of structurally weak regions, and activating subsidies ↗	B/W
20.2 <sup>+2</sup>	Section subsidies_ correction	2 <sup>nd</sup> turns for subsidies text: 4 comments pointing at »lacks of clarity«, gaps, missing details, etc. ↗	S

So erhält Wim das Finanz-Papier und den kurzen Text zum Regionallabel termingerecht jeweils am 10.2<sup>+2</sup>. An beiden Papieren lässt sich für Wim und Son vermessen, ob das Vorhaben tatsächlich trägt. Sie besorgen, als ›Chef\*innen vom Dienst‹, den letzten Schliff dieser Vorzeigetexte. Wim legt zuerst Hand an; Son korrigiert und kommentiert die Texte mitsamt seinen Korrekturen noch in der gleichen Woche. Die Änderungen sollen zugleich Standards für alle anderen vermitteln: »This is how each chapter should look like!« Mit den polierten Beispieltextrn ist die Basis gelegt, um die erste Fertigungsrunde an einer Gesamtversion einzuläuten. In dieser sind allerdings die »allzu großen Probleme«, die »weit gefächerten Einzelmaßnahmen« und die »zwei additiven Leitsätze« noch eher lose aufeinander bezogen. Alle drei Aspekte gilt es miteinander in Einklang zu bringen. Wird auf diese Art die ländliche Entwicklung Schauplatz einer radikalen Politik?

### 3.2.3 Einstiegsrunde: Der Zusammenbau des ersten Wurfs

Aus den bis hierher gelieferten Textteilen stellt Wim innerhalb einer Woche die erste umfassende PP-Version mit dem Dateinamen »Dossier« zusammen. Es sind zunächst also eine Reihe von Sub-Objekten – im Verhältnis zum angepeilten formativen Objekt des PP –, die gesammelt wird, um auf dieser verteilten Grundlage mit der gemeinsamen Textfertigung fortzufahren. An die PP-Version knüpfen sich zweite Züge der AG-Mitglieder an: Sie kommentieren oder schlagen Änderungen vor. Ich will diese Sequenz als Einstiegsrunde bezeichnen, weil hier die Runde zum ersten Mal an *der* Gesamtdatei arbeitet. Die Sequenz vollzieht sich innerhalb von zwei Tagen so:

21.2+2	Dossier I.	<p><b>Assembled from 4 texts: »economic conditions«, »subsidies«, »sales«, and »example«. Order of themes:</b></p> <p><u>Economic conditions:</u> 1. Improving financial conditions for the municipalities, 1.1. Principle of connexity, 1.2. Reform of business tax, 1.3. Reform of ground tax, 1.4. Cancelling the cooperation-ban, 2. Providing infrastructure, 2.1. Expanding energy network, 2.2. Organizing mobility for rural areas, 2.3. Broadband for all! 3. Supporting entrepreneurship, 3.1. Supporting innovation in small businesses, 3.2. Strengthening small trade, 3.3. Modernizing procurement, 3.4. Helping enterprise-foundation,</p> <p><u>Subsidies:</u> 1. Strengthening subsidy concepts, 2. Increasing responsibility of regional actors, 3. Reinforcing the competencies of regional actors, 4. Incentives for municipal cooperation, 5. Securing project-experiences, 6. Improving the possibilities of disadvantaged regions, 7. Activation instead of renovation,</p> <p><u>Sales and branding:</u> 1. Developing concepts for regional branding, 2. Supporting regional brands by public spending, 3. Reinventing programs for regional branding, 4. Creating regional food trade, example: a regional logo</p> <p>Example: one paragraph on a successful »regional brand«</p>	G (assisted by KA, H), B, UH, J, S
21.2+2	Dossier I.	<p>Comments/corrections by three offices regarding:</p> <p><u>Economic conditions:</u> descriptions of financial situation of municipalities (<sup>24</sup>Harsher!<sup>25</sup>), innovation-clauses (what is this good for?), financial advice (do you know »business angels«?)</p> <p><u>Subsidies:</u> distribution of subsidies in favor of big companies (Who says this? Wrong!), municipalities should be more active (how could they, without own capital!), (what about harmonization of business tax?)</p>	B, R, K T
23.2+2	Dossier I.	Chapter 2.1. on »expanding energy networks« replaced, no further changes (suggestions too late)	W + S + L
24.2+2	Protocol – AG	<p>Draft »Dossier on enforcing regional value creation« (no more than 8 pages/focus on »concrete« measures; what about »professional experts«/»infrastructure«/»mobility just for goods«)</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Discussion: labor market in/out (no author!); chapter or subsection?; missing: concrete measures for »infra-structures«; another dossier (»regional development«) decided for autumn</li> <li>2. more on infrastructures: broadband (R), energy (IN), mobility just transportation</li> <li>3. changes by each office on their chapters-&gt;to W&gt;synthesizing&gt;moot points on next meeting</li> <li>4. Financial concept for the work-group. Here: consuming the paper as flyer; support by whole AG important-calculations by year-after agreement: asking AK spokespersons and faction board</li> </ol>	B, G, HT + MA: J, G, B, R, UH, FO  Delegations: R, IN W

<sup>24</sup> Die Klammern beinhalten die Vorschläge der Mitarbeiter\*innen per WORD-Kommentarfunktion.

<sup>25</sup> Die Macher\*innen setzen diese Aufforderung im PP so um: »Especially in laggard regions, the Municipalities lack the opportunity to pursue active regional development. Regularly, their financial resources just cover the basic costs. Financial leeway is missing for the most part. We want to improve the financial resources of the municipalities and demand a finance reform« (21.2+1/S.).

Im ersten Zug schnürt Wim die thematischen Einzelpapiere zu einem Text. Er integriert Forderungen der einzelnen Politikfelder, etwa aus der Finanzpolitik zum »improving financial conditions for the municipalities« (21.2<sup>+2</sup>). Er ergänzt diese Sammlung um Hinweise auf noch ausstehende Einzeltexte: u.a. die »Introduction« mit handlungsleitenden »Principles«<sup>26</sup>. Die angekündigten »radical goals« (21.2<sup>+1</sup>: 2) stehen hier ebenso noch aus, wie der »paradigm shift« (20.9<sup>+1</sup>:1). Wim zeigt Leerstellen auch für andere Abschnitte an: »infrastructure«, »energy«, »job market« – all das soll noch kommen. Aber der Einstieg ist gemacht.

Die Einstiegrunde verkürzt die Zug-um-Zug Sequenz (1) Einbringen – (2) Änderungen vorschlagen – (3) Änderungen aufnehmen/ablehnen. In der Runde finden nur die ersten beiden Züge statt. Der dritte Zug ist in das für den Abschnitt zuständige Fachbüro ausgelagert. So wird ein Textfragment zwar in den AG-Zirkel gespeist (1. Zug) und in der Folge von Mitgliedern kommentiert und mit Änderungsvorschlägen versehen (2. Zug), die dann auch in der AG-Sitzung (24.2<sup>+2</sup>) andiskutiert, aber eben nicht mehr AG-öffentlich verabschiedet werden. Auf der AG-Sitzung werden lediglich weitere zweite Züge gesammelt und kommentiert. So wird die Sitzung von Beschlüssen entlastet, werden Konflikte vermieden und behalten die Co-Autor\*innen Kontrolle über ihren Teiltext. In der AG ergehen dagegen Rahmenbeschlüsse zu allgemeinen Textvorgaben (Länge, Duktus). Die Fachbüros sind aufgefordert, die Vorgaben bei ihrer Überarbeitung zu berücksichtigen.

Die AG-Sitzung diskutiert weitere Themenaufnahmen, etwa »more on infrastructures« (24.2<sup>+2</sup>). So schafft es die AG, offene Fragen »konfliktvermeidend« auszuklammern und noch fehlende Textteile einzuwerben. Trotz grundsätzlichen Dissens kann so am PP weitergeschrieben werden. Offene Fragen um die Wahl des Leitsatzes und die Problemhierarchie sind zunächst unschädlich gemacht. Der Fokus liegt ganz auf der Einwerbung der Maßnahmenpapiere.

Die Bearbeitung der verschiedenen Textteile – zu Energie, Landwirtschaft, etc. – verläuft nun synchron in den Fachbüros entlang formaler Vorgaben. Parallel schmiedet die AG schon Pläne (24.2<sup>+2</sup>: 1) für weitere Positionspapiere. Diese Vorgriffe sollen nun nicht überfordern, sondern bieten Entlastung. So können Büros, die mir ihren (Lieblings-) Themen für dieses PP nicht zum Zuge kommen, auf spätere Papiere vertröstet werden. Und noch eine Methode der Konfliktdämpfung fällt auf: die avisierte finanzielle Unterstützung der Fraktion winkt nur mit Vorlage der gefertigten Papiere (24.2<sup>+2</sup>: 4). Die Co-Autor\*innen müssen/sollen sich zusammenraufen, um diesen Vorschuss nicht zu verspielen.

26 Politische Positionen ohne derlei Leitsätze geben der politischen Konkurrenz Gelegenheit, der Gruppierung »Konzeptlosigkeit« vorzuwerfen. So wie jüngst etwa der GRÜNEN im Deutschen Bundestag mit ihrem Fraktionsbeschluss »Handeln jetzt! Jedes Zehntelgrad, jeder Monat, jede Maßnahme zählt – das Grüne Klimaschutzprogramm« (vom 6. September 2019), der 80 Einzelmaßnahmen enthält.

### 3.2.4 2. Runde: Kernerarbeit am Lücken-Text

Drei Wochen nach der AG-Sitzung präsentieren Wim und Son eine zweite, redaktionell überarbeitete Fassung. Die neue Version weist nur noch wenige Lücken auf. Es suchen Politikfelder noch Inhalte und tatkräftige Büros. Die zweite Runde prozessiert den vorgelegten Lückentext in 3 Zügen: Textversion – Vorschläge (»...«) – Einarbeitung/Ablehnung. Die Tabelle steigt mit den Vorschlägen ein:

<p>14.3<sup>+2</sup> (10.3-14.3)</p>	<p><b>Dossier II.</b></p>	<p><b>Revision dossier: now with intro plus new subsections</b></p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Comments reported from the round before + new comments (K) on »allowed failing« of innovative business ideas (no aim!), mixed industrial parks (no longer communal?), businesses share trainees (Is this good for them?), real estate tax (not regional!), broadband for all (connectivity already there!)</li> <li>2. open queries, e.g. corner shop-initiatives: »office T: Evaluation by economic experts necessary« ↗</li> <li>3. T asks on » our position on the European Harmonization of business tax«</li> <li>4. New subchapters are entered on: taxes, example: tourism, human resources/education/training, example: corner shop-initiative (trade/branding), sales and branding (new chapter II), subsidies (new chapter III) ↗</li> <li>5. »... 15% tax reduction for research for small and middle enterprises with up to 250 employees« [Commentary: »Did you discuss this with the experts from AK Research?«] ↗</li> </ol>	<p>W TK, W&gt;T, K S ST</p>
<p>14.3<sup>+2</sup></p>	<p>Draft dossier</p>	<p>A number of »economic« comments:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. <u>Intro</u>: What is it we want with this paper? »Regional chains of value creation« or »regional business circles«</li> <li>2. <u>Intro</u>: Each product is made somewhere regional!</li> <li>3. <u>Intro</u>: On the one hand, we want to substitute imports; on the other hand export is an important component?</li> <li>4. <u>Incentives for communal cooperation</u>: &gt; »Do we really aim to disempower the federal states?«</li> <li>5. <u>Activation rather than renovation</u>: »Joint employment of apprentices« &gt; »Careful. Bevor they are distributed, one should establish rules that make this safe. I doubt whether we should make this suggestion«</li> </ol>	<p>KA</p>
<p>15.3<sup>+2</sup></p>	<p>Draft dossier</p>	<p>Comment and track change.</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. <u>Intro</u>: Delete »obligation« and enter »giving people the opportunity«! delete phrase on the dominance of »big industrial companies«! ↗</li> <li>2. Comments on: supporting company's research (what is it?) ↗, different order of subsections (small trade first!) ↗, small trade (too much on chambers and better use of existing papers!) ↗, small trade (more on trainees) ↗, communal contracting (delete!), micro-credits (definition!), strengthen human resources (delete!) ↗, guarantee for communal financing (delete) ↗, cooperation ban (delete) ↗, new paragraph: business tax and real estate tax, ... changed subtitle: creating regional food supply (deleted: public contracting for regional branding) ↗</li> </ol>	<p>AH, BM, MT, W W&gt;S,</p>

Der Fokus der neuen Version liegt auf der Integration der Maßnahmenpakete. Vieles erscheint Wim und Son noch als »premature«: als ungerichtet und konturlos. Son steuert eine Einleitung bei, die wiederum die drängendsten gesellschaftlichen Fragen anführt, diese nun aber mit konkretisierten Grundsätzen (nicht mehr dem »Best New Deal«) »einfängt«:

»Strengthening the regional chains of value creation and the regional economic circles is vital to anchor the BEST New Deal in rural areas and to maintain lively and sustainable regions. ... Regional chains of value creation and economic circles reduce transportation. [...] The construction of regional economic circuits obliges people to take responsibility for their villages and regions by their consumer behavior. This creates new local self-esteem and provides for rich grounds for reinforced civic engagement and private enterprise. [...] De-centered decision-making allows the local actors to set their foci self-responsibly. What is more, small and regional projects are easier to finance, plus they are successful much faster, carry bigger activation potentials, and trigger large positive job effects. Global transfer of subsidies – by regional budgeting and funds – should serve as a nationwide standard« (14.3<sup>+2</sup>).

Der Einstieg in das »draft dossier II« (14.3<sup>+2</sup>) versöhnt die Leitsätze. Sie werden nun als sich ergänzende Lösungsformeln des BEST New Deal aufgeboten, die zusammen eine Kaskade positiver Dynamiken entfachen. Das Duett der Formeln ist ausreichend vielversprechend, um die ländliche Entwicklung als Antwort auf den Problemkomplex aufzuwerten. Bezugsproblem und Grundsatz, so der Text, *passen*. Alle existentiellen Probleme bleiben, derart »beantwortet«, im Spiel.

Wie wird die Version prozessiert? Das »draft dossier II« (14.3<sup>+2</sup>) fungiert als komplexer erster Zug einer neuen Runde, der sogleich mit zweiten Zügen bedacht wird. Dabei finden sich einerseits Übernahmen aus der vorherigen Runde: unerledigte Vorschläge (10.3<sup>+2</sup>), die von Wim nochmals aufgegriffen werden. Noch am gleichen Tag der internen Veröffentlichung der Version (14.3<sup>+2</sup>) gehen außerdem zweite Züge von weiteren Fachbüros ein. Die zweiten Züge weisen gewisse Tendenzen auf: (1) Es dominieren fachpolitische Kommentare, die sich kritisch mit den Einzelmaßnahmen auseinandersetzen: mit Steuerregelungen, europarechtlichen Rahmenbedingungen, Innovationsförderung, etc. Einige mahnen zur Rücksprache mit weiteren Fachbüros. (2) Die Leitsätze und Ziele sollen, so das Büro für Wirtschaftspolitik (KA), ökonomisch abgeklärt werden. Statt des Erhalts von »vivid and stainable regions« soll es etwa um die Stärkung von »decentered, structural, endogenous economic potentials« gehen. Hinzu kommen kritische Nachfragen zur unproblematischen Versöhnung der Leitsätze. (3) Weitere zweite Züge verweisen auf implizite grundsätzliche Präferenzen des Papiers. Es geht um den Publikumsbezug bzw. das »recipient design« (Sacks 1992). Wer trägt hier die Veränderungen? Welche Rolle spielen die Bürger\*innen? Das Büro für digitale Infrastruktur (HN) schlägt die folgende Änderung vor:

»The installation of regional economic circuits ~~holds people responsible~~ gives people the opportunity to take responsibility for their village and region by their own consumer behavior« (15.3<sup>+2</sup>:1).

Der Vorschlag präferiert, ohne weitere Begründung, das liberale »gibt [...] die Chance« gegenüber dem moralisierenden »nimmt [...] in die Pflicht«. Die ursprüngliche Formulierung berührt offenkundig Adressierungskonventionen: Normalpolitik nimmt Bürger\*innen nicht »in die Pflicht«!<sup>27</sup> Sie offeriert Wahlfreiheiten. Dieser Korrekturvorschlag sucht offenbar einen ideologischen Angriffspunkt zu vermeiden. Ihm wird stattgegeben (15.3<sup>+2</sup>:1).

Diese Runde ist verglichen zur vorherigen Einstiegsrunde vollständig und integriert. Eingabe, Vorschläge und Überarbeitung sind AG-öffentlich. Die Überarbeitungen werden nicht mehr ausgegliedert, sondern von Wim vorgenommen. Für die Maßnahmen etablieren sich in dieser Runde fachpolitikübergreifende Mindestanforderungen. Sie sollen durchweg praktikabel, konkret und einschlägig sein. Nach nur drei Tagen Rücklauf arbeitet Wim Vorschläge ein und schickt die neue Version am 16.3<sup>+2</sup> in die Runde. Dieser komplexe dritte Zug eröffnet zugleich die nächste Runde als erster Zug.

### 3.2.5 3. Runde: Letzte Änderungen bis zur Abstimmungsreife in der AG

Das »Revision draft dossier« (16.3<sup>+2</sup>), so der nun verwendete Dateiname zur Anzeige des Papier-Status, setzt eindeutige inhaltliche Schwerpunkte. Die eingehenden zweiten Züge in der darauffolgenden Woche verteilen sich auf alle Kapitel und Abschnitte des PP. Und fast alle Vorschläge finden im dritten Zug auch Eingang in die dann neue Version:

27 Dirk Baecker formuliert dies in einem Essay so: »Denn das ist ja das Dilemma. Es liegt auf der Hand, was getan werden muss; aber es gibt keine Möglichkeiten, für die erforderlichen Einschränkungen des Verhaltens die erforderliche Zustimmung zu organisieren. Wer für Einschränkungen im nötigen Ausmaß plädiert, sieht sich mit dem Verdacht des Ökofaschismus konfrontiert und flüchtet sich in die vage Hoffnung, dass der technische Fortschritt es schon richten wird« (TAZ vom 17.2.2007: Vgl. <http://www.taz.de/1/archiv/?id=archivseite&dig=2007/02/17/a0227>).

16.3 <sup>+2</sup>	Revision draft dossier	New version for a next round of comments, change suggestions, and actual changes [Subtitles on »ecological farming«, »tourism«, »mobility«, »regional trade« without further text]	
17.3 <sup>+2</sup>	PP dossier_MT	2nd turns by economy expert (office in charge of tourism) in the form of comments within economic conditions: <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Economic conditions: »big bank houses« (rather: Savings Banks, as well because of their closer link to the fund-distributing regional banks) ↗</li> <li>2. Economic conditions: »small companies freed from obligatory accounting« (what do the Banks think about this!)<sup>28</sup> ↗</li> <li>3. »Progressive Model« Comment: One sentence missing, what this is all about! ↗</li> <li>4. Idea for section on tourism ↗</li> </ol>	MT W
21.3 <sup>+2</sup>	Revision draft dossier_K	2nd turns all through the PP: <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Comment concerning »export« as strategy (»could be« instead of »is«)</li> <li>2. Comment on whether something does really relate to the thematic frame: controlled migration (+deleted legal particulars) or developmental projects (after lifting the »cooperation ban«) ↗</li> <li>3. Moving points between sections: »power-heat-cogeneration« from nets to renewable energy ↗</li> <li>4. New paragraphs: on »organic farming« with focus on job-effects + government's missing support; »one regional logo« ↗</li> <li>5. Changed subtitles: »Improving economic conditions«, »strengthening regional trade« ↗</li> </ol>	K S
21/22.3 <sup>+2</sup>	Revision draft dossier	W reports commentaries (»Various colleagues asked me to [...]«). They imply tasks for section-authors: <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Resubmission of commentaries 14.3.:3 (»Office T asks about [...]«) and 17.3:1</li> <li>2. Reporting »Collective understanding-problems« [concerning »declining balance method«] ↗</li> <li>3. Other comments concern shared inquiries: »Do we have something on in-service-training in small <u>businesses</u>.«</li> </ol>	W + S
22.3 <sup>+2</sup>	Revision draft dossier	<ol style="list-style-type: none"> <li>1. Intro: »decentralised, endogen economic potentials« [<del>in order to create worth living and sustainable regions</del>] ↗</li> <li>2. Intro: Commentary on section explaining regional value creation/»What is the function of this <u>section</u>?«</li> <li>3. Innovation: suggestion/»on the need for networking in a globalized, subsidies for small businesses« ↗</li> <li>4. Experts: Commentary: »Here, we could express our commitment for the German Drei-Säulen-Modell« (TK)</li> <li>5. Deleted: Section on tax-reduction for small businesses [in chapter 1.1. infrastructures] (S) ↗</li> </ol>	MA: S, B,

28 »We want to free small businesses from accounting obligations!« Kommentar von MT: »Super idea! I really like it. I am just asking myself, whether banks do as well. My concern is this: it will be even more difficult to obtain a loan on this basis« (17.3<sup>+2</sup>).

7.4 <sup>+2</sup>	Protocol-AG	Just one point in the meeting-protocol: (1) »Deliberating draft action-concept ›strengthening regional value creation: PP was agreed upon with some extension and changes. The transfer to the AK takes place on 8.04 <sup>+2</sup> .«	B, G, R + MA: H, G, B, K, W+S
-------------------	-------------	--	--

Diese Runde, so scheint es, widmet sich vor allem der Soliditätsprüfung der Maßnahmen. Jede Forderung wird Checks unterzogen, die auf programmatische Vereinbarkeit, Rechtmäßigkeit und Finanzierbarkeit zielen. Die Runde konfrontiert die einzelnen Maßnahmen mit solchen normalpolitischen Ansprüchen. Entsprechende Hinweise auf bestehende, ›vorsichtigere‹ Festlegungen finden sich zur Gewerbesteuer, der aktiveren Rolle öffentlich-regionaler Banken oder der Förderung von Dorfläden. Zudem werden Politikfelder (»migration«) als ›zu weit führend‹ verworfen. Das Maßnahmenpaket schrumpft quantitativ (Liste der Forderungen wird kürzer) und qualitativ (Forderungen werden abgeschwächt).

Was bedeuten die Rücknahmen für die Gesamtaufhängung der politischen Position? Es fällt auf, dass die Vorbehalte unter Absehung von den Problemen relativ eigenständig vor- und durchgebracht werden. Einzelne Maßnahmen werden abgeschwächt und so zu den drängenden Problemen auf Distanz gebracht. Maßgebend ist der Diskussionsstand der Fachpolitik mit ihrer Fachöffentlichkeit.<sup>29</sup> Andersherum: die Probleme drängen die Fachpolitiken hier nicht zur Verschärfung von Maßnahmen. Die Fachbüros setzen vielmehr die Generalisten unter Druck. Dies ist ein Merkmal der Normalpolitik, in der jedes Politikfeld Eigengewicht beansprucht und große Zusammenhänge tendenziell ausblendet.

Die existentiellen Probleme erhalten dagegen an keiner Stelle eine sichtbare Anwaltschaft. Sie scheinen bloß herangetragen, letztlich austauschbar. Die Fachpolitiken weisen dagegen ›radikale‹ Maßnahmen als unsachgemäße Zumutungen zurück. Die Schreibzentrale (W & S) verteidigt allein das Leitmotiv der »regional value creation«. In der beschlossenen AG-Version (8.4<sup>+2</sup>) überwiegen entsprechend normalisierende Korrekturen oder Rücknahmen.<sup>30</sup> Zugleich wird der Problemhorizont gehalten: nach wie vor drohen Klimakrise, Artensterben, etc.

Die nächste Runde steht ganz im Schatten der angepeilten Statusbeförderung des PP innerhalb der Fraktion. Sie soll die Position der gesamten Fraktion werden. Gleich in zwei übergreifenden Arbeitskreisen, größeren sachlichen Zusammenschlüsse von Abgeordnetenbüros, muss das Papier in seiner jetzigen Form vertreten werden. Hier sind wei-

29 Eine solche fachpolitische Einhegung erfährt zurzeit (noch) die Klimapolitik. Sie wird dort normalpolitisch eingehegt, wo sie als eine Fachpolitik neben anderen fungiert. Dann lassen sich Einsparziele definieren, die allerdings nur als radikale Querschnittsaufgabe Wirkungen entfalten.

30 Ein solches Rollback lässt sich in der aktuellen Klimapolitik allenthalben beobachten. Während die Zielhorizonte radikal formuliert werden, wird deren Umsetzung in den Fachlogiken der »policies« zerrieben. Es kommen die fragmentierten etablierten Schemata und Ausschlussgründe zum Zuge.

tere Prüfungen zu meistern. Erst mit der Anerkennung durch die beiden AKs schreitet die Relevanzkarriere des PP voran. Die Prüfungen fungieren als Nadelöhre.

#### 4 Zwischenfazit

Bis hierher wurde die Einheit aus Problem-Maßnahme-Grundsätze in Details modifiziert. Die ›vielgestaltige‹ Problemstellung weist über die ländliche Entwicklung hinaus, ist weitreichend und existentiell; die ›vielversprechenden‹ Leitsätze treten Dynamiken los, die die Regionen für eine sozialökologische Problembearbeitung mobilisieren, und so der Problemstellung gerecht werden; die ›gleichgerichteten‹ Maßnahmen erscheinen durch ihre Masse und Breite problemadäquat. Zugleich lastet Druck auf diesem Dreiklang. Es sind in den letzten Runden vor allem die Fachpolitiken, die die Maßnahmen zur Disposition stellen. Sie setzen die Maßnahmen unter Begründungsdruck, der diesen Maximen folgt:

- Biete Quantifizierungen!
- Formuliere positiv!
- Veranschauliche die Leitsätze!
- Bevorzuge Common Sense-Formulierungen, meide Jargon!
- Demonstriere die Machbarkeit; gebe Beispiele!
- Bleibe konsistent mit den vorhandenen fachpolitischen Positionen!

Die Maximen schleifen zusehends die zusammengestellten Maßnahmenpakete. Die abgeschwächten, fachpolitisch-beglaubigten Maßnahmen gleichen zusehends einer bloßen normalpolitischen Mitnahme, denn einer radikalpolitischen Problemgetriebenheit. Die Maßnahmen geraten auf Distanz zur Problemstellung. Noch bleibt die Hoffnung, dass die Summe der Maßnahmen genügt. ›Radikale Forderungen‹ sind machtpolitisch gefürchtet, weil sie bereits erfahrene, mühsame gekittete Sollbruchstellen im »recipient design«<sup>31</sup> – der Zumutbarkeit, Akzeptanz, Vermittelbarkeit – (erneut) aufzubrechen drohen.

#### 5 Arbeiten über die AG hinaus: der fraktionelle Zugriff auf den Schreibapparat

Bis hierher hat der kleine Zirkel der AG-Mitglieder das Papier Runde um Runde vorangetrieben. Mit der angepeilten Statuspassage kommen nun weiterreichende Runden ins Spiel. Es sind in diesem Fall zwei fraktionelle Arbeitskreise – fachpolitisch unterschiedlich zusammengefasste Entscheidungsgremien unterhalb des Fraktionsvorstands –, die über die Status-Beförderung des Papiers entscheiden: der AK 1 »economies«, der die

31 Vgl. hierzu etwa die »Veggie-Day« Kampagne der BILD-Zeitung gegen die GRÜNEN in Deutschland oder die Proteste der Gelbwesten-Bewegung gegen die Erhöhung der Benzinsteuern in Frankreich.

MP-Büros in der Wirtschafts-, Arbeits-, Sozial-, Finanz- und Haushaltspolitik vernetzt; der AK 2 »ecologies«, der die MP-Büros in der Umwelt-, Energie-, Stadtentwicklungs-, Verkehrs-, Landwirtschafts- oder Tourismuspolitik vernetzt. Wir werden sehen, wie diese AKs verschiedene Anforderungen an das Papier stellen. Beide AKs müssen das Papier letztlich beschließen, wenn es zum Fraktionspapier »gekürt« werden soll. Es sind diese zwei anstehenden Prüfungen, die die AG nochmals zusammenkommen lassen, um ihr Papier hierfür »fit zu machen«.

### 5.1 4. Runde: das Papier auf die fraktionsinterne Prüfung vorbereiten

Wim speist ein gegenüber der letzten Version nochmals – von ihm – überarbeitetes Papier zur Abstimmung in die AG-Runde. Die AG soll dem Text als Antragstext für die anstehenden AK-Sitzungen zustimmen. Mit seiner Dateibezeichnung (»final dossier«) signalisiert Wim den Anspruch des Papiers. Es soll zum Fraktionspapier kandidieren. Im »final dossier« werden nochmals eine Reihe von Vorschlägen auch aus früheren Runden eingearbeitet. Sie werden überführt in eine antragstaugliche Fassung, inklusive Zeilennummern und Rand. Hier erhält der Text den letzten Schliff und kleinere Anpassungen:

8.4 <sup>+2</sup>	<b>Final dossier</b>	<p>Document entails the following changes:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. <u>Innovation by foundation of enterprises (former: subsidies)</u>: without federal dimension; <u>pushing ecological modernization</u>: more concrete/examples; <u>improving financing</u>: named agencies; <u>fighting skills shortage</u>: here plus immigration; <u>public division of labor</u>: explanation</li> <li>2. <u>Innovation [...]</u>: new paragraph on »relieving small enterprises of social costs«</li> <li>3. <u>Infrastructure</u>: »achieving sustainable infrastructure« (instead of <i>entrepreneurial</i>);</li> <li>4. »<u>cluster in rural regions</u>« &gt; »<u>cluster renewable energy</u>« + »<u>cluster ecological farming</u>« + »<u>cluster tourism</u>« ↗</li> <li>5. »<u>Improving financial conditions of municipalities</u>« (before: only a subsection); »<u>Strengthening regional circuits</u>« (»active market measures«) ↗</li> </ol>	All AG-members (MPs)
11.4 <sup>+2</sup>	AK1 PP dossier rev.	<p>PP with line-numbers (892) and procedural number. Here, one change suggestion only:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. »<u>locality</u>« instead of »<u>place of delivering business</u>« ↗</li> </ol>	Son

11.4 <sup>+2</sup>	AK1 PP dossier rev.	PP with 2 <sup>nd</sup> turns (5 »comments« of one office) announced already in the heading: 2. <u>Intro</u> : »Commentary: Finance- and climate crisis, but NOT economic crisis! Limitation of resources missing!« ↗ 3. <u>Tax reduction</u> : »Commentary: public subventions should be dependent on green production« ↗ 4. <u>Modernizing public procurement law</u> : »ecological and socially produced products shall be supported [...]« 5. <u>Building sustainable infrastructures</u> : »Sufficient automobile-infrastructure <del>modern street system</del> [...] <u>expanding railway system</u> « ↗ 6. <u>Cluster ecological food production</u> : »reinforcing the 20% goal for green farming« ↗	VW
11.4 <sup>+2</sup>	AK1 PP dossier rev.	PP with 2 <sup>nd</sup> turns (3 »comments« of one office): 7. <u>Regional trading</u> : »Many municipalities <i>are not aware</i> , that they can add a regional criterion to public procurements« + commentary: »suggestion by office KA« ↗ 8. <u>Lifting cooperation ban</u> : »Commentary: Connectivity clause binds the federal, not the state level« 9. <u>Property tax</u> : »oriented towards sale value« instead of »based on« ↗	H

Wim arbeitet für die AG-Abstimmung nochmals Änderungen auf allen Gliederungsebenen des Textes ein. Für das einzureichende Papier werden neue Abschnitte (»cluster tourism«, 8.4<sup>+2</sup>: 4) zugefügt, neue Überschriften vergeben (»Strengthening regional circuits«, 8.4<sup>+2</sup>: 5), sowie Einzelmaßnahmen (8.4<sup>+2</sup>: 1) modifiziert. Ein umfassender ›letzter Schliff! Die Änderungen stärken in Teilen den existentiellen Problembezug der Maßnahmen. Die AG setzt solche Änderungen durch: (1) Der Problemkomplex wird um die Ressourcenknappheit ergänzt, während die »economic crisis« (11.4<sup>+2</sup>: 2) gestrichen wird; (2) Maßnahmen beziehen sich nun enger auf die Formel regionaler Wertschöpfung (11.4<sup>+2</sup>: 7); (3) Ökonomische und infrastrukturelle Instrumente werden zu Mitteln der »green production« (11.4<sup>+2</sup>: 3, 5). Die regionale Wertschöpfung soll soziale *und* ökologische Produktionen stärken (11.4<sup>+2</sup>: 4). Das Papier wird hier für den AK2-ecologies ›herausgeputzt«.

Den ›letzten Schliff« bewältigen Wim und Son unter enormen Zeitdruck. Die Arbeit ist durch die anstehenden Termine ›unaufschiebbar«:

»In diesen Tagen ist Wim nicht ansprechbar. Er hält nicht nur den Feldforscher auf Distanz. Auch Anfragen der Kollegen und der Praktikantin wehrt er ab. Letztlich hilft ihm das wenig: die Routinearbeiten fressen ihm den Arbeitstag auf. ›Oh no, homework again«, witzelt er. Er müsse die eigentliche Textarbeit wohl wieder auf die Abendstunden ins ›home office« verlegen« (Feldnotiz vom 12.4<sup>+2</sup>).

Der Schreibzirkel der AG erweist sich als tauglich, innerhalb weniger Tage diese polierte Version einzubringen. Die AG stärkt mit Blick auf den AK2 nochmals die umweltpolitische Note des Papiers. Nur ein Tag nach diesen Änderungen bringt Wims Chefin die Po-

sition als federführende MP inmitten 15 anderer Antragstexte (12.4<sup>+2</sup>) in den AK2-»ecologies« ein.

## 5.2 5. Runde: Das revidierte »dossier« in der fraktionellen Prüfung

Die vorbereitenden Einstellungen des Papiers waren nicht umsonst. Auf der AK2-Sitzung wird nur wenig moniert. Die Mitglieder sind eh aufgefordert, Änderungsvorschläge direkt an das federführende Büro zu übermitteln. Einen Tag nach der Sitzung geht eine überschaubare Zahl von Änderungen (13.4<sup>+2</sup>: 1-4) ein, die Wim allesamt aufnimmt. In folgenden zwei Wochen sucht Wim, in Abstimmung mit der AG, das »revisions dossier« (20.4<sup>+2</sup>) für die anstehende zweite Prüfung, nun im AK1-»economies« (11.5<sup>+2</sup>), auszustatten.

12.4 <sup>+2</sup>	Protocol-AK 2	PP is called after 16 parliamentary initiatives and as the 2 <sup>nd</sup> out of 6 position papers to be processed here: 1. »by B presented consistent with attachment (version 8.04 <sup>+2</sup> , TS)« 2. »Please send change suggestions to B's office«	15 MPs (AG: 5), 40 staff, 18 guests, 8 interns
13.4 <sup>+2</sup>	Revisions dossier	Comments/corrections accumulated on the basis of the 8.04 <sup>+2</sup> version: 1. Intro: »[...]crises <u>plus the growing consumption of resources</u> « and »jobs <u>and internships</u> « ↗ 2. Shortage of professionals: »Controlled migration and measures <u>to better combine family and occupation</u> « ↗; »Internships per modulation in industry-wide training« ; »difficult to place applicants and <u>disadvantaged</u> young people« ↗ 3. Reducing bureaucracy: »EU-hygiene regulation <u>implemented by state rules</u> that prefer industry[...]« ↗ » <u>implementation of setting</u> standards in favor of small business« ↗ 4. Cluster renewable energy: » <del>X</del> -regions Smartville in <u>X-state</u> «	B/W PH; KS
17.4 <sup>+2</sup>	Flyer BEST Deal	Different Intro!	S
20.4 <sup>+2</sup>	Revisions dossier	Cluster renewable energy: A section on »Saving energy for buildings« (PH/Ma) ↗	all AG-members
5.5 <sup>+2</sup>	Revisions dossier	Research activities: Section on »using universities as regional crystallization points for innovation« (KS/Ma) ↗ Intro: new section on the relevance of »small and middle towns for the social, cultural and economic development of rural areas [...]«	W
10.5 <sup>+2</sup>	Modification proposal	Rejection of various change suggestions; still a sum of undecided 2 <sup>nd</sup> turns	H, PH

Auch im AK1-»economies« bringt Wims Chefin die Position mit Hinweisen auf letzte Änderungsmöglichkeiten ein.<sup>32</sup> Wieder werden diese an das federführende Büro erbeten (11.5<sup>+2</sup>). Diesmal sind die tags darauf eingehenden Vorschläge zahlreicher, umfassender, kritischer. Wim hat eine Woche Zeit, um für die Entscheidungssitzung eine angepasste Version vorzulegen:

11.5 <sup>+2</sup>	Protocol-AK 1	Dossier »regional value creation« (attachment, 10.05 <sup>+2</sup> ): B presents the idea of it and »asks for concrete change suggestions if there are reservations still. Proposal generally agreed; formal decision next week with more time«	16 MPs (AG: 6), 44 staff, 20 guests, 10 interns
12.5 <sup>+2</sup>	Revisions dossier	<p>Sub-Version II plus comments/corrections</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. <u>Better conditions for craft and small trade</u>: new section on »universities for innovation« [com: <u>Specifically</u> regional?] ↗; »15%-tax reduction for research and innovation costs« [com: How could we prevent »unwanted« research such <u>a green genetics</u>] ↗; »access to unemployment insurance for entrepreneurs« [com: How shall this happen?] ↗; »companies can be rescued by applying a reformed insolvency law« [com: Is it right to call for a reform now? And how exactly should it look like?]; »we discuss a tax-free profit-reserve for small companies« [com: Is this affordable?] ↗; »that the region is a performance-oriented criterion« [<del>to fix the locality of potential providers as criterion</del>] ↗</li> <li>2. <u>Cluster energy</u>: new section on »energy saving in the building sector« [com: you promise 2 billion????] ↗</li> <li>3. <u>Cluster tourism</u>: »We want to build a waterway-network for tourism« [com: extremely general and nothing new/more on how] ↗</li> <li>4. <u>Financial conditions of municipalities</u>: »cooperation ban must fall [...]« [we want to .../com: really a change of constitution now in our program]</li> <li>5. <u>Enhancing regional circuits</u>: »Here we want to develop new concepts that prefer high- to low-level quality« [com: how should this happen?] ↗</li> <li>6. <u>Optimizing Subsidies</u>: »[...] to change accounting obligation [...] To allow for failures [...]« ↗</li> </ol>	FK MK ; UK_ JW; IN, JR

32 »Wim schickt die Praktikantin als Beobachterin in den AK. Sie soll schauen, wann der Punkt dran ist und uns dazu rufen. Wim will weiter am Papier arbeiten, um keine wertvolle Zeit zu verlieren. 2 Stunden später hat sich die P immer noch nicht gemeldet. Wim und ich machen uns auf den Weg. Vor Ort zeigt sich, dass wir den Einsatz der Chefin verpasst haben. Der Punkt war dran, ohne dass P es mitgekriegt. In der schnellen TOPs-Folge kann das schon mal passieren« (Feldnotiz 12.4<sup>+2</sup>).

19.5 <sup>+2</sup>	Revisions dossier	Change suggestions: 1. <u>Intro</u> : New section on »small and middle towns as knots for the social, cultural and economic development« ↗ 2. <u>Infrastructures</u> : »high percentage of de-central energy production« [energy supply] ↗ 3. <u>Cluster renewable energy</u> : »subsidies for 500 energy-communes« [energy-autarkic municipalities] ↗	W
23.5 <sup>+2</sup>	Revisions dossier	Change suggestions: 1. <u>Cluster organic farming</u> : »Regional and organic food production, however, is unthinkable without small <u>trade</u> .« 2. Increasing responsibility of regional actors: »Civic engagement can neither be demanded for, nor can it be dictated. It has to be generated by local dialogue, improved political participation, offers to take responsibility, and a durable culture of recognition.«	W
21.5 <sup>+2</sup>	Cover sheet dossier	A factional form to announce a new position paper: title »Regional value creation«; content: »green conditions for small trade, craft, local finances, regional marketization, and regional subsidies«; responsible MP: B; responsible member of staff; coordination required with: G, H, J, H, K, K, M-G, O, R, T, Tr), A, S; PP to be sent to PR-office directly after factional decision on the 7.6 <sup>+2</sup> .	W
25.5 <sup>+2</sup>	Revision dossier	<u>Better conditions for craft and small trade</u> : »Bankruptcies have severe consequences especially in rural regions. It is more difficult to replace companies, because of their limited attractiveness. [...] We therefore demand that <u>for a reform of the insolvency law is reformed</u> [...]«	UH
26.5 <sup>+2</sup>	Protocol-AG	Reporting discussions of PP before factional decision: (1) despite agreements of all offices, need for clarification within the faction board; (2) agreements with regional factions/governments demanded and reached (with some changes); (3) after talks with UK (board member) and FK (AK1); (4) T had another 3 change suggestions (agreed!)	B, T, M All other AG-offices by staff
27.5 <sup>+2</sup>	Revisions dossier final	See com 2 days ago: all commented/criticized paragraphs deleted!	W
7.6 <sup>+2</sup>	Protocol-AK2	Dossier »regional value creation« (attachment, 10.05 <sup>+2</sup> ): »approved« (no further specifications in the protocol)	17 MPs (AG: 6), 42 staff, 5 guests, 7 interns

Die Flut an Eingaben bringt Wim, wie meine überblickende Prozessanalyse, an seine Aufnahmegrenzen. Die Doppelprüfung und die Breite der einbezogenen Fachpolitiken fordert ihren Tribut. Es lassen sich grob folgende Tendenzen beobachten: (1) Im AK1 dominieren kritische Nachfragen (»Specifically regional?«, »How shall this happen?«, »Is this affordable?«, 12.5<sup>+2</sup>: 1); (2) sie stellen die Realisierbarkeit von Maßnahmen infrage

(»really a change of constitution now in our program?«, 12.5<sup>+2</sup>: 4; »you promise 2 billion????« 12.5<sup>+2</sup>: 2). Die Vorschläge führen zu Konkretisierungen von Forderungen, aber auch zur Relativierung derselben. Für das Publikum soll sich der Eindruck einstellen, dass es schon heute eine naheliegende, erprobte und ›findige‹ Handhabe gibt, die aber nicht überfordert und die auch nicht aufgezwungen wird.<sup>33</sup> Die durchgesetzten Korrekturen zeigen, dass der AK1 die oben genannten Maximen nochmals zuspitzt. Nun gilt: biete Quantifizierungen!<sup>34</sup>; formuliere bevorzugt positiv!<sup>35</sup>; nutze die Leitmotive!<sup>36</sup>; bevorzuge Common Sense-Formulierungen!<sup>37</sup>; meide Jargon!; demonstriere Machbarkeit!; bleibe angestammten Sachpositionen treu! Es sind diese impliziten Auflagen, die das Maßnahmenpaket nochmals umfassend ›durch die Mangel nehmen‹ (vgl. Pickering 1995).

Das Papier läuft entlang dieser Prüfmaßstäbe mit Änderungsvorschlägen voll, ja über. Wim versucht der Fülle der Änderungsvorschläge zu begegnen, indem er erstmal sammelt, gruppiert und *im Zweifel* abwartet. Er listet, fasst zusammen, delegiert. ›Unproblematisches‹ arbeitet er direkt ein, um Punkte gleich vom Tisch zu kriegen. Einige Änderungsvorschläge wehrt er lieber ›nicht-schriftlich‹ ab: am Telefon, per Bürobesuch, in der Zigarettenpause vertröstet er auf Folgepapiere, plädiert für Augenmaß, bittet um Nachsicht. Nur zehn Tage später (7.6<sup>+2</sup>) wird das Papier als Anhang zum Protokoll den großen fraktionellen Arbeitskreisen zur endgültigen Abstimmung vorgelegt. Schon die Gliederung verrät, dass hier tatsächlich Einiges ›angepasst‹ wurde. Nun sind die Pakete aus Maßnahmen kleiner und mittlerer Reichweite im Sinne des AK1 mit starker wirtschaftspolitischer Note geschnürt:

- 33 Derart wird die o.g. Frage nach der Pflicht und Verantwortung (vgl. 15.3<sup>+2</sup>: 1) aufgelöst: »Civic engagement can neither be demanded for, nor can it be dictated. It has to be generated by local dialogue, improved political participation, offers to take responsibility, and a durable culture of recognition« (23.5<sup>+2</sup>).
- 34 Zum Beispiel: »[...] lowering the obligatory minimal income for immigrants on 40.000 Euro« (8.04<sup>+2</sup>); »the goal of 20% ecological farming« (12.04<sup>+2</sup>).
- 35 Zum Beispiel: »We aim for [...]« (»~~the conservative government~~[...]«) (8.04<sup>+2</sup>); »investment grants make sense, when [...]« (»~~Instead of giving even more investment grants~~[...]«) (8.04<sup>+2</sup>).
- 36 Zum Beispiel: »Enhancing regional circuits« (»~~regional trading~~«) (8.04<sup>+2</sup>); »Enhancing regional value creation presupposes not just stable companies, but also [...]« (12.04<sup>+2</sup>); »[...] stimuli in order to strengthen regional chains of value creation and economic circuits« (12.04<sup>+2</sup>).
- 37 Zum Beispiel: »In many regards, municipalities are confronted with tasks that especially smaller ones better cope with together« (neu!) (8.04<sup>+2</sup>); »[...] plus to introduce obligatory compensation for extra tasks« (zum »~~connexity principle~~«) (8.04<sup>+2</sup>); »[...] close to home« (»[...] ~~deliverer within a concrete regional reach~~«) (11.04<sup>+2</sup>).

Intro	
1. Better conditions for craft and small trade:	Innovation by new companies Pushing ecological modernization Research funding for small trade Universities as regional innovation clusters Better financing Less welfare costs for small companies Company's continuation by earlier reconstruction Fighting skilled workers' shortage Jobs more durable Modernizing procurement law; Less bureaucracy; Creating stable <u>infrastructure</u> ;
[Cluster]	Cluster renewable energy Cluster organic farming Cluster tourism
2. Improving financial situation of the municipalities	Following the principle of connection Overcoming cooperation ban Reforming business tax and ground tax
3. Enhancing regional circuits	Developing strategies for regional trade Introducing a unified regional label Advocating regional trade Reorganizing business for the regions Supporting corner-shops initiatives
4. Optimizing subsidies	Enhancing integral subsidization-concepts More responsibility for regional actors More competencies of regional actors Incentives for municipal cooperation Improving the possibilities of structurally weak regions Aiding social innovations

Was passiert in diesen letzten Fertigungsrunden mit der Position? Das PP wird einer strikten Maßnahmenkritik unterzogen. Es kommt zur Streichung ganzer Abschnitte – zu Hochschulen (12.5<sup>+2</sup>: 1), Wärmedämmung (12.5<sup>+2</sup>: 2), Arbeitslosenversicherung für Selbstständige (12.5<sup>+2</sup>: 1) – und zur Ausweisung ökonomisch aussichtsreicher »cluster«. Nun erscheinen die »geschliffenen« Forderungen als möglich, durchgerechnet, zumutbar, ja attraktiv (12.5<sup>+2</sup>: 2). Das »revisions dossier final« stellt Erprobtes ins Zentrum. Die existentielle Problemstellung schwindet hinter einem fachpolitischen Realismus.

Das PP schafft es nach all den Änderungen tatsächlich zum Fraktionspapier, vom Fraktionsvorstand autorisiert (mit Briefkopf und Signaturen). Mit der Autorisierung sind zwei einst prägende Autor\*innen-Zirkel invisibilisiert: die MA der AG-Büros treten hinter ihre MPs, die MPs hinter ihrem Fraktionsvorstand zurück. Im Rückblick fungierten die MA als »Ghostwriter«. Ausgenommen von der zweiten Invisibilisierung ist Wims Chefin. Als federführende MP findet sich ihr Name neben denen des Fraktionsvorstands.

### 5.3 Die erste Verwertung: PP als kampagnenfähige Fraktionsbroschüre

Schon in einer frühen Runde fand sich diese Ankündigung einer Verwertung: das Fraktionspapier soll zur publikumswirksamen Broschüre umgearbeitet werden. Für eine solche Publikation finden sich – gerahmt als bloß redaktionelle Änderungen – nochmals auch inhaltliche Verschiebungen im Papier, jetzt vor allem in der Rahmung:

7.6 <sup>+2</sup>	<b>DOSSIER IV.</b>	Called: »Parliamentary group resolution dossier final« as PDF-file	
7.6 <sup>+2</sup>	Draft brochure dossier	PLUS: Financing proposal brochure	
30.6 <sup>+2</sup>	Protocol – AG	<ol style="list-style-type: none"> <li>1. New projects: more PP on »rural development« (health, social infrastructure including education, culture, youth, etc.);</li> <li>2. Regional currency: Has been in one early presentation; more information on this?</li> <li>3. Financial application for »expert hearing« on regional value creation</li> </ol>	B, G, R; W + 6; S+2
1.7 <sup>+2</sup>	<i>Flyer BEST deal countryside</i>	<i>A new production process based on the PP!</i>	
29.9 <sup>+2</sup>	Protocol – AG	<ol style="list-style-type: none"> <li>1. Current debate on rural subsidies (in AK 2): critique that cities finance rural regions &gt; need to rework PP: attractive countryside; de-central economic structure good for cities as well &gt; organizing another expert hearing</li> <li>12. State of PP 2 on »social infrastructure«; state of PP 3 on »technical infrastructure«</li> </ol>	B, R, J, T
25.10 <sup>+2</sup>	Expert talk	With chamber of commerce and industry, x-region: energy change, transportation (rail vs. street), broadband, etc.	B, G

In der verabschiedeten Fraktionsposition (7.6<sup>+2</sup>) blieb die Problemsammlung als einführender »Anstoß« vorangestellt; in der letzten »redaktionellen« Übersetzung tritt diese dagegen in den Hintergrund: Sie wird zur abgesetzten Randbemerkung auf Seite 5 des achtseitigen Booklets<sup>38</sup>. Stattdessen nun dieser Einstieg:

»Whoever travels our republic can witness a green country. Rural regions dominate the picture from North to South, from East to West. A lot of regions are doing well, others struggle [...]« (1.7<sup>+2</sup>).

38 »The BEST New Deal is the key to sustainable economizing and social justice. It is our response to the global challenges of our times: to overcome the crisis of the financial markets, to stop the climate change and the loss of biodiversity and to accomplish global justice« (1.7<sup>+2</sup>).

Es ist das Lob der Regionen, ihrer großen Potentiale sowie die Frage des Auseinanderdriftens, die nun die Position rahmt. Das Papier hat die existentiellen Fragen als drängende Bezugsproblem abgelegt; es ist sichtbar de-radikalisiert. Im späteren Einsatz der Broschüre findet diese De-Radikalisierung entsprechende Beachtung von Aktivist\*innen:

»Ich treffe den Flyer ›im Einsatz‹ auf einem Workshop zur ›rural development‹ wieder: er findet sich prominent auf dem einzigen Infotisch. Ca. 50 Exemplare liegen dort bereit, neben Flugblättern zur Lebensmittelsicherheit, zur Gentechnik oder zum Tierschutz. Der Infotisch ist nicht besetzt. Später wird auf die neue Broschüre als ›our position‹ verwiesen: als Basis, um gemeinsam weiterzudenken. Ein Muster scheint sich zu wiederholen: gegenüber den Lobby- und Initiativgruppen wird die Notwendigkeit zur ›alternative development‹ mit den ›severe problems‹ der Welternährung, dem Klimawandel, und dem Artensterben begründet. Ein Teilnehmer meldet sich in der Schlussrunde kritisch zu Wort: ›Do our measures really live up to these problems?‹« (Feldnotizen, 30.4<sup>4</sup>)

## 6 Schluss: die Verdrängung existentieller Probleme aufklären

Wie kommt die Verdrängung der existentiellen Probleme zustande? Mit der vorliegenden Fallstudie habe ich statt handlungstheoretischer oder diskursanalytischer Antworten eine Perspektive auf die Diskursarbeit favorisiert. Zur Antwortsuche, so diese Perspektive, macht es wenig Sinn, die Motive der Protagonist\*innen heranzuziehen. Es waren ja gerade Wim und Son, die hier eine radikale Politik anpeilten; sie zeigten sich von Anfang an entschlossen, adäquate Antworten auf die existentiellen Fragen zu formulieren. Es macht demnach auch wenig Sinn, die Gruppierung insgesamt ideologisch zu entlarven. Die BEST-Party weiß um die existentiellen Probleme, hat ihnen den Kampf angesagt und sieht sich doch mit wirkmächtigen Anforderungen der Meinungsbildung konfrontiert. Zur Aufklärung hilft es dagegen, so die trans-sequentielle Analyse, die aufwendige Fertigung mit ihren Zugkräften und Maximen zu rekapitulieren. Es zeigt sich: Die Positionenfertigung wird zusehends den Ansprüchen der Normalpolitik unterworfen.

### 6.1 Die Entwicklungsschübe des PP im Überblick

Die Entwicklung des PP vollzieht sich nicht gleichförmig, sondern in Schüben: (1) In der Einstiegsrunde ist eine komplexe Gemengelage aus *existentiellen Problemen* als radikale Herausforderung vorangestellt. Sie wertet das Vorhaben auf. (2) Das Autor\*innen-Kollektiv wird inhaltlich eingestimmt, indem vielversprechende *Leitsätze* angegeben werden. Sonst disparate Fachpolitiken gewinnen so eine gemeinsame Stoßrichtung. (3) Die Maßnahmen werden zunehmend *fachpolitischen Ansprüchen* ausgesetzt. Jede Einzelmaßnahme wird dabei mal von den weitergehenden ›existentiellen‹ Anforderungen ent-

lastet, mal auf diese rückbezogen. (4) Im Bemühen um fraktionelle Anerkennung stellen sich allgemeine Maßstäbe (Bezahlbarkeit, Rechtmäßigkeit, Zumutbarkeit), die alle Maßnahmen mit ihren so einbezogenen Positionen tangieren. Diese Rückbindung fordert ihren Tribut. (5) Die Nivellierung der Maßnahmen schleift deren Gewicht bezogen auf die existentiellen Problemstellungen. Letztere werden unwahrscheinlicher und zugunsten sachlich gedeckter Bezugsprobleme verdrängt.

Die breite Maßnahmenorientierung des Papiers (›All this is doable right now!‹) gab so den ›normalen‹ Kriterien und mit ihnen, der Prüfkompentenz der Fachbüros und der Programmkompetenz der Fraktion die Oberhand über eine Problemzentrierung. Es waren erst die Fachbüros mit ihrer ›Sachlichkeit‹, dann die Haushälter mit ihrer ›Finanzierbarkeit‹ und schließlich die Justiziere mit ihrer ›Rechtmäßigkeit‹, die das Maßnahmenpaket disziplinieren. Die lange Liste der Maßnahmen stimmte dabei zunächst durchaus hoffnungsvoll: in der Summe versprochen auch abgemilderte Maßnahmen Problemangemessenheit.<sup>39</sup> Derart wurden die Einzelmaßnahmen von weitergehenden Wirkungslasten, ja vom existentiellen Problembezug befreit. Das Gesamtpaket versprach ›schonende Radikalität‹ – und besorgte schließlich eine Problemverdrängung.

## 6.2 Die Sachposition als Medium des Politischen

Doch wie ziehen nivellierte Maßnahmen eine Relativierung der Probleme nach sich? Wie hängen Maßnahmen und Probleme zusammen? Eine grundlegende Erklärungslinie erwächst mit der Konsistenzanforderung der politischen Position. Ihre integrierte Trias zeigt an, wie die Verwässerung von Maßnahmen ›ihre‹ Probleme unterminiert. Dabei erscheint die Bündelung der Maßnahmen durchaus als aussichtsreiche Strategie, um den Modus der Normalpolitik auch im Lichte existentieller Probleme zu behaupten. Ihre *Politikfähigkeit* – als basale Mitspielkompetenz – behauptet die Gruppierung in Zeiten existentieller Probleme also, indem sie viele ›zumutbare‹ Maßnahmen mobilisiert. Es leidet aber die Einheit der Komponenten. Maßnahmen und Probleme gelangen nicht zur Deckung.

Etwas schematischer: Eingangs der Fertigung wurde mithilfe zweier Leitsätze eine Vielzahl ›guter‹ Maßnahmen unter eine Gemengelage von Problemen subsumiert. Das geschnürte Maßnahmenbündel aber setzt sich aus anderweitigen, seinerseits triadischen Einzelpositionen (P-M-G) zusammen. Die so zusammengesetzte Gesamt-Position ist anspruchsvoll, weil sie Passungen auf verschiedenen Ebenen einlösen muss. Die Stärke wie die Anfälligkeit der normalpolitischen

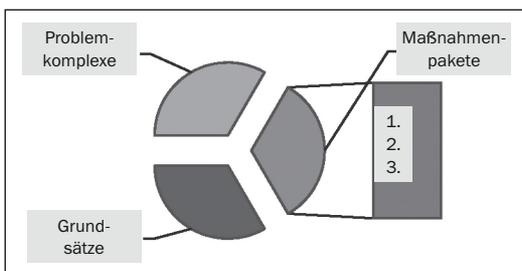


Abb. 1: Die Politische Position

39 Vgl. zu dieser Politik- und Transformationsstrategie effektiver Unmerklichkeit, Kopatz (2018).

Strategie resultieren aus der Fülle der zu bedienenden Fachpolitiken. Deren jeweilige Bezugsprobleme geraten durch übergeordnete (existentielle) Probleme nur zwischenzeitlich unter Druck. Sie stellen letztlich die entscheidenden, breit getragenen Beharrungskräfte.

### 6.3 Normal- und Radikalpolitik

Die fraktionelle Positionenfertigung zeigt, mit wie viel Aufwand und Können die politische Diskursarbeit betrieben wird. Die so generierte Kapazität behauptet Politikfähigkeit auch für komplexe Fragen. In unserem Fall wurden dabei radikale Probleme aufgeworfen, also solche, die gesellschaftlich existentielle Fragen betreffen: der Klimawandel, die Biodiversitätskrise, die Ressourcenverschwendung, etc. Als bearbeitbar erschien den Macher\*innen dieser existentielle Problemhaushalt vor allem aus drei Gründen: Weil die Probleme allesamt identitär für die Gruppierung sind; weil hier eine breite Mobilisierung von Fachpolitiken gelingt; weil die angewandten Grundsätze als systemverändernd gelten.

Hierin begründet sich eine fraktionelle Problembearbeitungskapazität, die aber gleichwohl nicht hinreicht, um die existentiellen Probleme in der Position zu verankern. Die fraktionelle Absicherung der Maßnahmen verkehrt sich in Bedingtheiten – und diese letztlich in eine zunehmende Unwahrscheinlichkeit der existentiellen Fragen selbst. Die potentiell radikale Politik wird normalpolitisch eingefangen, die Maßnahmen mit konstitutivem *Maßen vermessen*: der Zumutbarkeit, Finanzierbarkeit, Rechtmäßigkeit. Es soll gewährleistet werden, dass die Position im Rahmen der angestammten Programmatik funktioniert.

Normalpolitik und Radikalpolitik unterscheiden sich im Lichte der Positionenfertigung so:

Normalpolitik	Radikalpolitik
Maßnahmen getrieben	Problem getrieben
dezentrierte Sachpolitiken	zentrierte Sachpolitiken
Zumutbarkeit der Maßnahmen	Unzumutbarkeit der Probleme
Konsumtion politischer Antworten	Produktion politischer Antworten

In der Normalpolitik drohen die existentiellen Probleme beständig aus dem Rahmen des noch Integrierbaren, Vermittelbaren, Abbildbaren zu fallen. Sie sind für das präferierte Rezipienten-Design des Interessensausgleichs nur schwer einzufangen. Es dominieren Versprechungen, Hoffnungen, Vertagungen, um die Integration von Problem-Maßnahmen-Grundsätze zumindest vorläufig in Aussicht zu stellen. Die Normalpolitik entfremdet sich damit, an den Grenzen ihrer Integrationskraft, vom zeitgenössischen Problemkomplex. Nur die Verdrängung von existentiellen Fragen, erlaubt es noch, das normalpo-

litische Versprechen allgemeiner Problembearbeitungskapazität – allerdings zunehmend notdürftig – aufrecht zu erhalten.

## 7 Ausblickender Kommentar

Die gegenwärtigen gesellschaftlichen Prüfungen durch existentielle Probleme führen Kapazitätsgrenzen der Normalpolitik vor Augen. Es mehren sich Systemzweifel: Finden sich für solche Probleme überhaupt vermittelbare Maßnahmen? Lassen die gängigen Maßnahmen solche Probleme überhaupt zu? Die Normalpolitik scheint in einem Zwiespalt gefangen: einerseits werden die existentiellen Probleme unabweisbar, andererseits zwingen sie zu ausgeschlossenen Maßnahmen. Die Politik flüchtet sich, etwa bezogen auf den beschleunigten Klimawandel, in Zielmarken und Überprüfungsmechanismen, um einen Aufschub zu borgen. Sie verweigert sich der Radikalisierung angesichts radikaler Probleme. Ob diese Unfähigkeit die klassische Programmarbeit obsolet macht oder diese nur neu entfacht, ob diese Unfähigkeit den eskapistischen Populismus stärkt oder die massiven Probleme letzteren überwinden helfen, ist noch offen. Währenddessen sind es sog. radikale, als ›ideologisch‹ diffamierte Bewegungen einerseits und naturwissenschaftlich-journalistische Krisendiagnosen andererseits, die die existentiellen Fragen noch deutlich artikulieren: als An- und als Überforderung des gesellschaftlichen Vermögens. Doch auch diese Artikulationen sind nicht gewiss. Auch sie brauchen realpolitischen Halt, sollen sie nicht im Pathos erstarren.

## Anhang

Abb. 2: die Fachbüros der AG

	Büro	MA, genannt	Sprecher für
1.	B	Wim	Ländliche Entwicklung
2.	G		Wirtschaft
3.	H	Kerstin	Kommunalpolitik
4.	J	Patrick	Stadtentwicklung
5.	K	Elisabeth, Christian	Entwicklungspolitik
6.	L		Energie
7.	R	Jens	Medienpolitik, Kreativwirtschaft & digitale Infrastruktur
8.	S	Thomas	Regionen
9.	T		Gesundheit
10.	Fraktion	Son	Gesamtprogramm / Vorstand

Abb. 3: die im Weiteren beteiligten Fachbüros

	<b>Büro</b>	<b>MA, genannt</b>	<b>Sprecher für:</b>
11.	AB	Torsten	Haushalt
12.	AH	Skadi	Verkehr
13.	BM	Michael	Arbeit
14.	ES	Christian	Pflege
15.	FO	Udo, Tobias, Daniel	Agrarpolitik
16.	<i>Fraktion</i>	<i>JG/Julia</i>	<i>Bauen, Wohnen und Stadtentwicklung</i>
17.	<i>Fraktion</i>	<i>AG/Arnd</i>	<i>Umweltpolitik</i>
18.	GF		Medien
19.	HF		Energie
20.	HN		Digitale Infrastruktur
21.	IN	Markus	Energiewirtschaft
22.	JW		Flüchtlingspolitik und Kirchenpolitik
23.	KA	Mira	Wirtschaft
24.	KN		Haushalt und Finanzen
24.	KS		Wissenschaft
26.	MK		Sozial- und Behindertenpolitik
27.	ML		Sport/Rechtsextremismus
28.	MT	Sören	Tourismus und ländliche Räume
29.	NM		Verbraucher
30.	PB		Arbeitsmarkt
31.	PH		Bildung
32.	RS		Europa
33.	SK	Holger	Verkehr
34.	UH	Ann-Christin	Ernährungspolitik, Agrogentechnik
35.	UK	Christian	Entwicklung
36.	VW		Bahnpolitik und Binnenschifffahrt
37.	WS		Außenwirtschaft

## Literatur

- Agar, M. (1996): *The professional stranger: An informal introduction to ethnography*. San Diego: Academic Press.
- Atkinson, J. M./Drew, P. (1979): *Order in court: The organization of verbal interaction in judicial settings*. Oxford socio-legal studies. London: Macmillan.
- Beck, U. (1999): *World risk society*. Cambridge: Polity Press.
- Becker, D. (2018): *4.0 oder Die Lücke die der Rechner lässt*. Berlin: Merve Verlag.
- Bergmann, J. (2005): *Studies of Work*. In: Rauner, F. (Hrsg.): *Handbuch der Berufsbildungsforschung*. Bielefeld: Bertelsmann Verlag, S. 639–646.
- Boltanski, L./Thévenot, L. (2007): *Über die Rechtfertigung. Eine Soziologie der kritischen Urteilskraft*. Hamburg: Hamburger Edition.
- Buono, R. A. D. (2015) *Reimagining social problems: Moving beyond social constructionism*. In: *Social Problems*, 62(3), S. 331–342.
- Callon, M. (1986): *Some elements of a sociology of translation: Domestication of the scallops and the fishermen of Saint Brieuc Bay*. Pp. 196–223 in: Law, J. (Ed.): *Power, action and belief: A new sociology of knowledge?* London: Routledge and Kegan Paul.
- Cambrosio, A./Limoges, C./Pronovost, D. (1990): »Representing Biotechnology: An Ethnography of Quebec Science Policy«. In: *Social Studies of Science*, 20(2), S. 195–227.
- Clayman, S. E./Heritage, J. (2002): *The News Interview: Journalists and public figures on the air*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Engert, K./Krey, B. (2013): *Das lesende Schreiben und das schreibende Lesen. Zur epistemischen Arbeit an und mit wissenschaftlichen Texten*. *Zeitschrift für Soziologie*, 42(5), S. 366–384.
- Habermas, J. (1992): *Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Harper, R. (1998): *Inside the IMF: An ethnography of documents, technology, and organizational action*. New York: Academic.
- Holly, W. (1990): *Politikersprache. Inszenierungen und Rollenkonflikte im informellen Sprachhandeln eines Bundestagsabgeordneten*. Berlin/New York: Gruyter.
- Hull, M. S. (2012): *Documents and Bureaucracy*. In: *Annual Review Anthropology*, 41(Oct 21), 251–267.
- Kopatz, M. (2018): *Ökoroutine. Damit wir tun, was wir für richtig halten*. München: oekom.
- Latour, B. (2004): *Why has critique run out of steam? From matters of fact to matters of concern*. In: *Critical Inquiry*, 30(4), S. 225–248.
- Latour, B. (2007): *Turning around politics. A note on Gerard de Vries' paper*. *Social Studies of Science* 37(5), S. 103–113.
- Latour, B. (2018): *Das terrestrische Manifest*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Laube, S./Schank, J./Scheffer, T. (2016): *Medien als Status-Marker in der politischen Positionenfertigung*. In: Krotz, F./Despotovic, C./Kruse, M. (Hrsg.): *Mediatisierung als Metaprozess. Transformationen, Entwicklungen und die Generierung von Neuem*, Wiesbaden: VS Verlag, S. 113–135.
- Laube, S./Schank, J./Scheffer, T. (2020): *Constitutive invisibility. Exploring the invisible work of expert advisers in parliamentary groups*. In: *Social Studies of Science (SSS)*, 50(2), 292–316.
- Lessenich, S. (2016): *Neben uns die Sintflut. Die Externalisierungsgesellschaft und ihr Preis*. München: Hanser.
- Leudar, I./Nekvapil, J. (2004): *Media dialogical Networks and Political Argumentation*. In: *Journal of Language and Politics*, 3(2), S. 247–266.
- Luhmann, N. (2000): *Die Politik der Gesellschaft*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Nullmeier, F./Pitzlaff, T./Wiesner, A. (2003): *Mikro-Policy-Analyse. Ethnographische Politikforschung am Beispiel Hochschulpolitik*. Frankfurt a.M. und New York: Campus.

- Offe, C. (2003): Bewährungsproben. Über einige Beweislasten bei der Verteidigung der liberalen Demokratie. S. 136–150. In: Ders. (Hrsg.): Herausforderungen der Demokratie. Zur Integrations- und Leistungsfähigkeit politischer Institutionen. Frankfurt a.M.: Campus.
- Pickering, A. (1995): *The mangle of practice. Time, agency, and science.* Chicago and London: The University of Chicago Press.
- Radkau, J. (2011): *Die Ära der Ökologie. Eine Weltgeschichte.* München: C.H. Beck.
- Sacks, H. (1992): *Lectures on conversation.* Vol. I+II (Edited by G. Jefferson), Oxford (UK): Blackwell.
- Scheffer, T. (2010): *Adversarial case-making. An ethnography of the English Crown Court.* Leiden and Boston: Brill.
- Scheffer, T. (2013): Die trans-sequentielle Analyse – und ihre formativen Objekte. S. 89–116. In: Hörster, R./Königter, S./Müller, B. (Hrsg.): *Grenzobjekte.* Wiesbaden: Springer/VS.
- Scheffer, T. (2015): Die Arbeit an den Positionen. Zur Mikrofundierung von Politik in Abgeordnetenbüros des Deutschen Bundestages. S. 369–389. In: Heintz, B, Tyrell, H (Hrsg.) *Zeitschrift für Soziologie. Sonderheft »Interaktion – Organisation – Gesellschaft revisited. Anwendungen, Erweiterungen, Alternativen«.* Stuttgart: Lucius & Lucius.
- Scheffer, T. (2019): Spielarten der Trans-Sequentialität. Zur Gegenwartsdiagnostik gesellschaftlicher Problembearbeitungskapazitäten entwickelt aus Ethnographien staatlicher Verfahren. S. 331–357. In: Gießmann, S./Röhl T. (Hrsg.): *Materialität der Kooperation.* Reihe: »Medien der Kooperation«. Wiesbaden: Springer VS.
- Scheffer, T./Schmidt, R. (2019): Für eine multi-paradigmatische Soziologie in Zeiten existentieller Probleme. In: *Zeitschrift Soziologie. Forum der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, Jg. 48(H2), S. 153–173.*
- Saito, K. (2016): *Natur gegen Kapital. Marx' Ökologie in seiner unvollendeten Kritik des Kapitalismus.* Frankfurt: Campus.
- Schetsche, M. (2014): *Empirische Analyse sozialer Probleme – Das wissenssoziologische Programm.* 2. Aufl., Wiesbaden: Springer VS.
- Seibert, T. (2017): *Zur Ökologie der Existenz. Freiheit, Gleichheit, Umwelt.* Hamburg: Laika-Verlag.
- Smith, D. E. (2002): Institutional Ethnography. S. 150–161. In: May, T. (Hrsg.): *Qualitative research in action – An international guide to issues in practice.* London: Sage.
- Smith, D. E. (1984): Textually-mediated Social Organization. In: *International Social Science Journal* 36(1): 59–75.
- Weber, M. (1988 [1919]): *Politik als Beruf.* In Ders. (Hrsg.): *Gesammelte Politische Schriften.* Tübingen: Mohr, S. 505–560.
- Wodak, R. (2015): *The politics of fear: What right wing populist discourses mean.* London: Sage.
- Wolff, S. (1995): *Text und Schuld – Die Rhetorik psychiatrischer Gerichtsgutachten.* Berlin und New York: De Gruyter.

*Anschrift:*

Prof. Dr. Thomas Scheffer  
 Goethe-Universität Frankfurt am Main  
 Fachbereich Gesellschaftswissenschaften  
 Institut für Soziologie  
 Theodor-W.-Adorno-Platz 6 / Hauspostfach PEG 21  
 60629 Frankfurt am Main

Büro: PEG Raum 3G 026; Tel: +49 69 798 36533;  
 E-Mail: [scheffer@soz.uni-frankfurt.de](mailto:scheffer@soz.uni-frankfurt.de)

Michael Brandmayr

# Die diskursive Formierung von Unterrichtspraktiken durch Kompetenzorientierung und Bildungsstandards und die Neuordnung von Machtverhältnissen in österreichischen Schulen

**Zusammenfassung:** Dieser Beitrag diskutiert die Auswirkungen der Kompetenzorientierung und der Bildungsstandards auf schulische Praktiken und Machtverhältnisse im österreichischen Schulsystem.

Empirische Grundlage dieses Beitrages ist ein umfassendes Forschungsprojekt, welches den Diskurs um ein gegenwärtiges bildungspolitisches Leitbild von ›idealem Lernen‹ mittels der Wissenssoziologischen Diskursanalyse analysierte. Zentrale methodologische Annahme ist eine Betrachtungsweise von schulischen Praktiken als diskursiv konstituiert, die über Wissensordnungen handlungsleitend wirkt und Akteur\*innen bestimmte Subjektpositionen zuweist. In der Ergebnisdarstellung greift der Beitrag drei Aspekte heraus, in welchen die Verschiebung der schulischen Wissensordnung und Subjektpositionen sichtbar wird und diskutiert daran die Konsequenzen für schulische Machtverhältnisse.

Schlagwörter: Schule, Machtverhältnisse, Kompetenzen, Bildungsstandards, österreichische Bildungspolitik.

**Abstract:** This paper discusses the effects of the orientation towards competencies and education standards as a core element of recent reforms in the Austrian school system on practices in schools and power relations.

The empirical base of this contribution is a research project examining the discourse on a pedagogic guiding principle of ›ideal learning‹ by the ›sociology-of-knowledge‹ approach to discourse. The key methodological assumption here is a view on school practices as constructed discursively which is guiding actions by establishing a certain order of knowledge and assigning positions of subjectivity. This paper presents three aspects in which the shift of the order of knowledge and the distortion of subject positions is made apparent. By taking these three aspects into account, the consequences of power relations in schools are discussed.

Keywords: school, power relations, competencies, education standards, educational reform

## 1. Einleitung

Seit 2007, also seit etwas mehr als zehn Jahren, ist im österreichischen Schulsystem eine enorme Reformaktivität zu beobachten; eine zentrale Reform stellt die sogenannte ›Kompetenzorientierung des Unterrichts‹ dar. Sollte sich der Begriff zunächst nur auf die zu

erreichenden Bildungsziele beziehen und eine Neubewertung dieser innerhalb des Schulsystems anzeigen, so werden heute unter den Schlagwörtern der Kompetenzen und der Kompetenzorientierung inzwischen viele Neuerungen des Unterrichtsgeschehens, der Leistungsbeurteilung und Kontrollformen verstanden, sodass häufig nicht mehr klar ist, was mit dem Begriff nun eigentlich gemeint ist.

Gegenüber der Kompetenzorientierung als theoretischem Konzept, aber auch gegenüber damit zusammenhängenden Reformen wie den Bildungsstandards und der Art und Weise ihrer Implementierung, wurde teils scharfe Kritik geäußert. Eine vielgeäußerte Kritik lautete, dass mit der Einführung von Kompetenzen eine bestimmte Art von Bildung aus den Schulen verschwände; Kompetenzorientierung würde zu Standardisierung und damit Nivellierung von schulischen Inhalten führen, denn gelehrt würde nur noch, was sich messen lässt. Die Lehrinhalte müssten sich den Prüfungsformaten anpassen, Unterricht würde zum »training to the test« und daraus würde ein sinkendes Unterrichtsniveau resultieren. »Kompetenzorientierung verhindert die Kompetenzentwicklung«, lautet überspitzt die These des Wiener Bildungsphilosophen Konrad Liessmann (2015). Demgegenüber betonen Befürworter der Kompetenzorientierung, dass Unterricht praxisnäher werde, dass starre Strukturen des Unterrichts überwunden werden können, dass einzelne Lernende in den Mittelpunkt rücken und Lernen wieder Spaß machen könne.

Zweifellos hat sich also viel verändert. In der Debatte weitgehend ausgeklammert ist bislang aber die Frage, wie sich mit der Kompetenzorientierung und damit, wie ich zeigen möchte, eng verbunden der Frage der Bildungsstandards, Macht- bzw. Führungsverhältnisse in der Schule verändert haben. Dass eine Veränderung stattgefunden hat, liegt nicht nur deswegen nahe, weil diese beiden Maßnahmen als bildungspolitisches Steuerungsinstrument konzipiert sind; sondern es folgt ganz zwangsläufig aus dem hier elaborierten Machtverständnis, das schulische Praktiken als Resultate eines Wissens der »idealen« Ausübung dieser Praktiken begreift, die durch diese normiert und normalisiert werden. Dieser Ansatz versteht schulische Praxis als Produkt einer diskursiven Konstruktion schulischer Wirklichkeit, deren Konstitutionsprozesse sich nach bestimmten Regeln vollziehen und einem bestimmten Verlauf folgen, den es zu analysieren gilt. Diskurse schaffen Ordnungen und Hierarchien, sie definieren eine ideale Norm schulischer Handlungsvollzüge, das heißt, sie leiten spezifische Praktiken an und legen die Einnahme bestimmter Subjektpositionen nahe. Hegemoniale Praktiken und Wissensformen konstituieren in ihrem Wirkungsbereich einen Machtraum, der (gesprochen mit Begrifflichkeiten aus der Gouvernementalitätsforschung) einer Strategie, einer bestimmten Form von Rationalität folgt. Dieser Artikel möchte aus der Analyse des Diskurses rund um die Etablierung der Bildungsstandards und Kompetenzorientierung erörtern, welche dies ist.

Im Artikel wird zunächst der theoretische Hintergrund des Beitrags skizziert (2) sowie methodologische und methodische Schritte dargelegt (3), mit denen der Begriff der Kompetenzorientierung im Diskurs rekonstruiert wurde. Die Ergebnisse des Rekonstruktionsprozesses werden in drei Unterkapitel dargestellt (4.1 bis 4.3) und auf ein strategisches Ziel der Bildungsreform bezogen. Abschließend (5) werden diese Ergebnisse diskutiert.

## 2 Theoretische Einbettung

Vielfach beziehen sich Analysen zu Machtverhältnissen in Bildungsinstitutionen, in Anschluss an Überlegungen Foucaults, auf Begriffe der Disziplinar- bzw. der Kontrollgesellschaft (vgl. Beiträge in Breit/Rittberger/Sertl 2005) sowie auf den Begriff der Gouvernamentalität, um die darin stattfindende Subjektformung zu beschreiben. Zentraler Ausgangspunkt dabei ist ein Verständnis von Macht als nicht repressiv, sondern produktiv-freisetzend, nicht mehr als determinierend und orts- bzw. personengebunden, sondern flüssig, netzwerkförmig, und durch konkrete Praktiken ausgeübt und sich reproduzierend. Deleuze beschreibt mit der Kontrollgesellschaft die Tendenz zur Entgrenzung und Dezentralisierung institutioneller Macht, die dadurch umfassender und weniger lokalisierbar wird. Lineare Verläufe mit klaren Grenzen und (Um-)Brüchen werden in der Kontrollgesellschaft zu kaum definierbaren und wenig planbaren »Modulen«: »In den Disziplinargesellschaften hörte man nie auf anzufangen (von der Schule in die Kaserne, von der Kaserne in die Fabrik), während man in den Kontrollgesellschaften nie mit irgendetwas fertig wird« (Deleuze 1993, S.256 f.). Foucault (1982, S. 277f.) zufolge ist die Machttechnik, die in der gegenwärtigen Gesellschaft dominiert, jene der Pastoralmacht, die über politische Regierungsinstitutionen ausgeübt wird. Der politische Liberalismus hat diese Machttechnik säkularisiert; im gegenwärtigen Neoliberalismus entfaltet sie ihre Wirkung im Kontext zunehmender ökonomischer Selbstverantwortung und Selbststeuerung des Einzelnen. Der »Regierung« – die Foucault nicht im Sinne gewählter Persönlichkeiten, sondern als umfassendere Instanz versteht, die materiale, institutionelle und diskursive Ebenen einschließt – kommt damit die Aufgabe zu, Menschen entsprechend dieser strategischen Überlegungen zu führen, wodurch Macht nicht mehr primär regulierend, sondern anleitend ausgeübt wird:

»Regierung im Sinne Foucaults bezieht sich somit nicht in erster Linie auf Unterdrückung von Subjektivität, sondern vor allem auf ihre ‚Selbst-Produktion‘, oder genauer: auf die Erfindung und Förderung von Selbsttechnologien, ihrer die an Regierungsziele gekoppelt werden können. Sie operiert nicht ausschließlich und notwendig über explizite und implizite Verbote von Handlungsoptionen, sondern auch und gerade durch ihre Macht, Subjekte zu einem bestimmten Handeln zu bewegen« (Bröckling/Krasmann/Lemke 2000, S. 29).

Aus dieser Perspektive kann ein Antwortversuch auf die Frage, wie sich nun Machtverhältnisse in der Schule darstellen, über eine Analyse dafür konstitutiver schulischer Praktiken gelingen. Dazu gibt es bereits eine Reihe von Studien, die diese »Mikrophysik der Macht« aus einer diskurstheoretischen Perspektive analysieren und nachzeichnen. Aus dem englischsprachigen Raum sind besonders Arbeiten von Popkewitz (1997) zu nennen, der – entgegen nach wie vor starker Vorbehalte der einflussreichen »critical pedagogy« (vgl. Apple/Au 2011) – als einer der ersten Erziehungswissenschaftler ein solcherart inspiriertes Forschungsprogramm vorgelegt hat. In seiner Untersuchung von Curricula des 19. Jahrhunderts bis heute, in welcher er Ansätze der Wissenssoziologie ebenso

wie Überlegungen Foucaults verbindet, sieht er die Existenz der Pastoralmacht bestätigt: »the construction of the modern school is a practice to govern the soul« (Popkewitz 1997, S. 22). Analysen konkreter schulischer Praktiken behandeln etwa das Lernen (Gee/Green 1998) bzw. die aktuelle Variante des self-regulated learning (Vassallo 2014) oder das Classroom-Management (Agostinone-Wilson 2006), um nur einige zu nennen.

In der deutschsprachigen Erziehungswissenschaft existiert seit einigen Jahren eine starke Rezeption diskurstheoretischer Perspektiven, sodass hier nur einige empirische Arbeiten genannt werden können, an denen dieser Aufsatz anknüpft – dies betrifft Fragen der Subjektivierungsprozesse in und durch Praktiken (vgl. Beiträge in Alkemeyer/Budde/Freist 2013 sowie Ricken, Casale und Thompson 2019; Rose 2019) und zur Frage der Macht (Ricken 2007; Beiträge in Christof/Ribolits 2015). Auch spezifisch für den Schulkontext liegen einige Arbeiten vor, die sich empirisch und systematisch der Rekonstruktion gegenwärtiger schulischer Machtverhältnisse aus Praktiken widmen. In einer jüngeren Ausgabe der Schulhefte werden offene Lernformen einer kritischen Analyse unterzogen (vgl. Patzner/Rittberger/Sertl 2008); speziell der Artikel »Schule im Kontext neoliberaler Gouvernamentalität« von Patzner versucht, Erkenntnisse über aktuelle Machteffekte und Machttechniken von Schule zu gewinnen. Stärker empirisch orientiert ist die Studie Langers (2008) zur Disziplinierung des Körpers in der Schule. Langer verbindet darin ethnografische und diskursanalytische Zugänge, um sich der Frage zu nähern, welche Konzepte und Gebrauchsweisen des Körpers sich in der Institution Schule finden lassen, und wie sich schulische Machtverhältnisse über den Faktor Körperlichkeit reproduzieren. Erwähnenswert ist weiters eine jüngste theoretische Fassung von Rieger-Ladich und Grabau (2014), die besonders die Frage des Widerstandspotentials akzentuiert.

Der hier vorgestellte Beitrag fokussiert sich auf die Effekte eines speziellen Reformschritts für schulische Machtverhältnisse – jener der Kompetenzorientierung und der Bildungsstandards. Zu dieser Frage haben bereits Höhne (2007) sowie Lederer (2015) wichtige Debattenbeiträge geliefert (jedoch ohne Fokus auf den schulischen Kontext). Beide verorten die diskursive Akzentuierung des Kompetenzbegriffs nahe an neoliberalen, leistungsorientierten Subjektvorstellungen, wobei besonders Lederer die Diskursverschiebung vom Bildungs- zum Kompetenzbegriff kritisch betrachtet. Beide erläutern, der Kompetenzbegriff würde Subjekte zur Bearbeitung an sich selbst anhalten, weil er über einen stärkeren Wettbewerbscharakter verfüge; er würde auf Basis des Leistungsprinzips Ausschließungen vornehmen und legitimieren, da er die Verantwortung für den Bildungserfolg den Individuen zuschreibe (zu dieser Debatte siehe weiters die Beiträge in Kurtz/Pfadenhauer 2010).

### **3 Methodologische Überlegungen und methodischer Aufbau der Untersuchung**

Wie in der Einleitung schon erwähnt, liegt dem Beitrag die Annahme zu Grunde, dass sich Machtverhältnisse von Schule über die Neuorganisation von Praktiken (besonders

solcher des Lernens) im Zuge von Schulreformen verändert haben. Innerhalb des schulischen Raums konstituieren sich aus diesen Praktiken Machtverhältnisse, diese sind aber zugleich Produkte eines Diskurses und daher ihrerseits von (gesellschaftlichen) Machtverhältnissen. Somit konvergiert die Art, wie in der Schule gelernt und gelebt werden soll, mit existierenden Machtverhältnissen auch außerhalb des schulischen Raums und reproduziert diese. Bezogen auf das Feld der Schule, werden unter dem Begriff »Machtverhältnisse« Ordnungsstrukturen und Wissenssysteme verstanden, die Akteur\*innen der Schule (Lehrpersonen, Direktor\*innen, Personen der Schulverwaltung u.a.) gleichermaßen umfassen wie räumliche, physisch-didaktische, materielle und immaterielle Ressourcen und Strukturen (Schulräume, Bücher, Nachmittagsangebote), persönliche Netzwerke und kulturelles und symbolisches Kapital. Die praktischen Machteffekte dieser Ordnungsstrukturen und Wissenssysteme werden als solcherart erachtet, dass sie einerseits einen Rahmen von erlaubten schulischen Handlungsmöglichkeiten definieren, zugleich aber auch eine spezifische Art des Handelns nahelegen und die Einhaltung dieser Praxis (positiv wie negativ) sanktionieren.

Hier wird klar, dass der Begriff der Macht in einem engen Verhältnis zu den Begriffen »Wissen« und »Praktiken« steht, die noch weiter erläutert werden sollen. Im Anschluss an Überlegungen der Wissenssoziologischen Diskursanalyse (kurz WDA) ist Wissen für die Konstruktion sozialer Wirklichkeit und darin wahrgenommener Ordnungs- und Handlungsstrukturen in mehrerer Hinsicht entscheidend. Einerseits, weil Wissen in formalisierter bzw. institutionalisierter Form die Grundlage von professionsspezifischem Handeln darstellt. (Bildungs-)Institutionen kanonisieren und legitimieren Wissen für bestimmte Praxisbereiche, z.B. über die Gestaltung von Curricula, wodurch dieses eine privilegierte Stellung in einem Wissenssystem erlangt. Zertifikate verleihen die formale Berechtigung der Anwendung des Wissens und Berufsverbände normieren und überwachen dessen praktische Anwendung und können Akteur\*innen bei starker Abweichung ggf. auch ausschließen.

Aus der Perspektive der Diskurstheorie enthält privilegiertes Wissen auch über die berufliche Ebene hinaus eine normative Funktion menschlichen Handelns, die einen ethisch-moralischen Bezug aufweist. Wissen darüber, was in der Schule als »gutes Lernen« oder »gutes Lehren« verstanden wird, was wichtige Kompetenzen sind und wie diese erworben werden können, enthält implizit eine normative Dimension für professionelles Handeln. Das Handeln der Akteur\*innen sollte sich dann danach ausrichten, d.h. aus der Zuschreibung eines bestimmten Handelns als »richtig« oder »gut« entsteht ein (expliziter oder impliziter) Aufforderungscharakter für Akteur\*innen im Feld. Gleichzeitig erzeugt dieses Wissen Legitimationen für eine spezifische Handlungsweise, die im Alltag keiner speziellen Begründung mehr bedarf und Einsicht in tiefer liegende Absichten verwehrt, d.h., so Schneider, ihre letztlich Willkürlichkeit und Konvergenzen zu Interessen sozialer Gruppen verschleiert:

»Diskurse transformieren Wissenssysteme mit ihren dazugehörigen Normierungen und Wertsystemen und verfolgen dabei in der Regel eine Ontologisierung der jewei-

ligen symbolischen (Wissens-)Ordnung, um ihre Kontingenz zu verdecken« (Schneider 2015, S. 26).

Soweit wurde erörtert, dass Praktiken auf der Basis von Wissen konstituiert werden und sich ihre Wirksamkeit in der schulischen Alltagswirklichkeit primär über ihre Einbindung in die symbolische Ordnung entfaltet. Dabei darf jedoch nicht vergessen werden, dass wesentliche Teile der schulischen Praxis auch einer unmittelbaren Regulierung<sup>1</sup> unterliegen. Aus der Perspektive der WDA können solch regulierende Dokumente als Materialisation eines Diskurses gelten, der sich jedoch wiederum auf dominantes Wissen stützt und eine erwünschte Praxis damit legitimiert. Aussagen in Zeitungen, Lehrpläne, Handreichungen für Lehrer\*innen und vieles weitere müssen zugleich als Objektivation eines Diskurses begriffen werden – als »sprachliches Abbild« eines Wissens von Praktiken – wie auch als Effekt von Machtbeziehungen, mit denen eine Steuerung der Praktiken intendiert wird:

»Die Welt gewinnt ihren je spezifischen Wirklichkeitscharakter für uns durch die Aussagen, die Menschen – in Auseinandersetzung mit ihr – über sie treffen, wiederholen und auf Dauer stellen. Solche Aussagen stiften nicht für die symbolischen Ordnungen und Bedeutungsstrukturen unserer Wirklichkeit, sondern sie haben auch reale Konsequenzen: Gesetze, Statistiken, Klassifikationen, Techniken, Artefakte oder Praktiken bspw. können als Diskurseffekte analysiert werden« (Keller 2011, S. 237).

Die Analyse greift daher auf einen Diskursbegriff zurück, der im Anschluss an Keller (2011, S. 235) einen »Komplex von Aussageereignissen und darin eingelassenen Praktiken« umfasst, d.h. sprachliche Äußerungen sowie Praktiken gleichermaßen umfasst. Ziel ist es, die im Sprach- bzw. Symbolgebrauch konstituierten Systeme von Bedeutungen und Sinnstrukturen sozialer Realitäten zu analysieren, die besonders über die Instanz des Wissens institutionalisiert werden und aus jenen Reformdokumenten Machtverhältnisse im Schulraum zu rekonstruieren, mit denen Kompetenzorientierung und Bildungsstandards implementiert wurden.

Die Ergebnisse, die in diesem Artikel präsentiert werden, sind ein Ausschnitt aus einer umfassenderen Untersuchung, in welcher der Diskurs um ein neues bildungspolitisches Leitbild von idealem Lernen analysiert wurde (vgl. Brandmayr 2018). Für diese Untersuchung wurde ein zweistufiges, konstruktives und rekonstruktives Analyseverfahren gewählt. Im ersten, konstruktiven Schritt der Analyse wurden Dokumente aus den vergangenen 10 Jahren bearbeitet, die sich in unmittelbarer, regulierender Weise auf das

1 Wie noch näher ausgeführt wird, werden als darunter anweisende Dokumente von gesetzlichem oder gesetzesartigem Charakter verstanden, die sich in erster Linie durch die klare Vorgabe von Handlungen sowie mögliche oder faktische Sanktionierungsmechanismen kennzeichnen, d.h. Dokumente, bei welchen die Akteur\*innen davon ausgehen müssen, mit Sanktionen belegt zu werden, falls sie abweichend handeln.

Praxisfeld der Schule beziehen und mit denen meist Reformen im Bildungsbereich<sup>2</sup> vorbereitet und umgesetzt wurden. Diese Dokumente beinhalten Gesetzesvorlagen, Verordnungen, Lehrpläne, Schulaufsichtsberichte, Leitlinien und Programmberichte von Unterrichtsbehörden, Rundschreiben, Erlässe, Weisungen; aber auch Dokument aus der Aus-, und Weiterbildung von Lehrer\*innen, (wissenschaftliche) Handreichungen und Unterrichtsbroschüren wurden berücksichtigt. Die Auswahl des Datenkorpus orientierte sich sowohl an der Verbindlichkeit (d.h. eines bestimmbaren Einflusses), an der Position des/der Sprechers/in bzw. an Referenzen, die auf eine bestimmte Diskursposition hindeuteten. Das konkrete Vorgehen (Sampling und Kodieren) orientierte sich an der grounded theory (Strauss/Corbin 1990; Strübing 2014). Im Verfahren des offenen und axialen Kodierens wurden induktiv Kategorien ermittelt und Ausschnitte von Texten diesen zugeordnet; anschließend wurden ausgewählte Aspekte einer Feinanalyse unterzogen. Am Ende dieses ersten Schrittes wurden die bestimmenden Elemente zu Deutungsmustern zusammengesetzt, die ein gegenwärtiges pädagogisches Leitbild von idealem Lehren und Lernen generieren. Ebenso wurde in diesem Schritt die Dimensionen des Diskurses, d.h. seine Phänomenstruktur (vgl. Keller 2008, S. 88f.) erschlossen sowie die Akteurskoalitionen ermittelt, die am Diskurs beteiligt sind.

Mit Akteurskoalitionen bzw. Akteursgruppen sind Zusammenschlüsse von Sprecher\*innen gemeint, die im Diskurs – durch ähnliche Motive, Ziele, oder Verwendung ähnlicher Aussagen und Deutungen zu Gruppen zusammengefasst werden können. Diese sind teils formale Zusammenschlüsse in Netzwerken wie Parteien oder Gewerkschaften, teils ein spontanes, loses oder unkoordiniertes Zusammenwirken von Sprecher\*innen (vgl. Keller 2011, S. 253). Die Klassifizierung von Akteursgruppen erfolgte dabei deduktiv, d.h. es wurde auf Diskurspositionen von gegenwärtigen schulpolitischen Debatten zurückgegriffen, auf die vielfach in den Primärinformation von Dokumenten bereits hingewiesen wurde. Diese Klassifikation wurde zum Ausgangspunkt für den weiteren Vergleich des Materials. Mit den Akteurskoalitionen verbunden waren übereinstimmende Deutungsweisen zu Vorstellungen einer idealen Organisation von Schulsystemen entlang eines spezifischen Menschen- und Gesellschaftsbildes.

Unter Rückgriff auf das Akteurskonzept wurde im zweiten, nun rekonstruktiven Schritt eine historisierende Analyse des Diskursverlaufs unternommen. Ausgehend von der im ersten Schritt ermittelten Phänomenstruktur wurden verschiedenen Dimensionen des Diskurses (klassifiziert wurden drei – zum Diskurs um Individualisierung, Freude am Lernen sowie Standardisierung und Kompetenzorientierung als Teile des Gesamtdiskurses um Lernen; letztgenannter Aspekt ist Grundlage dieses Artikels) in historischer Perspektive analysiert. Soweit zugänglich, wurden gegenwärtige Aussageformen mit solchen verglichen, die aus denselben Datenkorpora zu historisch unterschiedlichen Zeitpunkten gewonnen wurden; sowie Dokumenten, die von Akteursgruppen verfasst

2 Wozu neben den Bildungsstandards und der Kompetenzorientierung noch weitere Maßnahmen zählen wie die Einführung der Neuen Mittelschule, die Neue Oberstufe, der Initiierung von Schulqualität Allgemeinbildung, Pädagog\*innenbildung Neu und ein neues Lehrer\*innendienstrecht, um die wichtigsten zu nennen.

wurden, die an der Umsetzung von Maßnahmen im Bildungsbereich beteiligt waren (etwa Dokumenttypen wie Parlamentsdebatten oder Parteiprogramme). Aus diesen Dokumenten wurde versucht, den historischen Diskursverlauf zu bestimmen und dabei Prozesse der Ausschließung, Verknappung und Modifikation von Aussagen und Deutungen zu identifizieren (vgl. Foucault 1993). In vielen Fällen zeigten sich in den aktuellen Dokumenten jedoch auch Referenzen zu historischen Dokumenten, was den Rekonstruktionsprozess erheblich erleichterte. Dieser Schritt kann im vorliegenden Beitrag nur ansatzweise dargestellt werden. Im letzten Schritt der Analyse – folgend Kellers »Plädoyer für die Interpretation« (Keller 2008, S. 79) – wurden die Ergebnisse interpretiert und mögliche Konsequenzen für Schule und Gesellschaft erörtert.

#### 4. Ergebnisse

Der Ergebnisdarstellung wird eine kurze Chronologie des Reformprozesses vorangestellt. Mit dem diskursiven Ereignis des PISA-Schocks, in Österreich (anders als in Deutschland) im Jahr 2004, erlangte die Aussage einer Reformbedürftigkeit von Schule und Unterricht im Diskurs eine dominante Stellung. Vielfach wurde eine Reform des Schulsystems vor der Deutung eines ökonomischen Wettbewerbs der Nationen gefordert; in der PISA Studie wäre gezeigt worden, so wird es in der folgenden Äußerung typisch formuliert, dass das österreichische Schulsystem nicht konkurrenzfähig sei, weil es seine Schüler\*innen schlecht qualifiziere.

»Die aktuellen PISA-Ergebnisse, so negativ sie auch sein mögen, bieten die Chance für tiefgreifende Reformen im Bildungswesen. Es führe kein Weg daran vorbei, schon Volksschüler durch Projektarbeit, autonomes Lernen und Förderung ihrer Stärken so früh wie möglich zu qualifizierten Zukunftskräften heranzubilden« (DF 1).

Die erste politische Reaktion auf die Ergebnisse der PISA-Studie war die Einführung von Bildungsstandards – zumindest wurde diese Maßnahme von den ausführenden Politiker\*innen so präsentiert. Interessant ist jedoch, dass die Konzeption der Bildungsstandards bereits lange vor dem Bekanntwerden der PISA-Ergebnisse 2003 erfolgte, nämlich bereits im Jahr 2000. Als Ziel der Bildungsstandards wurde die Qualitätssteigerung des Bildungssystems genannt, die über eine bessere Vergleichbarkeit der Schulen und der Lernergebnisse zu erreichen sei. Die Verordnung, die unter der damaligen Bundesministerin Claudia Schmied erlassen wurde, beschreibt dies so:

»Bildungsstandards stellen ein wichtiges Instrument der Qualitätssicherung im Bildungsbereich dar. [...] Durch die Einführung von Bildungsstandards wird nun eine Maßnahme getroffen, um regelmäßig umfassende und objektiv festgestellte Ergebnisse über die Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler zu erhalten, die für die Zwecke der Steuerung und der Planung im Bildungsbereich unerlässlich sind.«  
[...] [Die Bildungsstandards sollen zeigen], »inwieweit Schulen ihre Kernaufgabe

der Vermittlung von allgemein als notwendig angesehenen Kompetenzen erfüllen« (DF 2).

Entgegen einer weitverbreiteten Meinung ist die Kompetenzorientierung des Unterrichts demnach eine Folge der Bildungsstandards und nicht umgekehrt. Durch die Bildungsstandards wurde ein neuer Maßstab benötigt, um Leistungen von Schüler\*innen zu erheben, da diese einer anderen Operationalisierung bedürften. Die Leistungsmessung sollte sich nicht mehr nur auf Wissen beschränken, sondern die Fähigkeit zur selbstständigen Anwendung dessen überprüfen. Über die Einführung der Bildungsstandards verschob sich somit auch die Deutung darüber, was »relevantes« Schulwissen ist. Dies zeigt sich am Kompetenzbegriff, der Lernleistungen hinsichtlich ihrer Anwendung in der »Praxis« oder »der Wirklichkeit« misst – ohne genauer zu definieren, was damit gemeint ist: »Das führt zum zweiten zentralen Aspekt der Problemlösung: Wissen bildet nicht zum Selbstzweck, sondern in Begegnung mit der Wirklichkeit, am konkreten Handeln operationalisierbar, den Kern des Kompetenzbegriffs« (Benischek/Beer 2011, S. 12).

Im Regierungsprogramm 2007 erfolgt die Einbeziehung des Schulsystems in das sich zu diesem Zeitpunkt andeutende Programm des lebenslangen Lernens. Hier heißt es, die Aufgabe von Schule soll die »Sicherung und Entwicklung der Grundkompetenzen sowie die Schaffung von Motivation, Interesse und Kompetenzen zum lebenslangen Lernen« (DF 3, S. 89) sein. Konkreter wird es im Strategiepapier LLL:2020, dem bildungspolitischen Leittext des Programms zum lebenslangen Lernen aus dem Jahr 2011. Hier wird die Schule als erste Station eines lebenslangen, beruflich-qualifizierenden Lernkontextes genannt; in einem Umsetzungsbericht von 2013 wird festgehalten, es wäre bereits ein breites Spektrum »an Reformen im Schulwesen in die LLL:2020 Strategie integriert« (DF 4) worden. Umgekehrt ist auch der Begriff der Kompetenzorientierung im Diskurs des lebenslangen Lernens fest verankert. Das ist in einer Äußerung von Bildungsministerin Heinisch-Hosek zu erkennen: »Die Strategie zum lebensbegleitenden Lernen leistet einen wichtigen Beitrag zur kompetenzorientierten, leistungsbezogenen und persönlichen Entwicklung aller Lernenden« (DF 5). Beide skizzierten Aspekte – eine Orientierung an Fähigkeiten und Handeln statt an Wissen, sowie eine stärkere Fokussierung auf berufliche Kontexte in Lernzielen und Unterrichtsmethoden in der Schule – haben nachhaltige Konsequenzen für die Organisation von Praktiken und damit für die Frage nach Machtverhältnissen.

#### 4.1 Kompetenzorientierung und standardisierte Lernzielvorgaben.

Der Wandel in den Bildungszielen und Bildungsinhalten von Schule hin zu einer stärkeren beruflich-qualifizierenden Orientierung ist in allen Schultypen, besonders aber in den Berufsbildenden Höheren Schulen klar zu beobachten. Gezielt sollen darin jene Kompetenzen erworben werden, die eine Integration in den Arbeitsmarkt erlauben und dort Aufstiegschancen eröffnen. Das verdeutlicht etwa das folgende Diskursfragment aus dem Lehrplan des Unterrichtsfaches Deutsch, 13. Schulstufe der Handelsakademien:

»Im Cluster ›Persönlichkeit und Bildungskarriere‹ erwerben die Schülerinnen und Schüler die Kompetenz, ihre individuelle Berufskarriere zu gestalten und sich situationsadäquat in Gesellschaft und Öffentlichkeit zu verhalten.

Die Schülerinnen und Schüler können ihre jeweils aktuelle Ausgangssituation für die Planung ihrer Karriere sowie für den Umgang mit gesellschaftlichen Herausforderungen einschätzen und darauf Weiterbildungsaktivitäten und Entwicklungsschritte aufbauen. Zudem verfügen sie über die Kompetenz, sich selbst zu organisieren« (DF 6).

In die Lehrpläne der Handelsakademien wurde 2014 das Unterrichtsfach »Business Behavior« neu aufgenommen. In einer begleitenden Broschüre dazu werden die zu erreichenden Bildungsstandards anhand eines Kompetenzmodells definiert, aus dem konkrete Deskriptoren entwickelt werden, womit die Leistungen der Schüler\*innen überprüft werden sollen. Aus dem Bereich »Selbstkompetenz« lautet ein solcher Deskriptor: »Ich kann mich im privaten, öffentlichen und beruflichen Bereich situationsgerecht verhalten und dem jeweiligen Kulturkreis angemessene Umgangsformen einsetzen « (DF 7, S. 8).

Doch was bedeutet eigentlich »situationsgerechtes Verhalten«? Was sind »dem jeweiligen Kulturkreis angemessene Umgangsformen«? Sind diese denn für alle möglicherweise auftretenden Situationen im Arbeitsleben generalisierbar und somit vorhersehbar bzw. erlernbar? Aber wenn nein: Woher kann ich dann jemals wissen, ob ich für alle möglichen Situationen vorbereitet sein könnte? Hier zeigt sich einerseits, dass diese Deskriptoren im Allgemeinen oft mehr Fragen aufwerfen, als dass sie Klarheit und Transparenz zu schaffen vermögen, sodass die Bildungsstandards in der Praxis oftmals keineswegs jene Objektivität und Vergleichbarkeit gewährleisten, die sie suggerieren. Jedoch zeigt er auch, dass diese gar nicht zu leisten ist, da die Vagheit und Unbestimmtheit in der Formulierung des Lernergebnisses zum Strukturmerkmal des Kompetenzbegriffs werden muss, wenn er auf den Arbeitsmarkt bezogen wird. Dies soll etwas ausführlicher erläutert werden.

Besonders im Diskurs um Lebenslanges Lernen wird postuliert, dass sich die Arbeitswelt und damit auch die Nachfrage von Fähigkeiten fortlaufend ändert. Im Curriculum der Berufsbildenden Höheren Schulen finden sich mit Verweis auf diesen Umstand vermehrt Kompetenzen wie »Selbst- und Sozialkompetenzen« und »Lernen lernen« (vgl. DF 8), die eine eigenverantwortliche Weiterbildung und Anpassung ermöglichen sollen. Allerdings existiert für die Kompetenz zur eigenverantwortlichen Weiterbildung kein Indikator, der bestimmen würde, ab wann diese als erworben gilt, denn die Existenz eines solchen ist wiederum strukturell unmöglich. Zum einen, weil sich in der Arbeitswelt der eigene Erfolg, die eigene Karriere im Verhältnis zur Konkurrenz bestimmt und nicht zu einer Notenskala. Sind meine Mitlernenden beschäftigungsfähig, bevor man es selbst ist, oder sind sie kompetenter als man selbst, genügt man nicht. Andererseits bestimmen sich diese Kompetenzen in Abhängigkeit eines für den Lernenden noch unbekanntes Inhalts, sodass dieser wiederum nicht wissen kann, ob die Kompetenz zur eigenverantwortlichen Weiterbildung wirklich genügend ausgeprägt ist. So wenig plausibel ein pau-

schaales »Lernen Lernen« völlig unabhängig des Gegenstandes auch scheinen mag – es ist das einzige Lernen, das im Sinne dieser Deutung möglich ist.

Indem sich der Lernerfolg im kompetenzorientierten Unterricht strukturell nicht mehr auf eine eindeutige Leistungsskala wie das schulische Notensystem bezieht, sondern sich erst in einer völlig unvorhersehbaren Zukunft des Individuums am Arbeitsmarkt zeigt, könnte daraus schlussgefolgert werden, dass daraus in Lernpraktiken eine konstante Unsicherheit und Unbestimmtheit resultiert. Trifft dies zu, so ist dies jedoch – anders als Höhne argumentiert, weniger die semantische Weitläufigkeit des Begriffs, der diese Unbestimmtheit erzeugt: Sie ist nicht im Begriff, sondern in seinem temporalen Bezug angelegt. Aus machtanalytischer Perspektive bedeutet dies nun zweierlei:

Mit Verweis auf die Notwendigkeit dieser Kompetenzen in der Arbeitswelt werden in bildungspolitischen Strategiepapieren Lernpraktiken so konzipiert, dass Individuen darin angehalten sind, im Modus der Selbstführung und Eigenverantwortung zu agieren. In didaktischen und methodischen Unterrichtskonzepten werden »offene« und »individualisierte« Unterrichtsformen wie Projektarbeit, forschendes Lernen, Wochenplanunterricht u.a. mit der Begründung forciert, dass dadurch das eigenverantwortliche Arbeiten, Zeitmanagement, kommunikative Kompetenzen u.dgl. erworben werden. Für Machtverhältnisse in der Schule bedeutet dies also, dass der Lernende zusehends die Verantwortung für seinen Lernerfolg übernehmen muss, ohne deswegen mehr Freiheiten im Unterricht zu erhalten. Formal ist er in seinem Modus Operandi natürlich freier (z.B. über seine freiere Zeiteinteilung oder gewisse Freiheiten bei der Wahl seiner Leistungsdemonstration) – aber der jeweils aktuelle Diskurs um »nötige Kompetenzen« legt bestimmte Gegenstände bzw. zu erwerbende Fähigkeiten nahe. Für das Individuum steht weitaus mehr auf dem Spiel, wenn das Lernziel nicht im Erreichen einer Note, sondern in der Beschäftigungsfähigkeit besteht; die Freiheit für die Gestaltung seiner Lernprozesse ist in vielen Fällen dann eher eine Pseudo-Entscheidung, die nicht-markttaugliches Lernen von vornherein ausschließt.

Ein zweiter Punkt schließt hier an: Wird »der Arbeitsmarkt« ontologisch zur Instanz erklärt, anhand derer Schüler\*innen »sinnvolles« von »überflüssigem« Lernen trennen sollen, ist genau jener mystifizierende und naturalisierende Diskurseffekt eingetreten, der bei Schneider schon beschrieben wurde. »Der Arbeitsmarkt« der Zukunft, von dem eigentlich niemand genau weiß wie er aussehen wird, wird zur rationalen und quasi-subjektiven Einheit erklärt, vor deren angenommener künftiger Verfasstheit sich Entscheidungen begründen oder legitimieren müssen. Die Macht, die von diesem (man könnte im Anschluss an Marx sagen) Fetisch ausgeht, ist damit also gleichzeitig diffus und unberechenbarer, sie erscheint als natürliche Entität und jenseits subjektiver Beeinflussbarkeit, wie auch total und existenziell – eine Unterwerfung unter dessen Zwänge scheint jedoch alternativlos und daher wie die einzig sinnvolle Entscheidung.

## 4.2 Selbstkontrollen und gegenseitige Beurteilungen

Im Zuge der Kompetenzorientierung haben sich die *Verfahren* der Leistungsbeurteilung zwar nicht formal geändert (mit Ausnahme der kompetenzorientierten Reifeprüfung), jedoch wurden im Zuge der Neuen Oberstufe Möglichkeiten geschaffen, die einen Aufstieg in die nächste Klasse mit einem oder mehreren »Nicht Genügend« ermöglichen. Parallel dazu zeigt sich seit einigen Jahren im Diskurs um ideales Lernen eine Zunahme von Stimmen, die eine *kulturelle* Reform der Leistungsbeurteilung, d.h. andere Formen der Leistungsfeststellung- und Bewertung fordern. Eine typische Aussage lautet dabei, die Leistungsbeurteilung solle von einer Defizit- zu einer Ressourcenorientierung wechseln; sie solle individuell und wertschätzend sein, Fehler als Chancen sehen und Lernfreude und Lernmotivation bewahren.

Begründet wird diese Forderung mit Aussagen, in denen sich eine widersprüchliche Vermischung von humanistisch-ethischen mit bildungsökonomischen Deutungen zeigt. Erstere wenden sich gegen eine »Pauker«-Mentalität und wollen den stigmatisierenden Charakter von Prüfungen überwinden. Letztere betonen die Notwendigkeit von Kreativität und Lernfreiheiten in Zeiten des gesellschaftlichen und beruflichen Wandels, in der eine standardisierte Prüfungskultur, ein »training to the test« und eine überbordende Selektionsfunktion der Schule dysfunktional sind. Diese Verdichtung zweier historisch konträrer Positionen findet sich etwa im folgenden Diskursfragment von Westfall-Greiter:

»Nicht nur die Wirtschaft liefert Gründe, warum eine frühe Auslese von Schülern und Schülerinnen und die Toleranz für mangelhafte Bildung junger Bürger und Bürgerinnen inakzeptabel sind. Auch die Anforderungen der Demokratie, der Kinder- und Menschenrechte sowie Fragen der Lebensqualität im Hinblick auf ein sinnvolles, glückliches Leben liefern Argumente dafür, dass das tradierte Schulsystem in vielerlei Hinsicht hemmend oder gar kontraproduktiv wirkt« (DF 9, S. 11).

Verfechter\*innen einer neuen Prüfungskultur schlagen vielfach vor, vom System der Ziffernoten abzugehen. In bildungspolitischen Strategiepapieren werden meist bekannte, teils ohnehin schon praktizierte Formen (alternative Wege der Leistungsdokumentation wie Portfolios, verbale oder lernzielorientierte Beurteilung) vorgeschlagen (vgl. Stern 2010). Enger mit dem Kompetenzbegriff verwoben sind dagegen die Methoden der informellen Kompetenzmessung (IKM, vgl. Benischek/Beer 2011) sowie jene ministeriell ausgearbeiteten Entwürfe sogenannter Kompetenzraster, die 2013 erstmals präsentiert wurden (vgl. Dorninger/Schrack 2013; Neuweg 2015), und die langfristig die bisherige Form der Leistungsbeurteilung ablösen sollen<sup>3</sup>.

3 Diese Zielsetzung lässt sich in den Dokumenten eindeutig belegen, aber ob dies unter der seit Dezember 2017 regierenden Bundesregierung unter Kanzler Kurz noch verfolgt werden wird, lässt sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht sagen. Die 2019 erfolgte Wiedereinführung der Ziffernoten in den Volksschulen spricht eher dagegen.

Die IKM und die Kompetenzraster basieren im Kern auf einer stärkeren Ergebnisorientierung; sie fördern die Sichtbarkeit von Leistung und sollen damit zu einer Individualisierung des Unterrichts beitragen (weil sichtbar wird, welche Leistungen der Einzelne erbracht hat). Sie integrieren zudem Elemente der Selbst- und Fremdbeurteilung: Schüler\*innen sollen ihre Leistung mit anderen vergleichen können und dadurch nicht nur die konkrete eigene Leistung einschätzen lernen, sondern auf Basis der Leistungskontrolle ihre eigenen Lernpläne entwickeln, um sichtbare Defizite zu beheben. Diese Form der Beurteilung solle daher das

»selbstständige und selbstverantwortete Lernen fördern und auch eine sowohl auf die Sachnorm als auch auf die Individualnorm bezogene Selbst und Fremdbeurteilung unterstützen. Die Leistungsfeststellungen, die nicht mehr im aktuellen Ausmaß normiert werden sollen und auch von den Lernenden selbst initiiert (z. B. Portfolioeinlagen) und entwickelt werden können, hätten damit auch lernfördernde Eigenschaften« (Schmiedinger/Hofmann/Stern 2016, S. 76).

Formen der Leistungsrückmeldung werden in bildungspolitischen Strategiepapieren also wesentlich mit ihrer höheren Produktivität, mit einer Steigerung der Leistungsmotivation, und damit der Lernleistungen begründet. Diese Formen der Leistungsbeurteilung würden dem Individuum erlauben, Stärken gezielt zu fördern und so die Motivation am Lernen zu erhalten. Dazu kommt noch eine zweite Aussage, wonach die Beurteilung und Rückmeldung von Leistung an andere, wie auch das kritische Bewerten der eigenen Leistung eine bedeutende Kompetenz darstelle. Sie sei eine Bedingung für das eigenverantwortliche Arbeiten an sich selbst und die Steigerung der eigenen Employability. Als Parameter, an denen sich die Lernenden dabei orientieren sollen, fungieren die bereits erwähnten Deskriptoren.

Schulische Machtverhältnisse erfahren durch die Akzentuierung von Selbst- und Fremdbeurteilung eine Veränderung, denn die Lehrperson muss einen Teil ihrer Definitionsmacht über die Qualität von Lernergebnissen abgeben, um diese Beurteilungsverfahren in Lernpraktiken zu realisieren. Somit steigt der Einfluss außerschulisch-diskursiver Wissensordnungen für die Beurteilung, besonders wenn die Anwendung von Kompetenzen in Sachverhalten des »richtigen Lebens«, z.B. in wirtschaftlichen Zusammenhängen (wie im Beispiel aus dem vorigen Abschnitt) beurteilt wird. Sertl und Bremer/Bittlingmayer (beide in: Patzner/Rittberger/Sertl 2008) haben bereits die Vermutung geäußert, dass der Einfluss der sozialen Herkunft (Vorteile einer bildungsnahen Sozialisation) durch Beurteilungspraktiken im offenen Unterricht zunimmt. Die Beurteilungskriterien der Schule würden sich an den Klassifikations- und Ordnungsstrukturen der Mittelschicht orientieren, und Kindern aus diesen Schichten seien diese eher bekannt als Kindern aus bildungsfernen Schichten. Kompetenzorientierte Beurteilungsformen dürften diese Effekte verstärken, wenn sie sich auf die erwähnten Deskriptoren und ihre oftmals immanente Vagheit stützen: denn das »richtige« Ergebnis kontextualisiert sich, wie im vorigen Beispiel, in vielen Fällen wohl vor dem soziokulturellen Milieu der Mittelschicht. Gerade im Falle von Soft Skills wird Lernenden

aus bildungsfernen Schichten die Einsicht, warum sie schlechter sind als ihre bildungsbürgerlichen Mitschüler\*innen, hier auch eher nicht von selbst kommen. So erscheinen Schüler\*innen bildungsnaher Herkunft dann als »begabter«, da sie von selbst die »richtigen« Lösungen fänden.

### 4.3 Kompetenzorientierung und Freude am Lernen.

In den kompetenzorientierten Formen der Leistungsbeurteilung fand sich bereits der Hinweis auf die Wichtigkeit von Lernfreude und Lernmotivation; der Unterricht soll den Schüler\*innen Spaß machen und Freude am Lernen vermitteln. Historisch betrachtet sind hier zwei Diskurspositionen verknüpft: Reformpädagogisch beeinflusste Akteur\*innen intendierten eine »Humanisierung der Schule« und wollten Disziplinierung und Leistungsdruck bekämpfen (solche Gedanken finden sich etwa in der Montessori- oder Freinet Pädagogik). BildungsökonomInnen argumentieren dagegen mit Rückgriff auf die Hirnforschung, dass Lernprozesse effizienter werden, wenn Lernende Freude bei der Sache empfinden. Lernen würde nachhaltiger, Kreativität ermöglicht, der Bezug zur eigenen Leistung hergestellt und Eigenverantwortung gestärkt. Freude am Lernen stärkt in dieser Deutung das Leistungsprinzip, das vielfach von reformpädagogischen oder sozialdemokratischen Akteur\*innen noch als das Übel erkannt wurde. In dieser neuen, gegenwärtig dominanten Diskursposition kann demnach Freude am Lernen auch Freude an der Leistung bedeuten, wie im folgenden Diskursfragment argumentiert wird:

»Leistung wird gefordert, ist wichtig und stärkt das Selbstwertgefühl (Es war ein hartes Stück Arbeit, aber ich hab's geschafft!) und steigert die Bereitschaft, sich neuen Herausforderungen zu stellen, [...] Positive Lernergebnisse, erreichte Ziele setzen eine Motivationsspirale in Gang, sie können uns im wahrsten Sinne des Wortes beflügeln. Leistung und Freude am Lernen sind also kein Widerspruch, ganz im Gegenteil!« (DF 10, S. 5).

Die Schule möchte also die Wirksamkeit und Effizienz von Lernprozessen steigern, indem das Wohlbefinden der Schüler\*innen erhöht wird. Freude zu vermitteln, wird zum expliziten Ziel von Unterricht. Dabei sind sich die Sprecher\*innen durchaus bewusst, dass Minderjährige noch über kein autonom gebildetes und persistentes Verständnis von Freude verfügen. In bildungspolitischen Strategiepapieren findet sich die Aussage, die Sozialisationsfunktion von Schule aktiv zu nutzen, um die Persönlichkeit von Schüler\*innen und ihre Wahrnehmung und Einstellung zu Dingen zu formen. Dies wird – wiederum in Bezug auf ökonomische Kontexte – sogar als explizites Bildungsziel von Schule proklamiert. So formuliert etwa die frühere Bildungsministerin Claudia Schmied: »Die Schule nimmt immer mehr die Rolle eines Lebensraumes ein, der eine Vorbereitung für zukünftige Lebensräume darstellen muss. Wir brauchen Menschen mit Eigenschaften« (DF 11, S. 14). Und konkret heißt es etwa in Bezug auf den Leistungsbegriff, die Schule solle einen »produktiven Leistungsbegriff von einer

Leistungsbürde hin zur Freude an individuell erbrachter Leistung« vermitteln (Benischek/Beer 2011, S. 18).

Dies geht also über eine bloß angenehme Gestaltung von Lernumgebungen und Lernpraktiken hinaus – der Lernende wird selbst zum bearbeitenden Objekt des Lernens. Die Schule soll sich der Persönlichkeit des Lernenden annehmen, sie soll ihn zu spezifischen Deutungen und Interpretationen anleiten, wie das Beispiel einer beabsichtigten Neuverknüpfung von »Leistung« mit »Freude« anschaulich macht. Zwar wurde in der Bildungswissenschaft rund um die Debatten um den »heimlichen Lehrplan« (Zinnecker 1975) schon darauf hingewiesen, dass in der Schule nicht nur Wissen und Kompetenzen erworben werden, sondern auch Normen, Werte und Einstellungen. Indes wird in bildungspolitischen Strategiepapieren explizit der Zugriff auf die Persönlichkeit des Lernenden postuliert und vermerkt, dass dieser Zugriff auch Ebenen des Erlebens, Fühlens und – verbunden mit dem Leistungsbegriff – des persönlichen und politischen Bewusstseins umfassen soll.

Für die Frage der Machtverhältnisse hat dieser Aspekt der Kompetenzorientierung die wohl gravierendsten Konsequenzen, denn es ist klar, dass über den Zugriff auf emotionale Wahrnehmungsmuster die bestehenden Machtstrukturen in ganz anderer Weise erkannt und gedeutet werden. Ein hypothetisches Beispiel: Lernt ein/e Schüler\*in zunächst fremdbestimmt und unwillig, jedoch nach Bearbeitung seiner/ihrer Persönlichkeit gerne und mit Freude, so wird er/sie den Aufforderungscharakter hinter der Lernpraxis tatsächlich nicht mehr erkennen. Übernimmt das Individuum die angebotene Deutung, wandelt sich Lernen in ein subjektives Bedürfnis. Das bedeutet nicht nur, dass die Aufforderung internalisiert wird – der Machttechnik entsprechend hört der Zwang tatsächlich auf, zu existieren. Eine Beschreibung wie die »Schule der Roboter« (Langer 2012) trifft dann nicht mehr zu, denn Roboter haben keinen Willen und sind heteronom fremdgesteuert. Deutungen zu übernehmen bedeutet, dass diese zwar genuin nicht die eigenen sind, dass sie jedoch als eigene wahrgenommen werden und ein entsprechendes Handeln als authentisch und selbstbestimmt erlebt wird. Will man dafür eine pointierte Formulierung, wäre die »Schule des Stockholm-Syndroms« daher vermutlich akkurater.

Dass in der Schule tatsächlich eine Subjektivierungspraxis stattfindet, die in dieser Weise eine totale Formierung der persönlichen Eigenschaften der Lernenden, ihrer Gefühle und Weltsichten impliziert, wird nicht immer der Fall sein und ist nicht prognostizierbar. Diese Ausführungen sollen aber so verstanden werden, dass auf Diskursebene gegenwärtig eine Deutungsverschiebung stattfindet, in der allgemeine Normen wie Leistung und Kompetenz auf relative, subjektive Zustände, Emotionen und Affekte bezogen werden. Und so scheint schon denkbar, dass in Lernpraktiken Macht über einen Appell an die emotionale Ebene der Schüler\*innen ausgeübt werden könnte und dass durchaus eine Mehrheit diesem Ruf folgen könnte, um Leistungsziele zu verwirklichen – womöglich zur Verwunderung einzelner, die dieser Anrufung widerstehen könnten und sich dann wundern, warum eine große Mehrheit anders denken würde als sie selbst. In diesem Fall sinken die Möglichkeiten des einzelnen Lernenden, dagegen organisiert zu rebellieren, weil er die ursprüngliche Heteronomie dieses Appells seinen Mitlernenden nur sehr schwer bewusst machen könnte.

## 5. Diskussion

Zusammenfassend gesprochen zeigt sich ein ambivalenter, ambiguitärer Charakter gegenwärtiger Machtverhältnisse, der in der formalen Gewährung neuer Möglichkeiten durch die Öffnung und Entgrenzung von Unterricht besteht. Durch eine gleichzeitige Intensivierung des Leistungsprinzips über eine informelle Druck- und Konkurrenzsituation kann nicht davon ausgegangen werden, dass die formal gegebenen Freiheiten des Lernenden tatsächlich vielfältiger interpretiert werden können. Wie viele Aussagen im Diskurs gezeigt haben, ist dies vielfach auch nicht als Zielsetzung hinter der Veränderung der Unterrichtsstruktur zu vermuten: Eher bestand diese in einer wohl kalkulierten und fokussierten Freisetzung kreativer Ressourcen, die so erfolgen soll, dass sie für das Individuum nützlich sind und diese Freisetzung das Individuum für den Arbeitsmarkt qualifiziert.

Gegenwärtige schulische Machtverhältnisse lassen sich also in einer Abnahme sichtbarer, repressiver und direkter Mechanismen innerhalb der Schule bei einem gleichzeitig steigenden Einfluss schulexterner, diskursiv generierter Wissensbestände charakterisieren. Der Charakter dieser Wissensbestände und dessen Funktionsweise als Machttechnik besteht in der beschriebenen Aussage der Unbestimmbarkeit und Ungewissheit von Lebensverläufen. In der Analyse von Deleuze bedeutete die Einschließung in die Fabrik zumindest die Gewissheit eines Arbeitsplatzes und eine Planbarkeit des Lebensverlaufes. Die heutigen Lebensverläufe scheinen demgegenüber unvorhersehbar, jenseits der eigenen Kontrolle und Planbarkeit; die gegenwärtige Ökonomie scheint keine existenzsichernde Beschäftigung für alle zu bieten. Daraus ergibt sich die Wahrnehmung, dass berufliche Qualifikationsschritte, die eine Sicherung der eigenen Existenz ermöglichen, nicht im Vorfeld bestimmbar sind. Die eigene Stellung, als Ergebnis von Arbeit und Qualifikation, ergibt sich im Vergleich zu Mitbewerber\*innen, woraus sich das Postulat kontinuierlicher Selbstdisziplinierung ergibt.

Gegenwärtige Machttechniken in der Schule ähneln, so die hier vorgenommene Interpretation, dem in der Verhaltensökonomie entwickelten Steuerungselement des Nudging (wörtlich »Anstupsen«, vgl. Sunstein 2014). In diesem Ansatz wird mit »sanftem Druck«, also Anreizen und kreative Methoden, mit dem Geboten der Vernunft und weniger mit klaren Regeln und Verboten versucht, auf Verhaltensentscheidungen einzuwirken. Die in den bildungspolitischen Strategiepapieren entworfenen und empfohlenen Lernsettings sind vielfach so strukturiert, dass sie von einschränkenden Regulierungen, Übungen und Strafen absehen und auf Elemente zurückgreifen, die Produktivität und Kreativität fördern. Jedoch beziehen sie ihre Begründungen nicht mehr aus den Regeln der Institution, sondern auf die Zukunft des Individuums: Die Maxime lautet nun »Lerne, denn es ist wichtig für dich selbst und deine Zukunft«, und nicht mehr »Lerne, damit du eine gute Note bekommst«. Je nach Interpretation könnte man demnach festhalten, dass Schule verständnisvoller wird und ein sanfteres Antlitz entwickelt, indem sie von Sanktionen zusehends absieht und keine starre Institution ist, die in der Regeln um ihrer selbst willen befolgt werden sollen. Andererseits bezogen sich frühere schulische Sanktionsmechanismen häufiger auf klar definierte Bereiche, während Mechanismen der Selbst- und

Fremdbeurteilung, das Induzieren von Freude am Lernen usw. den Zugriff der Institution immer weiter ausweiten. Man könnte daher auch sagen, Schule leitet, wie schon Althusser (2010, S. 67) bemerkt hat, »in eben den Jahren, in denen das Kind am leichtesten ›verwundbar‹ ist«, wesentlich weitreichendere Subjektivierungsprozesse an und sorgt mit umfassenderen Machttechniken für deren Einnahme. Die Wirkungspraxis dieser Art der Führung ist jedoch, dass sie selbst unsichtbar wird, keine expliziten Anweisungen mehr geben und keine Kontrollen mehr durchführen muss; dass die Subjekte in der Lage sind, sich selbst im Sinne der institutionellen Regeln zu verhalten, da sie deren Zielsetzungen und Wünsche verinnerlicht haben. Es ist ein Machteffekt, der jenem sehr ähnelt, der einleitend mit dem Begriff der Gouvernamentalität beschrieben wurde.

Grabau und Rieger-Ladich (2014) betonen mit dem Begriff der Heterotopien, dass Institutionen immer auch die Bedingungen ihrer Subversionen hervorbringen können. Machtverhältnisse seien niemals determinierend – dem ist natürlich zuzustimmen. Interessant sind die Beispiele, an denen sie ihre These illustrieren – die Beobachtung, dass Schüler\*innen ihre Hefte »mit aufwändigen Verzierungen versehen und [diese] auf diese Weise zu ästhetischen Objekten« werden, und dass die »schwer einsehbare umlaufende Kante der Tische von den Schüler/innen als Kommunikationsmedium gebraucht werden« (Grabau/Rieger-Ladich 2014, S. 76). Man könnte nun folgern, dass die machtfreien Nebenorte in der Schule nicht gerade Konjunktur haben. Wenn gelegentliches Schwätzen und Heftgekritzel das Einzige wäre, was Schüler\*innen an Freiräumen bliebe, könnte das bedeuten, dass die Machtausübung in der Schule sehr weitreichend wäre und die Subversionspotentiale überschaubar.

In diesem Artikel wird argumentiert, dass die Einnahme der schulischen Subjektpositionen über eine Anrufung als Kompetenzsubjekt, das fit für den Arbeitsmarkt sein soll, erreicht wird. Eine Opposition gegen diese Subjektivierungsform findet sich mit der Deutung konfrontiert, dass das Subjekt damit nicht der Schule schaden würde, sondern in erster Linie sich selbst. Wer sich den schulischen Lernpraktiken und dem Leistungsprinzip verweigert, dem droht, auf der Strecke zu bleiben – Arbeitslosigkeit und Armut stehen als Folgen im Raum. Daraus folgert jedoch, dass (und die Schüler\*innenproteste der jüngeren Vergangenheit könnten als Beleg für diese These gewertet werden) ein Unterlaufen schulischer Machtverhältnisse paradoxerweise nicht in, sondern außerhalb der Schule stattfindet, weil er sich dort in produktiver Weise artikulieren kann, wohingegen er in der Schule als bloßer Störfaktor interpretiert wird.

## Literatur

- Agostinone-Wilson, F. (2006): Downsized discourse: Classroom management, neoliberalism, and the shaping of correct workplace attitude. In: *Journal for Critical Education Policy Studies*, 4(2), 129–158.
- Alkemeyer, T., Budde, G., & Freist, D. (Hrsg.). (2013): *Selbst-Bildungen: soziale und kulturelle Praktiken der Subjektivierung* (Vol. 1). Bielefeld: Transcript Verlag.
- Althusser, L. (2010): *Gesammelte Schriften*. 5, Ideologie und ideologische Staatsapparate. Hamburg: VSA.

- Au, W./Apple, M. W. (2011): Rethinking reproduction: Neo-Marxism in critical education theory. In: Apple, M. W./Au, W./Gandin L. A. (Hrsg.): *The Routledge international handbook of critical education*. New York/ London: Routledge, S. 93–105.
- Beer, R./ Benischek, I.: Aspekte kompetenzorientierten Lernens und Lehrens. In: BIFIE (2011) (Hrsg.): *Kompetenzorientierter Unterricht in Theorie und Praxis*. Graz: Leykam.
- Breit, H./Rittberger, M./Sertl, M. (2005) (Hrsg.): *Kontrollgesellschaft und Schule*. Schulheft 118. Innsbruck: Studien-Verlag.
- Bröckling, U./Krasmann, S./Lemke, T. (2000): *Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Christof, E./Ribolits, E. (2015) (Hrsg.): *Bildung und Macht. Eine kritische Bestandsaufnahme*. Wien: Löcker.
- Deleuze, G. (1993): *Unterhandlungen*, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Dorning, C./Schrack, C. (2013): Neuintepretation der Leistungsbeurteilung. In: *WissenPlus* 4/2012/13, S. 10–13.
- Foucault, M. (1982): *Subjekt und Macht*. In: Ders. (Hrsg.) (2005): *Analytik der Macht*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 269–294.
- Foucault, M. (1993): *Die Ordnung des Diskurses*. 2. Auflage. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Gee, J. P./Green, J. L. (1998). *Discourse analysis, learning, and social practice: A methodological study*. In: *Review of research in education*, 23(1), S. 119–169.
- Grabau, C./Rieger-Ladich, M. (2014): *Schule als Disziplinierungs- und Machtraum: Eine Foucault-Lektüre*. In: Hagedorn, J. (Hrsg.): *Jugend, Schule und Identität: Selbstwerdung und Identitätskonstruktion im Kontext Schule*, S. 63–79.
- Höhne, T. (2007): *Der Leitbegriff ›Kompetenz‹ als Mantra neoliberaler Bildungsreformer*. In: Pongratz, L./Reichenbach, R./Wimmer, M. (2007) (Hrsg.): *Bildung – Wissen – Kompetenz*. Bielefeld: Janus Verlag, S. 30–44.
- Keller, R. (2014): *Wissenssoziologische Diskursforschung und Deutungsmusteranalyse*. In: Behnke, C./ Lengersdorf, D./Scholz, S. (Hrsg.): *Wissen – Methode – Geschlecht*. Wiesbaden: Springer, S. 143–159.
- Keller, R. (2011): *Wissenssoziologische Diskursanalyse. Grundlegung eines Forschungsprogramms*. Wiesbaden: Springer.
- Keller, R. (2008): *Diskurse und Dispositive analysieren: Die wissenssoziologische Diskursanalyse als Beitrag zu einer wissensanalytischen Profilierung der Diskursforschung*. In: *Historical Social Research* 33 (1), S. 73–107.
- Kurtz, T./Pfadenhauer, M. (Hrsg.) (2009): *Soziologie der Kompetenz*. Wiesbaden: Springer.
- Langer, A. (2008): *Disziplinieren und entspannen: Körper in der Schule. Eine diskursanalytische Ethnographie*. Bielefeld: Transcript.
- Langer, R. (2012): *Die Schule der Roboter*. In De Vincenti, A./ Geiss, M. (Hrsg.): *Verwaltete Schule*. Wiesbaden: Springer., S. 165–179.
- Lederer, B. (2015): *Kompetenz oder Bildung: Eine Analyse jüngerer Konnotationsverschiebungen des Bildungsbegriffs und Plädoyer für eine Rück- und Neubestimmung auf ein transinstrumentelles Bildungsverständnis*. Hamburg: Tredition.
- Liessmann, K. (2015): »Kompetenzorientierung verhindert die Kompetenzentwicklung«. Interview, In: *Profil* 52/2015, <https://www.profil.at/portfolio/aufstieg/liessmann-6175594> (Abruf 24.06.2020).
- Neuweg, G. (2015): *Kontextualisierte Kompetenzmessung. Eine Bilanz zu aktuellen Konzeptionen und forschungsmethodischen Zugängen*. In: *Zeitschrift für Pädagogik*, 61 (3), S. 377–383.
- Patzner, G./Rittberger, M./Sertl, M. (2008) (Hrsg.): *Offen und frei? Beiträge zur Diskussion Offener Lernformen*. Schulheft 130. Innsbruck: Studien-Verlag.
- Popkewitz, T. (1997): *A changing terrain of knowledge and power: A social epistemology of educational research*. In: *Educational researcher*, 26(9), S. 18–29.
- Ricken, N. (2007): *Die Ordnung der Bildung: Beiträge zu einer Genealogie der Bildung*. Wiesbaden: Springer.

- Ricken, N., Casale, R., & Thompson, C. (Hrsg.). (2018): *Subjektivierung. Erziehungswissenschaftliche Theorieperspektiven*. Paderborn: Verlag Ferdinand Schöningh.
- Rose, N. (2019): Erziehungswissenschaftliche Subjektivierungsforschung als Adressierungsanalyse. In Geimer, A./Amling, S./Bosančić, S. (Hrsg.). *Subjekt und Subjektivierung* (pp. 65–85). Wiesbaden: Springer.
- Schmiedinger, E./Hofmann, F./Stern, T. (2016): Leistungsbeurteilung unter Berücksichtigung ihrer formativen Funktion. In: Bruneforth, M./Lassnigg, L./Vogtenhuber, S./Schreiner, C./Breit, S. (Hrsg.): *Nationaler Bildungsbericht Österreich 2015, Band 1*. Graz: Leykam, S. 59–95.
- Schneider, W. (2015): Dispositive... – überall (und nirgendwo)? Anmerkungen zur Theorie und methodischen Praxis der Dispositivforschung. In: Othmer, J./Weich, A. (Hrsg.): *Medien–Bildung–Dispositive*. Wiesbaden: Springer, S. 21–40.
- Sunstein, C. R. (2014): Nudging: a very short guide. In: *Journal of Consumer Policy*, 37(4), S. 583–588.
- Stern, T. (2010): *Förderliche Leistungsbewertung*. Wien: ÖZEPS.
- Strauss, A./Corbin, J. (1990): Grounded theory research: Procedures, canons and evaluative criteria. *Zeitschrift für Soziologie*, 19 (6), S. 418–427.
- Strübing, J. (2014): *Grounded Theory. Zur sozialtheoretischen und epistemologischen Fundierung eines pragmatistischen Forschungsstils*. Wiesbaden: Springer.
- Vassallo, S. (2013): Resistance to Self-Regulated Learning Pedagogy in an Urban Classroom: A Critique of Neoliberalism. In: *Journal for Critical Education Policy Studies (JCEPS)*, 11(2), S. 239–281.
- Zinnecker, J. (1975): *Der heimliche Lehrplan. Untersuchungen zum Schulunterricht*. Wein heim: Beltz.

## Quellenverzeichnis

- DF 1: Junge Industrie fordert Bildungsscheck und mehr Wettbewerb zwischen den Schulen. Pressemitteilung der Industriellenvereinigung Österreich vom 16.12. 2004, verfügbar unter: [http://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20041216\\_OTS0075/junge-industrie-fordert-bildungsscheck-und-mehr-wettbewerb-zwischen-den-schulen](http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20041216_OTS0075/junge-industrie-fordert-bildungsscheck-und-mehr-wettbewerb-zwischen-den-schulen) (Abruf 24.06.2020).
- DF 2: Erläuterungen zur Änderung des Schulunterrichtsgesetzes. Verlautbarung im Bundesgesetzblatt I Nr. 117/2008, verfügbar unter: <https://www.ris.bka.gv.at/eli/bgbl/I/2008/117> (Abruf 24.06.2020).
- DF 3: Regierungsprogramm für die XXIII. Gesetzgebungsperiode. Publiziert vom Bundeskanzleramt Österreich. Verfügbar unter: [https://images.derstandard.at/20070109/regierungsprogramm\\_09012007.pdf](https://images.derstandard.at/20070109/regierungsprogramm_09012007.pdf) (Abruf 24.06.2020).
- DF 4: Dritter Bericht zur Umsetzung der Strategie LLL:2020. Bundesministerium für Bildung und Frauen, Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft, Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz. Verfügbar unter: [http://www.uniko.ac.at/modules/download.php?key=6784\\_DE\\_O&cs=163F](http://www.uniko.ac.at/modules/download.php?key=6784_DE_O&cs=163F), (Abruf 24.06.2020).
- DF 5: Heinisch-Hosek/Hundstorfer: Vierter Bericht zu »Strategie zum lebensbegleitenden Lernen in Österreich«. Pressemitteilung des Bundesministeriums für Bildung und Frauen. Verfügbar unter: [https://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20150630\\_OTS0213/heinisch-hosekhundstorfer-vierter-bericht-zu-strategie-zum-lebensbegleitenden-lernen-in-oesterreich](https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20150630_OTS0213/heinisch-hosekhundstorfer-vierter-bericht-zu-strategie-zum-lebensbegleitenden-lernen-in-oesterreich), (Abruf 24.06.2020).
- DF 6: Lehrplan der Zweisprachigen Handelsakademie. Bundesgesetzblatt. Nr. 895/1994 zuletzt geändert durch BGBl. II Nr. 105/2018. Verfügbar unter: <https://www.ris.bka.gv.at/NormDokument.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10008944&Artikel=&Paragraf=&Anlage=1%2F02&Uebergangsrecht=>, (Abruf 24.06.2020).
- DF 7: Schulartenübergreifender Bildungsstandard in der Berufsbildung Handelsakademien (HAK), Business Behaviour Broschüre des QIBB, Qualitätsinitiative der österreichischen berufsbildenden Schulen. Verfügbar unter: <https://www.bildungsstandards.berufsbildendeschulen.at/sites/default/files/broschuere/BBS-Bildungsstandards-Broschuere-Business-Behaviour-HAK.pdf> (Abruf 24.06.2020).

- DF 8: Bildungsziele der Handelsakademie. Informationsseite des Bundesministeriums für Bildung über die Handelsakademie. Verfügbar unter: [https://www.hak.cc/die\\_hak\\_has/schulformen/hak/bildungsziel](https://www.hak.cc/die_hak_has/schulformen/hak/bildungsziel) (Abruf 24.06.2020)
- DF 9: Westfall-Greiter, T. (Hrsg.) (2015). Vorschläge für eine Entscheidungsgrundlage zur Ermittlung einer Gesamtnote auf Basis der Erprobung im SJ 2012/13. Verfügbar unter: [http://www.nmsvernetzung.at/pluginfile.php/9615/mod\\_glossary/attachment/3188/Erfahrung%20mit%20der%20Entscheidungsgrundlage%2020140217%20final.pdf](http://www.nmsvernetzung.at/pluginfile.php/9615/mod_glossary/attachment/3188/Erfahrung%20mit%20der%20Entscheidungsgrundlage%2020140217%20final.pdf) (Abruf 24.06.2020).
- DF 10: Schulqualität Allgemeinbildung: Über das Lernen. Leittext der Sektion 1 im Bildungsministerium. Verfügbar unter: <http://www.sqa.at/course/view.php?id=35> (Abruf am 24.06.2020).
- DF 11: Interview mit Claudia Schmied, in: Schule im Aufbruch. ILS- Mail 1/2008, S. 13–14, verfügbar unter: [https://www.uibk.ac.at/ils/ilsmail/pdf\\_ils\\_mail/schule\\_im\\_umbruch\\_online.pdf](https://www.uibk.ac.at/ils/ilsmail/pdf_ils_mail/schule_im_umbruch_online.pdf) (Abruf 24.06.2020).

*Anschrift:*

Michael Brandmayr, Ph.D.  
Universität Innsbruck  
Institut für Erziehungswissenschaft  
Liebeneggstraße 8  
A-6020 Innsbruck  
0043/660/4844493  
Michael.brandmayr@uibk.ac.at

Alexander Hamedinger

Barbehön, Marlon (2015):  
Die Europäisierung von Städten als  
diskursiver Prozess.  
Urbane Konstruktionen des  
Mehrebenensystems und die lokale  
Umsetzung europäischer Politik.  
Baden-Baden: Nomos.

Der Politikwissenschaftler Marlon Barbehön schlägt in dieser leicht überarbeiteten Fassung seiner Promotionsschrift Brücken zwischen einer an Michel Foucault angelehnten Diskursforschung und der Forschung zur Europäisierung allgemein und von Städten im Besonderen. In der Einleitung (Kap. 1) werden beim Leser entsprechend hohe Erwartungen geweckt, etwa wenn davon die Rede ist, dass die Untersuchung »drei Forschungsrichtungen und Theorietraditionen« (S. 15) zusammenführt: »Europäisierung, Diskurs und Stadt«.

In der wissenschaftlichen Begründung seiner Themenstellung führt der Autor aus, dass die EU für städtische Politik in den vergangenen Jahren immer wichtiger geworden ist. Daher sei es auch notwendig, mehr über den Zusammenhang zwischen Europäischer und lokaler Ebene der Politik zu wissen. Dabei, so Barbehön, ist zu diesem Zusammenhang in bisherigen Forschungsarbeiten aus diskurstheoretischer Sicht nur wenig gesagt worden. Wenn die EU als »Produkt lokaler Aneignungs- und Deutungsleistungen« (S. 15) verstanden wird, könne eine Wissenslücke in der diesbezüglichen Forschung geschlossen und gleichzeitig verstanden werden, warum Städte in ihren lokalen Handlungsmöglichkeiten auf EU-Vorgaben (etwa in Form der in der vorliegenden Arbeit untersuchten Feinstaubrichtlinie) unterschiedlich reagieren. Vor dem wissenschaftstheoretischen Hintergrund des Sozialkonstruktivismus ist die EU daher auch nicht als externes, von Deutungszuschreibungen unabhängiges Objekt zu betrachten, an dessen Vorgaben sich die Städte mehr oder weniger anpassen, sondern als soziales Konstrukt, welches sich von Stadt zu Stadt unterscheidet. Ausgangspunkt der Forschung zum bereits genannten Zusammenhang müssen daher – so der Autor – diskursive Konstruktionen der EU

in den einzelnen Städten sein. Marlon Barbehön verschränkt in seiner Untersuchung von Dortmund und Frankfurt also zwei Perspektiven: »die Rekonstruktion der stadtspezifischen Europadiskurse« und die »lokalpolitischen Handlungsmöglichkeiten, die durch diese Diskurse erzeugt werden« (S. 20). Die lokal unterschiedlichen Europadiskurse bilden demnach das hinsichtlich des Umgangs mit der EU-Feinstaubrichtlinie »Sagbare«, und »Machbare«, d.h. das, was an Maßnahmen und Handlungsmöglichkeiten möglich oder eben nicht möglich ist. Oder wie er es an anderer Stelle formuliert, geht es ihm darum,

»den vielfältigen empirischen Hinweisen auf die städtische Spezifik von europapolitischen Orientierungsleistungen systematisch auf den Grund [zu] gehen sowie die variablen lokalpolitischen Reaktionen auf das Regieren im Mehrebenensystem in Abhängigkeit der ermöglichenden und einschränkenden Wirkung kollektiver Sinnsysteme in den Blick nehmen zu können« (S. 102).

Der Ort mach also signifikant einen Unterschied, und daher ist es notwendig, zu rekonstruieren wie Impulse der EU lokal wahrgenommen, interpretiert und in lokale Bedeutungskontexte gesetzt werden.

Die nächsten beiden Kapitel widmet Barbehön dem Stand der Forschung zum Verhältnis zwischen Städten und Europa (Kapitel 2) sowie zur Europäisierung (Kapitel 3). Große Aufmerksamkeit bekommt dabei das Europäische Recht und seine Bedeutung für die Städte, zum Beispiel im Bereich der kommunalen Daseinsvorsorge (Stromversorgung etc.), die in den Mittelpunkt von Maßnahmen der Marktliberalisierung gerückt ist. Ebenso nennt der Autor u.a. die Ausschreibungspflicht öffentlicher Aufträge sowie verschiedene Vorgaben der Europäischen Umweltpolitik, die vor allem die städtische Planungspolitik betreffen. Weiterhin ist die Europäische Struktur- und Raumordnungspolitik für die Städte bedeutsam. Der Autor skizziert kurz die historische Entwicklung der Politik der EU in diesem Themenfeld. Laut Barbehön bekamen die Städte darin eine immer größere Rolle. Gleichzeitig verweist er auf empirische Arbeiten, in denen deutlich gemacht wurde, dass über bestimmte EU-Förderprogramme Strukturen der lokalen politisch-administrativen Systeme verändert wer-

den können. Schließlich geht Barbehön noch auf die Beteiligungsmöglichkeiten der Städte an der Entwicklung Europäischer Politik ein (z.B. über transnationale Städtetzwerke wie Eurocities). Interessant sind zudem seine Ausführungen zu den Auswirkungen der Europäischen Integration auf die Veränderung von »lokalpolitischen Institutionen und Prozessen« (S. 47 ff.). Dies vor allem deswegen, weil er Lücken in den diskutierten Forschungsansätzen identifiziert. In diesen werde oft von lokalen Bedingungsbeziehungen oder von einer lokalen politischen Kultur gesprochen, ohne genau auszuführen, was damit gemeint ist.

In Kapitel 3 folgt nun eine sehr detaillierte Auseinandersetzung mit dem Ansatz der Europäisierung. Dabei wird entweder von einer »Anpassungsleistung« der Städte gesprochen (»goodness of fit«, S. 76). Der Autor kritisiert dieses Verständnis von Europäisierung, das ein sehr reduziertes und einseitiges Bild des Wechselverhältnisses zwischen Städten und der EU darstellt, in dem lokale Bedeutungszuschreibungen auch gar nicht vorkommen. Oder es wird in der Literatur von einem »Wandel politischer Horizonte« auf nationaler und lokaler Ebene (S. 79) gesprochen, in denen die EU als neuer Bezugspunkt erscheint. In diesen Forschungsansätzen werde im Vergleich zum vorher genannten von einer bottom-up Logik ausgegangen, in dem (lokale) Akteur\*innen in den Mittelpunkt der Analyse rücken. Für den Autor bieten diese Ansätze einige Anschlusspunkte für seine empirische Untersuchung, da die »Wahrnehmung der EU in Städten im Zentrum des Interesses« (S. 86) steht, und auf die Bedeutung von Diskursen verwiesen wird. Gleichzeitig kritisiert er den akteurszentrierten und positivistischen Zugang zur Erforschung der Europäisierung, in welchem Diskurse als Ressourcen von Akteur\*innen betrachtet werden und nicht »als regelhafte Systeme der Bedeutungszuschreibung« (S. 86). Ein Diskurs ist für ihn dagegen in Anlehnung an die Diskurstheorie von Michel Foucault als ein »überindividuelles System an Aussageereignisse« (S. 100) zu verstehen.

Folgerichtig legt Marlon Barbehön seinen diskurstheoretischen Zugang in Kapitel 4 dar. Wie schon erwähnt verwendet er einen poststrukturalistischen Ansatz im Sinne Foucaults. Poststrukturalismus ist ein Überbegriff für neuere Strömungen in unterschiedlichen Wissensdisziplinen und Theorien (z.B. Planungstheorie). Barbehön kon-

zentriert sich allerdings aufgrund seiner Fragestellungen auf die Diskurstheorien innerhalb des Poststrukturalismus, der seinen Ausgangspunkt in den Arbeiten von Jacques Derrida und Michel Foucault hat. Die Diskurstheorie von Foucault ist sicherlich geeignet, als theoretischer Rahmen für seine empirische Untersuchung zu fungieren, da Diskurse als überindividuelle Systeme betrachtet werden, in denen sich auch immer »Machteffekte« zeigen (S. 109), da sie aufspannen, was sagbar und machbar ist und was wahr oder falsch ist. Sie haben damit Einfluss auf das, was als lokalpolitische Handlungsmöglichkeiten erscheint.

In Bezug auf seinen Begriff von »Stadt« knüpft er an die Arbeiten rund um das Forschungsfeld über die »Eigenlogik der Städte« (S. 126 ff.) an, in denen grundsätzlich davon ausgegangen wird, dass es so etwas wie lokalspezifische symbolische Ordnungen gibt, die u.a. den sozialen und den politischen Raum mitstrukturieren. Diskurse sind aus post-strukturalistischer Sicht von ihrem jeweiligen räumlichen und zeitlichen Kontext abhängig. Die Stadt im Sinne eines relationalen Raumverständnisses wird u.a. als Produkt diskursiver Praktiken betrachtet. Damit positioniert sich der Autor hinsichtlich seines Raumverständnisses klar, allerdings ohne genau zu begründen, wieso andere Raumverständnisse (z.B. von Henri Lefebvre) für ihn nicht ertragreich sind. Dies hätte eine genaue Auseinandersetzung mit anderen Stadt- und Raumverständnissen vorausgesetzt.

Seine Methodologie und die gewählten Methoden (Kapitel 5) stehen in der Tradition der interpretativen Sozialforschung. Barbehön will »Strukturmuster innerhalb einer Vielzahl von Aussagen« (S. 148) identifizieren, wobei das Untersuchungsmaterial »faktisch ergangene Aussageereignisse« sind. Die Städteauswahl folgt nicht einer deduktiven Logik im Sinne eines positivistischen Forschungsdesigns, sondern habe etwas zugegebenermaßen »Arbiträres«. Gleichzeitig verweist der Autor schon auf vorliegende empirische Arbeiten zu den beiden Städten Dortmund und Frankfurt, auf die er zurückgreifen kann. Da eine Diskursanalyse im Anschluss an die Arbeiten von Foucault eine Interpretation von »natürlichen Aussageereignisse[n]« (S. 157) beinhalten muss, fokussiert der Autor auf die Analyse von Aussagen in der lokalen Zeitungsberichterstattung sowie in den Protokollen der Stadtverordnetenversammlung in Frankfurt und des Rates der

Stadt in Dortmund (2005 bis 2011). Die gesammelten Texte wurden zuerst inhaltsanalytisch (mit vier übergreifenden Kategorien) und dann diskursanalytisch ausgewertet. Um Strukturmuster in den Deutungen herauszuarbeiten, führte Marlon Barbehön ein abduktives Verfahren durch (S. 165). Die daraus generierten Codes ordnete er dann »übergreifenden Gruppen« (S. 166) zu:

»Selbst- und Fremdbezüge [...], die Stadt im Konzert der europäischen Städte [...], die Relationierung von Interessen [...], die Konstruktion von Handlungskapazitäten [...], die europäische Integration als Wandlungsprozess« (S. 166–167).

Zur Rekonstruktion des städtischen Umgangs mit der Feinstaubrichtlinie der EU wurde ebenso mit Aussagen aus lokalen Zeitungen und den Protokollen gearbeitet (Textkorpora von 2004 bis 2011).

Hauptsächliches Ziel der Analyse der Texte war es einerseits, die »Genese« (S. 176) der lokal-spezifischen Umsetzung der Feinstaubrichtlinien herauszuarbeiten und andererseits Bezüge zu den spezifischen städtischen Europadiskursen herzustellen. Der Autor betont, dass der Zusammenhang zwischen den Europadiskursen und der lokalen Umsetzung nicht deterministisch gedacht werden kann. Barbehön erwähnt aber auch Grenzen seiner Arbeit: So kann die Entstehung dieser Diskursordnungen aufgrund der zeitlichen Einschränkung der Untersuchung nicht gänzlich nachgezeichnet werden; die Materialbasis erzeugt eine gewisse Selektion (z.B. nur teilweiser Einblick in Aushandlungsprozesse innerhalb der politisch-administrativen Systeme); der Fokus auf Diskurse ermöglicht nicht, herauszuarbeiten, was bewusst gesagt oder getan wird, ob es sich um unhinterfragte Grundüberzeugungen handelt. Dem wird allerdings gleich entgegnet, dass jeder Umsetzungsvorschlag ja öffentlich begründet werden muss. Laut Barbehön geht es nicht um Interessen, sondern darum, und hier zitiert er Marten Hajer (2008, S. 219), »wie Interessen im Zusammenhang mit besonderen Diskursen und organisationalen Vorgehensweisen ausgespielt werden« (S. 183.). Diese Begründung ist an dieser Stelle etwas dünn und der Leser würde sich noch weitere Ausführungen zu diesem Argument wünschen, denn es ist ein zentrales: Nicht Akteur\*innen und deren

Interessen haben Signifikanz, sondern die Diskursordnungen, welche das Sagen und Tun der Akteur\*innen ermöglichen oder einschränken. Das Wechselverhältnis zwischen Handeln und Strukturen ist schon in anderen Publikationen deutlich gemacht worden. Hier wäre es interessant, mehr darüber zu erfahren, wie sich beide ›Seiten‹ systematisch aufeinander beziehen, um dann bestimmte Aussagen und Handlungen zu erzeugen.

Nun zu den Ergebnissen der empirischen Untersuchung, die in den Kapiteln 6 (städtische Europadiskurse) und 7 (Umsetzung der Feinstaubrichtlinie) dargelegt werden. Das zentrale Ergebnis überrascht nicht: Die städtischen Europadiskurse unterscheiden sich beträchtlich. Während für das Selbstverständnis von Frankfurt die Nähe zu Europa und die Vorstellung einer internationalen Metropole, die auch Europa selbst prägt, kennzeichnend ist, tritt im Dortmunder Diskurs die Distanz zur EU, welche undurchsichtig ist und weit weg von den Lebensrealitäten der Stadt, deutlich hervor. Im Frankfurter Diskurs kommt die Stadt als agierendes »Individuum« (S. 291) vor, in dem die europäischen und städtischen Agenden quasi harmonisch ineinandergreifen. Dagegen erscheint im Dortmunder Diskurs die EU als etwas Fremdes und die Stadt selbst als ein letztes Glied in einem hierarchischen Mehrebenensystem. Hinsichtlich der lokalen Handlungsfähigkeit wird Frankfurt als innovative und handlungsfähige Vorbildstadt vorgestellt, während Dortmund als in den Handlungsmöglichkeiten eingeschränkte Stadt dargestellt wird, die sich Zwängen und externen Anforderungen ausgesetzt sieht. Wandlungsprozesse werden in Frankfurt als Ausdruck von Modernität angesehen, wobei Frankfurt selbst als Motor von Veränderungen betrachtet wird. Dies kontrastiert wiederum zum Dortmunder Diskurs, in welchem Veränderungen als etwas extern Erzeugtes imaginiert werden, die Traditionen bedrohen.

Auch in der Umsetzung der Feinstaubrichtlinien zeigen sich wesentliche Unterschiede im Diskurs hinsichtlich Problemdefinitionen, vorgebrachten Argumenten und politischen Lösungsvorschlägen. Zwei zentrale Punkte hebt der Autor hier heraus. Erstens: Die Städte unterscheiden sich also im Umgang mit der Richtlinie. Dieses empirische Ergebnis widerspricht der oft in der relevanten Literatur genannten These der »ver-

einheitlichenden Wirkung« (S. 364) der Umweltpolitik der EU. Zweitens: In beiden Fällen hat sich gezeigt, dass der städtische Europadiskurs den Umgang mit der Feinstaubrichtlinie nicht determiniert, aber prägt. So wird in Frankfurt die Richtlinien nicht als etwas Externes, sondern im Gegenteil schon immer als städtisches Anliegen betrachtet. Im Diskurs zeigt sich die Handlungsfähigkeit der Stadt, da davon ausgegangen wird, dass die Stadt diese Problematik lösen wird. Die Richtlinie wird als »Orientierungsrahmen« (S. 366) gesehen, die in die städtische Politik eingepasst werden muss. Zugleich imaginiert sich Frankfurt als Vorreiterstadt, welche andere Städte inspirieren kann (z.B. im Fall der Umweltzone). Der Dortmunder Diskurs zeigt hingegen ein fast gänzlich anderes Bild: Die Feinstaubrichtlinie wird als Ergebnis supranationaler Politik betrachtet, welche von den Dortmunder Anliegen weit weg ist. Zuständig für die Lösung dieser Problematik sind in diesem Diskurs immer supralokale Institutionen und Akteur\*innen. Dortmund ist vor allem »Ort der Implementation« (S. 370) von supralokal definierten Vorgaben, welche die Handlungsfähigkeit der Stadt einschränken. Daher werden auch Maßnahmen vorgeschlagen und umgesetzt, welche nur minimal in den Status Quo eingreifen. Schließlich betont Marlon Barbehön noch einmal den Mehrwert seiner Analyse: Durch die Verknüpfung mit den städtischen Europadiskursen kann besser verstanden werden, wieso sich die Städte hinsichtlich des Umgangs mit der Feinstaubrichtlinien unterscheiden. Richtigerweise führt er hinsichtlich der Diskurse aus:

»Vielmehr lassen sie sich als (präreflexive) Standards des Sozialen begreifen, die Räume für politisches Handeln eröffnen und begrenzen – die spezifischen Bewegungen innerhalb dieser Räume sind jedoch nicht determiniert, sondern Produkt von komplexen Interpretations- und Abwägungsprozessen« (S. 374).

Im abschließenden Kapitel 8 führt er die wesentlichen empirischen Erkenntnisse noch einmal zusammen. Auch hier hebt der Autor wiederum hervor, wie städtische Europadiskurse »sinnvolle«, d.h. in der politischen Debatte anschlussfähige Problemdefinitionen, Argumentationsgänge und Handlungsvorschläge« (S. 378-379) für lokalpolitische Handlungsmöglichkeiten aufspannen. Also: Städte unterscheiden sich, wenn es da-

rum geht, EU-Vorgaben umzusetzen, und dies vor allem hinsichtlich »kollektiv wirksame[r] Diskursordnungen« (S. 378). Dieses kollektive Wissen einer Stadt erzeugt bestimmte lokalpolitische Positionen, von denen eben manche als durchsetzbar erscheinen und andere wiederum nicht. Damit, so die Argumentation von Barbehön, konnte auch gezeigt werden, dass Städte jeweils eigene »Modi der Konstruktion und Prozessierung von Wirklichkeit« (S. 389) aufweisen. Im Gegensatz zu Annahmen der lokalen Politik- und Stadtforschung muss daher beim sinnhaften Aufbau der jeweiligen Stadt angesetzt werden. Die diskursanalytische Stadtforschung bringt diese Differenzen zwischen den Städten hervor. Weiterhin argumentiert er, dass aufgrund dieser Erkenntnisse Städte aus der Sicht der EU nicht einfach als Adressaten der Politik zu betrachten sind, sondern es darum gehen muss, deren »kulturelle Ordnungen« (S. 392) besser zu verstehen. Daher hängt die Wirkungsweise von Europäischen rechtlichen Vorgaben, aber auch von finanziellen Förderungen (etwa im Rahmen der Strukturpolitik) mit den jeweiligen Wirklichkeitskonstruktionen der Städte zusammen. Aus steuerungstheoretischer Sicht bedeute dies, mehr mit »flexiblen Steuerungsformen« (S. 393) zu arbeiten, welche die lokalen Unterschiede besser berücksichtigen. Auch für die Europäisierungsforschung leiste ein solcher Zugang einen wichtigen Beitrag, denn so kann rekonstruiert werden, wie mit Europäischen Vorgaben im jeweiligen Ort Sinn gemacht wird.

Insgesamt betrachtet handelt es sich beim Buch von Marlon Barbehön um einen innovativen Beitrag zu einer diskurstheoretisch ausgerichteten Stadtforschung im Sinne des Eigenlogik-Ansatzes, da es ihm darum geht, Diskurs-, Stadt- und Europäisierungsforschung theoretisch und empirisch zusammenzubringen. Weiterhin leistet der Autor sicherlich einen Beitrag dazu, eine »post-positivistische Perspektive« in der Forschung zur Europäisierung von Städten zu stärken. An manchen Stellen, etwa wenn Begriffe wie »Stadt«, »Raum« oder »Governance« vorkommen, oder wenn es darum geht, überlokale und lokale Strukturen und Handlungen systematisch zusammenzudenken, wäre eine ausführlichere Argumentation wünschenswert gewesen. Allerdings sind seine letzten, mehr auf theoretische Argumentationsstränge bezogenen Ausführungen zu Stadt, Diskurs und Europäisierung sehr

aufschlussreich, da sie Forschungslücken aufzeigen und gleichzeitig Erweiterungen von theoretischen Blickwinkeln beinhalten. Es ist sicherlich richtig, dass die Forschung zur Europäisierung von Städten von einem diskursanalytischen Zugang profitiert. Gleichzeitig ist darauf hinzuweisen – dessen ist sich der Autor auch bewusst –, dass auch Aushandlungsprozesse von Akteur\*innen innerhalb und außerhalb der lokalen politisch-administrativen Systeme den Umgang mit EU-Vorgaben prägen. Zudem gibt es überlokale strukturelle Aspekte (z.B. Einbindung der Stadt in die europäische oder globale Ökonomie oder nationalstaatliche Aushandlungsstrukturen), welche diesen Umgang sicherlich auch prägen. Durch seinen theoretischen Zugang sei es ihm möglich, Machtverhältnisse (S. 391) zu thematisieren und »Alternativen« sichtbar zu machen. Allerdings führt Barbehöhn nicht aus, was damit gemeint ist. Schließlich ist Macht ein relationales Phänomen, in welchem Akteur\*innen bestimmte Handlungsmöglichkeiten haben, die nicht nur von übergeordneten Sinnzusammenhängen der Stadt geprägt werden. Dies im Zusammenspiel mit den »sichtbaren« Diskursen (z.B. in Zeitungsartikeln) zu denken, wäre eine wesentliche Bereicherung der lokalen Politik- und Stadtforschung.

## Literatur

Hajer, M. (2008): Diskursanalyse in der Praxis: Koalitionen, Praktiken und Bedeutung. In: Janning, F./Toens, K. (Hrsg.): Die Zukunft der Policy-Forschung. Theorien, Methoden, Anwendungen. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 211–222.

### Anschrift:

Prof. Dr. Alexander Hamedinger  
TU Wien, Institut für Raumplanung,  
Fachbereich Soziologie  
Karlsplatz 13  
1040 Wien  
E-Mail: alexander.hamedinger@tuwien.ac.at

Heike Kahlert

Messerschmidt, Reinhard (2018): Aussterben vertagt? Demografischer Wandel in der öffentlichen und wissenschaftlichen Diskussion. Frankfurt und New York: Campus.

Die anhaltend niedrigen Geburtenziffern insbesondere deutscher Frauen im gebärfähigen Alter, aber auch der vermeintlich drohende Zusammenbruch des Sozialversicherungssystems durch die steigende Anzahl älterer Menschen und ihre Pflegebedürftigkeit sowie der um sich greifende Fachkräftemangel auf dem Arbeitsmarkt gehören längst zum Allgemeinwissen. Jüngst erweitert wurde dieser Wissensvorrat noch durch die Ausrufung des sogenannten langen »Sommer[s] der Migration« (Kasperek/Speer 2015), Mitte 2015 beginnend, und die damit viel beschworene vermeintliche Flüchtlingskrise, womit nunmehr die drei wichtigsten demografischen Grundprozesse auf der öffentlichen Agenda stehen. Die entsprechenden Skandalisierungen dieser demografischen Wissensbestände stoßen derzeit insbesondere im neokonservativen Spektrum rechtspopulistischer Bewegungen und Parteien und ihrer Anhänger\*innen auf große Resonanz und nähren dort, entsprechend alarmistisch aufgemacht, die Befürchtung, dass der bereits 1918 von Oswald Spengler heraufbeschworene »Untergang des Abendlandes« nun wirklich kurz bevorstünde.

Wissenssoziologisch betrachtet ist die in Deutschland öffentlich breit artikulierte Problematik des Alterns und vermeintlichen Schrumpfens der Bevölkerung mit einem Bedeutungszuwachs demografischen Wissens verbunden. Das von einer bisher relativ kleinen Scientific Community grundständiger Demograf\*innen produzierte Wissen erfährt seit den 2000er Jahren insbesondere in der Ökonomie und der politischen wie medialen Öffentlichkeit hohe Aufmerksamkeit. In der Juni-Ausgabe 2006 der Zeitschrift *Literaturen – Das Journal für Bücher und Themen*, die sich in ihrem Schwerpunkt unter dem Titel »Land ohne Leute? Ein deutsches Dilemma« mit dem Geburtenrückgang befasste, war sogar davon die Rede, dass die Demografie zur »neuen Leitwissenschaft« (*Literaturen* 2006, S. 6, Teaser zum Rezensionssay von Engelmann)

avanciere. In gleiche Richtung weisen Ausführungen von Eva Barlösius (2007, S. 14), der zufolge nicht wenige vermuteten, dass sich die Demografie zur »neuen ›Leitwissenschaft«« entwickeln werde. Unabhängig davon, ob man der Demografie nun den Status einer »neuen Leitwissenschaft« zuschreibt oder nicht, ist festzuhalten, dass demografisches Wissen seit den 2000er Jahren aus dem öffentlichen Diskurs zur zukünftigen gesellschaftlichen Entwicklung nicht mehr wegzudenken ist.

Umso mehr erstaunt es, dass kritische sozialwissenschaftliche Analysen zur Demografie als Wissenschaftsdisziplin und zur öffentlichen Rezeption des demografischen Wissens bisher rar sind (vgl. jedoch für den deutschsprachigen Raum Ansätze bei Hummel 2000, 2006; Barlösius 2007, 2010; Sackmann/Bartl 2008). Diesem Desiderat widmet sich *Reinhard Messerschmidt* in seiner 2016 eingereichten und 2017 verteidigten Dissertation im Fach Philosophie an der Philosophischen Fakultät der Universität zu Köln, die theoretisch und methodisch auf die Foucault'sche Diskursanalyse gestützt ist und nun in leicht überarbeiteter Fassung in Buchform vorliegt.

In seiner wissenschaftskritischen Auseinandersetzung mit der Demografie lehnt sich Reinhard Messerschmidt vor allem an Diana Hummel (2000) an, die die Demografie als »politische« Wissenschaft« bezeichnet, da ihre grundlegende Kategorie Bevölkerung »nicht lediglich eine wissenschaftliche, sondern vor allem auch eine politische Kategorie« (Hummel 2000, S. 287) sei. Des Weiteren schließt Reinhard Messerschmidts Studie an eine kurz umrissene »längere internationale Traditionslinie disziplinenübergreifender Kritik an [der] Dramatisierung demografischen ›Zukunftswissens«« (S. 17) an, der gegenüber sich der Verfasser jedoch selbstbewusst als eigenständig positioniert:

»Um die bisherige Forschung um ein spezifisch vertieftes und aktualisiertes Bild zu erweitern, bietet dieser Beitrag eine eigene epistemologische und empirische diskursanalytische Perspektive auf Ordnungen demografischen Zukunftswissens der deutschen Gegenwart« (S. 18).

Im Mittelpunkt der wiederholt als interdisziplinär sozialwissenschaftlich charakterisierten, aber hinsichtlich der daran vermeintlich beteiligten Disziplinen nicht näher spezifizierten wissen-

schaftskritisch und empirisch angelegten Forschungsarbeit steht die in Deutschland breit in den Sozialwissenschaften, den Medien und der Politik geführte Diskussion über den demografischen Wandel. Die Untersuchung ist in fünf Kapitel einschließlich Einleitung und Fazit gegliedert.

Reinhard Messerschmidt stellt in Kapitel 1 (»Einleitung«, S. 11–25) unmissverständlich klar, dass er den Begriff des demografischen Wandels, den er im Anschluss an die »gängige[] Definition [...] als Alterung der Gesellschaft unter Perspektive ihrer Schrumpfung« (S. 147) versteht, als sehr und eigentlich zu weit gefasst ansieht. Im öffentlichen Diskurs diene dieser Begriff »inzwischen als Ursache und vermeintliche Rechtfertigung für mannigfaltige soziale, politische und sozialpolitische Phänomene« (S. 12). Diese vermeintliche Ursachenbestimmung muss dem Autor zufolge jedoch in Anlehnung an das in den Sozialwissenschaften von Diana Hummel (2000, 2006), Eva Barlösius (2007, 2010) sowie Reinhold Sackmann und Walter Bartl (2008) formulierte Konzept der Demografisierung hinterfragt werden.

Die zentrale Frage der Dissertation lautet im Anschluss an diese Überlegungen also,

»ob (oder bis zu welchem Grad) es sich hier nicht um durch soziale Konflikte erzeugte Probleme handelt, welche stattdessen als (überwiegend) demografisch erzeugt und zu bewältigen ausgewiesen und folglich demografisiert werden« (S. 12).

Anders ausgedrückt möchte Reinhard Messerschmidt wissen:

»Welche spezifische Rationalität liegt wissenschaftlichen Diskursen zu Dystopien des demografischen Wandels zugrunde, wie und wodurch verändert sich diese auf dem Weg in Öffentlichkeit und welche Konsequenzen ergeben sich aus ihrer Kritik?« (S. 22, Hervorhebung im Original) bzw. noch anders pointiert: »Warum existiert gegenwärtig ein bestimmtes Aussagesystem zum demografischen Wandel in der ihm eigentümlichen zumeist dramatisierenden Form und kein anderes an seiner Stelle?« (S. 22, Hervorhebung im Original)

Mit dieser Fragestellung zielt Reinhard Messerschmidt zwar nicht darauf, die in Deutschland infolge relativ niedriger Fertilität und steigender Lebenserwartung stattfindenden demografi-

schen Veränderungen zu leugnen oder aber die Demografie als Wissenschaftsdisziplin in Frage zu stellen. Gleichwohl distanziert er sich aber von einem weitgehend unreflektierten Verständnis des demografischen Wandels als »politische[m] Sachzwang« oder als »Basis für politische Handlungsanleitungen« (S. 18), aus der konkrete sozialpolitische Maßnahmen wie die generelle Erhöhung der Lebensarbeitszeit oder Privatisierung der Sozialversicherungen abgeleitet werden könnten, und einer alarmistischen Engführung des Diskurses über den demografischen Wandel, die vor allem in den und durch die Massenmedien erfolge. »Kernanliegen« der Studie ist es demnach, die

»sozialwissenschaftliche [...] Reflexivität in Bezug auf Kategorien, Maße und Modelle sowie deren massenmediale Darstellung [zu steigern], um eine sachlichere Diskussion des demografischen Wandels zu befördern« (S. 23).

Im Anschluss an Foucault'sches Denken begreift Reinhard Messerschmidt sowohl den medialen als auch den wissenschaftlichen Diskurs über den demografischen Wandel als von Machtrelationen geprägt. Folglich nimmt er den »Gesamtzusammenhang von demografischem (Zukunfts-)Wissen und politisch-medialer Macht« (S. 14) in den diskursanalytisch inspirierten Blick und zielt auf der Basis des »Gesamtwerks Michel Foucaults« (S. 21) in epistemologischer Hinsicht darauf ab,

»die Formationsregeln und diskursiven Regelmäßigkeiten demografischer Aussagesysteme bzw. Wahrheitsspiele in der spezifischen Verwobenheit des akademischen und journalistischen Feldes herauszuarbeiten« (S. 21).

Dieses durchaus anspruchsvolle Ziel wird zwar im Großen und Ganzen erreicht, wobei sich der Weg dorthin angesichts einiger inhaltlicher Aus- und Abschweifungen, fehlender Zuspitzungen und nicht immer treffsicherer, manchmal gar nachlässiger Formulierungen, zum Teil unkonventionellen Satzbaus, unvollständiger oder gar unverständlicher Sätze sowie fehlender Wörter nicht durchweg als Lesevergnügen erweist.

In Kapitel 2 (»Theoretischer Hintergrund und methodischer Zugang«, S. 26–52) nimmt der Verfasser eine kenntnisreiche, sorgfältige, partiell aber auch etwas (zu) weitschweifige epistemologische Standortbestimmung vor, in der er den

theoretischen Hintergrund und den damit verknüpften, eigens konstruierten methodischen Zugang der an Michel Foucaults Arbeiten angelehnten diskursanalytischen Perspektive darstellt. Dabei klärt Reinhard Messerschmidt zunächst die von ihm verwendeten Grundbegriffe Foucaults unter ausführlicher Bezugnahme auf dessen Schriften und erläutert das emanzipatorische Erkenntnisinteresse sowie die von Foucault entwickelte philosophische Haltung der Kritik in der Relevanz für die Analyse mehrerer miteinander verwobener diskursiver Felder. Als wichtig für den eigenen themenbezogenen und interdisziplinären Zugriff auf den Analysegegenstand – »demografische Wissensordnungen und deren massenmediale Vermittlung« (S. 51–52) – stellt Reinhard Messerschmidt philosophische, soziologische, demografische, wissenschaftsgeschichtliche, medienwissenschaftliche und kommunikationswissenschaftliche Perspektiven heraus. Demografisches Zukunftswissen umfasst demzufolge in Anlehnung an Foucaults Wissensbegriff alle Formen epistemischer Praktiken und nicht nur das von der Demografie als Wissenschaftsdisziplin, die im Übrigen selbst als interdisziplinär dargestellt wird, hervorgebrachte Wissen.

Damit ist ein methodologisch anspruchsvolles Arbeitsprogramm für die anschließenden Diskursanalysen umrissen, das Reinhard Messerschmidt mit einem themenspezifisch zugeschnittenen zweistufigen Verfahren methodisch gekonnt umsetzt. Auf der ersten Stufe untersucht er die epistemologischen Grundlagen der Produktion demografischen Zukunftswissens, und auf der zweiten Stufe nimmt er eine qualitative Analyse der Aussageregelmäßigkeiten in Texten aus deutschen Printmedien vor. Dabei bauen diese beiden Analyseteile, deren Ergebnisse in zwei folgenden Kapiteln vorgestellt und diskutiert werden, aufeinander auf und sind interdependent.

Kapitel 3 (»Brüche im formalen Kern – diskursive Schlüsselkomponenten demografischen Zukunftswissens«, S. 53–115) stellt den ersten Analyseteil dar. Reinhard Messerschmidt hinterfragt hier die epistemologischen Grundlagen demografischen Zukunftswissens in Gestalt von relevanten Begriffen, Kategorien und Parametern, beleuchtet am Beispiel von Bevölkerungsprojektionen die Möglichkeiten und Grenzen des demo-

grafischen Blicks in die Zukunft und zeigt die inhärente Demografisierung der derart analysierten diskursiven Regelmäßigkeiten und Regeln auf.

Dabei wird zunächst der für den Diskurs über den demografischen Wandel so zentrale Begriff der Bevölkerung als historisch gewachsen, zeitgebunden und sozial wie politisch konstruiert problematisiert. Es folgt eine erhellende Auseinandersetzung mit dem vorherrschenden Altersbegriff, der beispielsweise in der Rede von der alternden Gesellschaft angeführt wird, und dem Generationenbegriff. Angesichts der steigenden Lebenserwartung und des insgesamt sehr unscharfen Generationenbegriffs erscheinen die Orientierungen am kalendrischen Alter, am Altersquotienten (*old age dependency ratio*) oder an vermeintlich klar voneinander abgrenzbaren Geburtskohorten als hochgradig interessengeleitete epistemische Konstrukte, die sich als analytisch nur bedingt tauglich für demografische Zukunftsprojektionen erweisen. Dies werde dem Verfasser zufolge auch in Teilen der Demografie so gesehen, in der inzwischen partiell durchaus differenziertere Maße verwendet werden (können). Auch in Bezug auf die Messung, ja Messbarkeit, der Fertilität, gemeinhin verstanden als durchschnittliche Kinderzahl pro Frau und dargestellt als zusammengefasste Geburtenziffer (*total fertility rate*, kurz: *TFR*), scheint sich in der Demografie zumindest ein Bewusstsein hinsichtlich der methodologischen Problematik des Messens und seiner Indikatoren zu entwickeln. Durch das sich immer weiter erhöhende Geburtsalter erweist sich nämlich die *TFR* grundsätzlich als für die Abbildung des Geburtenverhaltens ungeeignet, weil die Vielfalt und Differenziertheit des Geburtengeschehens verzerrend und verschleiern. Solide Prognosen zur zukünftigen Entwicklung der Fertilität erscheinen auf dieser Basis mindestens als schwierig. Schade ist, dass die kritischen Auseinandersetzungen mit den Begriffen der Migration und des Migrationshintergrunds nicht gleichermaßen überzeugend erfolgen, denn diese bilden weitere Schlüsselkomponenten der Bevölkerungsentwicklung und sind in den gegenwärtigen Debatten zur demografischen Zukunft nicht wegzudenken.

Reinhard Messerschmidts Erörterungen zur methodologischen Fragilität des formalen Kerns der Demografie, deren Konstruktionsregeln vornehmlich auf Mathematik, Statistik und Ökono-

mie basieren, verdeutlichen, wie fragwürdig angesichts dessen Bevölkerungsprojektionen und Bilder der Bevölkerungsstruktur sind, die in der Öffentlichkeit breit rezipiert und für wahr oder zumindest möglich gehalten werden. Schließlich basieren diese Modelle auf den zuvor problematisierten Annahmen zur Entwicklung der Fertilität und Mortalität sowie der Migration in der Zukunft. An dieser Problematik ändern, so zeigt der Verfasser am Beispiel der »zentralen koordinierten Vorausberechnungen« des Statistischen Bundesamts überzeugend, auch verschiedene Modellrechnungen und Varianten nichts Grundsätzliches. Der Konstruktionscharakter dieser Zahlen, Projektionen und Bilder sowie ihre generelle methodologische Zerbrechlichkeit werden freilich in der Öffentlichkeit nicht problematisiert, sondern öffnen Tür und Tor für fehlgeleitete Interpretationen und politische Instrumentalisierungen für politische Entscheidungen im Hinblick auf die Zukunft. Im Anschluss an die vorliegenden Analysen erweisen sich die Kernelemente der demografischen Wissensordnung somit selbst als hochgradig politisch.

In Kapitel 4 (»Der massenmediale Diskurs«, S. 116–261), dem zweiten Analyseteil mit weit größerem Umfang als der vorangegangene, wirft Reinhard Messerschmidt einen diskursanalytischen Blick auf die Thematisierung des demografischen Wandels in der medialen Öffentlichkeit. Die Analyse umfasst einen Zeitraum von 14 Jahren, nämlich von 2000 bis 2013, und fokussiert deutsche Printmedien der Tages- und Wochenpresse, deren Auswahl augenscheinlich nicht theoriegeleitet, sondern rein forschungspraktisch inspiriert erfolgte.

Die Begründung für die Zusammenstellung des Datenkorpus ist leider nicht nachvollziehbar, da der betreffende Text sprachlich partiell unverständlich und zudem inhaltlich nur bedingt schlüssig ist:

»Als Datenquellen und zur Recherche für die Korpuserstellung dienten die jeweiligen Onlinearchive deutscher und Zeitschriften [sic], sofern sie frei verfügbar oder aus dem Kölner Universitätsnetz zugänglich waren. Darüber hinaus wurde der Recherchedienst Nexis zur Orientierung und Vervollständigung genutzt, in dessen Datenbank jedoch aus rechtlichen Gründen die Artikel freier Journalisten oftmals fehlen. [...] Aufgrund der

politischen und normativen Aufladung des Themas galt es, einen Pluralismus aus Herausgebertendenzen in möglichst großer Bandbreite abzubilden, weshalb die hinsichtlich ihrer Auflage führenden und Zeitschriften des gesamten demokratischen Spektrums einbezogen wurden« (S. 122–123).

Recht widersprüchlich mutet zudem an, dass einige Publikationen, die nicht durchgängig seit der Jahrtausendwende verfügbar waren, beispielsweise die *Frankfurter Rundschau* und der *Tagespiegel*, gänzlich ausgenommen wurden, die *BILD*-Zeitung wiederum in den Korpus aufgenommen wurde, obwohl diese online erst ab 2006 zur Verfügung stand, und auch die Ende 2011 eingestellte *Financial Times Deutschland* im Sample enthalten ist. Die am Ende realisierte Zusammensetzung des Textkorpus für die Analyse bleibt in der Darstellung unklar und erschließt sich letztlich faktisch erst im Blick in den umfangreichen Anhang des Buches («Liste der Dokumente im Textkorpus 2000 bis 2013«, S. 297–369). Eine tabellarische Übersicht im Text hätte hier zumindest klar informiert, wenn auch die Korpuszusammensetzung ebenfalls nicht begründet.

Man kann dem Autor zugutehalten, dass er mit 3.810 Artikeln eine eindrucksvolle Datenmenge als Analysegrundlage zusammengetragen hat und, basierend auf einem mit dem Verfahren der Grounded Theory entwickelten Codeschema sowie gestützt durch die Software Maxqda, mit einem Mixed-Methods-Design quantitativ und qualitativ im zeitlichen Verlauf analytisch zu bewältigen und kompakt darzustellen vermag. Kritisch bleibt aber, dass Reinhard Messerschmidt vorgibt, die methodischen Schritte der Erkenntnisproduktion ausführlich zu dokumentieren und zu erläutern, dies jedoch hinsichtlich dieses grundlegenden Aspekts nur bedingt einlöst. Ein solides und transparentes Sampling sieht jedenfalls anders aus und erfordert auch eine sorgfältigere Reflexion der darin liegenden Grenzen und Möglichkeiten für den Erkenntnisgewinn, zumal die Studie wiederholt als wissenschaftskritisch und reflexiv bezeichnet wird.

Auch fehlt eine schlüssige Begründung, warum der Textkorpus trotz vorangegangener breiter Ausführungen zu visuellen Argumenten ausschließlich aus Printmedien besteht. Seit dem Erstarken der Ausbreitung und Nutzung neuer

Medien befinden sich deren Auflagen im freien Fall, außerdem adressieren und erreichen sie je nur eine in ihrer sozialen Zusammensetzung eingeschränkte Leser\*innenschaft. Die Analyse von Beiträgen in Hörfunk und Fernsehen oder aus Erzeugnissen ausgewählter neuer Medien hätte die attestierte Macht der Bilder und ggf. der gesprochenen Sprache vermutlich eindrucksvoller demonstrieren können, wohl aber kaum zu ganz anderen Ergebnissen geführt.

Jenseits dieser methodischen Einwände zur Produktion des den Diskursanalysen zu Grunde liegenden Textkorpus' überzeugt die kurzweilig zu lesende und partiell auch schmunzeln machende Darstellung der Auswertungsergebnisse, die auf knapp 100 Seiten anhand der vorgenommenen Codierung sowohl in ihren quantitativen als auch qualitativen Ausprägungen präsentiert werden. Die angekündigte zusammenfassende Herausarbeitung der Regelmäßigkeiten und Brüche bei der Rezeption demografischen Wissens im massenmedialen Diskurs hätte wiederum begrifflich schärfer zugespitzt werden können. Als zentrale inhaltliche Regelmäßigkeit stellt Reinhard Messerschmidt die massenmedialen Thematisierungen der negativen Konsequenzen des demografischen Wandels vor allem für die Sozialversicherungssysteme heraus, die den journalistischen Darstellungen der demografischen Wissensbestände zufolge auch durch Zuwanderung allenfalls partiell gemildert werden könnten. Veränderungen zeigten sich allenfalls in der sprachlichen Darstellung, die seit 2004 differenzierter und partiell entdramatisiert würde: Verstärkt in den analysierten Massenmedien thematisiert würde die Aktivierung der älteren Bevölkerung für den Arbeitsmarkt, und die Fokussierung auf die Rentenversicherung verschöbe sich auf das Gesundheitssystem. Von einem epistemologischen Bruch, der immerhin in der Überschrift des betreffenden Unterkapitels angekündigt wird, könne jedoch keine Rede sein, so der Verfasser.

Schließlich wenig überraschend, aber dennoch erhellend sind dann auch die Schlussfolgerungen Reinhard Messerschmidts zu den unterschiedlichen Funktionslogiken des wissenschaftlichen und des journalistischen Diskurses zum demografischen Wandel, die angesichts aufmerksamkeitsökonomischer und skandalisierender Imperative seitens der Medien zu einer

»epistemologische[n] Verengung des formalen Kerns« (S. 249) des demografischen Wissens führen. Die bereits in den Kategorien und Maßen der Demografie als Wissenschaft angelegten Fehlinterpretationen leisten so in der massenmedialen Rezeption unter Marktbedingungen einer alarmistischen Berichterstattung Vorschub, die mittels der ihr inhärenten Kommunikations- und Deutungsmacht mit einer Demografisierung des Gesellschaftlichen einhergeht.

Im abschließenden Kapitel 5 (»Die ›transformative Macht‹ der Demografie braucht eine Transformation«, S. 262–276) rekapituliert der Verfasser seine wichtigsten Befunde und plädiert für die seiner Ansicht nach notwendige Transformation des demografischen Denksystems in Bezug auf seine unterbelichteten Grenzen, die systematische Unterschätzung von Migration und des politischen Charakters des Bevölkerungsbegriffs und den in der Demografisierung des Gesellschaftlichen zum Ausdruck kommenden »Fehlschluss von Bevölkerungsdynamik auf Sozialpolitik« (S. 264). Die gesellschaftliche Zukunft hinge von weitaus mehr und komplexeren Faktoren ab als von der Bevölkerungszusammensetzung und -dynamik hinsichtlich Fertilität, Mortalität und Migration. Die drei demografischen Grundkategorien reduzierten die Komplexität der sozialen Welt auf einen quantitativen Teilaspekt unter Ausblendung der Tatsache, dass Menschen durchaus auch über ihr statistisch mehr oder weniger erfassbares, gegenwärtiges und angenommenes zukünftiges ›Verhalten‹ als Population hinaus ›Geschichte machten:

»Eine Gesellschaft, die sich demografisch nicht wandelt, gibt es allenfalls als theoretisches Konstrukt der Demografie. Demografischer Wandel ist daher eigentlich nichts weiter als ein Ausdruck gesellschaftlicher Veränderungen und nicht deren Ursache, wie oftmals dargestellt.« (S. 275)

Das in diesen Ausführungen aufscheinende Verständnis einer transformierten Demografie läuft auf eine Weitung dieser Wissenschaftsdisziplin zu einer nicht (nur) positivistischen Sozialwissenschaft hinaus, deren Gegenstand aus demografischen Prozessen besteht, die ihre zentralen Kategorien überdenkt und modifiziert sowie ihre gesellschaftliche Bedingtheit reflektiert, aber auch ihre politische Instrumentalisierung problemati-

siert. Klar ausformuliert oder gar inhaltlich konturiert werden diese Vorstellungen, die gewissermaßen auf eine soziologische Reflexivierung der Demografie zielen, jedoch leider nicht. Darüber hinaus erinnert Reinhard Messerschmidt abschließend aber auch die Akteur\*innen in Politik und Medien daran, oft zu vergessen,

»dass die Konsequenzen des demografischen Wandels nicht auf der Ebene einer Population verhandelt werden, sondern [auf] der der Gesellschaft. Die Frage danach, wie eine [...] nationalstaatlich verfasste Gesellschaft sich zukünftig organisieren will, weist weit über die Demografie hinaus« (S. 276).

Sie sei politisch und demnach auch politisch zu bewältigen.

Das abschließend fast schon leidenschaftlich anmutende Plädoyer für die Gestaltbarkeit, ja Gestaltung(sspielräume) der Politik und der Konsequenzen des demografischen Wandels ist dann wohl auch in inhaltlicher Hinsicht die zentrale und zunächst einmal sympathische Quintessenz der Studie. Während sich Reinhard Messerschmidt sensibel für die Marktbedingungen der Produktion journalistischen Wissens zeigt und so die alarmistische Berichterstattung als der ökonomischen Rationalität der Medien verhaftet enttarnt und zentrale Schwachstellen im formalen Kern der Demografie weitgehend vorbildlich identifiziert, erstaunt allerdings die fast schon naive Auffassung von Politik als vermeintlich nur der vernünftigen Lösung der »großen globalen gesellschaftlichen Fragen« (S. 276) verpflichtet, von diversen Interessen und wissenschaftlichen Erkenntnissen autonom und nicht durch interdependente Machtbeziehungen eng mit wissenschaftlichem Wissen verbunden. Dies verwundert umso mehr, als schließlich doch in den ausführlichen Medienanalysen bereits überzeugend herausgearbeitet wurde, wie der demografische Wandel insbesondere in (neo-)konservativer Sozialpolitik als Begründung für teils durchaus unpopuläre Reformen und Sozialabbau instrumentalisiert wird.

Reinhard Messerschmidt sieht demografisches Wissen zwar als durch und durch politisch an, versäumt es schließlich aber, die enge und machtvolle Verflechtung von demografischem Wissen und Staat bzw. Politik in neoliberalen Zeiten, ja, die partiell staatstragende und jedenfalls

systematisch politikberatende Funktion der Demografie, zumindest in den Schlussfolgerungen kritisch zu reflektieren oder wenigstens zu problematisieren, auch wenn diese Perspektive kein originärer Bestandteil der Zielsetzungen seiner Forschungsarbeit ist. Die kritisierte Demografisierung des Gesellschaftlichen scheint hinsichtlich der sozialpolitischen Instrumentalisierung demografischen Wissens nämlich keineswegs ein diskursiver Unfall zu sein, sondern eine gezielte Strategie zur politischen Durchsetzung konservativer, ja neoliberaler, Politik darzustellen und der Verschleierung der damit verbundenen machtvollen Interessen politischer Funktionsebenen wirkungsvoll zu dienen. Ist ein Anliegen der Politik aber die Verschleierung der eigentlichen Interessen am sozialpolitischen Ab- bzw. Umbau wohlhabendsgesellschaftlicher (Sozial-)Leitungen unter dem Deckmantel vermeintlich durch den demografischen Wandel bedingter Handlungszwänge, so läuft auch die elaborierteste und leidenschaftlich vorgetragene sozialwissenschaftliche Aufklärung über diese vorgebliche Fehlinterpretation ins Leere bzw. trifft bei den Adressat\*innen in Staat und Politik auf taube Ohren und geschlossene Augen.

Denkanstöße für ein intellektuelles Unternehmen, in dem die machtvollen wechselseitigen Verflechtungen von Politik und Demografie aufgedeckt werden könnten, geben beispielsweise Ausführungen von Harriet B. Presser, Soziologin und Demografin sowie ehemalige Präsidentin der Population Association of America, die die traditionell enge Verbindung zwischen der Produktion von demografischem Wissen und konservativer Politik bereits 1997 wie folgt beschrieben hat:

»It is clear from various historical accounts of the growth of the discipline (Notestein 1982; Hodgson 1983, 1988; McNicoll 1992; Szreter 1993; McCann 1994) that research issues supportive of a conservative agenda have a greater chance of adoption than do those implying fundamental social change. By a conservative agenda, I mean one that does not disturb the current power structure and is ideologically compatible with the views of various elites, including those controlling funding sources. Further, a conservative agenda is easier to push if it takes a macro perspective on social issues (e.g., concerns about the welfare of society) rather than an

individually focused one (e.g., concerns about the wellbeing of individual women). This fosters the perception of objective science, even when ideological motivations are present« (Presser 1997, S. 298).

Neben dem so umrissenen blinden Fleck erweist sich Reinhard Messerschmidts Studie jedoch als inhaltlich zielführender und, abgesehen von den bereits benannten Unschärfen in der Erstellung des Textkorpus, auch methodisch überzeugender empirischer Beitrag zur Analyse und Kritik der Demografie und der Demografisierung des Gesellschaftlichen, der in seiner Breite und Tiefe bisher einzigartig ist und diverse Anregungen für weiterführende Auseinandersetzungen mit demografischem Wissen in seiner Verflechtung mit Medien und Politik gibt. Wünschenswert wäre, wenn diese Impulse in anschließenden Forschungen zeitnah aufgegriffen und weiterverfolgt würden. Die engagierte Lektüre der vorliegenden Studie wäre allerdings durch ein professionelles Sprachlektorat und eine sorgfältige Überprüfung des Literaturverzeichnisses, das nicht alle im Text zitierten Referenzen enthält, deutlich gefördert worden.

## Literatur

- Barlösius, E. (2007): Die Demographisierung des Gesellschaftlichen. Zur Bedeutung der Repräsentationspraxis. In: Barlösius, E./Schiek, D. (Hrsg.): Demographisierung des Gesellschaftlichen. Analysen und Debatten zur demographischen Zukunft Deutschlands. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 9–34.
- Barlösius, E. (2010): Bilder des demographischen Wandels. In: Hartmann, H./Vogel, J. (Hrsg.): Zukunftswissen. Prognosen in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft seit 1900. Frankfurt und New York: Campus, S. 231–248.
- Hummel, D. (2000): Der Bevölkerungsdiskurs. Demographisches Wissen und politische Macht. Opladen: Leske + Budrich.

- Hummel, D. (2006): Demographisierung gesellschaftlicher Probleme? Der Bevölkerungsdiskurs aus feministischer Sicht. In: Berger, P. A./Kahlert, H. (Hrsg.): Der demographische Wandel. Chancen für die Neuordnung der Geschlechterverhältnisse. Frankfurt und New York: Campus, S. 27–51.
- Kasperek, B./Speer, M. (2015): Of hope. Ungarn und der lange Sommer der Migration. 07. September 2015, <https://bordermonitoring.eu/ungarn/2015/09/of-hope/> (Abruf: 21.07.2019).
- Literaturen (2006): Land ohne Leute? Ein deutsches Dilemma. Schwerpunktheft der Zeitschrift Literaturen – Das Journal für Bücher und Themen 7 (6). Berlin: Friedrich Berlin Verlag.
- Presser, H. B. (1997): Demography, Feminism, and the Science-policy Nexus. In: Population and Development Review 23(2), S. 295–331.
- Sackmann, R./Bartl, W. (2008): Demographisierung: Bewältigungsform von Krisen der »zweiten« Natur des Menschen? In: Rehberg, K.-S. (Hrsg.): Die Natur der Gesellschaft. Verhandlungen des 33. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Kassel 2006. Teilbände 1 und 2. Frankfurt und New York: Campus, S. 2627–2642.
- Spengler, O. (1918): Der Untergang des Abendlandes. Umriss einer Morphologie der Weltgeschichte. Wien: Wilhelm Braumüller Verlag.

*Anschrift:*

Prof. Dr. Heike Kahlert  
Ruhr-Universität Bochum  
Fakultät für Sozialwissenschaft  
Universitätsstraße 150  
Gebäude GD, Raum E1/325  
44801 Bochum  
heike.kahlert@rub.de

Britta Schneider

Rheindorf, Markus & Wodak, Ruth (2020): *Sociolinguistic Perspectives in Migration Control. Language Policy, Identity and Belonging*. Bristol: Multilingual Matters.

This edited volume introduces six studies on contemporary discourses on migration control in diverse socio-political settings. Besides analyses of discourses on migration control in public contexts, among them in newspapers or language policies, the book gives insight into the views and voices of those who experience migration control. The themes treated in the book range from Slovene language policy with regards to speakers of Serbo-Croat, negotiations of belonging and social positioning of UK migrants of Pakistani descent as expressed in vernacular literacy practice, biographical narratives in the US American Dreamers' movement and their functions in political discourse, discourse analytic perspectives on interviews about negotiations of ›fitting in‹ of economic migrants in the EU, historical discourse analysis of Austrian media within the discourse on migrants and refugees at the time of the so-called ›migration crisis‹ in 2015, and discursive struggles about Thai workers in Israeli farms, involving tensions between national discourse, Zionism, farmers' economic interest and workers' rights.

The introduction of the book by Markus Rheindorf and Ruth Wodak, called *Sociolinguistic Perspectives in Migration Control: An Introduction* embeds contemporary discourses on migration control in current socio-political climates of re-nationalization, which are interpreted as a counter-movement to globalization. In such climates, discourse practices of *securitization*, *culturalization* and *symbolic politics* contribute to cultural othering, implying that culture and language become crucial aspects in legitimizing tighter migration control. Constructions of migrants and their cultures and languages as ›threat‹ have a central function in these discourses. Thus, for example, widespread discourses on ›integration‹ typically entail a ›language requirement‹, where the acquisition of the language of the host country functions as a symbolic act of accommo-

dation from sides of migrants and where factual integration on job markets, in health systems or in housing play a marginal role. As the editors to the volume show, this role of migrant languages as ›threat‹ contrasts policies in which multilingualism are celebrated, such as EU legislation. Within the European context, national policies of EU states thus clash with policies from the higher EU level.

The questions to which the book intends to contribute are, firstly, how refugees and migrants are portrayed in politics and in the media and which social divisions are constructed in this context. Secondly, it is asked which sociolinguistic problems are salient in today's migrant societies, which is here linked to the question of ›how specific national politicians and political parties position themselves in relation to these groups‹ (p.10). The framing of this question is not easy to follow as it is unclear how sociolinguistic problems and politicians' positioning to specific groups (as suggested in the question) relate to each other. This is based on the fact that throughout the volume, it remains vague what exactly is meant by sociolinguistics. Sociolinguistic enquiry, in the sense of how social structure, social hierarchies and language use interrelate, is not a focus of the studies presented in this book as the orientation overall seems to be much more discourse analytic, with some studies having excursions into sociolinguistic questions. ›Sociolinguistic perspectives‹ here seem to be understood as asking about migrants' investment in language and as studying language policy – which are valuable research orientations but they are not ›sociolinguistic‹ in the classical sense and they are neither a central focus of the contributions to this book. As a third aim, it is envisioned to discuss what sociolinguistic theories and methodologies can offer to practitioners (p. 10). Again, the notion of sociolinguistics is not clarified, and offers to practitioners are hardly a focus of the contributions. Thus, the questions posed in the introduction, as well as the book's title, with its focus on sociolinguistics, do not seem to entirely fit the actual contents of the contributions. The fact that the book offers insights into voices of migrants, which is one of its major contributions, could have been mentioned more prominently in the introduction. These points of critique don't make the book less valuable, as the studies introduced

are highly relevant to understand the similarities and differences in discursive bases of discriminatory politics in different contemporary societies.

The first study introduced is Kristof Savski's text *Migrants from Other States of the Former Yugoslavia in Slovene Language Policy: Past, Present and Future*. He shows negative representations of Serbo-Croat in Slovenian language policy and public discourse. The language was not a ›migrant‹ language in Slovenia before the end of Yugoslavia but speakers are today classified as Croats, Bosnians, Serbians, Montenegrins, Macedonians and Kosovar Albanians (summarized as ›Ex-Yu‹ by Savski). Despite, or maybe because of, typological similarities and mutual intelligibility between Slovenian and Serbo-Croat, there is a lack of collective rights of speakers of Serbo-Croat. Such rights are only given to communities categorized as ›indigenous‹ (Hungarian, Italian, Romani). Savski gives insight into the current language ecology based on histories of migration within Yugoslavia and the politics of this former multi-ethnic state. This explains why the first generation of migrants to Slovenia had little motivation to learn Slovene, where an interlanguage between Slovenian and Serbo-Croat emerged. Today's discrimination of Serbo-Croat, and of the interlanguage, is linked to the fact that Slovenian was perceived a more marginal language in Yugoslavia, while Slovenia's 1990s turn towards EU Western nations brought about the representations of the rest of former Yugoslavia as negative, associated with underdevelopment, war and political instability. The discrimination of Ex-Yu migrants is mirrored in language policies and the perception of migrants' language practices as ›false‹. The term *čefur* (see pages 28 ff.) is a negative representation of Ex-Yu Serbo-Croat speakers in Slovenian, which can be appropriated as self-ascription of resistance – there are interesting similarities to discourses in urban contexts in northern Europe on migrant ›others‹ that seem to be essentially class discriminations in the veil of language and culture (and are thus related to discourses of *culturalization* mentioned in the introduction). It is overall a very interesting case of a situation where new states were formed that produced new socio-cultural boundaries. The ›making of the other‹ is very obvious here, with similarities to discourses between mainstream societies and migrants elsewhere. The concept of

›indigeneity‹ (that is actually also enforced by EU policies) legitimizes the discrimination of a population who is constructed as other, irrespective of how similar they actually are, also language-wise. Savski here poses the central question: »when does a migrant become indigenous?« (p. 35), which leads to asking more generally what the function of discursive moves of exclusion are.

Tony Capstick's chapter *Resisting Discriminatory Immigration Procedures and Practices in the UK and Pakistan: A Discourse-Ethnographic Approach to Exploring Migration Literacies* focuses on migration literacy as practice of resistance to counter discriminatory immigration regimes and discrimination within the migrant community. It is one of the studies that give insight into migrants' voices. This is based on a four-year ethnographically informed study of transnational migration between Pakistan and the UK. The sites Capstick announces to study are micro settings of family homes, a solicitor's office, a take-away restaurant and a taxi office (however, there is actually no treatment of the taxi office). The methodological choice that allows for a transnational perspective on the space between the UK and Pakistan is an important development as national boundaries no longer necessarily define communicative practices. Overall, Capstick studies how his informant Usman negotiates discrimination. A focus of his contribution is resistance towards social divisions within migrant communities, and, to a lesser extent, towards discriminatory regimes of migration control. The author presents the socio-historical background of anti-immigrant discourses and policies within the UK and of the ethnic group of Mirpuris in Britain, which display inner social divisions, based on negative portrayals of marriage migrants and of ›freshies‹, where internalized racism within the group comes to the fore. The theoretical orientation of the study is based on literacy studies and Critical Discourse Studies, critical sociolinguistic studies, and on the theme of resistance in language and literacy resources. Methodology-wise, the study is based on coded data derived from ethnographic field observation, interview data and Facebook posts. The notion of literacy seems to encompass also oral practices, as Capstick includes a vignette (no. 1, p. 49) that is based on interview discourse and not related to literacy practice. The analysis of institutional texts of immigration is announced

but is not treated throughout the chapter. In the first of the three discussed vignettes, we see how Usman reports in an interview how he resists the ›freshie‹ identity that is ascribed to him by more established migrants at the workplace. Competence in English here plays a role in social positioning. The analysis of discursive strategies in the interview is based on concepts that, unfortunately, are not introduced (referential strategy, intensification strategy, collectivization, predicational strategy – a clarification would have been good to follow the argument). In the second vignette, Usman resists discourses on ›sham marriage‹. This is again based on interview data (›collected in the UK with Nadia‹ – the person has not been introduced before, see p. 54) that clarifies how, with the help of an immigration solicitor, the wording in an immigration application is changed to conform to the demands of the UK immigration office and to avoid the impression of a ›sham marriage‹. It is not very surprising that the solicitor has more experience in the register demanded for writing a successful visa application and it is difficult to see how using the solicitor's expertise is the informants' act of resistance through literacy practice. Finally, in vignette three, the reader gets insight into what is literacy practice in the more classical sense. A Facebook post of Usman is discussed as act of resisting intra-ethnic discrimination and the discourse of sham marriage. Usman portrays himself as father and successful migrant who belongs to the British community of Mirpuris. The analysis is here based on insight into language variation, which is interpreted as relevant in his positioning as responsible caregiver. Overall, the approach of including interview data in a chapter that suggests a focus on literacy practices in its title and theoretical framing is maybe not very lucky, and there are several inaccuracies in the text. The central benefit of the article is an insight into complexities migrants are faced with, having to negotiate demands from the intricate transnational social configurations in which they live, from institutional migration regimes to inter-ethnic power struggles that take place within and outside of the territorial national boundaries where they reside.

Anna de Fina discusses *Biography as Political Tool: The Case of the Dreamers*. She understands small biographical narratives as tool in the political arena and shows how identity claims of

*Dreamers* in individual biographies can be strategic acts of resistance in US migration politics. The *Dreamers* are young migrants who have been taken to the US by undocumented parents and have started to be an identifiable movement with the political aim of naturalization in the US. Insights into their biographical narratives, and their function in political struggle, give, like Capstick's text, access into discourses of migrants and their reactions to populist discourse. The methodological approach that pays respect to storytelling and narrative analysis is a relevant complimentary methodological approach to, for example, CDA, as it has a focus on the agency of those that are typically written about and who, in strategic practices of using accounts of biographical narratives, construct a collective identity to gain a voice in the political arena. The narratives, as de Fina argues, interrelate with large-scale political discourse as she also studies changes in the biographical accounts according to specific socio-political moments, where there are differences in strategic identity claims under the presidencies of Obama and Trump. The theoretical-methodological framing is based on discourse theory and story-telling as tool to resist dominant framings, with an interest in narrative structure, the conceptualization of narratives as identity work, particularly in biographical narratives and relations to the analysis of narratives in political speeches. The specific narratives of *Dreamers* are analyzed on the basis of biographical and autobiographical stories from the movement's website and posted on Facebook from 2015 to 2017, covering Obama's presidency and Trump's campaigns and elections. De Fina introduces background information on the *Dreamers* movement, gives general insights into storytelling practices among *Dreamers* and then analyzes their storytelling practices, the identities produced and the changes of self-representation in different political contexts. Biographical and autobiographical accounts display narratives that report on achievement, deportation, activism, fear of deportation, or defy prejudice. Besides micro insights into the narratives, de Fina also studies the topics found in data set, focusing on high frequency word counts, which change over time (see p. 79). Under Obama, the presentation of self as deserving citizen appeared to be common; under Trump, the tone changes to a more combative,

fighting stance that, portraying injustice, calls to action. The study brings to the fore the arbitrariness and instability of national discourses of citizenship rights in an age of global movements. Through the focus on personal, individual narratives, the reader understands migrants as actors and recognizes the underestimated role of the genre of (auto-)biographical narrative in political discourse.

Jo Angouri, Marina Paraskevaidi and Federico Zannoni present the chapter *Moving for a Better Life: Negotiating Fitting in and Belonging in Modern Diaporas*. They illustrate complex constructions of home, old and new, in narratives of people who migrated for a better life. This is another account of the perspective of migrants, discussing how they struggle to construct belonging in relation to societies of ›home‹ and ›host‹ and focusing on a cohort of people that is not often represented in today's accounts of migrants as homogenous, negatively stigmatized group. The study is based on discourse analytical approaches to interviews with 12 participants. The interviewee's backgrounds remain unclear as it is only mentioned that seven report to have migrated to Italy and five report to have migrated from Greece (p. 95). The interviewees are categorized as ›economic migrants‹. The chapter includes a five-page theoretical discussion of identity construction and another two and a half pages on constructions of belonging, which give elaborate insight into the current debates on these topics. After a methods section, the discourses of ›fitting in‹ in the historical context of the financial crisis of 2008 are discussed and analyzed with methods of critical discourse analysis. As there is very little information on the sampling and participants, the argumentation is not always easy to follow. And yet, it is an important finding that discourse dichotomies of ›us‹ versus ›them‹, ›here‹ versus ›there‹ or ›now‹ and ›then‹ remain important anchor points in these discourses, even where ›in-between-ness‹ is constructed. Job opportunities and ›self-development‹ are central arguments for these individuals to migrate and there are ambivalent conceptualizations of home as site of oppression and/ or safe space (p. 101). A construction of an ›in-between space‹ implies a perceived marginalization that is sometimes taken positively but fitting-in entirely is a »quasi-impossible task« (p. 107). It is overall interesting to see how

even ›easier‹ paths of migration of relatively well-off migrants within Europe see ›fitting in‹ as complicated or even impossible, how national ascriptions of identity continue to be central and how binaries of ›us‹ and ›them‹ are reconstructed with qualitative and moral attributes (p. 109). The authors conclude that there are ever-changing positions in the processes of migration, who are in a constant state of ›in-between-ness‹ and thus argue strongly against the discourses of dehumanizing othering that present migrants as homogenous and alien group.

The editors Markus Rheindorf and Ruth Wodak contribute to the book with their chapter *Building 'Fortress Europe': Legitimizing Exclusion from Basic Human Rights*. They study the discursive legitimization of restrictive asylum policies and the normalization of far-right positions in changing Austrian policies and laws that prevent migration in the context of migration patterns in the years 2015 and 2016. A focus is on changing constructions of the figure of the *migrant* in newspapers, which they see as related to changing border policies that legitimize ›Fortress Europe‹. The authors present a discourse-historical analysis of media discourse and combine a quantitative approach that uses corpus analytical methods, with a qualitative to the same data that focuses on legitimization strategies. The theoretical embedding ties the study to media representation of refugees, research on discrimination and exclusion, the study of legitimation and argumentation and the multi-level methods of the discourse-historical approach. Based on the methodological steps of the latter, the historical and immediate context is given by introducing the history of immigration to Austria since WW2, Austria's integration policies, the establishment of discursive ties between migration and threats of terrorism and crime, and the specific discourse on migration in Austria in 2015 and 2016, where a quantitative increase of migration led to almost all mainstream parties aligning with position of right-wing party on migration and asylum (see p. 119). To better understand how this is achieved in discourse, the authors relate to the study of legitimation, which is understood as seeking for normative approval for policies and actions. Pragmatic, semantic, stylistic, interactional or social means, drawing on particular argumentation schemata (here distinguished in four types, authorization, moralization,

rationalization and mythopoesis), are the points of interest for the qualitative analysis of legitimation. The empirical study is based on corpus of 5739 texts from Austrian newspapers that include lemmas on migrants and refugees. The quantitative analysis is based on an elaborate research design that studies frequencies of lemmas, collocates, intercollocation and key collocates per month in the months from August 2015 to January 2016. Finally, a number of typical texts was selected for the qualitative study of legitimation strategies (expanded regularly to avoid privileging dominant patterns). The results of the study show that there are peaks of references to lemmas relating to individuals who migrate. While there was a brief moment of solidarity in summer and autumn of 2015, there is a shift from uses of the term *refugees* to *migrant* and the majority of uses collocate with negative items such as abuse of system, burden, legality of claim, threat (p. 131). There is a consistent collocation pattern with numbering/quantification of both refugees and migrants. Overall it can be shown that there are stark changes in how people who migrate are presented, shifting to the representation of migrants as threat. In the qualitative analysis, 210 texts (15 per month) are chosen, in which several constant topoi occur that legitimize the discursive shift to a negative representation of migrants, among these numbers as authority, the concept of burden in a moralization strategy to reject migrants, humanitarianism (moralization), constructions of ›reality‹ (concept of ›factual limit‹, expert authority and theoretical rationalization as legitimation strategy), abuse (in relation to what is constructed as ›economic migrant‹), a reference to nature/culture of migrants (particularly in relation to the gender of migrants, where expert authority legitimation is also brought to the fore), the construction of threat as obvious fact (instrumental rationalization), and relations to pressure, law and order. This study stands out for its systematic and methodologically elaborate approach and gives a very convincing account of media discourse, how it represents the figure of the migrant and how this contributes to shifting discourse. The chapter demonstrates a model case, on the one hand, of how quantitative and qualitative methods can be combined fruitfully and, on the other hand, of a situation in which right-wing positions are legiti-

mized over time in mainstream media – and then quickly become part of legal regulation.

In the final chapter, Iair G. Or and Elana Shohamy present their text 'Youth should be sent here to absorb Zionism': *Jewish Farmers and Thai migrant workers in Southern Israel*. The authors show different positions in a debate on the role and status of Thai migrant workers that is embedded in specific national, (Zionist) ideals, human rights discourse and economic interests. They start with information on the specific situation in a rural area of Israel where more Thais than Jews live. The farmers see themselves as pioneers who protect Jewish land and are important for Israel's security and economy – but rely on Thai workers and are therefore by some framed as capitalists who exploit workers. Or and Shohamy introduce a complex historical-discursive situation that includes concepts of Zionism that impact in particular ways on national discourses of belonging and territory, where the farmers understand themselves as 'securing' the territory for Jews. This clashes with global economies and the economic interest of farmers, and, at the same time, with the state's role in protecting the rights of workers. The study is mostly based on an analysis of discourse as found on local websites, periodicals, newsletters and news items in national press and includes one item from a linguistic landscape study (p. 149). The third section illustrates the main positions of the debate, which is based on ten news items. Generally, the whole article, and also this section, is very well written and a highly interesting account of conflict between farmers' perspectives, human rights activism, the state, civil society and Thai workers. Not all information can be clearly traced to specific documents and, particularly in the overview section, it is not always clear where information stems from. In the following section, the authors focus on three media reports, one from the farmers' perspective, who wish for more support (and less taxation) from the state and who construct Thai workers as »part of the family«. They perceive the state as a threat that no longer supports them in saving the territory for the purpose of securing the state of Israel. The second text is from a workers' NGO, who criticize harsh living conditions of Thais, their exploitation and discrimination; there are also different voices presented from the comments section to the article. The third analyzed

text is a report on the economic crisis of farmers that is based on a decline of the demand of products. The tensions between representing farmers as example of true 'Zionism' (from which Israeli youth could learn 'true' national values) or as capitalists who are only interested in profit here come to the fore very clearly. Overall, the discourse struggle in this context is very illustrative of economic discourses on the right to profit and their legitimacy in contexts of ideologies of national belonging (as found elsewhere) – where the migrant worker has a particular role to play as legitimizing both positions, at the detriment of human rights to fair and stable living and working conditions.

To come to a general evaluation of the book as a whole, it can be said that it gives a comprehensive and highly interesting account of contemporary discourses of migration control, where different geographical locations are inspected, displaying similarities and differences in how migrants are perceived, and showing the overall role of discourses on migration in the shaping of post-national, neoliberal economic regimes in an age of global mobility. The book presents detailed insight into specific national and regional histories, also from lesser debated settings, and from different perspectives, among them public media, civil society's responses and migrant voices. Also, there is an interesting mix of methodological perspectives that include CDA, historic discourse analysis, quantitative corpus analysis, policy analysis, ethnographic observation, study of language use in context, narrative analysis and interview analysis. Particularly the insights into discourses of migrants (a focus in three of the six studies) are enlightening but, in contrast to what is framed as central questions in the introduction, there is actually little about how migrants deal with institutional regimes of migration control (with the exception of the study on the *Dreamers* movement) and the topic of language problems or investment in language is not a central theme. Again, as mentioned in the beginning, this is not to say that the book isn't a highly valuable collection of studies, it is, however, slightly unusual in its framing through its title and introduction, also based on the use of the term *sociolinguistics*. Altogether, the studies show the continuing relevance of discourses and institutional infrastructures of the nation-state, which functions as a switch-board

between economic interest and national ideology. Discourses on migration, as the ones presented here, display a general trend of constructing migrants as 'unwanted other' whose discrimination and construction of non-belonging is discursively, and then often legally, justified. Global neo-liberal economies and national logics of exclusion here seem to operate at the same time. National discourses of migration control thus overall allow for the legitimization of cheap labor by including but discriminating against particular cohorts of the population, thus enabling global economic systems to exploit vulnerable mobile people. They at the same time legitimize the total exclusion of those who do not promise capitalist profit (as in the case of constructions of *Fortress Europe*, see also Mezzadra/Neilson 2013). The collection of studies in this volume thus is a welcome contribution to better understand the role of migration discourse in contemporary societies and the discursive moves of identity and belonging of those who migrate therein.

## References

Mezzadra, S./Neilson, B. (2013): *Border as method, or, the multiplication of labor*. Durham: Duke University Press.

### *Anschrift:*

Prof. Dr. Britta Schneider  
 Juniorprofessur für Sprachgebrauch  
 und Migration  
 Europa-Universität Viadrina  
 Kulturwissenschaftliche Fakultät  
 Große Scharrnstr. 59 (Büro: AM 122)  
 D-15230 Frankfurt (Oder)  
 BSchneider@europa-uni.de

Eva Codó & Miguel Pérez-Milans  
2019-2022 EDiSo Presidency

## Asociación de Estudios sobre Discurso y Sociedad (EDiSo)

EDiSo<sup>1</sup> is the shorthand name for «Asociación de Estudios sobre Discurso y Sociedad» (Spanish), with the legal additional names of «Associació d'Estudis sobre Discurs i Societat» (Catalan) and «Associação de Estudos sobre Discurso e Sociedade» (Portuguese). Founded in 2012 by a group of scholars of discourse based in the Iberian Peninsula – including (in alphabetical order) Celso Álvarez-Caccamo, Antonio Bañón, Teun van Dijk, Clara Keating, Luisa Martín Rojo and Luci Nussbaum<sup>2</sup> – this organisation aims to consolidate the field of discourse studies in that geographical and academic context while fostering close connections with Latin America and incorporating scholars from all over the world. It does so inspired by the spirit of *the commons* to make resources openly available to the community and especially to its most vulnerable members. EDiSo is, in many ways, a collective response to the processes that have, as of later decades, worked to intensify the logics of commodification, individualisation and self-capitalisation in the academic world.

Although coming from different epistemological traditions, EDiSo's founding members viewed discourse analysis as central to the understanding of contemporary social processes. Their key concern was to collectively articulate a space of scientific collaboration and exchange that would, on the one hand, assume the task of analysing and publicly exposing the links between discourse and social injustice (with a view on to suggesting alternatives, as we shall see), and on the other hand, practise alternative ways of doing and being in academia. Thus, the association has, from the very beginning, been underpinned by the values of criticality, horizontal cooperation and collective action to dis-invent and re-invent the hegemonic trends towards the atomisation and mercantilisation of scientific knowledge.

In line with its commitment to the values of plurality, equality and social justice, EDiSo defends scholars' socio-political engagement and active role in the transformation of the social world.<sup>3</sup> It sets out to do this through (a) raising public awareness of the ways in which discursive practices are implicated in the (re)production of socioeconomic in-

- 1 We are grateful to our predecessors in the running of EDiSo. Without their commitment and dedication, the association would not have grown to become the significant space it is for many scholars of discourse. To know more, readers may want to consult its webpage <https://edisportal.org>.
- 2 It is only possible to mention a few names here. The complete list of founders can be found on: <https://edisportal.org/informacion/estructura/junta-directiva>.
- 3 Our presentation of the goals of EDiSo is necessarily selective. A complete list can be found on: <https://edisportal.org/informacion/estatutos>.

equalities; (b) analysing and denouncing forms of violence that are discursively enabled; (c) encouraging public debates on contemporary oppressions and on the possibilities of socio-discursive contestation and change that might exist; (d) creating alternative public discourse; and (e) liaising with social movements and civil society organisations. Indeed, the creation in 2014 of the Discourse Observatory, conceptualised as the nexus between academics and the citizenry, was a key step in that direction. This institutional component of EDiSo is in charge of carrying out seminal work that visibilises and denounces acts of micro-chauvinism, micro-racism, micro-classism and linguistic violence, among other forms of oppression.

But far from a narrow understanding of discourse, EDiSo's defining feature is interdisciplinarity. Its membership is profoundly heterogeneous at multiple (intersecting) levels, including theoretically, methodologically, institutionally, linguistically, and politically. That is to say, EDiSo members are not exclusively (or mainly) linguists or communicators, but also educators, sociologists, psychologists, political scientists and lawyers, among others. And rather than simply embrace this variety, EDiSo seeks to articulate it into a single community of interest and dialogue that engenders new questions and approaches. It also aspires to play a key role in articulating the field with a view to (1) facilitating the consolidation of discourse studies as a research space of its own, and (2) overcoming the institutional isolation (and in some cases marginalisation) of many scholars, frequently scattered over different departments and faculties -even within the same institution.

At EDiSo, researcher collaboration and networking is championed through a mode of governance driven by the principles of horizontality, accessibility and inclusiveness. Based on affordable annual fees (as low as 10€), the association is run by its assembly (*Asamblea*), an annual gathering of members where they openly suggest lines of work, decide on future courses of action, and democratically elect EDiSo's steering committee every four years. The steering committee – also known as *Junta Directiva* – is responsible for the daily running of EDiSo, and articulates members' participation through six working commissions (*Comisiones*) that advance the ends of the association while developing research synergies and cultivating horizontal relations. The six EDiSo commissions are: discourse and social justice; research; publications; communication; conferences and cultural events; and organisation and finance. In addition to these, EDiSo also encourages members' engagement in topic-specific transversal work groups set up at specific moments to address the study of issues of special relevance<sup>4</sup>.

This mode of governance also includes a set of periodical events in which such structures of work are collectively checked and revisited. Among these, the annual Assembly-Seminar meeting (*EDiSo Asamblea-Seminario*) and the biannual International Conference (*EDiSo International Congress*) are the most relevant. Apart from providing EDiSo members with a platform to make a diagnosis of the association and suggest actions accordingly, the annual Assembly-Seminar is also an opportunity for the working

4 Some of them have been (a) discursive tools to counter the discourse of the far right; (b) analysis of discourse, social media and social movements; and (c) discourse and health.

commissions and transversal work groups to share their ongoing activities and findings. It also provides spaces for members to engage with academic and non-academic stakeholders via round tables. The workshop format is favoured to encourage presentation of ongoing research (e.g. PhD projects), methodological reflection and hands-on data analyses as well as to facilitate the emergence of synergies and shared foci of interest that can result in joint research projects and/or conference panels. The biannual international conferences, by contrast, are more strongly oriented to creating spaces for EDiSo members to share their work more widely and to engage with a broad range of scholars in the field of language and discourse studies -some of whom may have not participated in EDiSo before.

Against the background of the above-mentioned foundational principles, objectives and modes of governance, EDiSo's work is carried out with two distinctive traits at the moment, namely (1) support for Early Career Researchers (ECRs) and (2) its language policy. With regard to ECRs, these are a fundamental piece of and for the association: EDiSo aspires to be a ›comfort space‹ for ECRs, one where they can have a voice that is listened to and where their concerns are taken on board and become the association's own concerns. In fact, a distinctive study line on processes of academic precarisation has developed within EDiSo out of a workshop organised in 2019 by a group of ECRs.<sup>5</sup> But the association is also committed to providing resources, activities and spaces to help in the scientific development of young researchers, including events designed to cater for their training needs such as methodological and data analytical workshops or PhD ›seedbeds‹ where pre-doctoral students present their PhD projects in a stress-free and constructive atmosphere – the I EDiSo Summer School, to be held in Madrid in 2020, is a further step in that same direction.

As for its language policy, EDiSo strives to challenge the hegemony of English in the scientific world, and encourages and legitimises the use of other languages. This includes not only global languages such as Spanish and Portuguese, but crucially, minoritised languages within the Iberian Peninsula such as Catalan and Galician. In the light of this, EDiSo's distinctive language policy has the following priority lines of action: (a) fostering institutional multilingualism, so that official communications are regularly produced in Portuguese, Spanish, Catalan and English; (b) promoting inter-comprehension between Romance languages; and (c) encouraging flexible, hybrid, translingual and heteroglossic forms of language use.

We can unmistakably state that EDiSo has achieved a great deal in a fairly short period of time. And while this is no doubt thanks to the impetus of the founding team and of the steering committees that followed them, it is now time to take stock and reinforce those areas in which further work needs to be carried out. One of these is the role of EDiSo as a ›lobbying‹ organisation to defend the interests of scholars of discourse and of social linguists more generally. As such, EDiSo should continue to act as an intermediary body liaising between individual researchers or groups and funding agencies in order to make sure that the epistemological and methodological specificities of our field of re-

5 This was led by the group DARTS (Discourse Analysis for Resistance and Social Transformation).

search are adequately comprehended and appraised. Another challenge for EDiSo is to find ways of collaborating with public institutions, for example in an advisory role, to foster the values of pluralism, social justice and respect for difference. In so doing, EDiSo must also reinforce its links and collaborations with other scientific associations in the field in order to advance our common interests further.

More generally, EDiSo still faces the task of achieving greater social impact, and thus effectively contributing to social transformation. One pending subject in that direction is finding ways of disseminating members' and EDiSo's own research in ways that are socially-relevant and meaningful to the communities. Another area that needs development is bringing the gap between academia and civil society bodies, in particular those that aim to advance the same values as EDiSo. As the current Presidency, we look forward to the multiple challenges ahead with energy, enthusiasm and an ethos of sincere engagement with our community.

*Anschriften:*

Dr Eva Codó

Professora Agregada, Departament de Filologia Anglesa i de Germanística,  
Universitat Autònoma de Barcelona.

eva.codo@uab.cat

Dr. Miguel Pérez-Milans

Associate Professor in Applied Linguistics at the Department of Culture,  
Communication and Media in UCL Institute of Education (UK).

m.milans@ucl.ac.uk

## Spring School

### ›Wissenssoziologische Diskursanalyse‹

Universität Augsburg, 15. bis 17. März 2021

Organisation: Prof. Dr. Reiner Keller & Dr. Saša Bosančić



Im vergangenen Jahrzehnt erlebte die sozial- und geisteswissenschaftliche Diskursforschung einen starken Boom. Dem tragen die Methodenausbildungen in den verschiedenen Disziplinen nur ansatzweise Rechnung. Insbesondere die Fragen der konkreten Arbeit am Text bzw. des Umgangs mit unterschiedlichen Datenformaten und der Interpretation der Daten im Rahmen der Diskursforschung gehören zu den Leerstellen der Methodenausbildungen. Die Springschool *Wissenssoziologische Diskursanalyse* (WDA) wendet sich an Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus verschiedenen sozial- und geisteswissenschaftlichen Disziplinen, die in Qualifikationsvorhaben oder Forschungsprojekten mit diskurstheoretischen und diskursanalytischen Perspektiven der WDA arbeiten bzw. arbeiten wollen. Sie bietet nach einer Einführung in theoretische Grundlagen die Möglichkeit, Fragestellungen sowie Forschungsdesigns der WDA-basierten Diskurs- und Dispositivforschung zu diskutieren, einzelne methodische Vorgehensweisen unmittelbar datenbezogen in kleinen Arbeitsgruppen zu erproben und Fragestellungen aus den eigenen laufenden Projekten bzw. Projektvorhaben in die Diskussionen einzubringen. Im Zentrum der Spring School steht die Einführung in die zentralen Begrifflichkeiten und Analysekonzepte der WDA und damit verbunden die Fragen zur konkreten empirischen Umsetzung. Daneben werden optional drei Vertiefungen angeboten:

- **Vertiefung A:** Analyse von Subjektivierungsweisen (Saša Bosančić, Universität Augsburg)
- **Vertiefung B:** Analyse politischer Diskurse (Wolf Schönemann, Universität Hildesheim)
- **Vertiefung C:** Spezifische Fragen zur wissenssoziologischen Diskursforschung (Reiner Keller, Universität Augsburg)

Aktuelle Informationen und weitere Details, Anmeldemodalitäten und sonstige Informationen finden Sie unter [www.diskurswissenschaft.de](http://www.diskurswissenschaft.de).

## ›Die Diskursive Konstruktion von Wirklichkeit V‹

### Interdisziplinäre Perspektiven einer wissenssoziologischen Diskursforschung

Organisation: Prof. Dr. Reiner Keller & Dr. Saša Bosančić

Call for Papers zur Tagung an der Universität Augsburg, 18. und 19. März 2021

Seit 2013 findet im zweijährigen Rhythmus an der Universität Augsburg die Tagung »Die diskursive Konstruktion von Wirklichkeit« statt. Sie versammelt interdisziplinäre Beiträge zur wissenssoziologischen Diskursanalyse und angrenzenden Perspektiven der Diskursforschung. Damit zielt die Tagung explizit auf inter- und überdisziplinäre Diskussionen und Reflexionen über laufende und abgeschlossene Forschungen sowie Fragen der Theorie, Methodologie und Methoden. Die kommende Tagung möchte die interdisziplinäre Diskussion über Grundlagen und Anwendungen wissenssoziologischer Diskursforschung und angrenzender Perspektiven fortführen. Dabei sind folgenden Schwerpunktsetzungen vorgesehen:

1. Ein erster Bereich umfasst **theoretische** und **methodologische Fragen**. Dabei können sowohl spezifische Aspekte der Forschungsprogrammatisierung der wissenssoziologischen Diskursanalyse als auch die Verbindungen und Anschlussmöglichkeiten in unterschiedlichen disziplinären Forschungsinteressen und Forschungsstrategien sowie aktuelle Theoriedebatten und -konzepte diskutiert werden.
2. Die Fragen der **methodischen Umsetzung von empirischen Untersuchungen** stehen im zweiten Bereich im Mittelpunkt. Dabei können die Beiträge *erstens* **Samplingstrategien** reflektieren und Möglichkeiten der Nutzungen technischer Hilfsmittel (z.B. Webcrawler) sowie den Umgang mit großen Datenmengen (›Big Data‹) oder das Arbeiten mit bestimmten Datenbanken in den Fokus rücken. *Zweitens* sind auch Beiträge erwünscht, die konkrete **methodische Vorgehensweisen** bei der Generierung von Daten (wie Experten\*innen-Interviews, ethnographische Designs, Gruppendiskussionen oder andere Methoden) für die wissenssoziologische Diskursforschung fruchtbar machen. *Drittens* sind Beiträge erwünscht, die sich mit der **Auswertung** unterschiedlichster Datensorten befassen und hermeneutisch-interpretative ebenso wie quantifizierende Verfahren der Korpusanalyse diskutieren.
3. Weiterhin wird ein Schwerpunkt auf die Bedeutung und Analyse von multimodalen Formaten, **Visualisierungen** und **Materialitäten** im Rahmen wissenssoziologisch-diskursanalytischen Arbeitens gelegt, um entsprechende Möglichkeiten, Ausarbeitungen, aber vielleicht auch Grenzen der wissenssoziologischen Diskursforschung jenseits der ›klassischen‹ Textanalyse zu diskutieren. Bspw. wäre zu diskutieren, wel-

chen generellen Stellenwert visuelle Elemente in Diskurskontexten einnehmen und welche bereits bestehenden sozialwissenschaftlichen Verfahren zur Analyse von Bildern und (audio)visuellem Material sich für diskursorientierte Forschungsinteressen eignen und adaptieren lassen und welche Modifikationen ggf. notwendig sind.

4. In der **Subjektivierungsforschung** werden in den vergangenen Jahren zunehmend Forschungsinteressen verfolgt, die die Möglichkeiten der Erweiterung und Ergänzung der Diskurs- und Dispositivforschung aufzeigen. Dabei geht es um empirische Untersuchung von normativen Subjektpositionen bzw. Subjektcodes oder Subjektkulturen einerseits, den davon beeinflussten menschlichen Selbstverhältnissen, Subjektivitäten und Selbst-Technologien andererseits. In diesem Schwerpunkt geht es dabei sowohl darum, die theoretischen und methodologischen Fragen zu adressieren, wie die Verknüpfung von diskursiv bzw. dispositiv konstituierten Subjektordnungen und Selbstverhältnissen, Biographien, Identitäten etc. konzipiert werden kann, als auch darum, wie die konkrete empirische Umsetzungen solcher Forschungsvorhaben geleistet werden kann.
5. Ein vierter Bereich von Beiträgen umfasst die Vorstellung laufender oder abgeschlossener **empirischer Untersuchungen**, die auf die WDA zurückgreifen. Dabei sind Beiträge aus unterschiedlichen disziplinären Perspektiven erwünscht. Im Fokus stehen hierbei die jeweiligen Forschungen und ihre Ergebnisse. Gleichzeitig soll deutlich werden, worin der spezifische wissenssoziologisch-diskursanalytische Zuschnitt und Ertrag der vorgestellten Forschungen für die jeweiligen Untersuchungsfelder und/oder die sozialwissenschaftliche Diskursforschung liegt. Insbesondere laden wir Beiträge zu Fragen des Verhältnisses von Diskurs & Materialität sowie zu Diskurs & Gewalt ein (letztere verstanden als kontrollierende, disziplinierend, erzwingende Interventionen in Diskursprozesse von oben/Staaten oder als kontrollierende, disziplinierend, erzwingende Interventionen in Diskursprozesse von unten, etwa durch extremistische Bewegungen und andere Interventionen in die »Freiheit der Rede«).

Die Tagung wird mit Unterstützung der Sektion Wissenssoziologie der Deutschen Gesellschaft für Soziologie (Arbeitskreis Diskursforschung) und in Zusammenarbeit mit dem AK Sozialwissenschaftliche Diskursforschung (Universität Augsburg) durchgeführt.

### Einreichung der Beitragsvorschläge

Um der zunehmenden Bedeutung englischsprachiger Forschungen Rechnung zu tragen, die auf die WDA bzw. SKAD zurückgreifen, können Vorschläge für Beiträge in deutscher oder englischer Sprache eingereicht werden. Richten Sie Ihre Abstracts bitte per Email an [wda@phil.uni-augsburg.de](mailto:wda@phil.uni-augsburg.de). Sie sollten höchstens 3.000 Zeichen umfassen. Einsendeschluss ist der **30. Oktober 2020**.

Weitere Informationen zu den Anmeldemodalitäten, zur Anreise u.v.m. finden Sie unter [www.diskurswissenschaft.de](http://www.diskurswissenschaft.de).

Zeitschrift für Diskursforschung

ZfD



Die **Zeitschrift für Diskursforschung** ist die erste Fachzeitschrift, die der anhaltenden Konjunktur von sozialwissenschaftlicher Diskursforschung im deutschsprachigen Raum Rechnung trägt. Als interdisziplinäres Forum für discourse studies wird sie theoretische, methodologisch-methodische und empirische Beiträge aus den Sozialwissenschaften und angrenzenden Disziplinen veröffentlichen.

**The Journal for Discourse Studies | Zeitschrift für Diskursforschung (ZfD)** – is the first peer-reviewed academic journal to react to the ever rising importance of discourse research in social sciences in the German speaking countries. As an interdisciplinary forum for discourse studies, the journal includes theoretical, methodological as well as empirical articles from social sciences and neighboring disciplines.

**Herausgeber/Editors:** Reiner Keller, Werner Schneider, Willy Viehöver

**Beirat/Scientific Board:** Johannes Angermüller, Andrea D. Bührmann, Rainer Diaz-Bone, Adele Clarke, Franz X. Eder, Ekkehard Felder, Herbert Gottweis (†), Fabian Kessl, Peter A. Kraus, Achim Landwehr, Thomas Lemke, Frank Nullmeier, Rolf Parr, Inga Truschkat, Ingo H. Warnke, Martin Wengeler, Ruth Wodak

**Redaktion/Editorial Office:** Saša Bosančić, Martin Blessinger, Moritz Hillebrecht, Amira Malik Universität Augsburg, Lehrstuhl für Soziologie (Prof. Keller), Postfach, 86135 Augsburg, E-Mail: zfd(at)phil.uni-augsburg.de, Tel. 0821/598-4071, [www.uni-augsburg.de/de/fakultaet/philsoz/fakultat/soziologie/zfd/](http://www.uni-augsburg.de/de/fakultaet/philsoz/fakultat/soziologie/zfd/)

**ZfD – Regeln für die Einreichung der Manuskripte:** Die ZfD unterliegt einem doppelten anonymen peer-review-Verfahren. Manuskripte können in deutscher oder englischer Sprache eingereicht werden und sollten einen Gesamtumfang von 60 000 Zeichen inklusive Leerzeichen nicht überschreiten. Jedem Artikel ist ein Abstract sowohl in deutscher und englischer Sprache (inklusive der Übersetzung des Titels) im Umfang von 600-800 Zeichen beizufügen sowie 6-8 Keywords in beiden Sprachen. Das Manuskript ist anonymisiert und entsprechend der formalistischen Hinweise der ZfD einzureichen. Alle Regeln zur Einreichung der Manuskripte finden Sie auf der Homepage [www.uni-augsburg.de/de/fakultaet/philsoz/fakultat/soziologie/zfd/](http://www.uni-augsburg.de/de/fakultaet/philsoz/fakultat/soziologie/zfd/)

**Manuscript submission:** The Journal for discourse studies (ZFD) is a double reviewed journal. Manuscripts can be submitted in german an english language. The scope for submitted texts is 60.000 characters including space characters. Every article should be accompanied by an abstract in both German and English (and this should include a translation of the title). Abstracts should be between 600 and 800 keystrokes in length. The manuscript texts themselves should bear no indication of the name(s) of the author(s). Our general guidelines for submissions can be found at [www.uni-augsburg.de/en/fakultaet/philsoz/fakultat/chair-of-sociology/jfds/](http://www.uni-augsburg.de/en/fakultaet/philsoz/fakultat/chair-of-sociology/jfds/)

**Verlag/Publisher:** Julius Beltz GmbH & Co. KG, Beltz Juventa, Werderstr. 10, 69469 Weinheim

**Anzeigen/Advertisement:** Claudia Klinger, Julius Beltz GmbH & Co. KG, Postfach 100154, 69441 Weinheim, Tel.: 0 62 01/60 07-386, Fax: 0 62 01/60 07-93 31, E-Mail: anzeigen@beltz.de

**Fragen zum Abonnement und Einzelheftbestellungen/Subscription:** Beltz Medien-Service, Postfach 100565, D-69445 Weinheim, Tel.: 0 62 01/60 07-330, Fax: 0 62 01/60 07-93 31, E-Mail: medien-service@beltz.de

**Bezugsbedingungen/Subscription:** Jahresabonnement Euro 49,00, Studierende mit Studiennachweis Euro 35,00, Einzelheft Euro 29,95, jeweils zzgl. Versand. Der Gesamtbezugspreis (Abonnement zzgl. Versandkosten) ist preisgebunden. Jahresabonnement (3 Hefte). Das Kennenlernabo umfasst 2 Hefte zum Preis von Euro 29,95 inkl. Versand.

Abbestellungen spätestens 6 Wochen vor Jahresabonnementsende.

Die Zeitschrift und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Jahresregister finden Sie auf [www.beltz.de](http://www.beltz.de)

Printed in Germany  
ISSN 2195-867X



Ludger Pries

## **Soziologie**

Schlüsselbegriffe, Herangehensweisen, Perspektiven

4. überarbeitete Auflage 2019

288 Seiten, broschiert, € 14,95 (44-6052)

Auch als **E-Book** erhältlich

Aus den drei Perspektiven soziales Handeln, soziale Ordnungen und sozialer Wandel sowie aus den drei Herangehensweisen vom Individuum, von der Gesellschaft und von sozialen Verflechtungszusammenhängen aus führt das Buch durch die systematische Vorstellung und Diskussion.



Udo Kuckartz

## **Qualitative Inhaltsanalyse.**

### **Methoden, Praxis, Computerunterstützung**

Grundlagentexte Methoden

4., überarbeitete Auflage 2018

240 Seiten, broschiert, € 14,95 (44-3682)

Auch als **E-Book** erhältlich

Dieses Lehrbuch bietet eine methodisch fundierte, verständliche und anwendungsbezogene Anleitung zur inhaltsanalytischen Auswertung dieser und anderer qualitativer Daten.



Judith von der Heyde

## **Doing Gender als Ultra – Doing Ultra als Frau**

Weiblichkeitspraxis in der Ultrakultur.

Eine Ethnographie

Sportfans im Blickpunkt sozialwissenschaftlicher Forschung

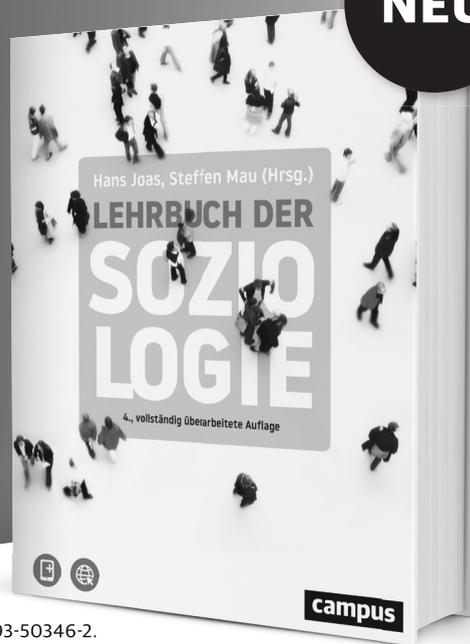
2., korrigierte Auflage 2018, 364 Seiten, broschiert, € 39,95

(44-3880); Auch als **E-Book** erhältlich

Die Arbeit stellt ein dichtes ethnografisches Portrait einer deutschen Ultragruppe dar und rekonstruiert die Geschlechterkonstruktionen zweier junger Frauen als Mitglieder einer solchen sogenannten „Männerdomäne“.

# Die ganze Soziologie im Überblick

NEU



2020. 992 Seiten. € 49,95. ISBN 978-3-593-50346-2.

**Auch separat als E-Book erhältlich**

Der große »Joas und Mau« ist das umfassende Lehrbuch der Soziologie. Es legt nicht nur Wert auf solides Fachwissen, sondern auch auf gute Didaktik. Führende Vertreterinnen und Vertreter des Fachs geben darin einen leicht verständlichen Überblick über Geschichte, Methoden und Gegenstandsbereiche der Soziologie und bieten gleichzeitig eine Einführung in den neuesten Wissensstand. Jedes der 26 Kapitel wird durch Abbildungen, Grafiken und Tabellen aufgelockert und schließt mit Zusammenfassung, Kontrollfragen und Glossar.

Erstmals 2001 erschienen, wurde das Lehrbuch an deutschsprachigen Universitäten zu einem erfolgreichen Standardwerk. Für die vorliegende, vollständig aktualisierte und erweiterte 4. Auflage ist Steffen Mau als Mitherausgeber gewonnen worden.



[campus.de](http://campus.de)

**campus**

Frankfurt. New York



Stephanie Bethmann

## Methoden als Problemlöser

Wegweiser für die qualitative Forschungspraxis

Qualitativ forschen - Aktuelle Ansätze

2019, 165 Seiten, broschiert, € 14,95 (44-3891)

Auch als [E-Book](#) erhältlich

Das Buch stellt anschaulich, anhand von Forschungsbeispielen, qualitative Methoden als »Problemlöser« vor, die eine kreative und analytisch gehaltvolle Forschungspraxis fördern. Dafür wird aus einem breiten Spektrum pragmatistischer und hermeneutischer Methoden geschöpft.



Reiner Keller / Achim Landwehr / Wolf-Andreas Liebert /  
Werner Schneider/ Jürgen Spitzmüller / Willy Viehöver

## Diskurse untersuchen

Ein Gespräch zwischen den Disziplinen

2019, 134 Seiten, broschiert, € 19,95 (44-6145)

Dieser Band wählt die Form eines mehrstimmigen Gesprächs zwischen diskursanalytisch arbeitenden Vertretern verschiedener Disziplinen, um in die theoretischen Perspektiven, begrifflichen Konzepte und Methoden der Diskursforschungen einzuführen.



Irene Somm / Marco Hajart

## Rekonstruktive Grounded Theory mit f4analyse

Praxisbuch für Forschung und Lehre

Grundlagentexte Methoden

2019, 122 Seiten, broschiert, € 14,95 (44-6110)

Auch als [E-Book](#) erhältlich

Im Praxisbuch wird am Beispiel eines konkreten Interviews gezeigt, wie mit Hilfe der QDA-Software f4analyse die intersubjektive Nachvollziehbarkeit von rekonstruktiver Forschung verbessert werden kann.